



14. November 1927

ALEXANDER KERENSKIJ · DAS JUBILÄUM DER REAKTION

AM 7. November 1917 ging in Rußland nach der Behauptung der Bolschewisten und ihrer Anhängerschaft in Westeuropa die soziale Revolution vor sich. Ein in Europa noch nie gekannter Terror, die vollständige Vernichtung der elementarsten Grundsätze der Gemeinschaft und der Freiheit, 25 Millionen Opfer der Seuchen, des Hungers und der Tscheka (ein offizielles Eingeständnis Rakowskijs auf der französisch-bolschewistischen Konferenz), Zehntausende von Quadratkilometern verlorener Gebiete, dieses ganze nationale und staatliche Pogrom soll nur ein nicht beachtenswertes Detail der "welthistorischen Tat" Lenins und seiner Mitarbeiter gewesen sein.

Aber wie, wenn, abgesehen von eben diesem der Beachtung nicht werten Detail, es in der bolschewistischen "Revolution" weiter nichts gibt? Wie müssen wir dann den ganzen leninistischen November benennen?

Der bolschewistische Umsturz ging während des Krieges vor sich, als Rußland von der ganzen Welt abgeschnitten war, und deshalb ist es verständlich, daß man in Europa schlecht darüber unterrichtet ist, gegen wen eigentlich Lenin seine Revolution inszenierte, und was er umstürzte. Jetzt, nach 10 Jahren, pflegen viele Ausländer, die an sich mit dem Bolschewismus nicht sympathisieren, ihnen nachzubeten: Die Bolschewisten haben den Bauern Land gegeben, die Bolschewisten haben die Werktätigen von sozialer und politischer Unterdrückung durch die herrschenden Klassen befreit, die Bolschewisten haben in Rußland die nationalen Ungleichheiten vernichtet, sie haben, was das Wesentlichste ist, den Absolutismus gestürzt. Wenn an allen diesen Behauptungen nur ein kleiner Teil wahr wäre, könnten wir den Bolschewisten ein moralisches Recht nicht absprechen, das bis zu einem gewissen Grad ihre Gewalttaten und Grausamkeiten rechtfertigte. In Wirklichkeit aber ist alles, buchstäblich alles, womit die Bolschewisten vor der westlichen Demokratie prunken, nicht *von* ihnen sondern *vor* ihnen vollbracht worden.

Am 15. März 1917 verzichtete der letzte Vertreter des Hauses Romanow auf den Thron. Von diesem Tag an wurde Rußland tatsächlich zu einer Republik, und am 14. September wurde sie als solche feierlich von der Proviso-

rischen Regierung proklamiert. Vorher schon, im August, hatten auf der Moskauer Allrussischen Tagung die Vertreter ausnahmslos aller Stände und Klassen die Tribüne bestiegen, um ihre Treue der neuen republikanischen Staatsordnung zu bekunden. Die Demokratie, die, ungeachtet eines so schrecklichen Krieges, in Rußland durch diese Staatsordnung gegründet wurde, war so vollständig, daß Lenin selbst in seiner ersten Rede im Petersburger Sowjet sagen mußte: »Rußland ist jetzt das freieste Land der Welt, und niemand könnte hier einen Anschlag auf die durch die Revolution errungenen Rechte der Arbeiterklasse wagen.« In einem seiner letzten Artikel in der Prawda, kurz vor dem Novemberumsturz, wiederholte Lenin, Rußland sei jetzt das freieste Land auf der Welt, und diese Freiheit müsse die Arbeiterklasse für die soziale Revolution ausnutzen.

Wie war nun die Gesellschaftsordnung in diesem freiesten Land beschaffen? Noch im März 1917 verkündete die Provisorische Regierung, die damals noch keineswegs aus Sozialisten bestand, aus eigenem Antrieb (so groß war tatsächlich der enthusiastische Aufschwung jener Zeit) die bedeutendste soziale Reform in der Geschichte Europas, die man auch sofort durchzuführen begann. Es war die Agrarreform. Von nun ab sollte das Land denen zufallen, die darauf arbeiteten. Die selbe Provisorische Regierung wandte sich einer gründlichen Reform der Arbeitsgesetzgebung zu. Gerade in jener Zeit wurde für Europa ein Musterbeispiel statuiert: Der Achtstundentag wurde eingeführt. Das Recht der Arbeiter sich an der Verwaltung und der Überwachung der Industrieunternehmen zu beteiligen wurde anerkannt. Eine Charte der Rechte des Arbeiters wurde bestätigt: Gewerkschaftsrecht, Koalitionsrecht, Streikrecht usw. Dann wurden ein Ministerium der Arbeit und ein Ministerium der Sozialversicherung gegründet. Damit waren die Grundlagen sozialer Umgestaltung geschaffen.

Die Russische Republik, die während der Stürme und der Wirren der Kriegszeit errichtet wurde, war in jedem Betracht anderer Art als die klassischen bürgerlich-demokratischen Republiken, die man bis dahin allein gekannt hatte. Sie war eine wahrhaft soziale Demokratie, die einzig mögliche in dieser Epoche. Sie beruhte auf 2 Grundsätzen: auf der unbedingten Hochachtung vor allen Rechten des freien menschlichen Individuums und der völligen Anerkennung der Rechte der organisierten Arbeit auf die Beteiligung an der Verwaltung des Staates und an dem sozialen Aufbau. Deutschland erlebte den Orkan der Revolution später genug, um, vielleicht als einziges Land in Europa, die Anspannung aller Willenskräfte, aller Vernunft, des menschlichen Gewissens genügend würdigen zu können, die der revolutionäre Aufbau des Staates nicht nach dem Krieg sondern während des Krieges erforderte. Und nun brachte der November den bolschewistischen Verrat an diesem revolutionären Staat: eine Tat der politischen und sozialen Reaktion.


Lenin selbst war sich darüber klar, daß er dem agrarischen Rußland, dessen geringe Industrie noch obendrein durch den Krieg völlig zerrüttet war, die soziale Revolution nicht bringen könne. Er schrieb darüber im April 1917, als er nach Rußland fuhr, in seinem Abschiedsbrief an die Schweizer Sozialdemokraten. Er sprach davon, als er sich an der Herrschaft befand, im Jahr 1919, während der Versailler Friedenskonferenz mit dem geheimen Abgesandten Wilsons und Lloyd Georges, der zu ihm in den Kreml kam. Dieser Amerikaner wiederholte mir selbst die Worte Lenins, die ihn in ihrer

vollendeten Bedenkenlosigkeit erschüttert hatten: »Wir sind nicht so dumm, um an eine soziale Revolution in Rußland zu denken. Wir brauchen das Land als eine place d'armes, wo wir uns vor dem Andrang der Welt des Kapitalismus sammeln können, bis die soziale Revolution im Westen hereindonnert.« War diese kalte Rechnung richtig? Ist das Experiment gelungen? Hat die Opferung Rußlands der Welt die soziale Revolution gebracht?

Zunächst wurde der Donner dieser sozialen Revolution in dem für sie gereiften Westen von Lenin und Sinowjow auf den 6. Monat nach dem November anberaumt. Dann wurden die Termine um Jahre verschoben. Dann um Jahrzehnte. Jetzt, zum 10jährigen Jubiläum des Novembers, verkündet Bucharin offiziell, daß man auf die soziale Revolution vielleicht gar Jahrhunderte warten müsse. Und Rußland? Wie steht es mit dem Recht des Volkes auf Freiheit? Mit der Beteiligung der Bürger an der Verwaltung ihres Staates? Wie steht es mit den sozialen Errungenschaften der Arbeiter? Mit dem festen Recht der Bauern auf das Land? Wo bleibt dies alles? Und wodurch unterscheidet sich eigentlich der primitive bolschewistische Kapitalismus der ursprünglichen räuberischen Akkumulation von dem modernen, verfeinerten industriell-finanziellen Hochkapitalismus Deutschlands oder Englands oder der Vereinigten Staaten von Amerika? Er unterscheidet sich von ihm lediglich durch seine tiefe soziale Rückständigkeit.

Den in ihrer Jugendzeit so fleißigen Schülern Marx' und Engels' Lenin und Bucharin ist nur eins auf dem Weg der experimentellen Methode zu beweisen gelungen: Nicht nur fordert eine bestimmte Wirtschaftsordnung einen ganz bestimmten ihr entsprechenden staatlichen Überbau, sondern ein staatlicher Überbau, der der bestehenden Wirtschaftsordnung widerspricht, führt das Land zu längst durchlebten Wirtschaftsformen zurück. Für uns russische Sozialisten, die ihre Bildung von den Klassikern des europäischen Sozialismus erhalten haben, bleibt die Frage ungelöst, wie es kommen konnte, daß dem europäischen Sozialismus 10 Jahre einer furchtbaren, mit dem Blut Unschuldiger getränkten Diktatur über das russische Volk, über den russischen Arbeiter nicht genügten sich über diese Wahrheit klar zu werden, um dann daraus die Konsequenzen zu ziehen.

LUDWIG QUESSEL · DEUTSCHLAND UND DER SECHSMÄCHTEBLOCK

S gibt deutsche Politiker, und nicht nur auf der Rechten sondern namentlich auch auf der Linken, die jedesmal in freudige Erregung geraten, wenn es England gelingt ein irgendwo in Europa glimmendes Feuer zu heller Flamme zu entfachen. Diese Stimmung steigert sich bei ihnen zum lauten Entzücken, sobald sie Grund zu der Annahme zu haben glauben, daß sich Frankreich an dem von London entfachten Brand die Finger verbrennen könnte. In der Regel kommt es freilich immer ganz anders als diese biedereren Leute, die gute Patrioten oder brave Friedensfreunde zu sein glauben, wenn sie munter im Fahrwasser des britischen Imperialismus umherplätschern, anzunehmen pflegen. Als ein Beispiel hierfür erlauben wir uns auf das Jahr 1923 zu verweisen, von dem man heute allerdings nicht mehr gern spricht. Damals kämpfte der Lordkanzler d'Abernon mit deutschen Menschen und deutschem Geld am Rhein

und an der Ruhr gegen Frankreich. Die Sache verlief auch sehr gut: für England. Die deutsche Ausfuhr wurde so gründlich für länger als 1 Jahr gedrosselt, daß die britische Industrie große Ruhrkriegsgewinne zu erzielen vermochte. Das Ende vom Lied war freilich die Festsetzung der Reparationssumme auf einer Höhe, die Poincaré vollkommen befriedigte, ja seine Erwartungen vielleicht sogar noch übertraf. Eine weitere Folge des Ruhrkriegs war die Verwandlung des Rheins zum Limes des britischen Weltreichs im Vertrag von Locarno. Wer an diesem Sachverhalt zweifelt, der lese dort nach, was England zu tun sich verpflichtet hat, wenn deutsche Reichswehr etwa zum Rhein eilen und »des Stromes Hüter sein« wollte. Der klare Sachverhalt ist der, daß Großbritannien in seinem rheinischen Grenzgebiet weder deutsche noch andere Soldaten dulden wird. Aus diesem Grunde (nicht, wie unsere Naiven glauben, Deutschland zuliebe) begünstigt London auch das deutsche Verlangen nach vorzeitiger Rheinlandräumung, weil es im rheinischen Grenzgebiet des britischen Imperiums keine kontinentale Wehrmacht, weder eine deutsche noch eine französische, sehen will. In den deutschen Volksmassen stößt man häufig noch auf die Vorstellung, daß, wenn die französischen Truppen das besetzte Gebiet verlassen, deutsche Truppen dort einrücken dürften. In Wirklichkeit stellt jedoch jede Verletzung der britischen Grenze am Rhein durch deutsche Truppen für London einen casus belli dar. Und Stresemann hatte vollkommen recht, als er beteuerte, daß der Anstoß zum Vertrag von Locarno nicht von dem "Erbfeind" Deutschlands sondern ausschließlich von England ausgegangen ist. Das Sicherheitsbedürfnis des britischen Weltreichs erforderte die Verwandlung des deutschen Rheinlands zu dessen Limes, wogegen die Wilhelmstraße beim besten Willen auch nichts ausrichten konnte, solange das deutsche Volk die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Militärkonvention auf lange Sicht, die allein dem Rheinland seine Freiheit wiedergäbe, nicht einsieht.

Die Vorgänge am Rhein von 1923, deren Rückwirkungen sich vielfach erst jetzt klar offenbaren, schienen dieser Tage im Mittelmeer ein Seitenstück finden zu sollen. Es scheint, als ob angesichts der technischen Neuerungen im Kriegswesen Gibraltar zur Sicherung der angelsächsischen Seeherrschaft im Mittelmeer nicht mehr ganz ausreicht. Man wird kaum fehl in der Annahme gehen, daß die militärischen Kreise in London in dem sichern Besitz des Küstengebiets von Tanger eine wertvolle Ergänzung des Felsens von Gibraltar sehen. Kein Zweifel kann für den, der die viele Jahre hindurch fortgesetzte Finanzierung des Aufstands der Rifkabylen durch London noch nicht vergessen hat, daran bestehen, daß die Downing Street das Ziel verfolgt haben muß Spanien aus seiner marokkanischen Zone herauszumanövrieren. Diesem Spiel ist durch Frankreich, das sich mit Spanien zu verständigen wußte, nach schweren Kämpfen seit Jahresfrist allerdings ein Ende gesetzt worden. Ähnlich wie Lord d'Abernon am Rhein und an der Ruhr mit deutschen Menschen und deutschem Geld so lange gegen Frankreich kämpfte, bis es ihm gelungen war Franzosen und Deutsche so mürbe zu machen, daß sie ihre Zustimmung zur Umwandlung des deutschen Rheinlands in britisches Grenzgebiet gaben, haben britische Emissäre im Rif so lange die Kabylenstämme gegen Spanien gehetzt, bis Primo de Rivera, ohne erheblichen Widerspruch bei seinem Volk zu finden, öffentlich erklären konnte, er wäre, wenn Spanien Tanger nicht erhalten könnte, geneigt sich ganz aus

Marokko zurückzuziehen. Es kann dahingestellt bleiben, ob diese Ankündigung vollkommen ernst gemeint war. Aber schon der Umstand, daß sie überhaupt von dem spanischen Staatschef geäußert werden konnte, zeigt, daß der jahrelange Kampf der englischen Agenten im Verein mit den Kabylen, denen sie Waffen, Munition und Geld lieferten, nicht ohne Wirkung auf die spanische Volksseele geblieben ist.

Man kann auch mit gutem Grund annehmen, daß der spanische Anspruch auf Tanger, von dessen Erfüllung Primo de Rivera Spaniens Verbleiben in Marokko abhängig gemacht hat, unter Englands Mitwirkung zustande gekommen ist, das damit einen Keil zwischen Spanien und Frankreich zu treiben gedenkt. Schon der Umstand, daß Primo de Riveras Interview mit dem Korrespondenten der Sunday Times, in dem er die Möglichkeit eines spanischen Rückzugs aus Marokko ankündigte, in engem Zusammenhang mit dem Besuch Chamberlains bei dem spanischen Staatschef steht, spricht für starke britische Einflüsse auf Spaniens auswärtige Politik. Wer in der Äußerung Primo de Riveras also nicht bloß eine gegen Frankreich gerichtete Drohung sondern auch einen angelsächsischen Wunsch sieht, wird leicht verstehen, was der Besuch der italienischen Flotte im Hafen von Tanger am 29. Oktober zu bedeuten hat. Er sollte dem Quai d'Orsay demonstrieren, wie der britische Platzhalter in der spanischen Zone Marokkos eventuell aussehen könnte. London hat Paris auch gar nicht darüber in Zweifel gelassen, daß die italienische Flottendemonstration in Tanger mit Einverständnis Großbritanniens erfolgt ist. Gleich nach dem Einlaufen des italienischen Geschwaders im Hafen von Tanger wurde der Korrespondent der Times von Italien ermächtigt als Aufklärung über den Zweck des italienischen Flottenbesuchs Europa mitzuteilen, daß Italien das Statut von Tanger, das die politische Oberherrschaft des unter französischem Protektorat stehenden Sultans über das Tangergebiet völkerrechtlich festlegt, »niemals anerkannt« habe, was der Quai d'Orsay im Temps am 6. November leicht genug als unrichtig nachweisen konnte. Jedenfalls steht es jetzt fest, daß England auf Mussolini einwirkt das Statut nicht anzuerkennen, und daß es ihn in die spanisch-französischen Verhandlungen in dem Sinn hineinzuschieben gedenkt eine Einigung zwischen Paris und Madrid zu vereiteln. Soweit sich bei dem gegenwärtigen Stadium die Dinge übersehen lassen, scheint London seinen Plan Spanien aus Marokko herauszumanövrieren also noch nicht aufgegeben zu haben. Zuerst hat es dieses Ziel militärisch zu erreichen versucht, indem es die Aufstände der Rifkabylen finanzierte; jetzt scheint es auf diplomatischem Weg das gleiche zu erstreben, indem es Madrid große angelsächsische Anleihen für einen Verzicht auf Marokko in Aussicht stellt. Darauf deuten die Redewendungen Primo de Riveras hin, daß Spanien in Marokko besser keine Interessen hätte, und daß ein englisch-spanischer Vertrag zu erreichen wäre, »dem ein Plan gemeinsamer industrieller Wohlfahrt und internationalen Handels folgen« könnte. Zugleich läßt London den Platzhalter für Großbritannien in Tanger sich anmelden. Denn nur als solcher könnte Italien eventuell an der Meerenge von Gibraltar in Frage kommen. Sonst wäre ja der Austausch Spaniens gegen Italien ein sehr schlechtes Geschäft für England, sintemalen ein bequemerer Statthalter als Spanien an der afrikanischen Seite der Meerenge für London in ganz Europa nicht aufzutreiben wäre. Vielleicht ist die nächste Absicht Englands, das ja seine weitgesteckten Endziele immer gern möglichst ohne Krieg in Etappen zu erreichen

sucht, die Beseitigung der Souveränität des Sultans über Tanger, die völkerrechtlich auf Grund des Protektorsatsvertrags die Oberhoheit Frankreichs über die Tangerzone bedeutet, was bei der ganzen Tangerfrage den eigentlich springenden Punkt darstellt. Die französische Oberhoheit über Tanger, ausgeübt durch die Souveränität des Sultans, will London offenbar zunächst aufheben. Was dann folgen wird, ist einstweilen noch dunkel. Es kann das von Primo de Rivera in der englischen Presse angekündigte Vakuum durch Räumung des spanischen Gebiets in Marokko sein, was London veranlassen könnte zunächst einmal Italien vorzuschicken, um eine französische Besetzung zu verhindern. Dafür spricht der italienische Flottenbesuch in Tanger. Ebenso möglich ist es aber auch, daß das von den Spaniern geräumte Gebiet schnell von britischen Truppen besetzt würde. Der Rückzug der Spanier aus Marokko, der schon oft in Madrid erwogen worden sein soll, wäre von London mit einigen Opfern jedenfalls zu erreichen, da Spanien bisher aus seinem marokkanischen Landbesitz zwar schwere Nachteile, aber keinen sichtbaren Vorteil aufzuweisen hat.

So dunkel einstweilen auch die britischen Wege in der Mittelmeerfrage noch sein mögen, so steht es doch fest, daß die in der deutschen Presse ausgesprochene Erwartung anläßlich der Mittelmeerreise Chamberlains nach der Völkerbundstagung, nun werde sich schnell unter britischer Führung Italien, Spanien und Griechenland zu einem Mittelmeerblock gegen Frankreich zusammenschließen, nicht in Erfüllung gegangen ist. Wie wenig Paris Spanien zu fürchten hat, zeigt am besten der Umstand, daß jetzt England bemüht ist Italien in die spanisch-französischen Verhandlungen hineinzuschieben, um eine schnelle Einigung der beiden romanischen Völker über Tanger zu verhindern. Was nun die Stellung Italiens im diplomatischen Spiel Englands betrifft, so liegen hier die Dinge auch nicht so wie sie die deutschen Parteiführer zu sehen belieben. Rom ist unter Mussolini doch ein gutes Stück weitsichtiger und selbstbewußter England gegenüber als die Wilhelmstraße. Richtig ist, daß Mussolini gegen entsprechende Gegenleistungen (nicht umsonst wie die Wilhelmstraße) dem britischen Imperialismus Gefälligkeiten erweist, wie jetzt die Fahrt nach Tanger, von der die italienische Presse übrigens kein großes Aufhebens machte. In Paris sieht man sich diese Gefälligkeiten mit aller Ruhe an. Man weiß dort, daß Frankreich das große Einwanderungsland für Italien ist, das dem Herzen des italienischen Volkes sehr nahe steht. Frankreich ist sehr vielen Italienern das zweite Heimatland, an dem sie mit inniger Liebe hängen. Mussolini kennt zu gut das italienische Volk, um diese Gefühle unbeachtet zu lassen. Die Fahrt nach Tanger, die er auf den Wunsch Englands antrat, ist auch nur in der deutschen, nicht in der italienischen, Presse als zweiter Panthersprung wilhelminisch frisiert worden. Die Ruhe und Reserviertheit, mit der der Quay d'Orsay die italienischen Gefälligkeiten für England in den Kauf nimmt, zeigt auch, daß man in Paris weit davon entfernt ist auf eine deutsche Charakteristik Mussolinis als eine italienische Ausgabe Wilhelms II hereinzufallen. Natürlich ist die Haltung Italiens Paris nicht immer angenehm. Man sieht dort in den italienischen Gefälligkeiten für England das Bestreben Mussolinis die italienische Stellung im kommenden Kontinentaleuropa möglichst zu stärken. Daß diese Haltung Italiens die kontinentale Einigung, die die französische Politik konsequent verfolgt, erschwert oder doch verzögert, ist allerdings gewiß. Aber der Quay d'Orsay weiß auch, daß Mussolini nie ein blindes Werkzeug in der Hand

Englands gegen Europa abgeben wird. Daher widersetzt er sich jenen französischen Linksorganen, die durch Erregung von Leidenschaften einen ernstlichen Riß zwischen Frankreich und Italien heraufbeschwören. Man toleriert am Quai d'Orsay vieles, was dem Agitationsbedürfnis der fascistischen Partei dient, und zwar in der Überzeugung, daß die werdende europäische Einheit auch die italienischen Aspirationen auf das Maß beschränken wird, das der Bedeutung Italiens im Wirtschaftsleben des Kontinents gerecht wird. Mussolini seinerseits will seine Stellung als späterer Partner möglichst stark machen, die Partnerschaft selber aber ist ihm, wenn auch unausgesprochen, leitendes Ziel. Es ist daher nicht ganz so unrichtig, wenn der Vorwärts jüngst schrieb, Mussolini gebe sich zu den Aktionen Englands gegen Frankreich nur her, um zuletzt England zu »prellen«. Ganz so einfach liegen die Dinge freilich nicht; etwas davon aber ist wahr, so daß die Freude des Foreign Office an Mussolini nur sehr selten ungetrübt sein dürfte.

Die Erkenntnis Londons, daß Mussolini denn doch aus anderm Holz geschnitzt ist als die Vertreter der deutschen Außenpolitik, gibt die Erklärung dafür, daß Chamberlain auf seinen europäischen Fahrten immer wieder nach Paris, dem Brennpunkt der kontinentaleuropäischen Politik, die er verabscheut, zurückkehrt. Noch weniger als auf Mussolini kann sich Chamberlain nämlich auf die Führer der anderen Kontinentalvölker verlassen. So erweist sich die in Deutschland schon so oft totgesagte Kleine Entente immer noch als ein recht lebensfähiges Gebilde. Am Ende zeigt sich Briands kontinentaleuropäisch orientierte Politik, wenn ihr auch gelegentliche Rückschläge nicht erspart bleiben, doch immer als erfolgreich. Sehr stark offenbart dies auch die Haltung Moskaus, das mit dem werdenden Kontinentaleuropa unter französischer Führung als mit einer Realität zu rechnen beginnt. Von russischer Seite liegen zwei Angebote vor, die Beachtung verdienen. Zunächst das Angebot eines Nichtangriffspakts an die verbündeten Mächte Frankreich und Polen. Dann das finanzielle Angebot an Frankreich 60 Jahreszahlungen zu 60 Millionen, zusammen 3600 Millionen Goldfrancs, zu zahlen, wenn sich Paris bereitfindet Rußland industrielle Kredite im Betrag von 600 Millionen Goldfrancs zum Wiederaufbau der russischen Wirtschaft zu gewähren. Kein Wunder, daß diese Schwenkung des Kremls die Downing Street ernstlich beunruhigt und Chamberlain immer wieder nach Paris zurückführt. Dazu kommt der russisch-persische Vertrag, der zeigt, daß Rußland seine werbende Kraft in den Randländern des britischen Imperiums in Asien noch immer nicht ganz verloren hat. In Frankreich bringt man natürlich den Angeboten aus Moskau ein gehäuftes Maß von Mißtrauen entgegen. Andererseits tut man London aber doch nicht den Gefallen mit Moskau ganz zu brechen. Der Rakowskijstreit war ein Zwischenspiel bei der Prüfung, inwieweit Rußland ernstlich bestrebt ist sich der französischen Politik der Einigung des Kontinents anzupassen. Es scheint zur Zufriedenheit Frankreichs abgelaufen zu sein.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß der kontinentaleuropäische Block, bestehend aus Frankreich, Belgien, Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien, eine immer größere Anziehungskraft auf die neutralen Staaten Europas auszuüben beginnt, die ebenfalls, wie die letzte Völkerbundstagung gezeigt hat, dazu kommen im Genfer Protokoll die Magna Charta des Kontinents zu sehen. Mussolini weiß, daß er mit dem werdenden Kontinentaleuropa zu rechnen hat, obwohl er sich einstweilen noch zu allerlei

Gefälligkeiten für dessen Feind hergibt. Man fragt sich, ob eine Linksregierung in England eine andere Haltung zu einem organisierten Frieden in Europa einnehmen wird als das gegenwärtige Kabinett Baldwin. Diese Frage wird, wie es scheint: mit Recht, zumeist verneint. Die Locarnoverträge bedeuten nach dem Urteil der Frankfurter Zeitung »für England das Maximum von Garantiezusagen«. Eine Rückkehr zum Genfer Protokoll, zu dem sich heute der europäische Kontinent bekennt, ist für England, auch nach einem großen Wahlsieg der Linken, ausgeschlossen. »MacDonald und die Labour Party setzen sich heute noch (theoretisch!) dafür ein, aber England will nichts davon wissen, und den Wählern der Labour Party sind diese Paragraphen höchst gleichgültig.« Die Einigung Europas wird sich also höchstwahrscheinlich gegen, jedenfalls aber nicht mit England vollziehen. Deutschland, das auf dem Kontinent die einzige Macht ist, die die konsequent englische, also objektiv gegen den organisierten Frieden gerichtete Politik mitmacht, verliert, je fester der von Frankreich geführte Sechsmächteblock wird, und je mehr die Neutralen sich diesem anschließen, an Bedeutung und ist in Gefahr zu einer Macht 3. Ranges herabzusinken, während es an der Seite Frankreichs Europa führen könnte.

HEINRICH PEUS . FÜR EINEN DEUTSCHEN REGIONALISMUS

UBER das Deutsche Reich kam die Revolution nicht so, daß ihre Nutznießer sie unmittelbar erstrebt und als Frucht ihres Kampfes um sie errungen hätten. Allzu viele Wochen braucht man hinter den 9. November 1918 nicht zurückzugehen, um an den Zeitpunkt zu gelangen, wo kaum ein führender Sozialdemokrat daran gedacht hat, daß so etwas wie eine Republik vor der Tür stehe. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Republik nur das Ergebnis der Vorgänge kurz vor dem 9. November 1918 gewesen sei. In Wahrheit ist die Republik doch das notwendige Ergebnis der Entwicklung insbesondere seit dem Zeitpunkt, da die Sozialdemokratie ins Dasein trat. Im Jahr 1890 legte ich in Magdeburg vor einer von der Partei einberufenen Volksversammlung dar, wie sich die Monarchie von der absoluten zur konstitutionellen entwickelt habe, sich weiter zur Scheinmonarchie ähnlich wie in England gestalte, bis dann der Zeitpunkt kommen werde, wo die »Könige durch die Umstände in die Notwendigkeit versetzt werden Vernunft anzunehmen« und sich mit Pensionierung würden zufrieden geben. Der Vortrag dieser optimistischen Meinung brachte mir eine Anklage wegen Hochverrats, dann, nachdem diese Anklage gefallen war, doch eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung und eine Verurteilung zu 2 Jahren, in 2. Instanz zu 1 Jahr Gefängnis. Die Richter hielten es für eine schwere Beleidigung eines Monarchen, insbesondere des preußischen Königs, ihm zuzumuten, daß er, wenn es darauf ankomme, Vernunft annehmen könne. Und doch hat dieser König, als er am 9. November 1918 nach Holland ging, die von mir gewünschte Vernunft angenommen. Und die anderen Fürsten haben dies erst recht, und in sehr verständiger Weise, getan. Und so sind wir im November 1918 den Kaiser und die Könige, die Großherzöge und Herzöge bis hinab auf den kleinsten Fürsten von Schaumburg-Lippe los geworden. Geblieben ist aber alles, was als selbständig regiertes Land hinter diesen Monarchen stand.

Es ist eine Schuld der Zeit unmittelbar nach jenem 9. November, daß damals nicht gleich diejenige Ordnung der Dinge im Reich geschaffen worden ist, die heute noch fehlt, aber unbedingt kommen muß. Das einheitlich regierte und einheitlich verwaltete Deutsche Reich muß erstehen. Die Länder als Gebiete der ehemaligen Monarchien haben ihre Existenzberechtigung verloren. Das Reich muß anders eingeteilt werden. Aber wie? 3 Einteilungsprinzipien dafür kann man sich denken.

Man kann meinen, die ehemaligen Länder seien nicht nur Reiche der Monarchen gewesen sondern auch eigenartige Bestandteile des deutschen Volkes; die Fürsten seien nur Exponenten dieser Eigenart gewesen. Diese Meinung kann aber nicht als berechtigt anerkannt werden. Denn wie sollte es dann erklärt werden, daß das Volk von Hohenzollern sich just zu der Eigenart der Preußen hingezogen gefühlt habe? Auch das kann nicht behauptet werden, daß ein so kleines Volk wie das anhaltische mit seiner Viertel- oder Drittelmillion in den letzten Jahrzehnten so eigenartig sei, daß es unmöglich mit dem Volk von Aschersleben, Halberstadt, Schönebeck und Wittenberg zu einem einheitlichen Ganzen zusammengefaßt werden könne. Auch scheint es mir absolut unberechtigt zu sein anzunehmen, die Rheinländer und die Ostpreußen könnten im Deutschen Reich unmöglich anders als in der Gestalt des ehemaligen Königreichs Preußen als Unter- teil bestehen. Vielleicht kann der Gedanke, daß das historisch Gewordene berücksichtigt werden müsse, noch am ehesten einige Anerkennung heischen, wenn man so 2 Länder wie Preußen und Bayern mit einander vergleicht. Gut, die Bayern sind andere Leute als die Preußen. Aber doch nicht mehr als die Holsteiner andere Leute sind als die Oberschlesier. Mit dem historisch Überkommenen *allein* ist also wirklich nichts anzufangen. Wir können höchstens feststellen, daß es bei uns viel zu lange mächtig geblieben ist, und daß wir bis zur Stunde noch gar sehr darunter leiden, daß die Monarchie wie noch mehr die Monarchien bei uns so lange mächtig geblieben sind.

Ein anderes Einteilungsprinzip, auf das man kommen könnte, wäre das rein mechanische, das darin bestünde, daß man das ganze Reich in möglichst quadratische gleiche Teile teilte, um auf diese Weise allem Streit über eine anderweitige Einteilung aus dem Weg zu gehen. Wir werden aber wohl nicht viel Worte zu machen brauchen, um solches Einteilungsprinzip abzuweisen. Der einzige Grund, der dafür anzuführen wäre, könnte ja nur der sein, daß es möglich wäre auf die Weise sich am leichtesten über die Einteilung einig zu werden. Es wäre die Einigkeit über eine Unsinnigkeit, weil man sich nicht zutraue eine verständige Einteilung schaffen zu können. Dieser Zweifel an unserer Fähigkeit etwas Vernünftiges zu schaffen ist unberechtigt. Wir haben heute die verfassungsmäßigen Organe, die in aller Ruhe eine neue vernünftige Ordnung im Reich zu schaffen imstande sind. Was unmittelbar nach 1918 nicht möglich gewesen ist, weil wir damals andere schwere Kämpfe durchzukämpfen hatten, das muß jetzt möglich sein; jetzt erst recht, weil wir jetzt auf alle Fälle mehr Ruhe für diese wichtige Aufgabe haben als kurz nach dem 9. November 1918.

Gehen wir darum ans Werk. Und dies Werk kann nur sein, daß wir im Deutschen Reich einen Regionalismus schaffen, der den wirtschaftlich-kulturellen Verschiedenheiten der Teile des Reichs gerecht wird. Spricht man von Regionen und nicht von Provinzen, so weist man dadurch von vornherein

den Gedanken ab, als ob es sich um eine Provinzialeinteilung von der Art handle, wie sie ein völlig zentralistisches System für seine Zwecke braucht. Sollen etwa die heutigen preußischen Provinzen zu solchen Regionen werden, so werden sie eine erheblich größere Autonomie erhalten müssen: natürlich nur eine solche, die das Reichsgefüge nicht lockert sondern, gerade wegen der größern Bewegungsfreiheit, geistig stärkt. Auch wird bei manchen der Gebietsraum verändert werden müssen.

Wir können uns das am ehesten an der Provinz Brandenburg klar machen. Da ist klar, daß man Berlin nicht mit der übrigen Provinz Brandenburg in einen Verwaltungskörper zusammenfassen kann. Denn da das allgemeine Stimmrecht und die Demokratie natürlich auch für die einzelnen Teile des Reichs gelten, so würde, falls Berlin mit der Provinz zusammen *einen* Verwaltungskörper hätte, die Berliner Bevölkerung die übrige Provinz völlig überstimmen. Die aus der Provinz könnten ruhig zu Hause bleiben, gegen die Berliner könnten sie ja doch nicht aufkommen. Es liegt also auf der Hand, daß, wenn man darüber beriete, wie es mit der Mark Brandenburg und Berlin gehandhabt werden solle; ob die beiden zusammen eine Region Berlin-Brandenburg bilden sollten, wohl darüber Einstimmigkeit herbeigeführt werden könnte, daß die Stadt Berlin und die übrige Mark Brandenburg je eine Region für sich sein müssen. Es sollen eben nach Möglichkeit Regionen gebildet werden, die eine gewisse Gleichmäßigkeit ihres wirtschaftlichen und namentlich auch ihres kulturellen Daseins haben, die dann für ihre besonderen Bedürfnisse sich auch, ohne das Gesamtwohl zu vergessen, besonders einsetzen können. Es muß einleuchten, daß Ackerland und Waldland, die einer Region ihr besonderes Gepräge geben, zweckmäßigerweise für sich zusammengefaßt werden, natürlich nur, wo sich das leicht machen läßt. Andererseits ist ein Industrieland, wie zum Beispiel das Ruhrgebiet, auch als besondere Region zusammenzufassen. Das östliche Westfalen und ein Teil Hannovers würde weit mehr als Wald- und Ackergebiet anzusehen sein. Das Weinland am Rhein und Mosel würde sich gleichfalls sehr gut zu einer besonderen Region erklären lassen können. Man bedenke ferner, welche Schwierigkeiten es bislang bereitet, daß Hamburg, Harburg und Altona nicht als eine Region des Handels zusammenkommen können. Die Bayern oberhalb von München und die um Nürnberg und Würzburg können sicher 2 verschiedene Regionen bilden. Und der Schwarzwald, der heute Badenser, Württemberger und Bayern beherbergt, könnte als eine Region sicher eine bessere Einheit darstellen. Wenn aber die industriereichen Sachsen sich noch industrielle Grenzgebiete angliederten, wäre auch gegen solche Region wohl nicht viel einzuwenden. Ob große gleichartige Gebiete wieder noch zu teilen wären, ob Wert darauf zu legen wäre, daß die Regionen möglichst gleich groß oder gleich volkreich sein müßten, das braucht man nicht schon jetzt zu entscheiden. Das ist ja offenbar am wenigsten zu erreichen, weil Industriegebiete sehr leicht an Umfang klein, aber an Bevölkerung groß sein können. Wenn wir, was ja wohl als selbstverständlich angesehen werden muß, auch Deutsch Österreich (dessen Anschluß an das Deutsche Reich eine kontinental orientierte deutsche Außenpolitik uns bringen wird) mit in Betracht ziehen müssen, so würde auch da eine Zusammenfassung der bayrischen Alpen mit dem ähnlichen österreichischen Gebiet als sehr zweckmäßig erscheinen, während die Großstadt Wien wieder als eine Region für sich anzusehen wäre.

Es kann hier nicht der Anspruch erhoben werden die Regionen als gleichartige Interessengebiete praktisch den Lesern genau umschrieben vor Augen zu führen. Darüber hätten Staatsmänner, Volksvertreter und Wirtschaftler, die, ausgerüstet mit dem Wissen über die Natur der einzelnen Gegenden des Reichs, die Regionen schaffen sollen, in möglichst objektiver Beratung zu entscheiden. Wenn man aber das große Ziel, das da vor uns liegt, ins Auge faßt, wird man meinen dürfen, daß die Verfassungskommission, die diese Aufgabe übertragen bekäme, wohl keine allzu schwere Aufgabe zu lösen hätte. Wenn nur erst einmal der Gedanke des Regionalismus sich Anerkennung verschafft, dann wäre seine Durchführung sicher nicht schwer.

Es gäbe ein gutes Mittel den Gedanken des Regionalismus populär zu machen. Das wäre der Entschluß zwar ein einheitliches Reich zu schaffen, aber auf das äußerste darauf bedacht zu sein, daß seine Teile ein möglichst großes Maß von Freiheit bekämen. Alle Zentralisation trägt die große Gefahr in sich Demokratie und Selbstverwaltung, eigene Schaffensfreude von unten auf zu zerstören. Eine zentralisierte Republik kann eine schlimmere Tyrannei bedeuten als eine erbliche Monarchie. Nichts ist für die Freiheit der Bürger unten wichtiger, als daß der Zentrale nicht zu viele Befugnisse übertragen werden. Was irgendwo unten gemacht werden kann, soll man nicht oben machen wollen. Und man soll nach unten keine Schranken ziehen, die überhaupt vermieden werden können. Alles fruchtbare Tun findet von unten seine stärkste Anregung und Nahrung. Nichts ist gefährlicher für die Freiheit und damit für fruchtbare Aktivität, als wenn sich der Staatsbürger unten das Bewußtsein bemächtigt, es habe ja doch keinen Zweck, alles, was man tue, werde ja doch von oben her vereitelt. Wenn wir Regionen als die Unterteile Deutschlands schaffen wollen, dann müssen wir ihnen ein großes Maß von Freiheit und Aktivitätsmöglichkeit geben. Und ähnlich haben sich die Regionen den Gemeinden gegenüber zu verhalten. Soll die Neigung einer solchen Neuordnung der Dinge zuzustimmen im Volk lebendig werden, dann ist nichts notwendiger als dafür zu sorgen, daß sich das Bewußtsein entwickelt, es sei nicht die Absicht einen lähmenden Zentralismus zu schaffen. Wir kranken zweifellos in Deutschland unter einem Partikularismus, der keinen Sinn für Einheitlichkeit hat. Solchem Partikularismus, der nur an seine eigenen engen Interessen, nie an das Ganze denkt, darf man natürlich nicht im mindesten das Wort reden. Darum fordern wir Vereinheitlichung für alles das, was einheitlich sein muß. Aber was nicht schematisiert zu werden braucht, was in verschiedener Weise ausprobiert werden kann, ohne die notwendige Einheitlichkeit des Nationalbewußtseins zu stören, das soll man auch verschieden lassen. Da sollen Möglichkeiten realisiert werden können. Da soll ein Teil dem andern das Beste vormachen.

Vielleicht wird gegen diesen Vorschlag eingewendet werden, er habe gar keine oder wenig Aussicht auf Erfolg. Aber das ist wohl vorschnell geurteilt. Bei der Zusammenfassung aller produktiven republikanischen Kräfte, die in dem neuen Reichstag sich vermutlich als Gebot der Notwendigkeit erweisen wird, dürften manche Probleme der innern Neugestaltung ein anderes Aussehen gewinnen als sie heute haben. Solcher Konzentrationspolitik können wir heute schon geistig vorarbeiten. Wie überhaupt die Sozialdemokratische Partei gar nicht genug tun kann, um neben der für sie so oft unfruchtbaren Tagesarbeit sich weitergehende Ziele zu setzen. Wir

sollten darum in Wort und Schrift für einen deutschen Regionalismus eintreten. In dem klassischen Land des Zentralismus, in Frankreich, sehen wir eine immer stärker werdende regionalistische Bewegung. Dort soll sie das zentralistische Regime (das seine historische Mission erfüllt hat und der nationalen Entwicklung, der es so große Dienste geleistet hat, heute eher hinderlich ist) in ein immer kraftvolleres Selbstverwaltungssystem überleiten. Bei uns in Deutschland hat der Regionalismus umgekehrt die Aufgabe den Partikularismus zu überwinden und damit ein einheitliches deutsches Nationalbewußtsein zu wecken. Diese Entwicklung wird beide Länder geeigneter machen den Zukunftsbau des Vereinigten Europäischen Kontinents zu tragen.

KARL WÜRZBURGER · DIE DEUTSCHE VOLKS- SCHULE UND DER DEUTSCHE EINHEITSSTAAT

MAN wird nicht fehlgehen, wenn man behauptet, daß die Väter und vor allem die Paten des Reichsvolksschulgesetzes die Freude an dem Kind verloren haben, weil sie zu ahnen beginnen, daß die Geburt einen lebensunfähigen Homunkulus ans Licht gebracht hat. Es sind im wesentlichen die Parteien, die sich in Vater- und Patenschaft teilen, die jetzt nach einem Weg suchen, auf dem man unbemerkt das Präparat in einem Laboratorium vielleicht zur Belehrung junger und noch unverdorbenen Kulturpolitiker aufbewahren könnte. Eine Zeitlang schien es so, als könnte man das Kind, ohne gerade des Totschlags bezichtigt zu werden, unauffällig beseitigen. Man zeigte Lust sich hinter der Schwierigkeit der Kostenaufbringung und vor allem der Verteilung auf Reich und Länder zurückzuziehen. Das Reich hatte in seinem Entwurf über die Kostenfrage geschwiegen. Preußen nahm resolut in seinen Gegenentwurf die Bestimmung auf: »Die Kosten, die den Ländern und den Gemeinden (§ 6) aus der Durchführung dieses Gesetzes und der ihm zugrunde liegenden Bestimmungen der Reichsverfassung entstehen, werden in voller Höhe vom Reich erstattet.« Dieser Satz bildet den Schluß des ganzen Entwurfs. Er stellt einen kräftigen Spatenstich dar. Die Schaufel stieß in ein Grab. Vielleicht ist nun ein Mittel geboten die etwas unwürdige Form des Begräbnisses zu vermeiden; handelt es sich doch um Lebensbedingungen deutscher Volkskultur.

Dieses Mittel liegt vielleicht in der immer lebhafter werdenden Diskussion über den zu schaffenden Einheitsstaat. Nachdem nun auch der preußische Kultusminister Carl Heinrich Becker in einer bedeutungsvollen Rede bei der Jahresfeier der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin unzweideutig für den Einheitsstaat Partei ergriffen hat, ist es Zeit die Folgen einer solchen Umgestaltung für die gesamte Kulturpolitik zu prüfen. Ohne den Einheitsstaat mußte die Revolution halbe Arbeit bleiben. Die mannigfachen Versuche den Umsturz rückgängig zu machen setzten alle mehr oder weniger an dieser Stelle ein. Es war nur das offizielle Vokabular, in dem neben den Begriffen des Landes- und des Hochverrats der Begriff des Länderverrats fehlte. In der Substanz war er da und politisch wirksam. Mit dem (regional dezentralisierten) Einheitsstaat würde das Fragment der Revolution noch nicht zum Werk, aber zum Grundstein des Werks. Vielleicht ist dieses Mangels wegen die Reichsverfassung bisher untauglich gewesen als Magna

Charta das Volk in seinem politischen Gemüt und Gewissen zu ergreifen und zu binden. Mit der Rede Beckers ist den Lehrern der Deutschen Hochschule für Politik eine Aufgabe überwiesen worden: die junge Generation mit der Einsicht und dem Wissen auszustatten, die für die Errichtung und den Ausbau des kommenden einheitlichen Deutschlands unentbehrlich sind.

Wenn die politische Situation es heute erfordert (oder auch nur zuläßt), daß der Unterrichtsminister des größten deutschen Landes eine solche Kundgebung für geboten hält (oder auch nur wagen darf), dann ist es ein Unding vor der Lösung dieser entscheidenden Frage von der Gestaltung des Reichs das Grundgesetz der Schule zu beschließen. Unter diesem Gesichtspunkt die Vorlage zurückzuziehen, ehe die Auseinandersetzung der Parteien zu einer weitem Verschärfung der Gegensätze zwischen den Parteien geführt hat, ist dann nicht mehr ein Akt blamabler Verlegenheit sondern staatspolitischer Klugheit. Auf diese Weise entscheidet das Volk selbst, wie über den Einheitsstaat, so auch über das Schicksal seiner Schule. Unter diesem Gesichtswinkel die wichtigsten Bestimmungen der Entwürfe des Reiches und Preußens zu betrachten dürfte die gegebene Aufgabe der Stunde sein.

Einige Bemerkungen über den Einheitsstaat sind vor auszuschicken. Keine Rede davon, daß er als Unitarismus eine Erstarrung des Lebens, des gesamt- wie insbesondere des kulturpolitischen, zeitigen müßte. Im Gegenteil ist zu erwarten, daß seine Begründung eine Auflockerung zur Folge haben wird. Die zentralen und die partikularen Befugnisse werden geprüft. Es kann nicht ausbleiben, daß neue Grenzen gezogen, und neue Verbindungswege gebaut werden. Man wird nicht einfach die Verteilung der Kräfte, wie sie bisher bestand, im erstarrten Grundriß übernehmen. Sondern man wird bei der Umlagerung des Schwergewichts auch die Kräfte, die das Schwergewicht bestimmen, auf eine neue Weise ausbalancieren. Und da wird man von vornherein zu überlegen haben, ob nicht die Grundbestimmungen des Schulgesetzes leichter und lockerer gehandhabt werden könnten als es in den vorliegenden Entwürfen nach Lage der Dinge geschehen mußte. Worauf es in der demokratischen Republik ankommen wird, das ist die in der Verfassung niedergelegten Grundrechte des Volkes zu wahren. Der Kampf um das Gesetz erhielt seine Schärfe durch die berechtigte Sorge um die Gestaltung einer im Wesensgrund einheitlichen Volkskultur. Der preußische Entwurf konnte die Gefahren des Reichsentwurfs nicht vollkommen beseitigen, die sich der Erhaltung unserer innern Einheit in den Weg stellen mußten. Obwohl man ein Reichsgesetz zu schaffen hatte, entledigte man sich der Verantwortung für die Erhaltung seiner Einheit und überließ sich einem Liberalismus älterer Prägung, der in Verkennung der demokratischen Idee die Verantwortung für die Schule dem Willen der Eltern überließ, ohne diese selber erst zu verantwortungsvoll schaffenden Gliedern des Staatsorganismus heranzubilden. Die Eltern sollten für ihre Kinder die Schule wählen, die ihnen erwünscht erschien, ohne irgendeine Rücksicht auf das Gedeihen des Ganzen zu nehmen. Voraussetzung für ein Reichsschulgesetz aber muß sein, daß in ihm bereits der Ausgleich zwischen dem Eigenwillen des einzelnen und dem Gesamtwillen des Volkes in seinem, von ihm selbst doch getragenen Staat gefunden wird. Die Individualität muß in großem Zug geachtet werden; nicht aber darf die kommende Generation gegen die Einheit des Staats dem Sonderwillen der Eltern ausgeliefert werden.

Hier entspringen die Bedenken gegen die Entwürfe sowohl Preußens wie des Reichs. Und zwar sind hier von ausschlaggebender Bedeutung die Bestimmungen über die Gemeinschaftsschule. Gewiß enthalten die übrigen Einzelbestimmungen in dem Reichsentwurf bedenkliche Elemente, die zum Teil durch die Annahme der preußischen Gegenvorschläge ausgemerzt werden könnten. Aber der ganze Streit hat sein Schwergewicht in den Bestimmungen über die Gemeinschaftsschule. Hier muß es gelingen eine Form und Fassung zu finden, die von vornherein die Mehrheit des Volkes und sogar die Mehrheit der Parteien befriedigt. Mißlingt dieser Versuch, dann ist auf jeden Fall, gleichgültig, welche Verbesserungen im einzelnen gefunden werden, die deutsche Kultur, soweit sie in der Schule gegründet ist, als Volkskultur für die ganze Wirkungskdauer des Gesetzes preisgegeben. Das Reich und Preußen glaubten die Gemeinschaftsschule auf die religiös-sittliche Grundlage des Christentums festlegen zu müssen. Aber nichts ist so wenig geeignet der Kultur eines Volkes unüberschreitbare Grenzen zu ziehen wie die Religion, weil sich nichts humaner Grenzziehung selbst so sehr widersetzt wie eben die Religion. Es gibt keinen humanen Bereich, der sich mit dem Bereich der Religion deckte. Es ist nicht nur im Interesse der Kultur sondern weit mehr noch im Interesse der Religion (wenn man von einem solchen überhaupt sprechen darf) verboten ihre Wert- und Wirkungsbereiche als identisch, ja auch nur als gleichmäßig, gleichem Maß gefügig, zu betrachten. Wenn für die Gemeinschaftsschule die Bestimmung erhalten bleibt, daß bei der Anstellung der Lehrer die Gliederung der Schüler nach Bekenntnis und Weltanschauung tunlichst zu berücksichtigen ist, dann ist dem unbestreitbaren Interesse an der Wirkungskraft des Glaubens in der Schule ausreichend Rechnung getragen. Diese Bestimmung ist nicht nur in den beiden rivalisierenden amtlichen Entwürfen sondern auch in den demokratischen Vorschlägen enthalten. Was ist damit tatsächlich gewonnen? Die Kinder bleiben in der Schule in natürlichem und lebendigem Zusammenhang mit dem Glauben ihrer Väter. Unter einer Voraussetzung: der, daß dieser Glaube in den Lehrern, die sich zu ihm bekennen, lebendig ist. Dieses notwendige Leben wird aber schwerlich durch jene Bestimmungen gefördert, die besagen, daß die Gemeinschaftsschule »die Unterrichts- und Erziehungsaufgaben der deutschen Volksschule auf religiös-sittlicher Grundlage ohne Rücksicht auf die Besonderheiten einzelner Bekenntnisse und Weltanschauungen erfüllt. Die aus dem Christentum erwachsenen Werte der deutschen Volkskultur sind im Unterricht und in der Erziehung lebendig zu machen.« Ist der Glaube nicht lebendig, was durch Prüfungen ohnedies nicht zu erhärten ist, dann nützen diese Bestimmungen nicht das geringste. Ist er aber lebendig, dann sind sie überflüssig. Denn wo gäbe es einen Menschen, der, sei es als Lehrer in der Schule oder wo sonst in der Welt, seinen Glauben in seinem Wirken verleugnen könnte, selbst wenn er, aller Natur zuwider, ihn verleugnen möchte? Ist das Christentum mehr als ein historischer Wert, aus dem einmal Werte deutscher Volkskultur erwachsen sind, dann bedarf es seiner "Verankerung" in einem Gesetz nicht, auch nicht in einem Reichsvolksschulgesetz. Dann ist vielmehr das Gesetz unausgesprochen im Christentum "verankert". Es geht nicht um die Erhaltung des Christentums. Das Leben der Religion hängt nicht von gesetzgeberischen Maßnahmen des Staates ab. Aber die Einheit deutschen Volkslebens können wir, wenn auch nicht willentlich schaffen, so doch bewußt und zielklar schützen und pflegen.

Wenn es wahr ist, daß sich selbst in den Reihen des Zentrums die Stimmen mehren, die einer Basierung des Gesetzes auf der Idee der Einheitschule das Wort reden, dann ist zu hoffen, daß das Zentrum im Vertrauen auf die unerschütterliche Position des Glaubens, um des Einheitsstaats willen, die Gemeinschaftsschule in einfacher Form akzeptiert. Der Grund zu der vielleicht sehr tiefgehenden Stimmungsänderung ist nicht in einem Müdewerden zu suchen. Im Gegenteil. Man hat sich im Zentrum offenbar klargemacht, daß die Eroberung der Bekenntnisschule in einen Pyrrhussieg umschlagen könnte, ja müßte. Der Katholizismus begibt sich mit der Bekenntnisschule ohne jeden innern Zwang in eine selbstgeschaffene Diaspora. Daß diese Erkenntnis ohne Einwirkung von außen im Zentrum selbst erwachsen ist, macht sie praktisch politisch wertvoll. Die große Partei braucht sich keinen Kompromiß abnötigen zu lassen, sie kann unter Wahrung ihrer Grundhaltung eine Angleichung der Forderungen von sich aus herbeiführen und fördern. Geht diese Darstellung aber nicht doch an einem Kardinalsatz des Katholizismus vorüber? Kann der Katholizismus, selbst auf die Gefahr der Diaspora hin, auf die Bekenntnisschule verzichten? Man fragt besser: Muß der Katholizismus auf diese Forderung verzichten? Gerade im Einheitsstaat, der als Neuschöpfung alle elementaren Verhältnisse vor seiner Statuierung überprüfen muß, werden klare kulturelle Verhältnisse, die sich als einheitliche Substanzen zu erkennen geben, weitgehend berücksichtigt werden. Bei einer stark gemischten Bevölkerung lebt der Einheitsstaat wesentlich vom Ausgleich der Kräfte. Hier wird er die Gemeinschaftsschule nicht nur als theoretische oder grundsätzliche Regelschule fordern müssen, sondern sie auch praktisch ohne Einschränkung durchzuführen haben. Zeigt aber eine Region eine einheitliche kulturell-religiöse Substanz, dann ist sie sogar im Interesse des Einheitsstaats zu erhalten. Hier vermag sich die Besonderheit eines Volksteils zu klären und als wohlausgebildete Figur dem Gesamtbild des Volks im vollsten Sinn des Wortes einzuverleiben. Aber diese Substanz darf nicht auf einer dürrtigen Zahlenebene aufgebaut sein, die etwa erst künstlich in einem üblen Konkurrenzkampf geschaffen wird, sondern sie muß als lebendige Substanz müheles zu erkennen sein. Derartige katholische, evangelische oder auch sozialistische Landesgebiete sind dann nicht diasporaähnliche Gebilde sondern gesunde Schichten in der Erdmasse des Volkes. Für sie muß also das Reichsvolksschulgesetz auch im Einheitsstaat ausreichende Vorsorge treffen. Aber, wohlgemerkt, der Maßstab ist ein anderer als in den derzeitigen Versuchen die Schulfrage schematisch zu regeln, wo in einem überspitzten Demokratismus die ganze echte Demokratie zum Teufel geht.

Ob der Minister Becker sich in der mehrfach erwähnten Rede bewußt war, daß er sein stärkstes Argument für die beschleunigte Regelung der Schulfragen mit der Forderung des Einheitsstaats preisgegeben hat, ist nicht ersichtlich. Daß er es preisgegeben hat, steht außer Frage. War es bis heute erwünscht mit der Schulfrage endlich und endgültig ins reine zu kommen, weil die unklaren Verhältnisse auf die Dauer politisch und pädagogisch unerträglich waren, so ist jetzt eine weitere Verzögerung nicht nur erträglich sondern geboten. Man muß die Einheit des Staats haben, ehe man die Einheit seiner Schule begründen kann.

Man weiß, warum eine Reihe der großen Parteien, ja gerade die großen Parteien das Gesetz vor den nächsten Wahlen durchbringen wollten. Sie

fürchteten sich alle mehr oder minder vor der Notwendigkeit das Schulgesetz zur Wahlparole zu machen. Es war nicht nur Angst um den fragwürdigen Bestand der Parteien, und es war auch nicht nur die Verlegenheit in dieser Frage so recht keine schlagkräftige Parole finden zu können. Es waren auch sehr ernste staatspolitische Bedenken, die einem um das Schulgesetz geführten Wahlkampf nach glücklich gewonnener Beruhigung des Landes entgegenstanden. Schafft man aber erst die Voraussetzungen für ein wirkliches Reichsvolksschulgesetz im Einheitsstaat, dann wird dem Meinungsstreit viel von seiner Schärfe genommen sein. Bleibt die Frage, ob der Einheitsstaat sich zur Wahlparole eignet. Wäre er nur eine Idee, dann wären unsere Hoffnungen gering. Aber was die Idee allein bestimmt nicht schüfe, das erzwingt für sie die Not unserer Finanzen. Diese Not wird so zur Tugend. Der Streit um das Reichsvolksschulgesetz mache dem gewiß auch nicht leichten Kampf um den Einheitsstaat Platz. An dieser Frage vermögen sich die Geister zu scheiden, ohne zu einem Bruch der nationalen Einheit zu führen. Und war das Schulgesetz dazu angetan die Nation zu spalten, so ist die Parole des Einheitsstaats, der aber nicht zentralistisch sondern regionalistisch verwaltet wird, und der allen Teilen des Reichs freieste kulturelle Eigenentwicklung läßt und verbürgt, geboren die nationalen Kräfte zu einen.

MAX SCHIPPEL · NEUERE FORMEN DES PROTEKTIONISMUS

FREIHANDEL ist, wenn wir der Einfachheit halber innerhalb der Sphäre des Warenverkehrs bleiben, zunächst weiter nichts als Gleichbehandlung von inländischer (nationaler) und ausländischer Ware. Nicht der Verzicht auf Grenzzölle kennzeichnet, wie man noch heute in manchen Lehrbüchern lesen kann, das Freihandelsland und die Freihandelspolitik. Hatte doch England in der Periode vor dem Kriegsbeginn regelmäßig fast ebenso große Zolleinnahmen wie das schutzzöllnerische und außerdem fast um die Hälfte bevölkerungs- und konsumentenreichere Deutschland, nämlich nahezu 700 Millionen Mark im Jahr, und für 1926-1927 betrug vollends seine tatsächliche Einnahme an customs nicht weniger als 107,5 Millionen Pfund Sterling, also sogar das Dreifache der Vorkriegszeit. Den englischen Zöllen für die Fremdware stand jedoch normalerweise (wie bei Bier und Branntwein) entweder eine gleich hohe Inlandsverbrauchssteuer für die englische nationale Ware gegenüber, oder ein konkurrierendes Inlandserzeugnis kam (wie bei Tee, Kaffee, Kakao, bei den Weinen, vor der subventionierten Rübenzuckerproduktion auch beim Zucker) überhaupt nicht in Betracht, so daß in beiden Fällen die Wettbewerbsbedingungen nicht zugunsten des Inlands verschoben wurden.

Umgekehrt handelt es sich beim handelspolitischen Protektionismus zwar stets um eine Begünstigung des heimischen (nationalen) Erzeugnisses. Diese Begünstigung braucht keineswegs immer die Form des Zolls, der Auflagen-erhebung einseitig gegen die konkurrierende Auslandsware anzunehmen. Der Protektionismus kann sich ebensogut in die Gestalt der abnorm billigen Kapitalszufuhr, der Produktionsprämie, der Preis- und Gewinngarantie, des Zollerlasses oder der Zollrückvergütung für Maschinen, Roh- und Hilfsstoffe, der künstlichen Absatzsicherung kleiden. Diese Einkleidungen sind

an sich belanglose Äußerlichkeiten; unentbehrlich bleibt jedoch in jedem Einzelfall die Voraussetzung, daß das gleichartige oder doch wesensäquivalente staatlich-politische Entgegenkommen gegenüber der Auslandsware und der Auslandsproduktion wegfällt.

Es ist kein Wunder, daß die heute allgemein stärkere Betonung des Nationalwirtschaftlichen nicht nur dem traditionellen eigentlichen Zollschutz sondern zugleich allen anderen älteren und jüngeren Mitteln des handelspolitischen Protektionismus zu neuem Leben verholfen hat. Schon als früher weniger beachtete und weniger angewandte Waffen der nationalen Wirtschaftspolitik müssen diese immer häufiger gewählten Maßnahmen des Protektionismus besonderes Interesse wecken. Nicht selten stehen sie zudem in Zusammenhang mit anderen vielbesprochenen modernen Entwicklungstendenzen, beispielsweise mit der stärkern Herausbildung gemeinwirtschaftlicher, staatssozialistischer Organisationen, denen man seit jeher ein stärkeres Maß von Rücksichtnahme auf die heimische Produktion und den heimischen Arbeitsmarkt auferlegte als der freien Privatwirtschaft.

Oft hindern handelsvertragliche Bindungen oder allgemeine außenpolitische Erwägungen am unbeschränkten Gebrauch des Zollschutzes, und um so eifriger greift man alsdann zu den übrigen protektionistischen Ersatzmitteln. Schon vor dem Krieg bot hier bekanntlich Ungarn in seiner engen Verbundenheit mit der industriell höher entwickelten österreichischen Reichshälfte ein eindrucksvolles Beobachtungsfeld. Da der Ausgleich so gut wie jede besondere Zollhilfe für ungarische Erzeugnisse im Wettbewerbskampf gegen die österreichische Konkurrenz ausschloß, pflegte man um so eifriger die Frachttarifbegünstigungen auf den Eisenbahnen und in der Schifffahrt, die unmittelbaren Produktionsbeihilfen, die bedingten Zollrückvergütungen und Zollbefreiungen. Mitunter sind es auch, wie im Verhältnis zwischen England und seinen Kolonien, neuerwachende Stimmungen, Interessen- und Meinungsströmungen, die auf Bevorzugung der Waren (und vor allem auch der Arbeitskräfte) bestimmter Herkunft hindrängen, und die, selbst wenn sie ihr "Kauft in erster Linie Reichswaren!" zunächst nur auf individuelle Freiwilligkeit und Überzeugung zu stützen denken, gewöhnlich sehr bald den Staatsapparat, Verwaltung und Gesetzgebung in ihren Dienst nehmen.



UNÄCHST die öffentlichen Körperschaften und Unternehmungen. Selbst, wenn sie sonst wie die freie Privatwirtschaft überwiegend dem Streben nach dem höchstmöglichen Gewinn und Überschuß folgen können, waren sie in ihren Aufträgen und Bezügen, im Unterschied zur freien Privatwirtschaft, fast immer bis zu einem gewissen Grad national gebunden. Soweit also das seinerzeit von Adolf Wagner mit so großer Vorliebe betonte Gesetz der wachsenden wirtschaftlichen Staats- und Kommunalbetätigung für die heutige wirtschaftliche Entwicklungsstufe wirklich zutrifft, kann man sich nicht wundern, daß ihm wie ein untrennbarer Schatten ein eigenartiger Protektionismus folgt: die Tendenz zu umfassender Bevorzugung der heimischen Waren und Arbeitskräfte, bei öffentlicher Eigenproduktion wie bei Auftragsvergaben.

Die britische Reichs- und die englische mutterländische Staatsverwaltung machen hier durchaus keine Ausnahme. Im Gegenteil, das Streben nach der erwähnten Abart von möglichster nationaler Selbstversorgung ist gerade hier ganz außerordentlich stark ausgeprägt. Dem India Store Department, das

für Staatsbahnen, Berieselungsanlagen und ähnliches stets riesenhafte Aufträge unterzubringen hat (nach dem Bericht des Generaldirektoriums für 1926-1927 waren es seitens dieser einen Stelle im Jahr nicht weniger als 10 Millionen Pfund Sterling, also über 200 Millionen Mark) hat man indischerseits lange zum Vorwurf gemacht, daß es englische Fabrikanten und Reeder unerträglich bevorzuge, während heute, nachdem Indien bei europäischen Bezügen mehr auf Heranziehung der billigeren kontinentalen Konkurrenz drängte, wiederum die englischen Unternehmer einen stärkern Rückhalt in der Leitung wünschen: die Beteiligung britischer Firmen an den Vergebungen sei von 91,708 % im Jahr 1923-1924 auf 87,333 % in 1924-1925, 82,572 % in 1925-1926 und 76,737 % in 1926-1927 gefallen. Als im Frühjahr 1927 die südafrikanische Regierung für Lokomotiven und Eisenbahnmateriale größere Bestellungen dem nichtbritischen Ausland zufließen ließ, erhob sich in der British Manufacturers' Representatives' Association of South Africa ein Sturm der Entrüstung, der seinen Widerhall zugleich in der mutterländischen Presse fand¹. Die englischen Farmer fordern als kleines Mittel gegen die Agrarkrise die Versorgung der heimischen Land- und Wasserstreitkräfte ausschließlich mit heimischem Fleisch, was nach der Berechnung des Landwirtschaftsministers Guinness auf dem Cardiffer konservativen Parteitag jährlich 6- bis 700 000 Pfund Sterling Mehrkosten verursachen würde. Seinen gesamten Bedarf an Gefrierfleisch für 1925 (800 000 Pfund Sterling) deckte das Kriegsamt ausschließlich aus Reichsgebieten. Als Anfang 1927 eine Fleischlieferung von 1½ Millionen Büchsen Argentinien statt wie vorher Australien zufiel, weckte dies abermals, trotz aller Freihandelsinternationalität, lebhafte Proteste. Die Armeeverwaltung erklärte damals, daß ihr zwar wie anderen Departements ein gewisser Spielraum für Bevorzugung heimischer Erzeugnisse gelassen sei, daß sie jedoch über diesen nicht hätte hinausgehen können²; was bei der Zollbevorzugung ja infolge der gegebenen Zollhöhe ähnlich zutrifft.

In Australien, was nach dessen ganzer protektionistischer Vergangenheit nicht überraschen kann, scheint man in diesem Protektionismus am weitesten gehen zu wollen. Der Lieferungs Ausschuß (Tenders Board), der für den Bund wirkt, hatte bisher bei der Auswahl der Bestellungen und Käufe diese Reihenfolge eingehalten: australisch, britisch (das heißt in diesem Fall aus dem Vereinigten Königreich stammend) und fremd. Eine neuere Ministerialverfügung schob zwischen britisch und fremd noch die britischen Reichsgliederländer als Zwischenstufe der Differenzierung ein.

»Man behauptete, diese neue Schranke (additional barrier) gegen das Ausland werde zum Beispiel den Metallgewerben zugute kommen, die teilweise in Australien produzieren und diese Produktion durch Erzeugnisse des Vereinigten Königreichs oder des Britischen Reichs ergänzen könnten. Eine solche Verbindung von australischen und britischen Arbeitsleistungen und Stoffen bei der Warenerzeugung werde amtlich (officially) genau so günstig behandelt werden wie ein rein australisches Erzeugnis. Das gleiche werde gelten, wenn die Ergänzungsmaterialien nicht von England zu liefern wären, wohl aber von Canada, Neuseeland oder Südafrika.«
Im Einzelstaat Neusüdwales hatte man bisher die Bevorzugung in erster Linie der heimisch-australischen, dann der reichsbritischen Erzeugnisse, bei den Staatsaufträgen entwickelt. Im vorigen Winter lag dem Parlament ein Regierungsentwurf vor das gleiche Verfahren für alle lokalen öffentlichen

1) Siehe *The Times Trade Supplement* vom 9. April 1927: *South African State Purchases*.
2) Siehe *The Times* vom 24. Januar 1927: *Tinned Meat for the Army*.

Körperschaften (local governing bodies) zur Vorschrift zu erheben: die Bevorzugung Australiens vor dem Britischen Reich und wiederum des Reichs vor dem Ausland sollte mindestens 10 % betragen.³ Wenn man einen 10prozentigen Wertzoll nicht als gleichgültig hinnimmt, so darf man sicherlich diese Begünstigung (wohlgemerkt neben der allgemeinen australischen Zollpräferenz von meist einem Viertel bis einem Drittel des Werts für England und die britischen Reichsteile) gleichfalls als kennzeichnend für die heutige Ausgestaltung des reichsbritischen Protektionismus nicht übersehen.



UF wichtigen Konkurrenzgebieten sucht man jedoch nicht nur die staatliche und kommunale sondern zugleich allgemein die frei-private Wirtschaft zur Zurückdrängung des ausländischen Erzeugnisses, gleichviel unter welchen Opfern, auf Grund von gesetzlichem und verwaltungsmäßigem Zwang zu bestimmen. Für die heute grundlegende Filmindustrie mit ihren Nebengewerben kann man sogar bereits von einer weitgehenden internationalen Gleichartigkeit der Schutzpolitik für die heimische (nationale) Produktion sprechen. Fast überall suchte man das rasend rasch um sich greifende amerikanische Monopol dadurch abzuschwächen, daß man bei den Filmvorführungen dem Inlands-erzeugnis eine Mindestquote vorbehielt. Bemerkenswert ist ferner, wie vor allem Spanien bei seinem tiefgreifenden ökonomischen Erneuerungsprozeß sich nicht scheute auf dem Gebiet des protektionistischen Bezugs- und Verwendungszwangs ganz waghalsige Wege einzuschlagen, wobei Portugal, trotz viel schwächerem wirtschaftlichem Aufschwung, sich zur Nachfolge anschickt.

Die Entwicklung im Filmwesen war bekanntlich seit dem Krieg in fast allen europäischen Ländern gleich. Frankreich (man denke an die Firmen Pathé frères und Gaumont), Italien, Skandinavien, Deutschland, England büßten ihre rasch erworbene, zum Teil glänzende Stellung ebenso rasch wieder ein. Die Vereinigten Staaten mit ihrem unvergleichlichen Inlandsmarkt, ihren 17 000 Kinos und ihren wöchentlich etwa 60 Millionen Besuchern, mit ihrer ungebrochenen überschäumenden Kapitalkraft, näherten sich mehr und mehr dem Monopol, nicht nur in England und auf dem europäischen Festland sondern zugleich in den britischen Dominien und Kronkolonien, im Nahern und Fernern Osten, der für den Export immer größere, für die Zukunft ganz unabsehbare Bedeutung gewinnt. Schon der Zoll spielte bei dem internationalen Absatz keine geringe Rolle, auch in England seit der McKennafinanzpolitik von 1915. Beim Zoll blieb es indessen nicht. Im April 1927 legte die italienische Regierung der Deputiertenkammer ein Quotengesetz vor. Im März war der englische Regierungsentwurf erschienen, der nach seinen eigenen Worten »die Aufführung eines bestimmten Anteils von britischen Filmen sichern« sollte: für 1929 von 7½ %, von 1935 ab von 25 %, gegen die heute etwa 5 %. Die deutsche und die österreichische Filmkontingentierung bleiben unter solchen Umständen immer weniger isoliert.

Die internationale Kohlenmarktkrise und das geradezu leidenschaftliche Bemühen seinen Montan- und Schwerindustriellen, koste es, was es wolle, zu raschestem Aufschwung zu verhelfen, rief alsdann in Spanien das aufsehenerregende, in England auf das bitterste verurteilte Dekret vom 27. Februar

3) Siehe *The Manchester Guardian Commercial* vom 30. Dezember 1926: *British Preference in Australia*, und *The Times Trade Supplement* vom 11. Dezember 1926: *Australian Goods First*.

1926 und, in nur äußerlich abgeänderter Gestalt, vom 23. April 1927 hervor. Danach sollen Eisenbahnen, Kriegs- und Handelsschiffe, konzessionierte Gaswerke, elektrische Kraftwerke, metallurgische Betriebe, Zuckerraffinerien, Textilfabriken, Zementwerke und im allgemeinen alle mit Staatssubvention und Zollschutz bedachten Unternehmungsbranche gezwungen sein ausschließlich oder doch bis zu einem periodisch in wechselnder Höhe vorzuschreibenden Mindestsatz spanische Kohlen als Brenn- und Betriebsstoff zu verwenden. Die sensationellen Dekrete sind zugleich deswegen bemerkenswert, weil sie, um die Stellung der bevorzugten Kohlengrubenunternehmungen nicht monopolistisch entarten zu lassen, Spanien vor so ungewöhnlichen Folgerungen wie Zwangssyndikatserrichtung mit autoritär geregelter und beeinflusster Kohlenpreisbildung nicht zurückschrecken ließen.⁴ Das portugiesische Dekret vom 28. Juli 1927 verordnete vom 1. Dezember ab die Verwendung eines bestimmten Prozentsatzes nationaler (portugiesischer) Kohle in den industriellen Betrieben und auf den Eisenbahnen; alle 3 Monate soll der bewegliche Prozentsatz neu festgelegt werden. Um Heizeinrichtungen und Maschinen möglichst rasch den neuen Brennstoffvorschriften anzupassen, stellte man unter Umständen Staatskredit in Aussicht.

Neben der Kohle drängt sich bei dieser Vorzugsverwendung übrigens eine Ware gewöhnlich mehr und mehr in den Vordergrund: die Arbeitskraft. Das österreichische Inlandarbeiterschutzgesetz will unmittelbar verhindern, daß ausländische Arbeiter eingestellt werden, solange »einheimische Dienstnehmer« noch beschäftigungslos sind. Als die deutschen Unterhändler Polen gegenüber darauf bestanden für die polnischen Filialen deutscher Unternehmungen in höherem Maß qualifizierte deutsche Arbeitskräfte (Werkmeister, Vorarbeiter und sonstige Angestellte kaufmännischer und industrieller Art) verwenden zu dürfen, drohten die Niederlassungsparagrapen des Handelsvertrags am Widerstand der polnischen Arbeitskraftnationalisten zu scheitern. Als Moskau 1927 einem großen japanischen Syndikat wichtige Holzschlagrechte in Sibirien einräumte, begrenzte es in der Konzession zugleich die Höchstverwendung ausländischer Arbeitskräfte: bei den Angestellten auf 35 %, bei den sonstigen Arbeitnehmern auf 25 %.⁵ Die jüngsten südafrikanischen Zollerhöhungen rechtfertigte der Finanzminister Havenga hauptsächlich damit, daß sie vorwiegend Gewerben mit starker Weißenarbeit zugute gekommen seien. Man habe stichprobenweise 281 Firmen aus neuerdings besonders geschützten Produktionszweigen untersucht und sei hier zwischen Juli 1925 und Dezember 1926 auf eine Vermehrung der Europäer um 10,2 %, der Nichteuropäer um nur 5,7 % gestoßen; dies sei vom Standpunkt der Regierungspolitik ein sehr »ermutigender« Erfolg.⁶ Die jüngste ägyptische Ministerialentschließung über die Zulassung von Aktiengesellschaften verlangt, daß, abgesehen von reiner Handarbeit, das Personal zu einem Viertel aus ägyptischen Staatsangehörigen bestehen müsse; und »diese Verpflichtung bezieht sich auf jegliche Stellung als Handlungsgehilfe, Buchführer oder sonstige Verwaltungs- und technische Kräfte unter der Gesellschaftsleitung«.⁷

4) Siehe *The Board of Trade Journal*, vor allem vom 5. Mai und 18. und 25. August 1927; über Portugal vom 11. August 1927.

5) Siehe den *Konzessionsvertrag*, abgedruckt im *Manchester Guardian Commercial* vom 23. Juni 1927: *Timber Exports from Russia*.

6) Siehe *The Times Trade Supplement* vom 23. April 1927: *South Africa's Tariff Policy*.

7) Siehe *The Board of Trade Journal* vom 21. Juli 1927: *Future Promotion of Joint Stock Companies in Egypt*.

SELTSAM widerspruchsvoll verhält sich bei alledem oft die Arbeiterklasse. Nach alter, freilich längst erschütterter Tradition bleibt sie, wenigstens in europäischen Ländern, zwar bei ihrem Widerstand gegen den Protektionismus in Form des Zolls. Ein Zielbewußter "Radikaler" kann doch niemals weniger "oppositionell" sein als ein Angehöriger der bürgerlichen Linken. Trotz aller Betonung seines selbständigen, vollkommen andersartigen Klassenstandpunkts ist er nun einmal mit Vorliebe, unter Preisgabe seiner Andersart, weiter nichts als eine Verlängerung und Zuspitzung des bürgerlichen Linksliberalismus. Die Konkurrenz und der geistige Einfluß der hochstehenden großstädtischen handelsliberalen Presse hält ihn unlösbar im Bann der Überlieferung fest, mag seine Hartnäckigkeit mit der Zeit auch immer unverständlicher werden, da der Inhalt und die Ziele der verschiedenen Formen des Protektionismus häufig nur noch auf belanglose Unterschiede hinauslaufen.

An Prämien und Staatssubventionen dagegen, an Quotengesetzen, sei es zugunsten heimischer Filme oder heimischer Arbeitskräfte, stoßen sich die Arbeiter selbst der europäischen Länder viel weniger. Die Prämien (Zuckerprämien!) für die "Erziehung" einer englischen heimischen Rübenzuckerindustrie sind sogar, wie hier öfter dargelegt wurde, auf die Initiative der Labour Party und der MacDonaldschen Arbeiterregierung zurückzuführen, ähnlich wie in Queensland die Prämien für die auf weißer, nicht farbiger Arbeitskraft ruhende Zuckerproduktion. In Österreich wurde der Filmkontingentschlüssel für 1927 auf 1 : 10 (gegen vorher 1 : 20) »auf Antrag der Arbeitnehmer« erhöht:

»Auf Antrag der Arbeitnehmer der Filmindustrie wird der Kontingentierungsschlüssel im Jahre 1927 nicht mehr 1 : 20 sondern 1 : 10 sein. Wer einen Film im Inland herstellt, wird also nicht 20 sondern nur 10 ausländische Filme dafür einführen dürfen. Die Verschärfung der Kontingentbestimmung wird dadurch veranlaßt, daß trotz der Einfuhrbeschränkung der Markt immer noch mit ausländischem Material überschwemmt ist und die österreichische Filmproduktion im letzten Halbjahr die zur Deckung der Einfuhr nötigen Filme bereits hergestellt hat. Um ihr weiter Arbeit zu ermöglichen, muß das Verhältnis zwischen Produktion und Einfuhr geändert werden.«⁸

Schon vorher hatte es in dem Geschäftsbericht der Wiener Arbeiterkammer ohne alle die sonst üblichen Freihandelskrupel geheißen:

»Die Filmkontingentierung, an deren Schaffung die Kammer wesentlich beteiligt war, ist nach manchen Schwierigkeiten nunmehr endlich in Kraft getreten . . . Der Widerstand gegen die Kontingentierung, der in den Kreisen der Filmverleihanstalten und auch der Kinobesitzer zunächst sehr stark war, scheint bereits nachgelassen zu haben, so daß ein reibungsloses Arbeiten des neuen Systems zu erhoffen ist. Jedenfalls ist die erfreuliche Tatsache zu konstatieren, daß schon die Ankündigung der Einfuhrbeschränkung genügt hat, um die heimische Produktion anzuregen, so daß sich eine nicht unerhebliche Besserung auf dem Arbeitsmarkt in dieser Branche eingestellt hat.«⁹

Auch auf die reine Negation gegenüber den Produktionsprämien, wo diese Form des Protektionismus zweckmäßiger erscheint als der Zollschatz, haben unsere geistig beweglichen österreichischen Genossen längst verzichtet, und gerade den Agrarschutz waren sie bereit in dieser Richtung zu entwickeln, neben der Preis- und Absatzgarantie nach der Art des Antrags Kanitz und des Getreideeinfuhrmonopols:

⁸) Siehe *Arbeiterzeitung /Wien/* vom 5. Dezember 1926: Rund um den Film.

⁹) Siehe den Geschäftsbericht der *Wiener Arbeiterkammer*, abgedruckt in *Arbeit und Wirtschaft* vom 12. Juni 1926.

Die Regierung begründet ihre Zolltarifnovelle mit der schweren Krise der Landwirtschaft. Auch wir sind der Meinung, daß es notwendig ist diese Krise zu bekämpfen. Nicht ob sondern mit welchen Mitteln sie bekämpft werden soll, ist der Gegenstand des Streites . . . In einem Lande, das mehr als die Hälfte seines Vieh- und Fleischbedarfes durch die Zufuhr aus dem Ausland deckt, ist der Zoll das unzweckmäßigste Mittel den heimischen Viehzüchtern zu helfen . . . Wir müssen ein zweckmäßigeres Mittel suchen und finden. Dieses Mittel sind Zucht- und Mastprämien. Wir können sie uns folgendermaßen vorstellen: Die Zölle werden nicht erhöht. Aber der Staat gewährt jedem heimischen Landwirt, der ein Rind bis zu einem bestimmten Mindestgewicht aufgezogen hat, bei dem Verkauf des Rindes eine Zuchtprämie, jedem, der das Vieh gemästet hat, überdies eine Mastprämie. Der Landwirt, der Vieh verkauft, bekommt mit dem Viehpaß eine Bestätigung, auf Grund derer er sich die Prämie im Steueramt einkassiert; das Vieh, für das die Prämie bereits zuerkannt wurde, wird durch Plombierung kenntlich gemacht . . . Die heimischen Landwirte bekämen auf diese Weise ebensoviel, wie der Zoll ihnen bietet. Sie bekämen zwar, da der Zoll nicht erhöht würde, nicht höhere Preise für ihr Vieh, aber sie bekämen neben dem Preis auch noch die Prämie, also zusammen nicht weniger als sie im Falle der Zollerhöhung bekämen.«¹⁰

Wenn der Protektionismus an sich und die besondere Frage der Ausgestaltung des Protektionismus überall mit so viel Ruhe als Zweckmäßigkeitsfrage erwogen und erörtert werden könnte, fielen die handelspolitischen Auseinandersetzungen viel fruchtbringender aus als dies leider heute innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung erwartet werden kann, die sich auf handelspolitischem Gebiet sehr zu ihren Ungunsten von der ausländischen Arbeiterklassenbewegung unterscheidet.

KARL MAYR . DEUTSCHE UND EUROPÄISCHE WEHRPOLITIK

KAUM 9 Jahre nach Beendigung des riesenhaften Völkerringens ist heute allüberall das wehrpolitische Interesse wieder ungewöhnlich lebhaft. In der Tat, wesentlicher als man gemeiniglich, insbesondere in lauten Kreisen pazifistischer Ideologen, denkt, sind politische Schicksale durch die Lösung des Wehrproblems bedingt. "Abrüstung" ist zwar eine internationale Idee von eminentem realpolitischen Wert geworden. Aber in jedem Staat sind und bleiben auf unabsehbare Zeit absolute Mehrheiten mindestens für Organisation hochwertig bewaffneter Abwehr. Es liegt letztlich in der Logik des Glaubensbekenntnisses "Nie wieder Krieg!", daß in indischer Sanftmut dem Bösen auch im Staatsinnern kein gewalttätiger Widerstand geleistet werde: »Wenn der zersprungenen Glocke gleich keinen Ton ein Schlag dir mehr entlockt, dann bist du im Nirwana; Haß und Feindschaft haben keinen Teil mehr an dir.« Der Abrüstungsgedanke wie die Idee bewaffneter Abwehr zielen schließlich auf ein Äußerstes ab. Es wird darauf ankommen irgendeinen Ausgleich zwischen diesen beiden Polen zu finden, bis die Menschheit mehr und mehr dem einen Pol friedlicher Lebensorganisation angenähert werden kann.

Grundlegend für jede Wehrpolitik sind zweifellos die Fragen nach der Art des Zukunftskrieges: Wie wird der technische Charakter des Krieges sein? Wie sein psychischer Charakter? Seine voraussichtliche Dauer, seine Finanzierung? Mit welcher Mächtekonstellation, mit welchen feindlichen Streitkräften zu Land, auf dem Meer und in der Luft und demgemäß mit welcher operativen (strategischen) Ausgangslage ist zu Beginn zu rechnen? Natur-

10) Siehe *Arbeiterzeitung /Wien/* vom 19. Februar 1927: Zollerhöhungen oder Produktionsprämien?

gemäß sind diese 4 Fragen vielfältig in einander verflochten. Eines ist sicher: Alles drängt auf ein Äußerstes, der technische und der psychische Charakter, in gewissem Sinn (nach den Erfahrungen des letzten großen Krieges: weil keiner nachgeben will noch kann, ehe ihn nicht die Kräfte verlassen, oder die strategische Lage so aussichtslos wird wie jene der Mittelmächte angesichts der Fochschen Pläne für Mitte November und nach Zusammenbruch der Palästina-Balkan-Front) auch die Dauer. Demgemäß ist der äußerste personelle, der Einsatz des ganzen Volkes vorauszusetzen; dies braucht heeresorganisatorisch durchaus nicht einen unterschiedslosen Zwang zu Frontdienstpflicht zu bedingen. Jedenfalls muß man hüben wie drüben auch operativ (strategisch) mit der Zusammenfassung der Kraft nach Zeit und Ort rechnen.¹

Vor 1914 und im Krieg haben der deutsche Staatsmann und der deutsche Feldherr nach den erwähnten Richtungen hin fast völlig versagt. Der deutsche Staatsmann hatte sich schon vor dem Krieg zumeist als inkompetent selbst ausgeschaltet, oder er wurde im Krieg bei seiner Einsichts- und Willenlosigkeit durch den Feldherrn kaltgestellt. Mit Recht ist daher Militarismus begrifflich als Suprematie des Feldherrn über den Staatsmann gedeutet worden. Man hat nicht den Eindruck, daß Regierung und Volksvertretung bei uns in Deutschland sich heute darüber zureichend klar geworden sind. Im Ausschuß für den Reichshaushalt erklärte beim Haushalt des Reichswehrministeriums der Reichswehrminister am 16. Februar bescheiden, er müsse es ablehnen die militärische Qualifikation für sich in Anspruch zu nehmen, weil er es als Überschreitung seiner Befugnisse ansehen würde; denn das Heer werde, wenn es eingesetzt werde, nicht vom Minister sondern von den militärischen Stellen geführt. Auch sonst wurde die technisch ja gar nicht zu bestreitende Feststellung betont, daß der Minister »im Ernstfalle das Heer nicht zu führen« habe. Diese Selbstbeschränkung ist um so symptomatischer, als eine zwar nicht beim Reichswehrminister allein sondern bei der Gesamtregierung liegende staatsmännische Kriegsleitung sonst nie auch nur gestreift worden ist. Mit welcher Klarheit jedoch ist in Frankreich der *ganzen* Nation gegenüber in den Kammerverhandlungen über die neue Heeresorganisation und Kriegsvorbereitung die leitende Stellung des Staatsmannes dargelegt! Der Vorsitzende des Heeresausschusses, der rechtsgerichtete Abgeordnete Girod, ein verabschiedeter Offizier, hob, nachdem er als den einen Pfeiler der beabsichtigten Neuorganisation den Einsatz der gesamten Volkskraft (Mann und Frau) bezeichnet hatte, ausdrücklich hervor: »Die Verantwortlichkeit der Regierung sowohl in der Vorbereitung der nationalen Verteidigung wie in der Führung des Krieges bildet den zweiten Pfeiler der beabsichtigten Organisation. Mehr als zu jedem andern Zeitpunkt will und muß eine Organisation im Krieg geführt werden. Sie wird es auch, gerade im Rahmen der Verfassung, ohne daß die Regierung, wenn im Kriegsfall die verfassungsmäßigen Rechte teilweise ruhen sollten, sich zur Entschuldigung hinter das militärische Oberkommando verschanzen könnte.« Er betonte, daß die Kontrolle der Regierung kein Hemmnis sondern die stärkste Hilfe für die Oberste Heeresleitung bedeuten werde.

Vor dem Krieg jedenfalls lag in Deutschland praktisch die Frage nach der Art des Zukunftskriegs völlig beim Großen Generalstab. Sein fast restloses Versagen nach den oben angeführten 4 Richtungen ist auch hier schon be-

¹) Siehe Mayr Soll und Haben im Heer, in der Zukunft 1912-1913 I Seite 99 und folgende.

rührt worden.² Zwar hatte dieser Generalstab den technischen Charakter des Zukunftskriegs ahnend gestreift, aber das Kampfverfahren der Artillerie, der Feldartillerie insbesondere, war so veraltet wie möglich. Die verfügbaren Mittel an schwerer Artillerie vermochte man zu Beginn des Kriegs schlichtentaktisch nicht zusammenzufassen. Die aus dem Durchbruchverfahren erwachsende Materialschlacht ist eine Erfindung der Franzosen geworden. Die technischen Versäumnisse, Verspätungen und Halbheiten im Krieg (Gasausnutzung, Tankkraftwagen, Flugwesen usw.) liegen auf der Hand. Stets fehlte es auch auf dem Gebiet kampftechnischer Organisation an dem einen Gesichtspunkt: Zusammenfassung der Kraft.

Auch über das fortdauernde Verkennen des psychischen Charakters des Krieges brauchen Worte nicht verloren zu werden. Entfesselung der Volkskraft bedeutet Demokratisierung. Daß man die kurzfristige Friedensausbildung der Ersatzreservemassen versäumte, war ein unverzeihlicher Fehler. In der Heeresverfassung vor 1914 war man gegen jede "Abbiegung ins Demokratische". Wie grausam ist das psychische Element bei den anderen Völkern 1914 von uns verkannt worden, als man das Risiko des Bruchs der belgischen Neutralität auf sich nahm. Im bewußten Gegensatz zum ältern Moltke hatte Schlieffen dem Zukunftskrieg eine längere Dauer als einige Monate nicht zugesprochen. Aber der verhängnisvollste Fehler war schließlich der seit 1905 in Aussicht genommene, 1914 tatsächlich im großen und ganzen durchgeführte Aufmarsch vom rein militärischen (operativen) Standpunkt aus. Statt systematisch im Lauf der Jahre im gleichen Maß wie Frankreich und Belgien die Westgrenze unter Einsatz aller hierfür ausgeworfenen Mittel fortifikatorisch auszubauen und damit die Möglichkeit zu schaffen mit ausgesprochenen numerischen Minderheiten rein defensiv sich dort genügend lange zu halten, im Osten aber umgekehrt, wo hiernach fortifikatorische Ausgaben sich erübrigten, im Zusammenhalt mit der österreichisch-ungarischen Heeresmacht die Masse des deutschen Heeres zum Gegenangriff gegen das Zarenheer bereitzustellen, zersplitterte man die Streitkräfte zu gleichzeitigem Angriff im Westen und im Osten und vorher schon auch die fortifikatorischen Gesamtmittel. Bei einem Ostaufmarsch hätte auch der Einsatz der Flotte, gegen Rußland, ein gewaltiger Kraftzuwachs werden können. So kam es zum Zusammenarbeiten von Heer und Flotte, einer operativen Selbstverständlichkeit, überhaupt nicht. Im Westen hingegen, gegen England, hätte ein Flotteneinsatz zu Beginn des Krieges gegenüber der versammelten englischen, schon 1914 technisch teilweise überlegenen Flotte wenig Aussicht auf durchschlagenden Erfolg gehabt und ist infolgedessen von Tirpitz hintertrieben worden. Die operative Zersplitterung der Kräfte ist während des ganzen Krieges und bei allen 3 Heeresleitungen (Moltke, Falkenhayn, Hindenburg-Ludendorff) deutsche Eigentümlichkeit gewesen. Aber nicht auf eine neuerliche Festnagelung aller dieser unerhört schweren Unterlassungen und militärischen Denkfehler kann es in diesem Zusammenhang ankommen sondern auf die Feststellung, daß der gerade auch militärisch impotente Konservatismus heute noch das deutsche Wehrwesen und die deutsche Wehrpolitik in Literatur, Zeitschriftwesen und Reichswehr beherrscht, und daß heute noch von einer kriegstheoretischen Erneuerung keine Rede ist.

2) Siehe *Mayr Weltkriegführung und Demokratie*, in den Sozialistischen Monatsheften 1926 Seite 279 und folgende.

An sich freilich sollte nichts so klar zutage liegen, zumindest für den Sachverständigen, der den Weltkrieg insbesondere in den letzten beiden Jahren an der Front erlebte, und den durch Sachverständige belehrten Staatsmann, wie der wahrscheinliche technische Charakter eines Zukunftskriegs. Seine Faktoren werden Gas, Tank, Ferngeschütz, Luftfahrzeug und, möglicherweise, elektrische Fernstrahlenwirkung sein. Im Tankwesen wird, ob es sich um den Einmanttank oder den Landkreuzer handelt, auf den schon im Winter 1914 ein Frontoffizier vergeblich das deutsche Armeeoberkommando 6 aufmerksam machte, die Notwendigkeit gegenseitiger Vernichtung, also die Armierung mit einer Art Torpedos in den Vordergrund rücken. Im Flugwesen wird man zweifellos erstaunliche Steigerungen der Nutzlasten beobachten können; sind doch schon heute Flugzeuge mit 100 Personen Belastung gestartet. Das Problem der Regulierung der Eigengeschwindigkeit wird energischer angepackt werden können, hinter dem schützenden Vorhang siegreicher Fliegermassen werden auch bei ungünstigster Witterung Luftschiffgeschwader zu vernichtendem Einsatz aufzusteigen vermögen. Wenn, obgleich dies die Sachverständigen des Völkerbundbureaus nicht für ausgeschlossen erklärten, eine qualitative Steigerung auf dem Gebiet der Giftgasverwendung nicht mehr zu erwarten sein sollte, so doch eine quantitative. Wirksamer wird, ganz abgesehen von der möglichen weitem Streckung der Schußweiten, der Einsatz der Fernartillerie in dem Grad, als die drahtlose Übermittlung von Schrift, Bild und Wort verfeinert wird. Das Problem des Fernsehens hat man zu bearbeiten begonnen. Wenn dagegen der Chef der deutschen Heeresleitung im Reichstagsausschuß darlegte, die Kampfesart ändere sich täglich, und zwar nicht nur in Deutschland; früher habe man in Schützenlinien gekämpft, heute dagegen in Kampfgruppen, wo der einzelne Mann sich selbst überlassen sei, so ist das nur bedingt richtig. Der Kampf in Gruppen datiert von 1916 (Verdun und Somme); die Fortschritte der Technik modifizieren diesen Gruppenkampf nur in den Formen, nicht im Prinzip. Es gibt aber kein anderes Heer und Offizierkorps, das sich derart langsam und unzureichend nur in diese neuzeitliche Allgewalt der Technik einzuarbeiten bemüht hätte wie das unter der Leitung fast jeglicher Fronterfahrung barer Schlieffenschüler stehende deutsche. Die Ursache dieser deutschen Rückständigkeit liegt auch in der Unwissenschaftlichkeit unserer Fachpresse. So, wenn im Militärwochenblatt 1925 als »erstaunliche Überraschung« geweißt wird, daß »ein areochemischer Angriff auf eine Stadt mit organisiertem Gasschutz erstaunlich geringe Verluste an Menschenleben« zeitigen werde, ohne daß doch angegeben und nachgewiesen ist, wie in absehbarer Zeit ein »Gasschutz« für eine Millionenstadt organisiert werden könne. Denn der Gas- und Luftkampf wird vornehmlich auch gegen das Hinterland, gegen großindustrielle und großstädtische Kraftzentren, gehen; darin liegt ein wesentliches und geradezu ausschlaggebendes Charakteristikum des Zukunftskriegs. Zusammenfassung in der Anwendung der Mittel heiße auch hier das kriegerische Gesetz. Rückhaltlose Aufklärung der breiten Massen, die mit diesem Schicksal rechnen müssen, fördert den Verständigungswillen und ebnet den Verständigungsweg. Sie wäre ebenso das einzige Mittel, um die Widerstandskraft dieser Massen gegen Panik jeder Art zu stählen und die notwendige Konzentration aller Kräfte der Nation zur Abwehr vorzubereiten. Wehrpolitische Massenaufklärung bedeutet Demokratisierung der Wehrpolitik.



AUF dem Hintergrund dieser Bemerkungen über Vergangenes und über die technische Eigenart des Zukunftskriegs, den wir befürchten müssen, wenn wir nicht politische Sicherungen gegen seinen Ausbruch schaffen, wird sich das Gesamtproblem weiterhin aufhellen, wenn wir uns nun der Abrüstungsfrage zuwenden. Dabei ist zunächst die simple Wahrheit festzustellen, daß man auch zu Genf noch nicht auf orthodox pazifistischem Standpunkt steht. Das ist begreiflich. Denn schon ein Immanuel Kant hat in seinem Philosophischen Entwurf nur von einer »Aufgabe« gesprochen, »die nach und nach aufgelöst, ihrem Ziele beständig näherkommen« könne. Das Problem bleibt militärisch. Das Verlangen nach Sicherheit war und ist bisher der rote Faden. Die Möglichkeit jähen Angriffs und plötzlich notwendiger Verteidigung wurde und wird vorausgesetzt. Das Abrüstungsproblem ist damit immer noch ein Aufmarschproblem. Eine geschichtliche Erinnerung: Wer im deutschen Volk hatte vor 1914 eine Ahnung davon, daß der Große Generalstab die fixe Idee habe, er könne einen Zweifrontenkrieg nur bestehen, wenn er mit starkem rechten Flügel über Belgien hinweg nach Frankreich marschiere? Demokratisch offene Erörterung des vitalen Aufmarschproblems vor 1914 hätte bei uns Staatsmann und Feldherrn geradezu zwangsläufig zur oben erörterten reinen Defensive im Westen und zur Bereitstellung zu konzentriertem Gegenangriff im Osten geführt. 4 Jahre des Weltkriegs wären uns dann wohl erspart geblieben. Besteht der heutigen Problematik gegenüber mehr kriegstheoretische Klarheit, mehr internationale demokratische Offenheit?

Gegen nichts sträubt man sich bei uns so heftig wie gegen kontinentale Betrachtungsweise in Wehrfragen. Dies zu einer Zeit, da der Zwang zu wirtschaftlichen Abmachungen größten Stils solche europäische Tendenz längst sanktioniert hat. Das Erstaunliche ist, daß gerade Deutschland, kriegstheoretisch im Gefolge Amerikas und Englands verharrend, bisher sich durch das Sprachrohr seiner "Fachleute" stets rein antikontinental ausgesprochen hat. Krieg ist nun vor allem ein psychologisches Problem. Die Fähigkeit Imponderabilien zu werten macht den Staatsmann und den Feldherrn aus. So unausdenkbar es aber gewesen wäre, daß nach 1866 Preußen und Bayern ein zweitesmal sich die Schädel einschlugen, trotz heftigster, oft völlig berechtigter Pressefehde, so unausdenkbar ist es, daß die, allem Nationalismus zum Trotz, genugsam aufgeklärten breiten Volksmassen Europas noch einmal dazu gebracht werden könnten sich auf einander zu stürzen. Die breiten Massen haben im Weltkrieg wirtschaftlich, kulturell, physisch und psychisch, selbst wenn man ausrechnen kann und will, daß dünne Schichten des Mittelstands (Offizierkorps) um einige Prozent blutige Verluste mehr erlitten, derart Schweres zu tragen gehabt, daß sie von europäischem Krieg und Kriegsgeschrei nichts mehr wissen wollen. Diese Erinnerung ist untilgbares Rasseerbe geworden. Keine Diktatur vermöchte die unter den wesentlich anderen Bedingungen des Jahres 1914 erklärliche und damals schließlich notwendige Einheitsfront zu erzwingen. Ohne demokratische Einheitsfront ist also heute kein neuzeitlicher Krieg mehr denkbar. Solche Erkenntnis setzt allerdings ein Minimum an sozialem Verständnis und sozialer Erfahrung voraus. Dazu treten, dem ungeheuren Gewicht der angelsächsischen Imperien gegenüber, die Notwendigkeiten wirtschaftlicher Konsolidierung Europas in Kraft. In ihrem Gefolge gemeinsame politisch-soziale Notwendigkeiten. Europäische Planwirtschaft bedeutet auch Planmäßigkeit im Wehrwesen.

Nach der erheblich verbesserten 2. Auflage des *Annuaire militaire* stellte Europa vor dem Krieg 50 % der Effektivstärken, heute nur mehr 40 %. In China stehen dagegen zurzeit weit über 1 $\frac{1}{2}$ Millionen Mann unter dem Gewehr. 2 Gesichtspunkte sind aber hier zu bedenken, die der französische Delegierte Paul Boncour seinerzeit vertreten hat, leider gegen Deutschlands Widerspruch: leider; denn sie sind kriegstheoretisch unanfechtbar. Einmal, daß bei jeder Nation (jeder Koalition) nicht so sehr der augenblickliche Effektivstand als der Potentialis der Kriegsrüstung im Ernstfall in Rechnung gestellt werden muß. Zum andern, daß Land-, Luft- und Seestreitkräfte einschließlich der Transportflotte eine Einheit bilden, ein Grundsatz, der 1914 bis 1918 bei uns schlechthin Dogma war. Die nationale Abwehr ist ein veralteter Begriff. Nur im breiten kontinentalen Rahmen kann die einzelne Nation vor neuzeitlichen technischen Überraschungen bestehen. Rüstungstechnisch kann sich die einzelne Nation gar nicht mehr selbst genügen. Die Erweiterung des Theaters des Zukunftskriegs liegt in seinem Wesen. Nur der Zusammenschluß kann die wirtschaftliche (finanzielle) Katastrophe verhindern. Sollten sich aber Kontinente noch gegen einander in Bewegung setzen, so wird zunächst der Faktor Zeit nicht mehr jene ausschlaggebende Rolle spielen wie bei der zunächst innenkontinentalen Kriegseinleitung von 1914. Die kontinentale *rudis indigestaque moles* (zum Beispiel die Vereinigten Staaten) hat Zeit sich militärorganisatorisch durchzubilden, ehe sie sich in Bewegung setzt. Nur Seestreitkräfte und Transportmittel lassen sich nicht improvisieren. Das Washingtoner Abkommen, das sich auf die Offensivtonnage (Schlachtschiffe und Flugzeugmutterschiffe) beschränkte, hat in unserm Konjunkturalfall das amerikanische Übergewicht nicht erschüttert. Insbesondere wenn, was der amerikanische Staatssekretär Frank B. Kellogg als selbstverständlich annimmt, Großbritannien sich mindestens neutral verhalten, erst recht, wenn es in dem hier unterstellten Konfliktfall den Vereinigten Staaten als angelsächsischer Brückenkopf aktiv dienen wird. Amerikas stehendes Heer zählt heute nur 118 000 Mann. Die Gesamtstärke des nordamerikanischen Heeres hat sich 1918 nach etwa 1 $\frac{1}{2}$ Jahren von 200 000 Mann auf 3 634 000 Mann gesteigert. Bis zum 1. Juli 1919 sollte es auf 5 Millionen gebracht werden. Heute könnten in Nordamerika schon nach 4 Monaten die größten Massen an Menschen und technischen Mitteln zum Landkrieg transportbereit sein. Das Hindenburgprogramm von 1916 ist ein Dilettantismus gegen den heute schon durchdachten und vorbereiteten amerikanischen Kriegszentralismus. Die Schärfe, mit der Kellogg in seiner Pittsburger Rede vom Juni 1926 sich internationale Kontrolle verboten hat, ist in diesem Zusammenhang besonders beachtlich. Man darf den Amerikaner als Wundermann technischer Erfindung, besonders auf chemischem Gebiet, durchaus nicht überschätzen. Seine Stärke besteht meist nur in der Ausbeutung europäischer Erfindungen. Diese allerdings besorgt er gründlich und mit riesigen Hilfsmitteln. Der kommende Giftgaskrieg wird wohl nirgends derart systematisch durchstudiert und vorbereitet wie auf dem 400 Hektar großen Arsenal von Edgewood.

Die Folgerungen? Zunächst hätten die in sich straff zu leitenden Staaten des nicht nur wirtschaftspolitisch sondern, nach den Weltkriegserlebnissen der Massen, gerade auch psychisch zwangsläufig auf Föderalismus verwiesenen europäischen Kontinents ohne weiteres die Möglichkeit ihre Effektivstärken ganz erheblich zu verringern. Dies ist nach dem erörterten Kon-

jekturalfall mindestens für die Landstreitkräfte ohne weiteres möglich. Allerdings nur unter der Voraussetzung, daß innerhalb Europas jeder Revanchegedanke ausgestorben ist. Deutsch-französische Verständigung ist also die unentbehrliche Voraussetzung. Ist diese gegeben, so kann militärisch abgebaut werden. Aber kann selbst dann der europäische Kontinent sich nach amerikanischem Muster mit 118 000 Mann begnügen? Nein. Wie ehemals die Mittelmächte, so stünde dann der europäische Kontinent vor der Möglichkeit eines Mehrfrontenkriegs. Immerhin scheint eine Gesamtreduktion auf höchstens 500 000 Mann durchaus möglich. Notwendig dabei ist, daß das deutsche Kontingent technisch modern gemacht wird. Dies setzt eine unzweideutige kontinental-föderative Haltung der deutschen Politik voraus.

Die in diesem Jahr vorgenommene große Militärreform Frankreichs hat dort die Dienstzeiten abgeändert, den Stand an Berufssoldaten gemehrt und fortifikatorische Zonen zu schaffen beschlossen, für deren Ausbau innerhalb etwa eines Jahrzehnts 1½ Milliarden Goldfrancs in Aussicht genommen sind. Mit der Dienstzeitregelung ist die Verstärkung des Stamms von Berufssoldaten auf insgesamt rund 105 000 Offiziere und Kapitulanten verbunden. Doch ist es nicht wahrscheinlich, daß Frankreich mehr als 80 000 Berufssoldaten haben wird. Die Schaffung einer im ganzen numerisch reduzierten europäischen Wehr würde an sich die Beistellung eines französischen Berufsheers in ungefähre dieser Stärke bedingen, wobei vermerkt werden kann, daß sich auch die deutsche Reichswehr durchaus entsprechend verringern ließe. Das Festungsprojekt aber ist eine Zukunftsangelegenheit, deren tatsächliche Durchführung durch die kontinentale Entwicklung bestimmt wird; von dieser hängt es ab, ob sie aus der zunächst mehr demonstrativen Geste wirklich zur kostspieligen Tatsache mitten in Europa werden soll. Der Schlüsselpunkt hierfür liegt zum guten Teil in der deutschen Wehrpolitik. So entspricht die kontinental-föderative Einstellung der deutschen Politik auch vom engeren kriegstheoretischen Standpunkt aus dem Willen und den Interessen der breiten Volksmassen. Hinsichtlich der Seerüstung könnten die Staaten Kontinentaleuropas die reine Defensivstellung betonen. Solange aber das erdrückende Übergewicht einer möglichen antieuropäischen Koalition in der Offensivtonnage besteht, muß jeder Versuch der Ausdehnung des Washingtonabkommens auf die Defensivtonnage (Kreuzer, Unterseeboote) unfruchtbar bleiben. Auch die schwache deutsche Seerüstung hat in diesem Sinn eine einigermaßen vernünftige Existenz nur als Teilglied der kontinental defensiven Seerüstung, keinesfalls als englisches Anhängsel.

Positive Ergebnisse einer internationalen, einer Weltfriedenskonferenz sind nicht wahrscheinlich. Die bislang völlige Mißachtung der vom Republikaner Immanuel Kant aufgestellten Präliminarartikel zum ewigen Frieden steht dem entgegen. »Es soll kein Friedensschluß für einen solchen gelten, der mit dem geheimen Vorbehalt zu einem künftigen Kriege gemacht worden«, lautet der Artikel 1. »Es sollen keine Staatsschulden in Beziehung auf äußere Staatshändel gemacht werden«, verlangt der Artikel 23. Deutschland könnte und müßte, ehe es sich auch mit an diesen Verhandlungstisch wiederum setzt, mit positiven Leistungen im eigenen Machtbereich aufwarten, unbekümmert darum, wie andere es damit halten. Mit internationaler demokratischer Offenheit müßte es kriegstheoretisch die Lage erörtern, wie sie ist. Die militärische Geheimkrämerei hat uns 1914 ins Unglück gestürzt. Sie muß aufhören.

Eine geistige, eine kriegstheoretische Erneuerung der Reichswehrführerschaft muß zuvörderst beginnen. Die europäische Frage, wie lange man noch die deutsche Wehrgruppe in technischer Verkümmerng niederhalten will, kann erst nach Beseitigung der heute noch wirksamen veralteten Generalstäblerwirtschaft der Lösung zugeführt werden. Ernsthaft müßte die Frage überprüft werden, ob es im Sinn einer die ganze Volkswirtschaft zu demokratischer Massenleistung aufrufenden neuzeitlichen Kriegstheorie liegen kann, daß Berufssoldaten die völlige politische und berufsorganisatorische Gleichberechtigung vorenthalten werde. Die kriegstechnisch (wehrpädagogisch) völlig zwecklose Kleinkaliberseuche müßte als ein psychisches Kernübel gründlich ausgerottet werden. Staatlicher Vereinsaufsicht muß es gelingen dem Schießen seinen rein sportlichen Charakter zurückzugeben. Das gleiche gilt für die Organisierung der körperlichen Ertüchtigung der Jugend. Man erinnere sich, mit welcher Rücksichtslosigkeit ehemals sogar ein Scharnhorst gegen den auch zum groben Unfug ausartenden Drang der Freikorpsbildung einschritt. Nur eine durchdachte Kontrolle des staatlichen Wehrorganismus durch parlamentarisch zuverlässige Sachverständige kann verhüten, daß in Mißbrauch einer fälschlich als Schwäche gedeuteten Kriegsunlust der breiten Massen die Wehrmacht zum innenpolitisch reaktionären Machtmittel verbildet wird.

Deutsche Wehrpolitik hat heute nur einen Sinn, wenn sie ein Hebel zu europäischer Konsolidierung wird. An pazifistische Adresse: In dem langwierigen Prozeß einer nach Kant »ins Unendliche fortschreitenden Annäherung« ist das zunächst Notwendige auch das einzig Mögliche. Will man die nur denk-, nicht vorstellbaren Gräßlichkeiten des möglichen Zukunftskriegs, wie sie der Marschall Foch neulich als Kriegsgegner mit unerschrockener Klarheit der Welt vor Augen geführt hat, wirklich vermeiden, so genügt dazu kein noch so "radikaler" Pazifismus. Es müssen vielmehr Tatbestände geschaffen werden. Nur die Durchbildung des europäischen Festlands zu einem wohlgegliederten Ganzen kann die Sicherheit gegen Kriegsgefahr geben, die keine einzige europäische Nation durch noch so durchgearbeitete Maßnahmen und noch so große nationale Opfer erreichen kann.

UMBERTO SABA , DIE ZIEGE , ÜBERTRAGEN VON MAX HOCHDORF

HAB redend bei einer Ziege gehockt,
Stand allein in der Trift, war angepflockt,
Vom kalten Regenwind überweht,
Des Äsens müd, und hat klagend gemäht.
Ich lauschte erst lächelnd dem leeren Gemäh.

Dann klang es verbrüdet dem eigenen Weh,
Weil jedes Leid zum Bruderleid stöhnt,
Wenn die Stimme auch nicht sanft schwingend ertönt.
Es klagte das blöde verlassene Vieh
Der ewigen Seufzer Urmelodie.
Ihm war es gegeben,
Da es jammernd mähte und klagend schrie,
Zu klagen das Leid für jegliches Leben.

ERNST REUTER . FÜHRUNG ÖFFENTLICHER WIRTSCHAFT



ON jeher war die Entwicklung der öffentlichen Wirtschaft Gegenstand lebhaftesten Interesses und vielseitiger Diskussion. Im großen und ganzen kann man sagen, daß in Deutschland öffentliche Unternehmungen und Betriebe vor dem Krieg sich im Reich, den einzelnen Ländern und in den Gemeinden beinahe zwangsläufig entwickelten. Vor allen Dingen die großen Versorgungsunternehmen: Eisenbahn, Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke, lokale Verkehrsbetriebe waren stets bevorzugte Objekte der wirtschaftlichen Betätigung öffentlicher Körperschaften. Diese ganze Entwicklung der Vorkriegszeit hat schon damals dazu geführt, daß man von einem werdenden Kommunalsozialismus sprach. Nur war dieser Kommunalsozialismus in der Öffentlichkeit nicht in dem Maß umstritten wie heute, und insbesondere waren die organisierten Angriffe interessierter gegnerischer Gruppen damals nicht so stark.

Die heftigen Kämpfe um die öffentlichen Betriebe nach dem Krieg sind eine Folge der besonderen Verhältnisse der Inflationszeit. Es war kein Wunder, daß gerade die großen Versorgungsunternehmen in die selben Schwierigkeiten gerieten, mit denen ja schließlich auch private Unternehmer zu kämpfen hatten. Bei ihnen traten diese Schwierigkeiten krasser und sichtbarer hervor, und es war hier leichter mit falschen Behauptungen gegen diese Unternehmungen zu kämpfen. Mindestens ebenso wichtig war als Ursache für diese Angriffe der starke Einfluß, den sich die Arbeiterklasse wirtschaftlich und politisch erkämpft hatte. Die Wortführer der sogenannten Wirtschaft betonten ja bei allen Debatten über Probleme der Gemeindeführung und Gemeindepolitik ganz offen, daß ihr Kampf gegen die Gemeinden in erster Linie dadurch bedingt sei, daß unter einem veränderten Wahlrecht die Selbstverwaltung nicht mehr so gehandhabt werden könne wie früher. Der Kampf gegen die Gemeinden ist also eine Revanche für die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts. Das Sicherheitsventil, das für die bürgerlichen Parteien früher im Dreiklassenwahlrecht gefunden wurde, soll heute durch den Zwang eines gegen die Gemeinden gerichteten Finanzausgleichs ersetzt werden.

Lange Zeit konnte man den Eindruck haben, als ob die Gemeindebetriebe diesen Angriffen, wenn nicht ganz, so doch zu einem Teil erliegen würden. Die Schwierigkeiten waren 1923, in der Blütezeit der Inflation, so groß geworden, daß an manchen Orten auch überzeugte Anhänger der öffentlichen Wirtschaft nicht mehr glaubten ihrer Herr zu werden. In diese Zeit fallen die an sehr vielen Orten, namentlich in den Großstädten, unternommenen Versuche durch Reorganisation der Betriebsformen der Unternehmungen den drohenden Gefahren zu begegnen. Diese Änderungen der Betriebsformen sind von manchem als eine Art Kapitulation vor der Privatwirtschaft, als eine Abweichung von dem richtigen Prinzip des öffentlichen Betriebs bewertet worden; es hat auch viele Gegner der Wirtschaft der öffentlichen Hand gegeben, die darin einen Erfolg ihrer eigenen Gedankengänge sahen, und ein Teil der Öffentlichkeit hat aus dem Pessimismus der einen Seite und dem Frohlocken der andern den Schluß gezogen, daß die öffentliche Wirtschaft sich nicht behaupten könne, daß auch nach der materiellen Seite hin eine andere Entwicklung beginnen werde.

Leider haben wir keine zuverlässigen Zusammenstellungen über den Umfang der öffentlichen Wirtschaft.¹ Wir wissen wohl aus einzelnen Zweigen, daß die Beteiligung öffentlichen Kapitals zum Beispiel an der Elektrizitäts- und Gasversorgung, an den lokalen Straßenbahnen usw. außerordentlich hoch ist. Der wirtschaftliche Umfang und die Bedeutung dieser öffentlichen Wirtschaft sind aber durch zuverlässige Zahlen noch nicht erfaßt, und es fehlt auch an ausreichender und befriedigender Literatur, die das ganze Fragengebiet fortlaufend und nach allen Seiten hin bearbeitete. Trotzdem läßt sich sagen, daß die öffentliche Wirtschaft in den letzten Jahren nicht zurückgewichen ist sondern sich weiter ausgedehnt hat. Ganz entgegen der bei der Umformung von sogenannten Regiebetrieben in Gesellschaften des privaten Rechts ausgesprochenen Erwartung ist die öffentliche Wirtschaft dadurch nicht eingeschränkt sondern offensichtlich erweitert worden. Wer aufmerksam die Entwicklung auf diesem Gebiet in den verschiedensten Landesteilen und in den großen Gemeinden verfolgt, konstatiert, daß die Beteiligung öffentlicher Körperschaften an Wirtschaftsunternehmungen in der Form privaten Rechts ständig zunimmt. Diese Rechtsform hat sich als eine Waffe nicht gegen sondern zugunsten der öffentlichen Wirtschaft erwiesen. Wenn es auch heute noch nicht umstritten ist, so stößt man doch schon nicht mehr auf den gleichen Widerstand wie früher, wenn man sagt, daß die private Rechtsform für Wirtschaftsunternehmungen der Gemeinden und Länder sich als die bessere Organisationsform erwiesen hat.

Ursprünglich war die wirtschaftliche Betätigung zum Beispiel bei den Gemeinden lediglich eine Folge ihrer polizeilichen Funktionen. Aus polizeilichen und Sicherheitsgründen ging man zur öffentlichen Beleuchtung über, errichtete man Gemeindegasanstalten. Aus polizeilichen und hygienischen Gründen schuf man Wasserwerke. Auf Grund der Erfahrungen, die man mit privaten Unternehmungen machte, ging man dazu über Straßenbahn und lokale Verkehrsmittel in eigene Regie zu nehmen. Ohne daß man es wollte, und ohne daß hier planmäßig auf ein bestimmtes Ziel von einer Stelle hingearbeitet worden wäre, entwickelte sich so im Lauf der Jahrzehnte neben der eigentlichen öffentlichen Hoheitsverwaltung ein System von wirtschaftlichen Funktionen. Heute ist jede gut verwaltete Gemeinde, abgesehen davon, daß sie gewisse Verwaltungs- und staatliche Hoheitsfunktionen ausübt, abgesehen davon, daß sie öffentliche Wohlfahrt betreibt und organisiert, Unternehmerin in weitestem Sinn des Wortes geworden. Neben die eigentlichen Verwaltungsarbeiten ist die Wirtschaftsarbeit getreten, die ihrem Umfang nach an Bedeutung keineswegs hinter den ursprünglichen Aufgaben der Gemeinden zurücktritt. In Berlin entfallen etwa 50 % der Einnahmen und Ausgaben der gesamten städtischen Wirtschaft auf die Wirtschaftsunternehmungen der Stadt. Die großen Werksunternehmungen der Stadt Berlin sind industrielle Anlagen von einem Ausmaß, das die größten Konzerne für sich einzeln genommen nicht aufzuweisen haben. Das zeigen schon die Größenordnungen der Einnahmen. Die Verkehrsunternehmungen der Stadt Berlin werden demnächst Jahreseinnahmen von beinahe 200 Millionen Mark erreichen, wenn man nur die Betriebe selber nimmt und davon schweigt, daß nebenbei Bauaufträge für Neubauten allergrößten Umfangs fortlaufend bearbeitet werden.

1) Siehe *Lindemann Öffentliche Hand oder private Unternehmung?*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 797 und folgende.

Es liegt in der Natur der Sache, daß diese Wirtschaftsunternehmen zu irgendeinem Zeitpunkt eine ihrem Charakter angemessene Betriebs- und Verwaltungsform suchen und finden mußten. Man verrät doch kein Geheimnis, wenn man behauptet, daß die Städteordnung mit ihren Deputationen und Ausschüssen, mit ihren Kompetenzstreitigkeiten und Schwierigkeiten, mit all den Eigentümlichkeiten, die ein großer von Beamten geleiteter und durchsetzter Verwaltungsorganismus mit sich bringt, nicht mehr die Form war und ist, unter der sich solche Wirtschaftsunternehmen auf die Dauer entwickeln konnten. Es ist kein Zufall, daß heute auch die Länder daran gehen ihre großen Betriebe, die ihnen verblieben sind, in Aktiengesellschaften umzuwandeln. Es ist kein Zufall, daß die eigene Wohnungswirtschaft der Gemeinden doch wohl fast ausnahmslos, wenn man von kleinen Gemeinden absieht, durch Gesellschaften betrieben wird, die von den üblichen unvermeidlichen Schwerfälligkeiten der öffentlichen Verwaltung befreit sind. Vielen mag es als eine Formsache erscheinen (es ist aber keine), daß die Wirtschaftsunternehmen in dieser neuen Form der Verwaltung Bilanzen vorlegen und kaufmännisch zu arbeiten gehalten werden. Der Begriff der Erfolgsrechnung, der in der Wirtschaft selbstverständlich ist oder sein sollte, läßt sich in der normalen Verwaltung nicht in gleichem Maß anwenden, wengleich auch einzelne Verwaltungszweige durchaus in der Lage sein sollten Erfolgsrechnungen auf ihren besonderen Gebieten anzustellen. Bei Wirtschaftsunternehmen kann man aber eine solche Erfolgsrechnung als Grundlage der ganzen Arbeit voraussetzen, und der Zwang, der durch die äußere Form in dieser Richtung ausgeübt wird, ist zweifellos heilsam. Wirtschaft im weitern Sinn des Worts bedingt auch Beweglichkeit in personeller Beziehung. Die vollkommene Unkündbarkeit leitender Funktionäre mag bei der Hoheitsverwaltung ihr Gutes haben, bei Wirtschaftsbetrieben ist sie auf die Dauer unhaltbar, sie müßte zu den allergrößten Hemmnissen führen.

Die Vorteile dieser veränderten Betriebsform zeigen sich auf jedem einzelnen Gebiet. Ihr Hauptvorsprung liegt darin, daß die wirtschaftlichen Entschlüsse im Grunde genommen sorgfältiger, sachlich richtiger und vor allen Dingen schneller gefaßt werden können. Die öffentlichen Interessen können hier rücksichtsloser gewahrt werden, und es können insbesondere zahlreiche Maßnahmen, deren diskrete Behandlung und geschäftlich richtige Durchführung unter dem System der Regiewirtschaft auf allergrößte Hindernisse stieß und immer gestoßen ist, ganz anders wahrgenommen werden als früher. Die in den Aufsichtsräten und Direktionen dieser Unternehmen als Vertreter öffentlicher Interessen tätigen Personen können mit viel größerer Energie an die Durchführung von Arbeiten herangehen, deren Ausführung sonst meistens schon im Keim erstickt worden wäre. Es ist sehr bezeichnend, daß im neuen Ergänzungsband des Handwörterbuchs der Kommunalwissenschaften ein Mann wie Otto Most in seinem Artikel über Gemeindebetriebe selber zum erstenmal andeutet, daß diese neue Form doch offenbar an vielen Stellen als eine Waffe für die Erweiterung des Einflusses der Öffentlichkeit in der Wirtschaft benutzt werde, und es ist ebenso bezeichnend für die tatsächliche Entwicklung der Dinge, daß die selben Kreise, die früher die Privatisierung kommunaler Unternehmen besonders betrieben, jetzt, nach der Durchführung dieser Reformen, sich dafür einsetzen, daß sie wieder rückgängig gemacht werden. Um nur ein Beispiel für viele anzufügen, so wäre zu sagen: Die Stadt Berlin wäre wirtschaftlich kaum in der Lage

gewesen den städtebaulich außerordentlich wichtigen Durchbruch der Frankfurter Allee zum Alexanderplatz durchzuführen, wenn sie nicht im Besitz der Hochbahnaktiengesellschaft gewesen wäre, die ohne viel Geräusch die für diesen Durchbruch notwendigen Grundstückstransaktionen vorzubereiten und durchzuführen vermochte. Wäre man nach dem früher üblichen Schema verfahren, so hätte allein der Erwerb der Grundstücke phantastische Geldmittel erfordert, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen gar nicht aufzutreiben gewesen wären, und schon daran wäre diese für die Weiterentwicklung Groß Berlins bedeutungsvolle Sache gescheitert.

Es ließe sich aus dem Arbeitsbereich jeder einzelnen der großen städtischen Unternehmungen eine ganze Fülle von entsprechenden Parallelbeispielen anführen, an denen die großen wirtschaftlichen Vorteile für die Öffentlichkeit sichtbar werden, die allein daraus entspringen, daß die Form des privaten Rechts ein schnelles, sicheres und wirtschaftlich richtiges Handeln ermöglicht. Die Entwicklung hat gezeigt, daß das, was ursprünglich als Waffe im Kampf gegen die Öffentliche Hand gedacht war, in der Wirklichkeit zu einer Waffe für die Öffentliche Hand geworden ist und dies in Zukunft, bei richtiger Anwendung, noch viel mehr werden kann.

JULIUS KALISKI · DER TOD MAXIMILIAN HARDENS

MAXIMILIAN Hardens Tod fand in der Heimat eine Einheitsfront. Für deutsche Verhältnisse ist es nicht überraschend, daß schlechthin alle Blätter ohne Unterschied ihrer parteipolitischen Haltung in dem Urteil über das Wirken Hardens übereinstimmen. Mit oder ohne Wohlwollen erblicken sie in ihm den publizistischen Repräsentanten einer vergangenen Epoche, nicht ohne Bestreben das zu mindern, was ihnen einst bewunderte und unerreichbare Leistung war.

Als journalistischer Vertrauter des verabschiedeten Bismarck war Harden in der deutschen Journalistik zu einer so überragenden Geltung gelangt, daß seine Stellung in der bürgerlichen Welt durch nichts zu erschüttern schien. Das Tun seiner damals mitstrebenden Kritiker von heute verträgt keinen Vergleich mit seinem Schaffen in der Periode, in der der Zusammenbruch Deutschlands vorbereitet wurde. Aber der Vergleich fällt noch weit mehr zuungunsten dieser Kritiker aus, wenn man die Arbeit wertet, die Harden später begann und bis in die letzten Tage emsig fortsetzte. Wilhelms II sprunghaft wechselnde Politik, der das deutsche Volk in seiner Gesamtheit nie einen bewußten Widerstand mit dem Willen zu grundsätzlich anderer und besserer Politik entgensetzte, rief den Ankläger Harden heraus. Aber er klagte nur an, ohne selbst Wandel nach bewußtem Plan herbeizuführen. Wahrscheinlich hat er mehr gewollt. Die anderen taten aber sicher nicht mehr und nichts Besseres. Sie waren schwächer und blieben stärker im Hintergrund; weiteres Lob können sie für sich nicht beanspruchen.

Auswärtige Politik in Deutschland außerhalb der Umgebung der Krone bestimmen zu wollen galt als unmöglich und ist ernstlich nie versucht worden. Am Ende wurde dadurch das Schicksal Hardens des Publizisten und Politikers bestimmt. Was seine Widersacher in allen Lagern über seinen Tod hin-

aus für sich glauben reklamieren zu können, ist eine andere, wie sie meinen, bessere Gesinnung, ist auch ein geringeres Maß von Eitelkeit. Tun sie das mit Recht? Sehen sie nicht Eitelkeit vorwiegend da, wo Sachinteresse ein persönliches Sicheinsetzen erforderte? (Entstammt nicht gar ihre eigene jetzt so heftig betonte Sachlichkeit einer verdrängten Eitelkeit?) Daß Hardens Publizistik der wilhelminischen Epoche in ihrer Methode und Technik heute auf den nicht mehr wirken kann, der damals schon immun gegen sie war, bedarf keiner Betonung. Aber schlecht steht es den Bewunderern von einst an sich heute nicht mehr zu erinnern, wie sehr sie erfüllte, was Harden ihnen war.

Marksteine des Abscheus werden gesetzt: der Prozeß, zu dem Fürst Eulenburg gezwungen wurde. Was darüber zu sagen war, ist hier in den Sozialistischen Monatsheften vor 19 Jahren, von Karl Leuthner, gesagt worden, und was damals richtig war, ist es auch noch heute. Doch ist inzwischen nicht öfters von den so erbittert Gerechten Schlimmeres noch aus geringerm Anlaß getan worden? Hat man nicht Ideen und Gesinnungen und deren Träger verfolgt und, was vielleicht noch abscheulicher ist, sie mit Sorgfalt und Eifer totgeschwiegen? Maßt man sich nicht im Besitz des Druckpapiers ohne Bedenken das Recht an unbequeme Persönlichkeiten mit schimpflichsten Mitteln aus dem Weg zu räumen?

Marksteine des Gesinnungswechsels: Harden war zu Beginn des Krieges Annexionist. Das ist wahr. Wie aber steht es mit denen, die annexionistische Neigungen jetzt womöglich als Charaktermakel brandmarken? In welchen Lagern standen sie eigentlich nicht? Allerdings gibt es bei uns die merkwürdige Scheidung der Annexionspolitiker in solche, die im Westen, und in andere, die im Osten annektieren wollten. Annexionen im Westen, die eine Bedrohung oder auch nur eine Minderung der Macht Englands zu bedeuten scheinen, sind nach diesem Ritus freilich verwerflich. Annexionen im Osten werden zu Kulturtaten, ja gar zu entschiedenem Pazifismus.

Aber über das Laster des Vergessens eigener Sünden der Kritiker Hardens soll nicht gestritten werden. Herausfordernder ist der Tenor aller Nachrufe: Harden habe sich lange überlebt, sein Werk, gleichviel wie man es ansehen mag, liege in einer Zeit, die der Schutt des Zusammenbruchs begraben habe. Das ist selbstgerecht und falsch. Die es sagen, vermeinen offenbar das Rauschen der neuen Zeit entweder in der Weimarer Verfassung oder in dem Flattern der schwarz-weiß-roten Flagge zu vernehmen. Hatte Harden wirklich dem neuen Deutschland nichts mehr zu sagen? Als er im Krieg erkannte, welchen Irrtum sein politisches Leben geborgen hatte, entschloß er sich zu einer Wendung auf dem Weg, auf dem er glaubte zur Rettung Deutschlands gehen zu sollen. Er blieb dabei. Und nicht nur in den Tagen, in denen es gesellschaftsfähig war darüber zu klagen, daß man betrogen und belogen worden war. Bequem war sein neues Tun nicht; Lob, Ehre und Reichtum brachte es ihm auch nicht ein, weder in den Jahren des Krieges noch in denen, die dem Kriegsende folgten. Er wandte sich von der Politik Ludendorffs, er folgte nicht der Scheidemanns und suchte nach einer bessern. Seine Arbeiten in der Zukunft nach dem Zusammenbruch waren von tiefem Ernst und dem Verlangen getragen dem deutschen Volk Tatsachen zur Prüfung und Beurteilung der anderen Völker zu übermitteln. Dazu gehörte einiger Mut, der ihn auch nicht verließ, als sein Leben bedroht war.

Die bis zum Jahr 1922 fortgesetzt ausgegebene Zukunft erbrachte von Heft zu Heft den Beweis, daß sie jünger geworden war, wie ihr Herausgeber selbst, der Schritt für Schritt wirklich jungen politischen Boden fand. Er schloß nicht, wie sonst alle unsere Intellektuellen, seine Augen vor der bolschewistischen Praxis. Von dem überstürzt begrüßten Wilsonismus kam er Schritt für Schritt zurück. Lloyd Georges Schiedsrichterrolle und die Ziele britischer Politik hatte er mit all der Schärfe, die ihm eigen war, erfaßt. Mit wacher Objektivität zeigte er die von allen sich deutschfreundlich gebärdenden Parteigängern Englands geschmähte Politik Frankreichs und vor allem die Poincarés in Dokumenten, die man in anderen deutschen Publikationen gar nicht oder nicht ohne Entstellung zu finden vermochte. Er wuchs in die Politik hinein, die die Einigung des europäischen Kontinents zur Grundlage, die Verständigung Deutschlands und Frankreichs zur ersten Voraussetzung, die wirtschaftsimperiale Gestaltung der Welt im Sinn des Weltsozialismus zum Ziel hat. Er war dort zu finden, wo für das neue Deutschland in einem neuen Europa gelebt und gearbeitet wurde. So sahen ihn die Teilnehmer der Aufbauabende der Gesellschaft der Freunde der Sozialistischen Monatshefte die Forderungen der kontinentaleuropäischen Politik vertreten, und als er sich entschloß das Wiedererscheinen seiner Zukunft vorzubereiten, stand es fest, daß er dem neuen Deutschland vieles Neue sagen und geben würde.

Erfüllt von einer richtigen Idee wurde Maximilian Harden jetzt größer und stärker als in den Tagen, in denen er als der erste Publizist Deutschlands galt. Sein Gang bis zum Ende zeigte den Sieg der Sache über die Einzelperson und gab ihm dadurch erst eine neue schaffende Zukunft.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Max Schippel

Deutschland Die in der vorigen Rundschau (in diesem Band Seite 741 und folgende) skizzierten Erörterungen über Handelsbilanz, Kapitalsneubildung und Auslandsanleihen haben zuletzt auch zu einer vielbesprochenen Stellungnahme des Reparationsagenten Parker Gilbert geführt, wobei die dringend notwendige Reform der Beamtenbesoldung den äußerlichen Anstoß darbot. Das Gefühl der Unsicherheit und Unbefriedigung hat sich offensichtlich weiter ausgebreitet, im Inland wie im Ausland, wo die deutschen Werte an den Börsen empfindlich litten. Deutschland erlebte in der letzten Oktoberwoche eine schwere Kurserschütterung, die sich am 7. November nochmals wiederholte. Der Reichsbankwechseldiskont wurde am 4. Oktober von 6 auf 7 %, der Lombardzinsfuß von 7 auf 8 % erhöht, und eine weitere Erhöhung ist nicht ausgeschlossen. Die Veränderungen des Diskontsatzes zeigen folgendes Bild:

Zeitpunkt	Wechseldiskont	Lombardsatz
23. Dezember 1923	10	12
26. Februar 1925	9	11
26. Januar 1926	8	10
26. Februar 1926	8	9
27. März 1926	7	8
7. Juni 1926	6½	7½
6. Juli 1926	6	7
12. Januar 1927	5	7
10. Juni 1927	6	7
4. Oktober 1927	7	8

Vereinigte Staaten von Amerika Bei der für internationale Kredite und die ganze Reparations- und Kriegsschuldenfrage ausschlaggebenden Stellung der Vereinigten Staaten ist es nicht ohne Bedeutung, daß der schon lange vorausgesagte, zu fast allgemeiner Überraschung jedoch immer wieder ausgebliebene Stillstand in der amerikanischen Aufwärtsbewegung nunmehr unbestreitbar erscheint. Die Produktion der wichtigsten Industriezweige Amerikas ist, besonders im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahrs, erheblich zurückgegangen. Die Insol-

venzen sind im Zunehmen begriffen, die Gründungstätigkeit hat, an dem Umfang der in neuen Unternehmungen investierten Kapitalien gemessen, um etwa ein Drittel gegenüber 1926 abgenommen. An den ausländischen Absatzmärkten begegnen die amerikanischen Exporteure schärferer Konkurrenz, so daß der Export bei fast unveränderter Höhe der Importe einen Rückgang aufzuweisen hat. Trotzdem fühlte sich die Federal-reservebankorganisation stark genug ihre Rediskontrate im August herabzusetzen: bei der New Yorker Bank von 4 auf $3\frac{1}{2}$ %. Die Schwierigkeiten der Zahlungsabwickelungen und Neuanpassungen werden dadurch für das Unternehmertum wesentlich erleichtert.

Kriegs- und Nachkriegswirtschaft

In der Schifffahrt und dem Schiffbau spiegelten sich vielleicht die ökonomischen

Umwälzungen der Weltkriegszeit am konzentriertesten wider. Privatwirtschaft und Staat gelangten hier zu ganz neuen Abgrenzungen ihrer Rechte und Pflichten; Preis- und Gewinnregelungen, Aufsichtsführung, die Sicherung bestimmter Ernährungs- und Kriegsführungszwecke spielten eine außergewöhnlich große Rolle. Von der nationalen ging man immer mehr zur einheitlich internationalen Kontrolle durch die Alliierten über. Nach dem Krieg wirkte die mit allen Mitteln erzwungene Schiffbausteigerung noch lange als Überproduktion, besonders in den Vereinigten Staaten und England, nach. Für England liegt jetzt innerhalb der von der Carnegiestiftung herausgegebenen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges die größere Darstellung C. Ernest Fayles *The War and the Shipping Industry* /London, Humphrey Milford/ vor. Vorausgegangen war in der Carnegiesammlung schon 1921 ein Werk Sir Arthur Salters *Allied Shipping Control*, also über die einheitlich internationalen Maßnahmen des letzten Kriegsjahrs. Der Bericht des von der britischen Regierung eingesetzten Ausschusses, der unter dem Vorsitz Lord Colwyns die Entwicklung der englischen Staatsschuld und Besteuerung und ihren Einfluß auf Handel, Produktion, Arbeitsmarkt und Nationalkredit untersuchen sollte, erschien als parlamentarische Drucksache im Stationary Office in London, unter dem Titel *Report of the Committee on National Debt and Taxation*. Die Bedeutung des Berichts zeigen die Gegenstände, die da behandelt werden: Lebenshaltung und Kapitalneubildung,

die Steuergesamtlast und die Belastung der verschiedenen Einkommen mit direkten und indirekten Steuern, im einzelnen dann für Einkommen-, Erbschafts-, Stempelsteuern, Zölle und Verbrauchssteuern weiter verfolgt, die Pläne zur Schuldenverminderung und insbesondere die Vermögensabgabe. Ein ausführliches Minderheitsgutachten beschäftigt sich vor allem auch befürwortend mit dem vielumstrittenen Plan der Vermögensabgabe, den jetzt die Labour Party als sozialistische Finanzreform verfehlt.

Auf den tiefsten Stand der deutschen Wirtschaftszerrüttung führt eine Sammlung von Gutachten: Ruhrbesetzung und Weltwirtschaft, zurück, die den 3. Band der Schriften des Weltwirtschaftsinstituts der Handelshochschule Leipzig /Leipzig, G. A. Gloeckner/ bildet. Etwas übertreibend heißt es im Vorwort, seit der Kontinental Sperre habe kein Ereignis schärfer in das Wirtschaftsleben Europas eingegriffen als die Ruhrbesetzung; nur der Weltkrieg habe sie darin übertroffen. Aber die zusammengefügte Darstellung über Deutschland (Albert Wiedemann, Ernst Schultze, zum Teil Elemer Hantos), Frankreich (G. L. Bosquet), Belgien (Pierre von Ongeval), die Niederlande (D. J. Wansink), die Schweiz (Eduard Funter), Großbritannien (John Busted), Italien (Gino Borgatta), Österreich (Rudolf Kobatsch), die Tschechoslowakische Republik, Polen, die baltischen Staaten, Bulgarien, Nord- und Südamerika weisen die unlösbare Verflechtung der europäischen mit der überseeischen Wirtschaft nach.

Von Ernst Meier erschien die 1. Lieferung eines Handbuchs der deutschen Reparation /Leipzig, A. Deichert/, bis zum Ruhrkampf des Jahres 1923 reichend. Fortsetzung und Schluß sollen dem Dawesplan und den Dawesgesetzen, zugleich aber dem Verlauf der Reparation in Österreich, Ungarn, Bulgarien und der Türkei gewidmet sein. Einen gedrängten allgemeinverständlichen Überblick über die deutschen Verpflichtungen durch den Dawesplan versucht der Düsseldorfer Diplomhandelslehrer Rudolf Crée zu geben (Das Londoner Abkommen vom 30. August 1924 und seine Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft /Leipzig, Julius Klinkhardt/). Österreichs Wirtschaftsbilanz analysiert Franz Haber /München, Duncker & Humblot/. An eine eingehende Darstellung der Wirtschaftsstruktur Österreichs im Vergleich mit den Vorkriegsverhältnissen schließt sich eine Erörterung der Kaufkraft der Bevölkerung, des Außen-

handels, der Handelsbeziehungen mit Deutschland und der Handelspolitik an. Der Versuch in diesen Linien die wirtschaftliche Lage Österreichs zu umreißen führte notwendig auf die Schicksalsfrage, ob die Republik Österreich, so wie sie fremder Wille geschaffen hat, nach der Auseinanderreißung des alten einheitlichen Wirtschaftsgebiets der Doppelmonarchie auf die Dauer ökonomisch lebensfähig ist. Den Abschluß gibt eine Untersuchung der Frage des Zollanschlusses Deutsch Österreichs an ein größeres Wirtschaftsgebiet, wobei vor allem die wirtschaftliche Bedeutung des Anschlusses an das Reich näher beleuchtet wird. Die Anregung zu diesen und weiteren ähnlichen Studien ging von dem Deutschen Industrie- und Handelstag aus, wobei Franz Eulenburg seinen Rat zur Verfügung stellte.

Auch auf die französischen Währungsbestrebungen wirft Georges Lacouts Darstellung der englischen Währungsaniehrung (*Le retour à l'étalon-or: La politique monétaire de l'Angleterre* /Paris, Payot/) manches bezeichnende Licht. Die reich dokumentierte Darstellung gilt natürlich der Pfundwertung und der vollen Rückgewinnung des alten Pfundgoldwerts. Lacout, der als Volkswirt an der Bank von Frankreich wirkt, hält aber die Werthinaufziehung des Jahres 1925 für überstürzt und in der nächsten Wirkung auf Preise, Geschäftsgang und Arbeitsmarkt für verhängnisvoll. Die Währungsreform Frankreichs werde ein langsames und vorsichtigeres Fortschreiten zu wählen haben, und dies scheint in der Tat gegenwärtig ein Hauptgesichtspunkt Poincarés zu sein. In seiner Schrift *Controlling the Output of Gold* /London, General Press/ setzt sich der Johannesburger Hochschul-lehrer R. A. Lehfeldt für eine Stabilisierung des allgemeinen Goldwerts durch eine internationale Produktionsregelung ein. Die Kautschuk- und die Diamantenregelung haben den südafrikanischen Gelehrten offenbar stark beeinflusst.

Der Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft, der durch Gesetz vom 15. April 1926 begründet wurde, läßt seine Verhandlungen und Berichte erscheinen /Berlin, S. Mittler & Sohn/. Beim 4. Unterausschuß sind sie auch sozialpolitisch von besonderem Interesse, weil hier die Aufgabe vorlag festzustellen, in welcher Weise die Dauer der Arbeitszeit und die Art der Entlohnung nach den Erfahrungen der letzten Jahre auf die Arbeitsleistungen gewirkt haben.

Weltwirtschaft und Weltpolitik Den kolonialen Fragen sind im allgemeinen unsere deutschen Kultur- und Wirtschaftsgeographen mehr gerecht geworden als unsere Nationalökonomcn und vollends unsere Juristen. Es kann daher nicht überraschen, daß wir über das britische Weltreich und die britische Weltpolitik jetzt abermals aus der Feder eines von der Geographie herkommenden Geopolitikers ein überaus inhaltreiches Werk erhalten, dem die ganze staatswissenschaftliche Literatur der jüngsten Zeit kaum etwas Ebenbürtiges an die Seite zu setzen hat. Unter dem Titel *England, Europa und die Welt* /Berlin, Kurt Vowinkel/ zeigt Erich Obst, wie sehr das Abendland in Gefahr geraten ist auf fast allen Gebieten von den überseeischen Staaten überflügelt zu werden, und er erläutert die Wichtigkeit der England zufallenden Entscheidung über Imperialismus oder Kontinentalpolitik. Mit Hilfe von Mitarbeitern aus dem Geographischen Seminar der Technischen Hochschule zu Hannover ist ein umfassendes statistisches Material über reichsbritische Lebens- und Genußmittelproduktion, Fischerei, die verschiedenen Industrie- und Handelszweige zusammengetragen und in kaum zu übertreffender tabellarischer und bildlicher Verarbeitung dargeboten. Auf ungewöhnlicher Höhe hält sich auch die äußere Ausstattung seitens des Verlags. Das Obstsche Endurteil über die wahrscheinlichen künftigen weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Wege Englands wird man allerdings nicht teilen können. Obst überschätzt die Schwächen des britischen Reichsgefüges und sieht deshalb England, allerdings unter einem »Sichumstellen und Sichbescheiden, das fast übermenschlich genannt werden muß, . . . ohne jeden Anspruch auf Hegemonie mit dem Festland zusammengehen«. Wenn Obst noch das Erscheinen eines ähnlich umfassenden wirtschaftsgeographischen Werkes über Rußland ankündigt, so wird man ihm mit großen Erwartungen entgegensehen können.

Otto Israel sieht die Entfesselung Chinas in einer im Verlag Carl Walthers in Dresden veröffentlichten Schrift wesentlich abhängig von der Beseitigung der Auslandsanleihen und der durch diese Verschuldung bewirkten Vorherrschaft des Auslands. Nachdem Israel, der selber längere Zeit als Hochschullehrer in Peking weilte, alle Einnahmequellen Chinas kurz besprochen hat, hebt er die grundlegende Bedeutung einer Grund-

steuerreform hervor. Sie stelle den Weg dar, auf dem der Chinese wieder der Fesseln ledig werden könne, die er ein halbes Jahrhundert geschleppt habe; als Herr im eigenen Haus werde er alsdann die Verbindung mit fremden Staaten »selbst wählen, und zwar so, wie sie ihm und nicht den fremden Staaten am günstigsten erscheint«.

Der Shanghaier Professor Harley Farmsworth MacNair bietet in dem Buch *The Chinese Abroad /Shanghai, The Commercial Press/* einen guten Überblick über die Rolle der chinesischen Auswanderer und Arbeiter in den verschiedenen Ländern und Wirtschaftsperioden des europäisch kapitalistischen Kulturkreises. Ein reiches Material an Staatschriften, Enquêtes und Literatur wurde dabei herangezogen. Die Ungerechtigkeiten der Chinesengesetzgebung in den einzelnen Einwandererländern, vor allem in den Vereinigten Staaten und Australien, werden scharf betont. Lesenswert ist auch die Begleiteinführung Wellington Koos, der eine Zeit lang die auswärtige Politik in Peking leitete. Nach Koos leider nicht weiter begründeter Meinung wäre eine industrielle Modernisierung Chinas imstande alle Surplusbevölkerung auf mindestens ein halbes Jahrhundert für heimische produktive Zwecke aufzusaugen und so der Auswanderung ihre Ausdehnung und ihre Gefährlichkeit zu entziehen. Übrigens stößt die Einwanderungsabsperzung auf wachsende Bedenken auch in den europäischen Siedlungskolonien und in den Mutterländern selber. Charakteristisch ist hier ein Buch von Fleetwood Chidell *Australia: White or Yellow?* /London, William Heinemann/, das allerdings nur von europäischen Auswanderungsinteressen ausgeht. Chidell bezeichnet es als schreiende internationale Ungerechtigkeit riesenhafte Länder wie in Australien unentwickelt zu lassen, indem man nur einer wenig zahlreichen Elitebevölkerung den Zutritt gestattet. Die Dominien, Australien an der Spitze, müßten den Anreiz zu kriegerischen Entwicklungen mildern, der aus dem Brachliegen unerschlossener Landgebiete hervorstamme. Außerdem steigere dauernde Bevölkerungsschwäche die gelbe Gefahr und bahne die Vorherrschaft asiatischer Völker im ganzen Westpazifischen Erdstrich an. Eine besondere Rolle in der Auflehnung gegen die Bevölkerungsabschnürung weist Chidell auch Italien und dem Fascismus zu. Eine gute Widerspiegelung und Anwendung des sozialdemokratischen Anti-

imperialismus findet man in der größeren Schrift Ernst Reinhardts, des Mitglieds des Schweizerischen Nationalrats, *Die imperialistische Politik im Fernen Osten /Bern, Ernst Bircher/*. Eingehender Kritik üben hiesige alle gegensätzlichen Anschauungen über die Notwendigkeit und die Mittel zur ständigen Erweiterung des Einflusses des europäischen Wirtschaftskulturkreises aufrollen. Dies kann im Rahmen einer Literaturanzeige nicht geschehen, so daß diesmal der Hinweis auf die fleißige und beachtenswerte Arbeit genügen mag.

Kurze Chronik Auf der Wirtschaftskonferenz des Völkerbunds in Genf trat Loucheur für die Schaffung einer *europäischen Filmföderation* ein, die namentlich im Interesse Deutschlands und auch Frankreichs gelegen sei, deren Filmproduktion, früher in der Welt führend, sich jetzt nach dem Krieg, infolge der Herrschaft Amerikas über den Kinomarkt, sonst überhaupt nicht wieder entwickle. Diese Filmkooperation könne das erste Beispiel einer Europa zusammenfassenden Weltwirtschaftspolitik werden. ◊ Einen großen Schritt zu seiner weitern Konsolidierung unternahm Polen mit seiner 7prozentigen Anleihe von 2 Millionen Pfund Sterling in London. Der Erlös dieser und der amerikanischen Anleihe von 72 Millionen Dollars soll der Festhaltung des Zloty auf seinem Goldwert (43,48 Zloty auf das Pfund Sterling) und damit der Gleichgewichtssicherung im Budget dienen. ◊ Das New Yorker Fachblatt *Daily News Record* veröffentlicht eine neue internationale Schätzung der *Kunstseideerzeugung*, deren Aufschwung mit samt den Rückwirkungen auf benachbarte und andere Produktionszweige wohl einzigartig in der Industriegeschichte dasteht. Die amerikanische Produktion wird für 1927 auf 75 Millionen Pfund geschätzt, gegen 65 im Vorjahr, die deutsche auf 36 Millionen, gegen 30; Deutschland bliebe damit unter den Kunstseide erzeugenden Ländern an 2. Stelle stehen. Die italienische Erzeugung wird für 1927 mit 32 Millionen angegeben, gegen 28 im Jahr 1926, so daß sie von der englischen überholt worden sein dürfte, da die englische Produktion für 1927 auf 33 Millionen geschätzt wird, gegen 25½ Millionen im Jahr 1926. Für Frankreich lauten die Zahlen für 1927 20 Millionen, gegen 15, für Holland 15, gegen 10, für Belgien 13, gegen 10, endlich für Japan 10, gegen 7,5 Millionen.

Literatur Der einstige Reichsfinanzminister *Peter Reinhold* gibt in einer veröffentlichten Rede über die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik /Leipzig, Neuer-Geist-Verlag/ Rechenschaft über seine Finanzpolitik des Jahres 1926 und skizziert zugleich die nach seiner Meinung nächsten Forderungen des weitem Steuerabbaus. ◊ Bei der Neuregelung der finanziellen Wechselbeziehungen zwischen Reich, Land und Gemeinde spielte Bayern seit jeher eine besondere Rolle. Das Für und Wider versucht objektiv wissenschaftlich *Walther Lotz* in einem Vortrag vor der Juristischen Studiengesellschaft in München darzulegen, der jetzt im Druck als 49. Heft der Serie Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart /Tübingen, J. C. B. Mohr/ unter dem Titel *Der Finanzausgleich in Bayern* erschien. Ein Anhang gibt die wichtigsten Punkte der Neuregelung vom 9. April 1927 wieder. ◊ Da der *deutsche Haushalt 1927* einen Wendepunkt bedeutet; die Rückkehr zu geordneter Wirtschaft nach den schwankenden Unterlagen der Vorjahre, so ist die überaus sorgsame Bearbeitung W. Spielhagens und Arnd Jessens *Der Reichshaushalt 1927* /Berlin, Zentralverlag/ sehr willkommen zu heißen. ◊ Von dem unentbehrlichen *Handbuch der Finanzwissenschaft*, herausgegeben von Wilhelm Gertolt und Franz Meisel /Tübingen, J. C. B. Mohr/, liegt mit der 25. Lieferung der Schluß des 2. Bandes vor. Die letzten Abschnitte behandelten hier die wichtigen Fragen des Finanzausgleichs durch den Staatssekretär Johannes Popitz, die kommunale Finanzwirtschaft durch Heinrich Bleicher, den öffentlichen Kredit nach der Seite der geschichtlichen Entwicklung durch Julius Landmann, der Theorie durch Moritz Rudolf Weyermann, der Technik durch Gaston Jéze. ◊ Im Kern eine Kritik des Wohlstandsindex der Dawessachverständigen, darüber hinaus jedoch eine Herausarbeitung der wichtigsten Probleme eines Wohlstandsindex und der denkbaren Verbesserungsmöglichkeiten ist die Arbeit *Albert von Mühlentfels' Steuerkraft und Wohlstandsindex* /Leipzig, Akademische Verlagsgesellschaft/. ◊ Untersuchungen über Volkseinkommen und Volksvermögen wenden sich unter der Leitung Karl Diehls die Beiträge zur Wirtschaftstheorie zu, die der *Verein für Sozialpolitik* in seinen Schriften vom 173. Band ab herausgibt /München, Duncker & Humblot/. An der Auseinandersetzung beteiligen sich durch

Gutachten Alfred Ammon, Gerhard Colm, Ernst Schuster, Moritz Rudolf Weyermann, Franz Zizek, durch einleitende Bemerkungen Karl Diehl selbst. ◊ Überaus beachtliche Betrachtungen über die Wertung von Handels-, Zahlungs- und Wirtschaftsbilanzen als Maßstab volkswirtschaftlicher Erfolgsrechnung stellt *Paul Hermsberg* im 5. Band der *Mollschen Probleme des Geld- und Finanzwesens* /Leipzig, Akademische Verlagsgesellschaft/ in seiner Arbeit *Volkswirtschaftliche Bilanzen* an. Dem Verfasser lag daran an dem Beispiel der Bilanzen zu erkennen, daß die Verwendung privatwirtschaftlicher Maßstäbe zu volkswirtschaftlichen Messungen grundsätzlich fragwürdig ist, weil für die vorgestellte Gesamtwirtschaft ganz andere Funktionen gewertet und gemessen werden müssen als sie die private Erwerbswirtschaft, ihrer andern Zielsetzung entsprechend, wertet und mißt. ◊ Im 22. Heft der von Bernhard Harms herausgegebenen Kieler Vorträge, gehalten im Wissenschaftlichen Klub des *Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr* an der Universität Kiel Jena, Gustav Fischer/, wird eine hierhergehörige Frage, nämlich die Beziehungen zwischen Außenhandel und Volkswohlstand, von Walter Susat behandelt. Einfuhrüberschuß stehe an sich in keiner Relation zur Vermehrung des Volkswohlstands, Einfuhr- und Ausfuhrüberschuß seien vielmehr allein abhängig von dem Verhältnis der Kapitalbildung zum Kapitalbedarf. Demnach sei eine passive Handelsbilanz nichts anderes als ein Anzeichen dafür, daß der Kapitalbedarf die Kapitalbildung überschreite. Umgekehrt sei einer aktiven Handelsbilanz nur zu entnehmen, daß die Kapitalbildung den Kapitalbedarf übertrage. Dabei könne natürlich bei einer passiven Handelsbilanz die absolute Höhe der Kapitalbildung viel größer sein als bei einer aktiven. Im Anschluß daran seien gleich die Titel einiger weiterer Hefte der sachkundig und umsichtig geleiteten Kieler Vorträge genannt: Probleme der internationalen Arbeitsstatistik von Karl Pribram, Die historischen Grundlagen der Weltwirtschaft von Bruno Kuske (wie alle Arbeiten Kuskes eindringend und fesselnd), Die Eisenindustrie in der Welt unter besonderer Berücksichtigung des internationalen Eisenpaktes von Max Schlenker, Horizontal und Vertikal im Wandel der letzten Jahrzehnte von Manuel Saitzew, Die wirtschaftliche Emanzipation Südamerikas von August Skalweit, Die Kapitalexpansion der Ver-

einigten Staaten in Lateinamerika von Harry T. Collings. ◊ Aus der Teubnersammlung *Aus Natur und Geisteswelt* liegt *Eduard Ottos* Bändchen *Das deutsche Handwerk in seiner kulturgeschichtlichen Entwicklung* bereits in 6. Auflage vor. ◊ Warum in Rußland die Versuche sowohl der Aufrechterhaltung und Umgestaltung der zersplitterten Umteilungsgemeinden (Mir) wie zusammenfassender Planwirtschaft im Sinn der ersten "kommunistischen" Diktatur scheitern mußten, wie also eine bäuerlich-individualistische Produktion mehr nach westeuropäischem Zuschnitt sich herausbildete, schildert in tieferdringender soziologischer Untersuchung *Boris Brutzkus*, der bis zu seiner Vertreibung im Jahr 1922 Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Petersburg war. Das Werk wurde von dem Osteuropainstitut in Breslau unter dem Titel *Agrarentwicklung und Agrarrevolution in Rußland* /Berlin, Hermann Sack/ herausgegeben. ◊ Ein Band der von Arthur Spiethoff herausgegebenen Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaften /Berlin, Julius Springer/ ist, von *Kurt Wiedefeld* bearbeitet, der *Gewerbepolitik* gewidmet. ◊ Außergewöhnlich reiche Einblicke in die Handelskammerentwicklung, die Kämpfe um die Berliner Börse um die Jahrhundertwende, die Geschichte der Berliner Handelshochschule eröffnet, neben der Schilderung des Wirkens führender wirtschaftlicher Persönlichkeiten, *Max Apts* Buch *25 Jahre im Dienste der Berliner Kaufmannschaft* /Berlin, Sieben-Stäbe-Verlag/. Durch Mitteilung wichtiger Aktenstücke wird es zugleich zu einem Quellenwerk für wesentliche Gebiete des deutschen Wirtschaftslebens, vor allem natürlich, wie es sich in der Berliner Zusammenfassung widerspiegelt. ◊ Das australische Bankwesen zeigt, wie es in einer siedelungskolonialen, zunächst ungewöhnlich stark agrarischen Umwelt, bei ganz anderen Bedarfen und ganz anderer und ungenügender Bildung von heimischem Leihkapital, erklärlich ist, manche Besonderheiten gegenüber dem im allgemeinen natürlich maßgebenden europäischen Vorbild. Es ist deshalb zu begrüßen, daß *Herbert Edward Teare*, vom australischen Hamiltoninstitut, eine Sonderdarstellung dieser Bankorganisation gegeben hat, unter dem Titel *The History, Theory and Practice of Australian Banking Currency and Exchange, with Application also to the Banking in New Zealand* /Sidney, Alexander Hamilton Institute of Australia/.

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

Wermuth † Am 12. Oktober starb der frühere Oberbürgermeister Berlins Adolf Wermuth, in seinem 72. Lebensjahr. Wermuth hatte die übliche Justiz- und Verwaltungslaufbahn durchlaufen und war allmählich zum Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern aufgerückt. Aus diesem engen Gehege deutscher Verwaltung heraus hatte ihn seine Tätigkeit als Reichskommissar für die Weltausstellungen in Melbourne und Chicago wiederholt hinausgeführt. 1909 wurde er Staatssekretär des Schatzamts. Er hatte die schwierige Aufgabe die Reichsfinanzen im Kampf gegen die Bundesstaaten und die steuerscheuen bürgerlichen Parteien zu sanieren. Das ist ihm nicht gelungen. Er wurde der Widerstände auf die Dauer nicht Herr und trat schon 1912 wieder von seinem Amt zurück. 2 Monate später wurde er, auf Anregung Leo Arons', von der Berliner Stadtverordnetenversammlung zum Oberbürgermeister gewählt. Das war schon eine eigentümliche überraschende Entwicklung in dem Leben dieses aus dem engsten Konservatismus herstammenden Mannes; war sein Vater doch der reaktionäre hannoversche Polizeipräsident aus den Zeiten des letzten welfischen Königs. Wermuth fand außerordentlich große ungelöste Aufgaben in der Berliner Verwaltung vor und nahm sie mit frischer Tatkraft in Angriff. Vor allem die neue Organisation dieser großen Agglomeration war dringend. Die westlichen Vororte genossen ihre niedrigen Steuern und die Vorteile ihrer selbständigen Verwaltung, während die nördlichen und östlichen, von Arbeitern besiedelten Gemeinden die Mittel nicht finden konnten, um ihre rasch wachsenden Siedlungen auch nur einigermaßen mit den Einrichtungen moderner Städte zu versorgen. Dazu kam, daß auf dem in so zahlreiche Verwaltungen zersplitterten Boden die private Spekulation sich ungehindert austoben und die Bevölkerung ausbeuten konnte. Die Stadt Berlin selbst konnte sich auf dem engen Gemeindegebiet, das ihr blieb, nicht entwickeln. Sie stand mit ihren 6352 Hektar an 19. Stelle unter den deutschen großen Städten. Es war das Verdienst Wermuths hier mit Tatkraft eingegriffen und, da der Weg der Eingemeindung der Vororte damals verschlossen war, in dem Zweckverband Groß Berlin die Grundlage für den Zusammenschluß der neuen Großstadt gelegt zu haben. Der Krieg brachte zu-

nächst alle weiteren Pläne Wermuths zum Stocken, bot ihm aber auf der andern Seite unerschöpfliche Gelegenheit sein Organisationstalent zu zeigen und sich um die Lebensmittelversorgung der Riesenstadt die größten Verdienste zu erwerben. Von dieser Tätigkeit datiert dann eine weitere Epoche in der Entwicklung Wermuths nach links zur Arbeiterschaft. Die starke Energie, mit der Wermuth die Zwangswirtschaft durchführte, ohne die Berlin in kürzester Frist verhungert wäre, brachte ihn in die Nähe der Arbeiterklasse und in Gegensatz zu all den bürgerlichen Kreisen, die in der Kriegswirtschaft nur die Quelle reicher Gewinne sahen. So kam es, daß beim Novemberumsturz Wermuth das Vertrauen der Arbeiterräte besaß und das Berliner Gemeinwesen durch die revolutionären Stürme ohne zu großen Schaden hindurchsteuern konnte. Der Umsturz brachte in dem neuen Groß Berlin die weitere Erfüllung alter Pläne. Aber dem Schicksal, das vor ihm so vielen hervorragenden Männern in Revolutionszeiten begegnet ist, entging auch er nicht. Gegen die Feindschaft der Parteien, denen er früher nahegestanden hatte, fand Wermuth auf der andern Seite nicht den genügenden Rückhalt und die erforderliche Unterstützung. Die selben Unabhängigen, denen sich Wermuth angeschlossen, mit denen er die erste Zeit nach jenem November gearbeitet hatte, und auf die er sich stützte, ließen ihn im Stich, zwangen ihn durch ein Mißtrauensvotum zum Rücktritt.

**Deutscher
Städtetag
1927**

Der 7. Deutsche Städtetag trat am 23. September in Magdeburg zusammen. Die letzte Tagung hatte vor 3 Jahren in Hannover stattgefunden und sich vor allem mit den Problemen der Städteordnung beschäftigt (siehe diese Rundschau, 1924 Seite 779 und folgende). Die Magdeburger Tagung hatte das Verhältnis von Reich und Städten zu einander als das wichtige und dringende Problem der Gegenwart zur Verhandlung gestellt. Der Präsident Oskar Mulert, der leitende Geschäftsführer des Städtetags, setzte sich in seiner einleitenden Rede mit allen diesen bedeutungsvollen Problemen auseinander. Selbstverständlich stand dabei die Frage, wie kommunale Finanzwirtschaft von der des Reichs abzugrenzen sei, im Vordergrund. Auch das Verhältnis des organisierten Unternehmertums zu den Gemeinden nahm in Mulerts Ausführungen eine wichtige Stelle ein, da der Kampf der genann-

ten wirtschaftlichen Kräfte gegen die Städte in keiner Weise nachgelassen hat. Der Redner wies auf die Unkenntnis in wirtschaftlichen Dingen hin, die vielfach gerade in den Kreisen der Unternehmer vorhanden ist. Nur daß man diese Unkenntnis nicht auch bei der Leitung annehmen darf. Die Behauptungen, mit denen dort gegen die Städte angekämpft wird, sind sehr sorgfältig unter dem Gesichtspunkt ihrer Wirkung auf die urteilslosen Kreise ausgewählt. Es ist die beliebte Taktik: den Gemeinden in Bausch und Bogen eine grenzenlose Verschwendungssucht vorzuwerfen und daran die Forderung nach einer möglichst weitgehenden Beschränkung ihrer Einnahmen, sei es aus Steuer- sei es aus Anleihemitteln, zu knüpfen. Schematisch sollen die Einnahmen um 20 % gekürzt werden. Indem man die Mittel der Gemeinden, die sie für ihre Aufgaben und ihre Weiterentwicklung dringend brauchen, möglichst einzuschränken sucht, hofft man gleichzeitig die wirtschaftliche Tätigkeit der Kommunen einzudämmen, vielleicht sogar sie wieder in die Hand zu bekommen. Handelt es sich doch zum Beispiel bei dem ganzen Projekt der Ferngasversorgung nicht nur um eine Verwertung überschüssiger Feinkohle und Gasmengen sondern auch um die Ausdehnung der wirtschaftlichen Macht der Grubenbesitzer.

Die Gemeinden haben, wie Mulert hervorhob, selbst das größte Interesse an der völligen Klarlegung ihrer Finanzverhältnisse, da sie nichts zu verbergen haben und auch tatsächlich nichts verbergen können. Mulert machte auf die eigentümliche Tatsache aufmerksam daß sich die Kreise des Unternehmertums, die sich sonst in so starkem Maß mit den Ursachen der Steuerbelastung beschäftigen, den vorliegenden interessanten Ergebnissen der Reichsfinanzstatistik bislang sehr geringe Aufmerksamkeit geschenkt haben. Er hätte ruhig sagen können: sie totgeschwiegen haben. Um so notwendiger ist es auf die wichtigen Tatsachen auch hier noch einmal hinzuweisen. Im Jahr 1913 entfielen von den Steuereinnahmen einschließlich Zölle 39 % auf das Reich, 20,4 % auf die Länder, 37,3 % auf die Gemeinden und 3,3 % auf die Hansestädte. Die Einnahmen des Reichs flossen in der Hauptsache aus Verkehrs- und Verbrauchssteuern und Zöllen. Im ganzen nahm das Reich 1630,9 Millionen Mark der Steuereinnahmen für sich in Beschlag, auf den Kopf der Bevölkerung 28,21 Mark. Für die 3 anderen

Gruppen von Teilnehmern sind die Zahlen der Reihe nach: Länder 781 Millionen Mark (13,85 Mark pro Kopf), Gemeinden 1515 Millionen (26,87), Hansestädte 131,6 Millionen (91,98). Im Jahr 1925 waren die Anteile sehr stark verändert. Es entfielen nunmehr auf das Reich 42,3 % der Steuereinnahmen, auf die Länder 23,9 %, die Gemeinden 31,4 % und die Hansestädte 2,4 %. Der Anteil der Gemeinden ist um 5,9 % zurückgegangen, die Anteile des Reichs und der Länder sind gestiegen. Absolut bedeuten diese Prozente für das Reich 4272,5 Millionen = 68,46 Mark pro Kopf, für die Länder 2412,2 = 39,68 Mark, für die Gemeinden 3169,4 = 52,14 Mark, für die Hansestädte 246,7 = 152,35 Mark. Die absoluten Beträge sind also beim Reich gestiegen um 162 %, bei den Ländern um 209 %, bei den Gemeinden um 109 %: Wenn daher die Unternehmerverbände sich immer allein gegen die Gemeinden richten und diese vor allem für die Steigerung der Steuern verantwortlich machen, handeln sie auf Grund dieser Statistik entgegen den Tatsachen und, nachdem die Ergebnisse in der Zeitschrift *Wirtschaft und Statistik* niedergelegt sind, auch wider besseres Wissen. Ebenso stark wie die Anteilsgrößen der verschiedenen Gruppen sich geändert haben, änderten sich auch die Anteile an den einzelnen Steuern. Es kann dies hier nicht bei allen Steuern nachgewiesen werden; es seien nur die wichtigsten hervorgehoben. Die Einkommensteuer war vor dem Krieg ohne Zweifel die wichtigste und ertragreichste Steuer für die Gemeinden. Im Jahr 1913 entfielen auf die Länder 38, auf die Gemeinden 56,4 % des Ertrags der Einkommensteuern. Im Jahr 1925 nahmen das Reich 17,1, die Länder 40,8, die Gemeinden 37,7 % für sich in Anspruch. Der Anteil der Gemeinden ist also sehr stark zurückgegangen, und die Differenz ist Reich und Ländern zugute gekommen. Da eine Beschränkung der Ausgaben für die Gemeinden unmöglich war, auf sie vielmehr der größere Teil der inneren Kriegslasten entfiel, außerdem vom Reich und von den Ländern ihnen immer neue Aufgaben und damit auch neue Lasten übertragen wurden, blieb nichts anderes übrig als die einzigen ihnen gelassenen ertragreichen Steuern, nämlich die Realsteuern, so stark anzupassen, daß sie den Ausfall an Einkommensteuern und die Mehrausgaben zu decken vermochten. Diese sind jetzt der einzige bewegliche Faktor im Gemeindehaushalt, dem eine Bedeutung zukommt. Wäh-

rend im Jahr 1913 bei den Gemeinden 52,08 % der Gesamtsteuereinnahmen auf die Einkommensteuer, 38,67 % auf die Realsteuern (Grund- und Gebäudesteuer, Gewerbesteuer) entfielen, brachten im Jahr 1925 die Realsteuern 33,18 %, die Einkommensteuer 29,17 %, die Hauszinssteuer 17 % (davon 9,8 % für Bautätigkeit), die Umsatzsteuer 6,75 % auf. Die Realsteuern stehen nunmehr an der Spitze der Steuereinnahmen, während die Einkommensteuer an die 2. Stelle gerückt ist. Absolut erheben die Gemeinden durch Grund- und Gebäudesteuer 509,7 Millionen im Jahr 1925 gegen 375,6 im Jahr 1913 (die Länder 336,9 Millionen gegen 26,7), durch die Gewerbesteuer 471,8 Millionen gegen 160,2 (die Länder 77,1 gegen 60,1). Die Einnahmen der Gemeinden aus den Realsteuern haben sich also fast verdoppelt. Relativ gewachsen sind die Steuern aus Aufkommen aus den Verbrauchs- und Aufwandssteuern (Getränksteuer, Vergnügungssteuer und Hundesteuer). Doch haben diese Steuern auch 1925 keine große Bedeutung für den Gemeindehaushalt. Sehr viel bedeutet die Hauszinssteuer für den Haushalt der Länder und Gemeinden. Die angeführten Zahlen gelten für die Gesamtheit des Reichs. Nun bestehen aber von Land zu Land zum Teil recht große Unterschiede in der Verteilung der Steuereinnahmen auf die Länder und Gemeinden. So schwankt der Anteil der Gemeinden an dem Ertrag der Einkommensteuer in den einzelnen Ländern zwischen 24 und 57 %. Schon darum allein müssen in der Realbesteuerung sehr große Unterschiede von Land zu Land vorhanden sein. Diese Tatsachen haben Mulert zu der Forderung veranlaßt, daß das Reich die Steuerverteilung zwischen Land und Gemeinde abgrenzen solle; das sei auch eine logische Folge des vom Reich vorgelegten Vereinheitlichungsgesetzes. Ob diese Forderung politisch durchzusetzen ist, ist zunächst zweifelhaft; nicht minder zweifelhaft aber auch, ob die Gemeinden bei einer Reichsregelung besser führen als bisher. Die Länder, die das Geld brauchen, werden es dann eben bei den Realsteuern suchen müssen und werden die Gemeinden an der vollen Ausschöpfung dieser Steuern durch ihre Gesetzgebung hindern, ja hindern müssen. Auf diese Weise wird man der Finanznot der Gemeinden wohl kaum helfen können. Es waren aber nicht diese außerordentlich wichtigen finanziellen Fragen, die der Tagung das Gepräge gaben: das

stärkste Interesse konzentrierte sich auf die Frage, wie die allgemeine Stellung der Gemeinden im Reich und zum Reich und zur Organisation des Reichs als Einheitsstaat oder als Bundesstaat zu regeln sei. Auch hier hat die Entwicklung seit dem Krieg ungeheure Veränderungen gebracht. Mehr und mehr werden die wichtigsten kommunalen Fragen durch die Gesetzgebung des Reichs erledigt. Man braucht sich nur den langen Katalog der konkurrierenden Gesetzgebung des Artikels 7 der Verfassung anzusehen. Da die Mitarbeit der Länder in der Regel nicht ausgeschaltet ist, muß die Beteiligung des Reichs zur Komplizierung des Behördenapparats, zur Erschwerung statt zur Vereinfachung der Verwaltung führen. Bei dem Mangel eines eigenen Verwaltungsapparats neigt das Reich zur Zentralisation, zur Beschränkung der kommunalen Selbstverwaltung; daher die Gegenforderungen nach Errichtung einer Kommunalabteilung beim Reichsministerium des Innern, nach ausreichender Vertretung der Gemeinden im Reichswirtschaftsrat und im Reichsrat (eine politisch unmögliche Forderung), nach stärkerer Verbindung mit dem Reichstag usw.

Die Debatte, die sich an die Ausführungen Mulerts anschloß, ging begreiflicherweise vielfach über seine Rede hinaus. Es war nicht zu vermeiden, daß das große Problem, das überall das politische Leben bewegt und auf Schritt und Tritt sein Haupt erhebt, auch hier sich zeigte: der Einheitsstaat und sein Verhältnis zur kommunalen Selbstverwaltung. In dem Kampf gegen die Einschränkung der Selbstverwaltung durch die Bürokratie des Reichs und der Länder, als dessen Vorkämpfer sich schon immer der Deutsche Städtetag erwiesen hatte, sehen die Städte den einzigen Ausweg in dem Einheitsstaat. Denn nur in ihm läßt sich durch weitgehende Dezentralisierung der Aufgaben eine freie und ihrer Verantwortung bewußte Selbstverwaltung erhalten und weiter entwickeln, da er dann als der einheitliche Träger aller Gesetzgebung und Verwaltung nicht mehr in Konkurrenz mit der Ländergesetzgebung die Herrschaft über Verwaltungsorganisationen sich zu verschaffen bestrebt sein muß, die die Verfassung ihm nach ihrem Aufbau entzieht. Es war erstaunlich, wie sich die Vertreter fast aller Parteien, in die sich der Deutsche Städtetag nunmehr auch logischerweise gliedert hat, von der Deutschen Volkspartei bis zu den Kommunisten, zu dem deutschen Einheitsstaat bekannten.

Die Einheitlichkeit der Auffassung ging aber noch weiter als die allgemeinste Formulierung. Mit dem Bekenntnis zum Einheitsstaat verband sich die Forderung einer freien Selbstverwaltung; hier der Einheitsstaat mit einheitlichem Staatswillen, der sich in einheitlicher Gesetzgebung und Verwaltungsleitung ausdrückt, und daneben eine kräftige, blühende Kommunalverwaltung, die imstande ist das Gebilde des Staats vor Versteinerung zu bewahren und mit frischem Leben zu erfüllen.

Sparkassen und Mittelstand Mit der Etikette Mittelstandstagung der Sparkassen hat der 1. Allgemeine Sparkassentag in Kiel im September stattgefunden. Die Beziehung der Sparkassen zum Mittelstand war das Thema der Verhandlungen. Wie die Deutsche Sparkassenzeitung ausführte, sollte der Öffentlichkeit einmal gezeigt werden, was die Sparkassen für den Mittelstand bereits geleistet haben und leisten. Ferner sollte der Begriff des Mittelstands und des Mittelstandskredits vom Standpunkt des Sparkassengeschäfts aus geklärt oder seine Klärung wenigstens angebahnt werden. Die genannte Zeitung hält beide Aufgaben durch die Referate und die Tagung für erfüllt. Soweit die 2. Aufgabe in Frage kommt, wird man diese Ansicht leider nicht teilen können. Zwar ist in zahlreichen Reden die Erhaltung eines gesunden Mittelstands als eines starken Ausgleichsfaktors zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen als wichtigste Aufgabe der Staatspolitik und die Unterstützung und Förderung dieser Politik als eine dringende Aufgabe der Sparkassen bezeichnet worden. Zwar ist mit echt deutscher Gründlichkeit die Universitätswissenschaft (allerdings auffälligerweise weder Nationalökonomie noch Soziologie sondern Staats- und Verwaltungsrecht) zur Klärung herangezogen worden. Aber niemand wird behaupten wollen, daß es dem Professor Johann Victor Bredt gelungen sei eine Definition des Mittelstands zu geben, mit der nun die Sparkassen in ihrer Praxis etwas anfangen könnten. Wie kommen überhaupt die Sparkassen zu dieser Beschränkung ihrer Tätigkeit als Kreditanstalten gerade auf den Mittelstand? Darüber hat in einer Ansprache der Vertreter des Reichswirtschaftsministers erschöpfende Aufklärung gegeben. In dieser Beschränkung drückt sich die Niederlage aus, die die Sparkassen in dem Kampf mit den privaten Banken erlitten haben. In der Nach-

kriegszeit dehnten die Sparkassen ihre Tätigkeit sehr stark in das Arbeitsgebiet der privaten Banken aus und zogen sich damit deren erbitterte Feindschaft zu. Die privaten Banken fanden bei der Reichsbureaukratie und der Reichsbank die gewünschte Unterstützung, und da einzelne Sparkassen bei der Aufnahme der neuen Geschäftszweige auch mancherlei Fehlschlägen nicht entgingen, gelang es ihnen die Aufsichtsbehörden und die Gesetzgebung gegen die bankmäßige Tätigkeit der Sparkassen mit Erfolg mobil zu machen. Wenn der genannte Regierungsvertreter nunmehr erklären konnte, daß die Periode der Spannung vorüber sei, und daß die Sparkassen unter der klugen und sachverständigen Leitung ihres Spitzenverbands den rechten Weg gefunden hätten, so bedeutete das nichts anderes, als daß es den privaten Banken gelungen ist den Ansturm der Sparkassen auf ihre Geschäftsgebiete abzuschlagen und sich den lukrativern, wenn auch vielleicht etwas gefährlicheren Teil des Kreditgeschäfts zu sichern. Damit blieb denn den Sparkassen die Versorgung der mittleren und kleineren Betriebe mit Betriebskrediten als Aufgabe übrig. In der Mustersatzung, die der Deutsche Sparkassen- und Giroverband ausgearbeitet hat, und die von dem preußischen Minister des Innern den Sparkassen und Genehmigungsbehörden empfohlen wird, heißt es dann auch: »Die Bestände der Sparkassen dürfen nur angelegt werden in Personalkredit an den Mittelstand und die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise.« Es wird deshalb der Gesamtbetrag der den einzelnen Darlehnsnehmern zu gewährenden Darlehen auf höchstens 1% der gesamten Spar-, Depositen-, Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparkassen festgesetzt, sofern es sich nicht um Beträge bis zu 20 000 Mark handelt. Die Sparkassen wollen also aus der Not eine Tugend machen und sich auf den Mittelstandskredit beschränken. Sie wollen zu einer volkswirtschaftlich zutreffenden und wünschenswerten Abgrenzung der Kreditkundschaft der Sparkassen gelangen. Wie die Mustersatzung zeigt, läuft diese Abgrenzung auf eine rein schematische Festsetzung einer Zahlengröße hinaus, die in Verhältnis zum Einlagenbestand gesetzt wird. Daß das keine befriedigende Definierung des Mittelstandskredits ist, liegt auf der Hand. Eine solche ist indes ebenso wenig möglich wie die des Mittelstands. Es gibt keinen Mittelstand im volkswirtschaftlichen Sinn. Es

ist daher auch niemals gelungen eine solche Abgrenzung zu machen, ohne daß man ins Grenzenlose geht oder die heterogensten Gruppen mit geradezu entgegengesetzten wirtschaftlichen Interessen in einen Topf zusammenwirft. Welchem Mittelstand will nun die Sparkassenorganisation dienen? Darüber haben alle Reden keinen Aufschluß gebracht. »Der Mittelstandskredit soll nach der freiwilligen Anschauung der Sparkassenorganisation der normale und typische Kredit sein und ist es auch tatsächlich«, führte der Präsident des Verbands in seinem Bericht aus und fügte noch hinzu, daß damit die wirtschaftspolitische Einstellung gegeben sei. Aber was nun Mittelstand, wo die Grenze zu ziehen sei, darüber wußte auch er nichts zu sagen. In der Tat ist diese ganze Beschränkung der bankmäßigen Tätigkeit den Sparkassen aufgezwungen worden. Es ist begreiflich, daß man seine Niederlage nicht urbi et orbi verkündet. Aber darum braucht man in den aufgezwungenen Schranken seiner Tätigkeit doch nicht etwa gar ihr Wesen zu erblicken.

Gasversorgung Die Gegenaktion der Gemeinden und Kommunalverbände gegen die Herrschaftspläne der Aktiengesellschaft für Kohlenverwertung hat zu Gegen Gründungen geführt. Es entstanden die Aktiengesellschaft Ferngasversorgung Westfalen und eine gleiche für die Rheinprovinz. In Hessen-Nassau wird die Gründung einer Interessengemeinschaft ins Auge gefaßt. Im Bezirk Nassau werden von den Städten Frankfurt, Mainz, Wiesbaden, Höchst und Hanau Verhandlungen über Gruppengasversorgung geführt. Die Provinz Sachsen hat Richtlinien für eine zukünftige einheitliche Gasfernversorgung aufgestellt und die Beteiligung des Provinzialverbands an kommunalen oder gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen vorgesehen. In Thüringen wurde ein Ausschuß zum Studium der Gasfernversorgung eingesetzt. Der Bayrische Städtetag setzte sich für den Ausbau der Gruppengasversorgung in Anlehnung an die größeren kommunalen Gaswerke ein. In Württemberg ist ein Landesverband der kommunalen Gaswerke mit ähnlichen Zielen gegründet worden. Auch in Sachsen wird die Gruppengasversorgung durch den Verband sächsischer Gemeinden gefördert. In Oberschlesien ist durch die Vereinigung der Städte Beuthen und Hindenburg der Anfang zu einer größeren Gasversorgungsgruppe gemacht worden.

Totenliste

Am 1. März starb in Berlin der Jurist und Kommunalpolitiker *Hugo Sonnenfeld*, in seinem 64. Lebensjahr. Er gehörte als Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung zu den Wortführern der von Oskar Cassel geleiteten Alten Linken. Nach der Schaffung Groß Berlins wurde er Bezirksverordneter des Bezirks Tiergarten. Sozialpolitisch betätigte er sich, im Sinn seiner liberalen Auffassung, als juristischer Berater der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und mehrerer Eisenbahnerverbände.

Kurze Chronik Ein Urteil des Oberlandesgerichts in Dresden hat es als einen Verstoß gegen die guten Sitten erklärt, daß das Elektrizitätswerk einer sächsischen Stadt allen Stromabnehmern, die gleichzeitig dem Werk einen Installationsauftrag erteilten, niedrigere Anschlußgebühren berechnete, darin eine für Stadtgemeinden unerlaubte Ausnutzung der Monopolstellung gesehen und einer Klage der Installateure auf Verbot stattgegeben. Höchst bemerkenswert ist es, daß das Urteil in dem geschäftlichen Handeln des Elektrizitätswerks an und für sich weder einen unmittelbaren und widerrechtlichen Eingriff in den Geschäftsbetrieb der Privatinstallation noch eine Verletzung von § 10 der Gewerbeordnung noch einen Verstoß gegen die guten Sitten im Sinn des § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sah, aber nur soweit es sich um Private handelte, bei Stadtgemeinden dagegen ein solches Handeln für sittenwidrig erklärte. ◊ Auf dem repräsentativsten Platz der Stadt *Duisburg* hat die Stadtverwaltung selbst ein eigenes Hotel- und Bureauhaus gebaut, das am 1. Juli der Öffentlichkeit übergeben werden konnte. Damit ist für das Ruhrgebiet mit seinem rapiden Wachstum und seinem lebhaften Reiseverkehr eine moderne Unterkunft geschaffen worden. Das 4stöckige Gebäude ist in moderner Betonbauweise errichtet. Die Zimmer sind so angeordnet, daß jedes mit einem 2,50 Meter langen Stiehkorridor und dem daneben liegenden Bad eine kleine abgeschlossene Wohnung für sich bildet. Besonderen Wert hat man in dem ganzen Gebäude auf völlige Schalldämpfung gelegt. Mit der Errichtung eines eigenen Hotels hat sich die Stadt *Duisburg* auf ein bisher von den Kommunen unbetretenes geschäftliches Gebiet begeben. ◊ Die Stadt *Neapel* hat für 11 Millionen Lire die Neapler Straßenbahn von der Société Belge-Napolitaine übernommen.

Genossenschaftsbewegung / Reinhard Weber

Internationaler Kongreß 1927 Vom 15. bis zum 18. August tagte in Stockholm der 12. Kongreß des Internationalen Genossenschaftsbundes.

Im Zusammenhang damit fand eine genossenschaftliche Presse- und Propagandaausstellung statt, die bereits am 11. August eröffnet wurde. Am 12. und 13. August tagte die Internationale Frauengenossenschaftsgilde. Am 13. August fanden die Sitzungen des Ausschusses für das internationale genossenschaftliche Bankwesen, den internationalen genossenschaftlichen Gütertausch sowie für das internationale genossenschaftliche Versicherungswesen statt. Als Kongreßgebäude diente das berühmte, aus schwedischem Marmor erbaute Konserthus.

Man hat sich schon daran gewöhnt, daß große nationale, aber auch internationale Kongresse, besonders wenn sie in gleichen Perioden regelmäßig wiederkehren, nicht mehr so fruchtbar sind wie zu den Zeiten, als solche Tagungen selten und daher wirklich Ereignis und Erlebnis waren. Die Leistung dieses internationalen Kongresses scheint besonders mager gewesen zu sein, trotz dem schönen Rahmen, den ihm die schwedischen Genossenschafter gegeben haben. In dem führenden Organ der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung, der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau, urteilt Wilhelm Grotkopp: Das »bei weitem positivste Ergebnis des Kongresses kann in dem Streben nach einer Formel genossenschaftlicher Wirtschaftspolitik gesehen werden«. Nach August Kasch liegt das eigentliche Ergebnis in folgendem: »Die deutschen Genossenschafter sind nach wie vor der Ansicht, daß die Russen von heute nicht in den Internationalen Genossenschaftsbund hineingehören . . . Stockholm hat ihnen [den deutschen Genossenschaffern, die Kasch im Auge hat] recht gegeben. Das ist die wesentliche Bedeutung, die der Stockholmer Kongreß für die deutschen Konsumgenossenschaften hat.«

Der Kongreß war mit 424 Delegierten aus 28 Ländern besetzt. Dazu kamen 11 Vertreter europäischer Regierungen (Dänemark, Frankreich, Estland, Finnland, Großbritannien, Norwegen, Polen, Schweden), außerdem ein Vertreter der mexicanischen Gesandtschaft und ein Vertreter des Sekretariats des Völkerbunds, der eine besondere Botschaft Sir Arthur Salters, des Leiters der Wirtschafts- und Finanzabteilung des Völkerbunds, überbrachte.

Die 1. Sitzung wurde, wie üblich, durch Eröffnungs- und Begrüßungsansprachen in Anspruch genommen.

Die 2. Sitzung befaßte sich mit dem Bericht des Zentralvorstands über die Tätigkeit des Bundes seit dem Genter Kongreß /1924/. Hervorzuheben sind die Fortschritte in der Bildung der Internationalen Großeinkaufsgesellschaft. Es arbeiten jetzt bereits 26 nationale Großeinkaufsgesellschaften mit 49 402 Genossenschaften und rund 28 Millionen Mitgliedern zusammen. Der Umsatz der Internationalen Großeinkaufsgesellschaft betrug im Jahr 1926 4 356 276 Mark. Die europäischen Großeinkaufsgesellschaften führten im Berichtsjahr zusammen für 938,4 Millionen Mark Waren ein; davon gingen nach England Güter im Wert von 620 Millionen, es folgen Deutschland mit 75, Rußland mit über 60, Schottland mit 50, Schweden und die Ukraine mit je 20 Millionen Mark. Der Bericht des Zentralvorstands beschäftigte sich auch mit dem immer wiederkehrenden Thema der bolschewistischen Propaganda der russischen Genossenschaftler. Ein positives neues Ergebnis zur Überwindung dieses Reibungsfaktors scheint nicht zustande gekommen zu sein. Auf der 2. Sitzung wurde dann noch eine vom Zentralvorstand eingebrachte Resolution über die internationale Wirtschaftspolitik mit großer Mehrheit angenommen. Diese Resolution spricht hauptsächlich eine grundsätzliche Zustimmung zu den Beschlüssen der Internationalen Wirtschaftskonferenz aus. Die russischen Delegierten widersprachen; ihrer Meinung nach würden auf diesem Weg weder die allgemeinen Wirtschaftsprobleme noch die besonderen genossenschaftlichen Probleme ihrer Lösung näher kommen.

Die 3. Sitzung beschäftigte sich zunächst mit Satzungsänderungen. Die Anträge des Zentralvorstands über den Münzfuß der Beiträge, über die Vertretung auf den Kongressen und über den leitenden Ausschuß wurden einstimmig angenommen. Eine lebhafte Debatte rief dagegen der Antrag hervor Russisch als 4. offizielle Sprache des Internationalen Genossenschaftsbundes anzuerkennen. Obwohl Charles Gide sich für diesen Antrag einsetzte, wurde er nicht angenommen. In diesem Zusammenhang machte der Schweizer Delegierte Privat den Vorschlag Esperanto als Hauptsprache des Kongresses einzuführen; jeder Delegierte könnte in seiner Sprache vortragen, es sei dann jeweils nur eine einzige Übersetzung, nämlich die in Espe-

ranto, notwendig, dadurch würde im Vergleich zur heutigen Übung viel Zeit gewonnen, und es sei dann auch ein für alle Mal Anträgen auf Vermehrung der Kongreßsprachen vorgebeugt. Die Ausführungen Privats scheinen nicht ernstlich beachtet worden zu sein, obwohl früher oder später für den internationalen Verkehr sehr wahrscheinlich eine Kunstsprache eingeführt werden wird, sei es nun Esperanto oder Ido, ein modernisiertes Latein oder eine andere Erfindung. In der 3. Sitzung wurde dann noch über die Zusammensetzung des Zentralvorstands verhandelt. Auch bei dieser Frage ging es um die Ansprüche der russischen Genossenschaftler. Seit 1921 hatten die sogenannten Sowjetrepubliken 14 Sitze im Zentralvorstand. Im Oktober 1926 hatte jedoch der Zentralvorstand beschlossen den Verband dieser Republiken als ein Land im Sinn der Satzungen des Bundes zu betrachten und den Russen demgemäß nur 7 Sitze im Zentralvorstand einzuräumen; die Höchstzahl, die einem Land zusteht. Die Russen hatten sich damit nicht einverstanden erklärt. Die Angelegenheit mußte daher auf dem Kongreß erledigt werden. Ein zu diesem Punkt eingebrachter deutscher Antrag wollte ein für allemal 7 als Höchstzahl der Vertreter eines Landes festgelegt wissen. Es sollte nach diesem Antrag der Artikel 26 der Satzungen strikt durchgeführt werden. Ausnahmen zugunsten eines Landes sollten unter keinen Umständen mehr zulässig sein. Ein tschechischer Antrag schlug 14 als Höchstzahl vor. Die Russen brauchten dann, wenn dieser Modus durchgeführt wird, keinen Sitz zu verlieren, aber die anderen großen Länder hätten bei entsprechendem genossenschaftlichen Gewicht nunmehr auch 14 Sitze erhalten statt wie bisher höchstens 7. Das Kongreßbureau verbesserte den tschechischen Vorschlag dadurch, daß es riet statt 14 Sitze 14 Stimmen zu sagen. Es würde dann nicht nötig sein, daß die großen Länder zu jeder Sitzung des Zentralvorstands 14 einzelne Vertreter entsendeten. Die Verhandlungen zu diesem Punkt der Tagesordnung wurden erst am nächsten Tag beendet. Der Vorschlag des Kongreßbureaus wurde angenommen. Artikel 26 der Bundessatzungen hat nunmehr den Inhalt, daß kein Land mehr als 14 Vertreter im Zentralvorstand haben darf, daß andererseits die Stimmen für alle einem Land zukommenden Sitze durch die anwesenden Vertreter dieses Landes abgegeben werden können.

Die 4. Sitzung behandelte endlich grundsätzliche Genossenschaftsfragen. Der Schweizer Bernhard Jaeggi hielt ein ausführliches Referat über die Beziehungen zwischen den landwirtschaftlichen und den Konsumgenossenschaften. Mit dieser wichtigen Frage hatten sich bereits 3 frühere Kongresse des Bundes beschäftigt. Auf dem Glasgower Kongreß /1913/ referierte darüber Heinrich Kaufmann, auf den Kongressen in Basel /1921/ und Gent /1924/ Albert Thomas. Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten darüber, daß ein Zusammenarbeiten beider Genossenschaftszweige dringend erwünscht ist, bestehen auf seiten der Konsumgenossenschaftler längst nicht mehr. Besonders in Dänemark, aber auch in Deutschland ist schon manches praktisch verwirklicht. Jaeggi schlug vor, daß zur Erreichung besonderer wirtschaftlicher Zwecke paritätische Kommissionen (aus landwirtschaftlichen und konsumgenossenschaftlichen Genossenschaftsstellen) oder gemeinschaftlich verwaltete Unternehmungen gebildet werden sollen, »sofern dieses Vorgehen in einem Land als zweckmäßig betrachtet wird«. Ein Vertreter Ungarns führte aus, daß für Ungarn die enge Bindung in Interessengemeinschaften unter Personalunion der Leitung sich als zweckmäßig erwiesen habe. Jaeggi empfahl ferner die Gründung allgemeiner Genossenschaftsbanken für alle Genossenschaftsarten. Nur so könne sich die gesamte Genossenschaftsbewegung von der Macht der privatkapitalistisch geführten Banken unabhängig machen. Dieser weitgehende Voranschlag kann natürlich von Konsumgenossenschaftlern allein nicht verwirklicht werden. Deshalb empfahl das Ehreenaussschußmitglied des Bundes Vahan Totomjanz, der Internationale Genossenschaftsbund möge danach trachten die landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände wieder in sich aufzunehmen. Auch dies hinge natürlich nicht allein vom Bund ab. Aber man wird gerade auch vom konsumgenossenschaftlichen Standpunkt aus Bedenken haben. Es ist kein Zweifel, daß der Internationale Genossenschaftsbund im wesentlichen eine Organisation konsumgenossenschaftlicher Verbände geworden ist. Die reinliche Scheidung dürfte mehr Vorteile als Nachteile haben. Indes, auch wer im gegenwärtigen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung die Genossenschaften der Konsumenten und die der Produzenten für wesensverschieden hält, muß den Vorschlägen durchaus zustimmen, die auf

ein Zusammenarbeiten der landwirtschaftlichen und der Konsumgenossenschaften hinauslaufen. Das liegt ja im beiderseitigen Interesse, vor allem auf dem Gebiet des unmittelbaren Güterausstauschs, unter völliger Ausschaltung des Zwischenhandels, bis zu gewissem Grad auch gegenüber den privatkapitalistischen Banken. Auf der gleichen Sitzung wurden auch noch moderne Genossenschaftsprobleme erörtert. Es handelte sich im wesentlichen um eine Bekräftigung des alten Bekenntnisses zu den Grundsätzen der Rochdaler Pioniere. Vor allem, führte der schwedische Genossenschaftler Albin Johansson dort aus, müsse das Prinzip der Barzahlung auch gegenüber den Lieferanten der Genossenschaften gewahrt werden. Man räumte das im allgemeinen als theoretisch richtig ein. Ein französischer Vorschlag wollte freilich festlegen daß man heute nicht immer mit dem Barzahlungssystem durchkommen könne, wurde aber später wieder zurückgezogen. Die Schlußsitzung wurde, wie es nun schon Tradition des Bundes geworden ist, mit Weltfriedenserörterungen begonnen. Es sind vor allem die englischen Genossenschaftler, die auf Weltfriedensresolutionen nicht verzichten wollen, während man sich unter den deutschen Genossenschaftlern aller Lager anscheinend darüber klar ist, wie nutzlos solche Verhandlungen und Resolutionen für einen Bund von Genossenschaften heutzutage sind. Der Schlußsitzung lag dann noch die Wahl des Zentralvorstands für die nächsten 3 Jahre und Wahl des Bundespräsidenten ob, da der bisherige Präsident G. J. W. C. Goedhart sein Amt niedergelegt hatte. Für das Amt des Präsidenten wurden vorgeschlagen Sir Thomas Allen England/, Emile Poisson /Frankreich/ und Vaino Tanner /Finnland/. Der englische Vorschlag mußte zurückgezogen werden, da der Vorgeschlagene die Kandidatur nicht annahm. Die Wahl zwischen dem Kandidaten Frankreichs und dem Finnlands entschied zugunsten des Finnen. Diese Wahl ist insofern interessant, als Tanner zurzeit finnländischer Ministerpräsident ist und als Kandidat für die nächsten Wahlen zum Präsidenten Finnlands genannt wird. Zu Vizepräsidenten des Bundes wurden Whitehead /England/ und Poisson Frankreich/ wiedergewählt. Als nächster Kongreßort wurde von Karl Renner im Auftrag der österreichischen Genossenschaftler Wien vorgeschlagen. Dieser Einladung folgte man »mit Begeisterung«.

England

Gegen die auf dem letzten Kongreß der englischen Konsumgenossenschaften beschlossene Politisierung (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 568) scheint sich schon jetzt ein gewisser Umschwung bemerkbar zu machen. Interessanterweise richtet er sich nicht so sehr gegen die Arbeiterpartei als gegen die Genossenschaftspartei. Diese im Vergleich zur Labour Party sozusagen neutrale politische Partei erhält zwar aus der englischen Genossenschaftsbewegung nach wie vor erhebliche Geldmittel, nämlich jährlich 5000 bis 6000 Pfund Sterling unmittelbar von einzelnen Genossenschaften und 4000 bis 5000 von der Co-operative Union, außerdem 1000 Pfund Sterling von der englischen Großeinkaufsgesellschaft. Eine Reihe von Genossenschaften hat jedoch inzwischen Satzungsänderungen beschlossen, die eine solche Unterstützung politischer Parteien ausschließen. Eine Genossenschaft ist sogar bereits aus der Genossenschaftspartei ausgetreten. Der erwähnte Jahresbeitrag der englischen Großeinkaufsgesellschaft konnte in der Urabstimmung nur gegen eine auffallend große Minderheit durchgebracht werden. Das Stimmenverhältnis war 2440 zu 1160. Vielleicht laufen bei diesen Vorgängen 2 entgegengesetzte Tendenzen durcheinander. Die erwähnten Satzungsänderungen dürften sich nur als Tendenz zu strikter politischer Neutralität deuten lassen. Sie richten sich ohne Zweifel auch gegen eine feste organisatorische Verbindung der Genossenschaften mit der Arbeiterpartei. Das Abrücken von der Genossenschaftspartei dagegen kann auch das Gegenteil jener Neutralitätstendenz bedeuten, nämlich ein Abrücken von einer verhältnismäßig unpolitischen Partei zugunsten eines engeren Anschlusses an die Arbeiterpartei, die nunmehr nicht nur neben der Genossenschaftspartei die Interessen der Genossenschaften im Parlament wahrzunehmen hätte sondern nach und nach die Genossenschaftspartei überflüssig machen sollte. Erst die nächsten Monate oder Jahre werden den Sinn dieser Entwicklung eindeutig klären.

Osteuropa

Vor kurzem gab der Ausschuß der Genossenschaftskongresse *Lettlands* ein Jahrbuch der lettischen Genossenschaftsbewegung heraus. Danach gab es Ende 1925 in Lettland 327 Konsumgenossenschaften mit 79 904 Mitgliedern, davon beachtenswerterweise 284 mit 46 944 Mit-

gliedern auf dem Land. Die Anzahl der landwirtschaftlichen Genossenschaften betrug zur selben Zeit 378, daneben gab es 422 Genossenschaftsmolkereien, ferner 353 Viehversicherungsgenossenschaften mit 55 395 Mitgliedern und 516 Viehkontrollgenossenschaften mit 10 568 Mitgliedern. Die Anzahl sämtlicher Kreditgenossenschaften betrug 524, und sie hatten zusammen 145 387 Mitglieder. Außerdem waren noch 363 verschiedene Genossenschaften vorhanden.

Die Zentrale der Konsumgenossenschaften der christlichen Arbeiter *Polens* schloß sich im Jahr 1926 mit ihren 33 Genossenschaften und 17 835 Mitgliedern dem Verband der Konsumgenossenschaften der Polnischen Republik an. In diesem Verband waren Ende des letzten Jahres 806 Genossenschaften mit 399 982 Mitgliedern vereinigt. Der Wareneinkauf des Verbands betrug im Berichtsjahr 54 793 074 Zloty. Über die Hälfte der aus dem Ausland eingeführten Güter wurden von ausländischen (genossenschaftlichen) Großeinkaufsgesellschaften bezogen. Die Einfuhr hatte im ganzen einen Wert von 4 476 123 Zloty. Die Ausfuhr des Verbands steigerte sich gegen 1925 um 41,7 % auf den Gesamtwert von 3 909 046 Zloty. Davon entfielen auf den Eierexport über 50 %. Die Eigenproduktion des Verbands erreichte den Wert von 2 687 692 Zloty.

Eigenpublikationen

Die in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 569) angekündigte Erweiterung des *Zentralverbands deutscher Konsumvereine* auf die Denkschrift der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels in Berlin wegen der Feststellung des Internationalen Arbeitsamts in Genf: Ergebnisse einiger Erhebungen zur Aufstellung eines Vergleichs zwischen den Verteilungskosten des Privathandels und denen der Konsumgenossenschaften, erschien bei der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine tatsächlich schon kurz vor der Publikation des Reichsverbands deutscher Konsumvereine. Der Preisvergleich ist nicht für alle Orte durchgeführt, in denen Konsumvereine des Zentralverbands bestehen, sondern auf 44 Städte beschränkt. Diese Beschränkung ist jedoch sachlich begründet und äußerst wirkungsvoll. Denn es handelt sich um eben die 44 Städte, die in der Denkschrift der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels erwähnt worden sind. Der Zentralverband ließ in diesen Städten durch seine Genossenschaften in der Zeit vom 26. bis

zum 29. April dieses Jahres Probeeinkäufe vornehmen, und zwar stets bei mehreren führenden Einzelhändlern jeder dieser Städte. Die haltbaren Waren wurden versiegelt und können auf Wunsch einem unparteiischen Forum vorgelegt werden. Das Ergebnis des Preisvergleichs von Waren gleicher Qualität ist so wie es der geschulte Genossenschaftler erwarten mußte. Fast überall ist der Konsumverein billiger als der Einzelhandel, auch wenn die Rückvergütung nicht berücksichtigt wird. Es kommen Unterschiede von 20 % und mehr vor. Ganz selten sind die Fälle, in denen ein einzelner Privathändler nicht nur billiger ist als seine Konkurrenten unter den Einzelhändlern sondern auch als der Konsumverein; der Unterschied ist dann aber nur ganz gering und ändert sich im Endresultat doch noch zugunsten der Konsumgenossenschaftlichen Verteilung, wenn nämlich die Rückvergütung mitgerechnet wird, und das muß doch gerechterweise geschehen. Im großen und ganzen beweist diese Zusammenstellung wieder aufs neue, daß die Konsumgenossenschaften nicht nur ihren Mitgliedern große Vorteile gewähren sondern auch mittelbar durch ihre preisregulierende Wirkung allen Verbrauchern in der Volkswirtschaft. Nicht bedeutungslos ist ferner die bei diesen Probeeinkäufen festgestellte Tatsache, daß in einer ganzen Reihe von Fällen der Privathandel immer noch mit Untergewicht verkauft.

Totelliste Am 6. Januar starb in Obertürkheim das Ehrenmitglied des Ausschusses des Verbands der landwirtschaftlichen Genossenschaften Württembergs, der ehemalige Pfarrer *Siegfried Layer*. Gemeinsam mit dem spätern Universitätsprofessor von Leemann hatte er die ersten Darlehnskassenvereine in Württemberg ins Leben gerufen. Er war auch die treibende Kraft bei der Errichtung des Landesverbands, in dessen Verbandsauschuß er bald gewählt wurde. Er befürwortete dann den Beitritt des Landesverbands zum Reichsverband, der im Jahr 1915 erfolgte. Layer ist auch genossenschaftsschriftstellerisch tätig gewesen; von ihm stammt das Handbuch für Darlehnskassenvereine. In Neustrelitz starb am 8. Januar der frühere Direktor des Verbands der norddeutschen Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften *Wilhelm Stech*. Lange Jahre leitete er den Verband, der in der Inflationszeit aufgelöst wurde.

Am 7. Februar starb in Zeitz einer der ältesten deutschen Genossenschaftler: *Albin Hebestreit*, fast 84 Jahre alt. Seit 1872 war er beruflicher Genossenschaftler. Zuerst war er 3½ Jahre Buchhalter des Konsumvereins seines Heimatsorts Hohenmölsen, dann 9 Jahre in der Konsumgenossenschaft in Teuchern. Von 1886 an leitete er eine Reihe von Jahren die Buchhaltung von mehr als 12 Konsumvereinen in der Umgebung von Zeitz; diese Genossenschaften erhielten daher die Bezeichnung Gruppe Hebestreit. Von 1902 bis 1911 war Hebestreit Verbandsdirektor des Verbands Thüringer Konsumvereine und Ausschußmitglied des Zentralverbands deutscher Konsumvereine. Von 1894 bis 1903 und von 1907 bis 1913 war er auch Aufsichtsratsmitglied der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine.

Kurze Chronik Der Rheinische Genossenschaftsverband, in dem Genossenschaften aller Genossenschaftszweige vereinigt sind, veranstaltete in Verbindung mit dem Seminar für Genossenschaftswesen der Universität Köln vom 25. Juli bis zum 6. August einen *Genossenschaftskursus* für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder seiner Genossenschaften und für Studierende der Universität; 68 Studierende und 46 Genossenschaftler nahmen an den Vorlesungen, Besichtigungen und Lichtbildvorführungen teil. Die Veranstalter scheinen mit dem sachlichen Erfolg dieser Genossenschaftswoche zufrieden zu sein und hoffen für künftige Kurse auf eine stärkere Teilnahme von Genossenschaftsvertretern. ◊ Die Landesorganisation für genossenschaftliche *Viehverwertung* in Württemberg ist seit Anfang 1926 Mitglied des Reichsverbands der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften. Ihr Umsatz betrug 1926 in Schlachtvieh 7965 Schweine, 199 Schafe, 6305 Kälber, 3996 Stück Großvieh; in Zucht- und Nutztvieh 889 Zuchtrinder und 42 Ochsen. Ihre Beteiligung an dem Auftrieb auf den Stuttgarter Viehhof betrug durchschnittlich 10 bis 13 % des Gesamtauftriebs. ◊ Der Verband *ostschweizerischer* landwirtschaftlicher Genossenschaften hatte am 31. Dezember 1926 einen Mitgliederstand von 241 Genossenschaften mit 20 769 Genossen. Der Jahresbericht nennt 1926 ein »bitterböses« Jahr. Der Warenumsatz in Höhe von 28 062 798 Franken bleibt um 20 % hinter dem des Jahres 1925 zurück, obwohl er ihn in Mengen gerechnet übertraf.

Geistige Bewegung / Herbert Kühnert

Harden † Nunmehr ist der an Köpfen so armen deutschen Publizistik auch Maximilian Harden durch den Tod entrissen worden, Harden war den Geistigen aller Länder bekannt als Herausgeber der Wochenschrift *Die Zukunft*, die er 1892 begründet und bis 1922 ununterbrochen geleitet, streckenweise auch ausschließlich selbst geschrieben hat. Auch die Bücher Hardens, namentlich das auch heute noch aktuelle Buch *Krieg und Friede* (siehe die Rundschau Außenpolitik, 1918 II Seite 1207), sind meist Zusammenstellungen historischer und gegenwartsgeschichtlicher Essays, die Harden ursprünglich für seine Wochenschrift geschrieben hatte. Im Jahr 1922 wurde Harden infolge eines politischen Attentats, das auf offener Straße in Berlin gegen ihn verübt wurde, gezwungen die Herausgabe der *Zukunft* einzustellen. Aber in den letzten Monaten hatte er sich entschlossen die *Zukunft* aufs neue erscheinen zu lassen. Da raffte ihn am 30. Oktober eine Lungenentzündung hinweg. Er hatte gerade das 66. Lebensjahr vollendet.

Es ist grundverkehrt, wenn immer wieder gesagt wird, Hardens Wirksamkeit sei vorwiegend kritisch gewesen. Mit einem gewissen Recht könnte nur festgestellt werden, daß die positive Basis, von der aus Harden immer wieder an Gegenwart und Geschichte die kritische Sonde gelegt hat, nicht zu allen Zeiten seiner publizistischen Wirksamkeit die gleiche gewesen sei. Aber nie gehörte er zu denjenigen, die im Zusammenhang mit der politischen Tageskonjunktur von einem politischen Lager ins andere schwenken. Auch seine Wandlungen, an deren geschichtlichem Ausgangspunkt die Berührung mit Bismarck, seinem politischen Schicksal, Lebenswerk und Vermächtnis steht, und die schließlich unter dem erschütternden Eindruck des Weltkriegs bei der Ahnung eines neuen Europas endeten, hatten immer dasjenige Niveau, das eine eigentliche Volkstüchtigkeit nicht aufkommen läßt. Gerade, weil ihn seine Natur immer nach der Seite des singulären Könnens und der persönlichen Gestaltung zog, und ihn dieser Zug seines Wesens hie und da dem sozialen Aspekt des menschlichen Lebens weit entrückte, verdient die Leidenschaft, mit der er sich oft genug auch dann für das soziale Recht der Unterdrückten, für die Durchdringung des öffentlichen Lebens mit dem Geist der Gerechtigkeit und der brüder-

lichen Menschlichkeit eingesetzt hat, wenn ihn die herrschenden politischen Gewalten dafür haßvoll bekämpften, besondere Anerkennung. Die Stimme des sozialen Gewissens und kluger politischer Beratung, die dem deutschen Volk gerade in den Jahren seit dem Weltkrieg aus Hardens *Zukunft*, aber auch aus seinen gelegentlichen Reden und Aufsätzen in der Nachkriegszeit entgegenklingte, wird ihm noch auf lange Zeit hinaus fehlen. Es war kein Zufall sondern innere Notwendigkeit, daß Harden in den letzten beiden Jahren an den von der Gesellschaft der Freunde der Sozialistischen Monatshefte veranstalteten Aufbauabenden mitwirkte. Das offizielle Deutschland hat auch an dieser Persönlichkeit, die es, statt sie politisch produktiv zu nutzen, der Vereinsamung, der Verbitterung und gewalt-samen Unterdrückung anheimfallen ließ, eine geschichtliche Schuld begangen.

Nelson † Am gleichen Tag wie Maximilian Harden starb auch ein anderer Redner der eben erwähnten Aufbauabende: Leonard Nelson. Was Nelson als Denker bedeutete, wird hier in der Rundschau Philosophie (in diesem Band Seite 929) kurz umrissen. Was hier vor allem in Betracht kommt, ist dies, daß er zu den selteneren Vertretern der akademischen Philosophie gehörte, die über der Beschäftigung mit Teilproblemen nie die große Zentralfrage der Philosophie: die Frage nach dem Sinn und Wert des Menschenlebens, und die sich aus ihrer Beantwortung ergebenden Folgerungen und Forderungen für die Gestaltung des persönlichen und sozialen Lebens vergessen haben. Was Nelson von der klassischen Philosophie her zu den Problemen der heutigen Lebens- und Gesellschaftsgestaltung führte, waren vor allem Problemstellungen wie diese: Bedeutet Demokratie so, wie sie heute meist verstanden wird, nämlich Herrschaft des Mehrheitswillens, ein sittliches oder auch nur vernünftiges Prinzip? Bedarf ein gesellschaftliches System, in dem die Demokratie diesen Anforderungen der Sittlichkeit und Vernunft soll genügen können, nicht weiterer philosophischer Voraussetzungen, die sich aus den Begriffen des Richtigen und Guten, den Ideen der Persönlichkeit, des Führertums und der Gefolgschaft herleiten? Wenn man die Antworten, die er auf diese Fragen gab, ablehnen muß (siehe die Rundschau Sozialwissenschaften, 1926 Seite 50 und folgende), so wird man den

Anstoß, den er zu ihrer Erörterung gab, als ein Verdienst anerkennen müssen. Und darum ruft das frühe Dahinscheiden Nelsons doppelt schmerzliche Erinnerung an das törichte und engherzige Vorgehen jener Parteiinstanzen wach, die im Herbst 1925 Nelson und seine dem Internationalen Jugendbund angehörigen Freunde aus den eigenen Reihen verdrängten. Das Unrecht, das damit begangen wurde, kann nur dadurch gutgemacht werden, daß unsere Partei sich nun auf ihre Pflichten gegen den Geist besinnt und alle Diffamierungs- oder auch nur Totschweigetaktilik gegenüber abweichenden Meinungen, namentlich aber solchen, die neue Wege weisen, entschlossen aufgibt.

Arbeiterschulung An die Funktionäre der Arbeiterbewegung wendet sich eine Schrift Albert Kranolds Von den Bedingungen wirklicher Volksbildung /Jena, Thüringer Verlagsanstalt/. Sie will unter bewußter Beschränkung auf Fragen, die die Technik des Unterrichts betreffen, zeigen, daß auf der einen Seite viele Lehrer, die in der Volksbildungsarbeit tätig sind, es nicht verstehen diese noch ganz neue Art des Unterrichts pädagogisch zu bewältigen, und daß sich auf der andern Seite die als Schüler dieses Erwachsenenunterrichts in Frage kommenden Kreise der Arbeiterbewegung oft ganz falsche Vorstellungen davon machen, was eigentlich Bildung heißt. Kranolds Forderung richtet sich demnach vor allem auf das Prinzip der Qualität gegen das in der Volksbildungsarbeit heute noch vielfach herrschende Quantitätsprinzip. In treffenden Darlegungen geht Kranold auf die Schwierigkeiten ein, die sich in den speziell für die industrielle Arbeiterschaft bestimmten Abendkursen für den Unterricht aus der mit der langen Tagesarbeit zusammenhängenden Abspannung vieler Hörer ergeben, aus ihrer häufigen Schwerfälligkeit im sprachlichen Ausdruck, ihrer oberflächlichen Parteirhetorik und anderm. Sehr treffend wird auch von Kranold darauf hingewiesen, daß die intensivere Förderung kleinerer ausgewählter Schülerkreise nicht auf Kosten der Massenausbildung vor sich gehen darf, wenn nicht neue Gefahrenquellen in der Praxis der Arbeiterbildungsbewegung aufgebrochen werden sollen. Gerade in Anbetracht der Hemmungen, die sich auch einer von der edelsten sozialen Gesinnung geleiteten Volksbildnertätigkeit heute entgegenstellen, muß sich immer wieder

die Überzeugung bestärken, daß entscheidende Fortschritte auf dem Gebiet des Arbeiterbildungswesens nur möglich sind in Zusammenhang mit entscheidenden Fortschritten der sozialen Reform überhaupt, das heißt desjenigen Grundproblems, von dem das der Arbeiterbildung nur eine Seite ist. Die soziale Tat, die sich so auswirkt, ist ein heiliges Werk, während die revolutionäre Phrase aus der sozialen Not niemals auch nur einen Schritt herausführen kann. Die Bestimmungen der Reichsverfassung, die den Betriebsrat zu einer gesetzlichen Einrichtung gemacht haben, mußten notwendig auch eine Ausdehnung des freien Volksbildungswesens auf das Problem besonderer Schulung von Betriebsräten mit sich bringen. Zugleich mit den ersten praktischen Versuchen zur Begründung entsprechender Schulungsstätten hat sich schnell auch eine hierzu gehörige pädagogische Theorie entwickelt. Eine klare und sachliche Einführung in sie gibt die Broschüre Richard Seidels Die Betriebsräteschule /Berlin, Verlag der Arbeitsgemeinschaft/. Aus den verfassungsrechtlichen Bestimmungen über den Betriebsrat werden in ihr das Wesen und die Aufgabe der Betriebsräteschule bestimmt. Es schließen sich daran weitere Kapitel über die für diese Schule besonders zu empfehlenden Arbeitsmethoden und Studienpläne, wobei sich der Verfasser unter anderm dafür ausspricht, daß die Betriebsräteschule der Behandlung der mit dem Wirtschaftsleben verbundenen Weltanschauungsgegensätze keineswegs ausweichen, sie vielmehr in den Unterricht und die Erörterung einbeziehen sollte. Nur müsse diese Behandlung eben unter pädagogischen und wissenschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen. Die hierfür vom Verfasser aufgestellten Grundsätze und Richtlinien werden überall, wo mit der Betriebsräteschulung Ernst gemacht wird, berücksichtigt werden müssen.

Katholische Volksbildung Ebenso wie sich die Probleme und Aufgaben der Arbeiterbildung nur unter Anknüpfung an die besondere soziale und psychische Situation des Arbeiters sinnvoll behandeln lassen, gilt dies auch für jede andere Schicht im Volksganzen, die auf relativ homogener sozialer Grundlage ruht. Wie sich, so gesehen, die Aufgabe der deutschen Volksbildung für die katholische Landbevölkerung darstellt, erörtert nach der grundsätzlichen und praktischen Seite hin der Pttarrer Joseph Weigert (Die Volksbil-

dung auf dem Lande (München-Gladbach, Volksvereinsverlag/). Seine Schrift legt Zeugnis ab von dem Ernst, dem intellektuellen Niveau und der in hohem Sinn erzieherischen Art, mit der die wichtige Frage der Volksbildung auf dem Land in den kulturell führenden Kreisen des deutschen Katholizismus behandelt wird. Je öfter man Gelegenheit hat in die Grundsätze und die Praxis moderner katholischer Kulturarbeit Einblick zu tun, desto mehr drängt sich die Überzeugung auf, daß zwischen dem Sozialismus und dem Katholizismus, so verschieden sie auch sind, doch leichter eine auf wahrhafter gegenseitiger Toleranz begründete praktische Kulturarbeit möglich ist als beispielsweise zwischen dem Sozialismus und denjenigen Geistesströmungen, die durch irgendein liberalistisches Prinzip ihr eigentümliches Gepräge erhalten. Zwar gibt man sich heute auch in sozialistischen Kreisen noch immer vielfach der irrtümlichen Meinung hin, als käme es in der Volksbildung in erster Linie auf mechanische Uniformierung des gesamten Volks oder gar der Menschheit im Sinn eines Bildungsideals an. Doch es erweist sich, daß von jenen liberalistischen Bildungsgrundsätzen aus wirklich schöpferische Arbeit nicht geleistet werden kann. Wahre Menschenbildung wird auch in ihren sozialen Formen zwar immer von einer besonders sozialen oder weltanschaulichen Gruppenlage ihren Ausgangspunkt nehmen müssen. Aber ins Menschheitliche kann diese Arbeit nur auf dem Weg über den Kulturkreis mit seinem Zusammenklang verschiedenartiger geographischer, geschichtlicher und soziologischer Kulturelemente erhoben werden.

Tagungen Vom Internationalen Institut für geistige Zusammenarbeit einberufen tagte in Paris am 4. und 5. April ein Kongreß der *Bibliothekare* als Vertreter der größten Bibliotheken der Welt. Die berühmtesten Bibliotheken waren durch ihre Direktoren vertreten: die Französische Nationalbibliothek durch Roland Marcel, die Preußische Staatsbibliothek durch Hugo Krüß, die Schweizerische Nationalbibliothek durch Marcel Godet, die Oxforder Bibliothek durch Cowley, dazu zahlreiche amerikanische Bibliotheken. Der Kongreß erklärte sich für die Gründung eines der Abteilung für wissenschaftliche Beziehungen anzugliedernden Spezialamts im Institut für geistige Zusammenarbeit, das ein Verbindungsmitglied zwischen allen Bibliotheken der Welt bilden soll.

Die *Internationale Kommission für geistige Zusammenarbeit* beschäftigte sich in ihrer 9. Sitzung vom 20. bis zum 26. Juni in Genf unter anderem mit ihrem Verhältnis zu den bisher ins Leben gerufenen Nationalkommissionen. Das Pariser Institut für geistige Zusammenarbeit wurde von ihr beauftragt für die verschiedenen internationalen und nationalen Verbände, die sich auf die Kinetographie und auf soziale Erziehung beziehen, ein gemeinsames internationales Zentrum zu schaffen.

Am 13. August wurde in Paris der 7. *Internationale Esperantokongreß* eröffnet. 25 Nationen ließen sich dort durch 200 Delegierte vertreten.

Am 5. September trat der 7. *Demokratische Friedenskongreß* in Würzburg zusammen. Marc Sangnier, der bekanntlich diesen Kongreß ins Leben gerufen hat, sagte in seiner Rede: »Es gibt nur eine Gerechtigkeit für die Deutschen sowohl wie für die Franzosen... Wir wollen die Herzen der Völker ändern. Deutschland kann unserer Unterstützung immer sicher sein.« In einer Versammlung am Abend sprachen 3 katholische Dichter: Leo Weismantel, Heinrich Lersch und Jakob Kneip. Ein gewaltiger Festzug, dessen Hauptteilnehmer Sozialisten waren, beschloß den Kongreß.

Kurze Chronik Nach einem kürzlich veröffentlichten Bericht der *Nobelstiftung* über ihre Tätigkeit beläuft sich ihr Gesamtfonds gegenwärtig auf zirka 31 Millionen Kronen. Der Nobelpreis wurde seit 1901 im ganzen an 131 Personen gegeben, hauptsächlich an Mediziner, Physiker, Chemiker, Literaten und an Vertreter und Förderer der Friedensidee. ◊ Die berühmte alte *Löwener Bibliothek*, die im Krieg verbrannt wurde, geht langsam einem Wiederaufbau entgegen. Es wurden bisher bereits 650 000 Bände von verschiedenen Ländern gestiftet, darunter 350 000 allein von Deutschland, das auch die damals vernichteten Handschriften durch gleichwertige andere ersetzt hat. ◊ Während der Septembertagung des Völkerbunds teilte ein Vertreter Italiens mit, die italienische Regierung habe beschlossen ein *Internationales Institut für Kinematographie* zu schaffen, das pädagogischen, moralischen und künstlerischen Zwecken und nicht etwa nur der Industrie dienen solle. Sie hat zur Begründung des Instituts einen ersten Fonds zur Verfügung gestellt und außerdem einen Palast in Rom, in dem das Institut untergebracht werden soll.

Nationale Bewegung / Max Klesse

**Sozialismus
und Nation**

Unter allen Äußerungsformen des Gemeinschaftsbewußtseins ist das Nationalgefühl heute das stärkste, wie das Erlebnis vom August 1914 und der Zusammenbruch der Internationale bewiesen haben. Immer breitere Schichten eines Volkes werden im Lauf der geschichtlichen Entwicklung Träger des Nationalbewußtseins. Zu der schmalen ritterlichen Kulturgemeinschaft als Träger nationaler Kultur gesellten sich mit der Entfaltung der Städte Bürgertum, gelehrte Berufe und Beamte. Jede Verbreiterung der Kulturgemeinschaft, gebunden an den sozialen und kulturellen Aufstieg der jeweils unteren Volksschichten, zuletzt der Bauern und Arbeiter, bedeutete eine Ausbreitung des Nationalgefühls; das gilt bis auf den heutigen Tag. Die Geburt der Nation im modernen Sinn ging Hand in Hand mit der Ausbreitung des Individualismus und der Demokratie. Zunftverfassung und Flurzwang fielen, sobald das Individuum unabhängig von ihnen sein Leben gestalten konnte. Jedoch die wirtschaftlich Schwachen fanden sich bald in neuen Bündnissen zusammen, um den einzelnen Starken gewachsen zu sein. Aus der vorwiegend statischen gebundenen Staats- und Gesellschaftsverfassung des Mittelalters traten wir in jene dynamische Phase ständigen Wechsels und starker Umschichtungen ein, und wir machen zurzeit die Schwingung von dem entarteten Persönlichkeitsindividualismus hinweg zum bewußten Gruppenindividualismus durch. Erst die Vereinigung beider Prinzipien in dem nach Funktionen gegliederten organischen Aufbau der Volks- und Staatsgemeinschaft wird die Freiheit und Selbstbestimmung des Individuums mit den lebensnotwendigen Bindungen durch Gruppe und Nation in Einklang bringen. Nicht die Nationen und sozialen Gruppen zu nivellieren, sondern die verschiedenen Gruppen und Richtungen trotz ihren Verschiedenheiten durch sinnvollen Ausgleich ihrer Interessen und Ideale zu höchstem Schaffen zu vereinigen ist die Aufgabe im Zeitalter des demokratischen Sozialismus; denn unentbehrlich sind alle für einander zur gegenseitigen Vollendung als Nationen und Individuen.

Einige Steine des Anstoßes verhindern die notwendige sachliche Auseinandersetzung zwischen der Rechten und Linken unseres Volkes, weil sie von eifrigen Interessenten immer zur unrechten

Zeit auf den Weg unseres Wiederaufbaus gewälzt werden; das sind der als Gegensatz zum deutschen Idealismus empfundene Marxismus, der Internationalismus des Proletariats und der Klassenkampf der Arbeiterklasse.

Der Kampf zwischen der idealistischen und der marxistischen Philosophie befruchtet als Streit der Geister die Forschungsmethoden und fördert die Erkenntnis; in der praktischen Politik jedoch lähmt er, da er die Systeme zur Karikatur verzerrt, den Willen zur notwendigen Gemeinschaftsarbeit und sachlichen Reform. Auch der Marxist ist sich klar darüber, daß alle Kämpfe als Ideenkämpfe ausgetragen werden. Ob der idealistische Geschichtsphilosoph, weil er mehr im Reich der Freiheit lebt, die Idee als schlechthin letzte Ursache des geschichtlichen Geschehens erklärt, oder der marxistische, weil er stärker das Reich der Notwendigkeit erlebt, die besondere jeweilige Ausdrucksform der Idee durch die Wirtschaftsstruktur bedingt sein läßt, ist für die praktische Politik und Wirtschaft wohl ebenso gleichgültig wie etwa der mittelalterliche Dogmenstreit der Theologen für den Kampf zwischen Kaiser und Landesfürsten. Unbestritten aber ist eines: daß das Lebensgefühl der Individuen trotz allen Unterschieden im einzelnen durch ihre Schichtgebundenheit weitgehend bestimmt wird, weil sie Gemeinschaftswesen sind, und daß nur wenige sich davon befreien können.

Solange das neuzeitliche Lebensgefühl sich an den Schranken des absoluten Staates wundrieb, solange also die bürgerliche Intelligenz von der Mitarbeit am Staat ausgeschlossen blieb, huldigte sie dem Kosmopolitismus, dem Weltbürgertum der Goethe, Schiller, Kant. Mit der Einreihung des Bürgertums unter die bevorrechteten Schichten des konstitutionellen Staats verlor ihr weltbürgerliches Bewußtsein, oder vielmehr es flüchtete sich zu jenen Schichten, denen auch weiterhin die Staatsbürgerrechte versagt blieben. Hierin liegt eine Wurzel für den Internationalismus des Proletariats. Daß gerade die Klassiker des internationalen Sozialismus volles Verständnis für den notwendigen Reife-prozeß vom Volk zur Nation hatten, beweisen unzählige ihrer Äußerungen und ihre Anteilnahme an dem Deutsch-Französischen Krieg 1870-1871. So schrieb damals Friedrich Engels: »Seit dem Ausgang des Mittelalters arbeitet die Geschichte auf die Konstituierung Europas aus großen Nationalstaaten hin. Solche

Staaten allein sind die normale politische Verfassung des europäischen herrschenden Bürgertums und sind ebenso unerläßliche Vorbedingung zur Herstellung des harmonischen internationalen Zusammenwirkens der Völker, ohne welches die Herrschaft des Proletariats nicht bestehen kann; um den internationalen Frieden zu sichern, müssen vorerst alle vermeidlichen nationalen Reibungen beseitigt, muß jedes Volk unabhängig und Herr im eigenen Hause sein. Mit der Entwicklung des Handels, des Ackerbaus, der Industrie und damit der sozialen Machtstellung der Bourgeoisie hob sich also überall das Nationalgefühl, verlangten die zersplitterten und unterdrückten Nationen Einheit und Selbständigkeit.« Ja, bereits im Kommunistischen Manifest erwiderte Marx auf den Vorwurf, die Arbeiter wollten das Vaterland, die Nationalität abschaffen: »Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erheben, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.« Gerade in dieser Phase der Eingliederung des Proletariats in die Nation befinden wir uns jetzt, und es ist wohl keine Übertreibung zu sagen, daß das Proletariat mehr als andere, durch Sonderbesitz wirtschaftlich und geistig gebundene Schichten in der Lage ist das Nationalbewußtsein in neuen Formen zum Ausdruck zu bringen, die den Aufgaben der neuen Zeit entsprechen, nämlich die Völkergegensätze in harmonischem Zusammenarbeiten zu überbrücken. Dazu befähigt es gerade jene andere zukunftsweisende Wurzel des Internationalismus, die aus seiner sozialen Lage entspringt, nämlich die für es lebensnotwendige Fühlungnahme mit seinen Berufs- und Schicksalsgenossen in benachbarten Ländern, deren Lebenslage die seine mitbestimmt. Diese Tendenz führt keineswegs zur Nivellierung, Verarmung. Die Aufgabe der Technik die wachsenden Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen drängt zu fortschreitender Rationalisierung und Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens im kleinen und großen bis zur wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft benachbarter Völker in Kontinente umspannenden Wirtschaftsimperien. Gerade im entgegengesetzten Sinn vollzieht sich die Entwicklung dort, wo das individuelle Leben der einzelnen, der

Gruppen und Nationen sich entfaltet und zur Vollendung strebt. Hier gehen wir einer immer reichern Vielgestaltigkeit des Lebens entgegen, hier gilt es Spielraum zu schaffen zur Differenzierung auf allen Gebieten, wo lebendige Menschen mit ihrer Verschiedenheit zur Auswirkung kommen, damit jedem das Seine zuteil werde. Erst beides zusammen schafft die Zukunft.

Der Schlachtruf vom Klassenkampf klingt für manche bürgerliche Ohren noch immer schaurig. Dabei ist es eine aus der Geschichte gewonnene Erkenntnis, daß Klassenauseinandersetzungen immer bestanden haben, und die modernen Kämpfe zwischen Unternehmern und Arbeiterklasse nur einen neuen Abschnitt in der Geschichte der Klassenkämpfe darstellen. Mit der Veränderung der Wirtschaftsstruktur, der Umschichtung innerhalb der Gesellschaft und der wirtschaftlichen und kulturellen Hebung der Arbeiterklasse hat sich auch die Führung des Klassenkampfes in beiden Lagern geändert. Je weniger der schwächere Partner an Minderwertigkeitsgefühlen leidet, der stärkere Partner von den Höherwertigkeitsgefühlen des Herrenmenschen erfüllt wird, desto sachlicher werden auch die Kämpfe zwischen beiden geführt werden, und Fortschritte in dieser Richtung sind bei uns von Generation zu Generation zu verzeichnen. Mit der organisatorischen und geistigen Erstarkung der Arbeiterklasse wird jener Zeitpunkt kommen, wo ein Gleichgewichtszustand der Kräfte erreicht ist. Damit sind die seelisch-geistigen Voraussetzungen für die Verwirklichung des Sozialismus gewonnen, wo der Mensch und seine Ordnung aus dem Reich der Notwendigkeit in das der Freiheit tritt. Bis dahin aber sollten sich die Idealisten aller Lager über die Tatsache des Klassenkampfes freuen; denn nur so ist ihnen der Sieg sicher über die nur interessenbestimmten Spießbürger aller Lager, von deren Zukunftsreich wir eine Ahnung bekommen, wenn wir die Vereinigten Staaten von Amerika und ihren "Geist" betrachten.

Deutschland: Durch die Zusammenarbeit mit anderen Klassen haben wir uns abgewöhnt von der "einen reaktionären Masse" zu sprechen. Das sollte ebenso für die Beurteilung der nationalen Bünde gelten. Neben Organisationen und Personen, die blindwütiger Haß gegen alles Neue erfüllt, gibt es andere, die sich ehrlich mit der neuen Zeit auseinandersetzen

wollen. Wir müssen die aufbauwilligen Kräfte von denen unterscheiden, die nur auf Zerstörung und Gewaltanwendung sinnen, aus denen die Bestie im Menschen spricht.

»Wenn wir Tage der Befreiung vom äußeren Feinde wie den 18. Oktober oder 2. September nicht feiern können, so wird es besser sein zu warten, bis wir den Tag festlich begehen können, an dem Frankreich in den Staub sinkt, zusammen mit unseren Sozialisten und Republikanern. Dann wird das ganze Volk mit ganzer Seele dabei sein, wie damals, als man schon einmal in der sizilianischen Vesper sich der Franzosen entledigte. Darauf wollen wir uns vorbereiten.« Aus diesen Äußerungen der Zeitschrift Deutschlands Erneuerung im August dieses Jahres, spricht nicht eine aus Raum- und Luftmangel oder Unterdrückung entstehende Verzweiflung, die aus Notwendigkeit mit fanatischer Stoßkraft Großes bewirkt, sondern gerade völlige Verkenning des Notwendigen in unserer Schicksalslage und blinde Selbstüberhebung. Wer so deklamiert, denkt nicht nur in starren Gegensätzen, wie man es nur zur Klärung von Problemen tun kann und muß, sondern ihm zerfällt auch Welt und Leben in starre Gegensätze, zum Beispiel in 100prozentige Patrioten und vaterlandslose Gesellen, Reaktionäre und Revolutionäre. Gerade die marxistische Dialektik übt das Denken in Gegensätzen als Unterscheidungs- und Hilfsmittel zur Durchdringung der lebendigen Fülle, um im Fall der Entscheidung für das Leben sich von ihm zu befreien und das Handeln mit der Wirklichkeit in Einklang zu bringen. Der Nationalist obenzitierter Art erhebt sein Hilfsmittel zum Dogma und unterwirft sich ihm, bleibt daher im Denken unfruchtbar, im Handeln erfolglos.

Unter den nationalen Bündnis zieht allein der Jungdeutsche Orden bewußt und scharf den Trennungsstrich gegen diesen zerstörenden Dogmatismus. Sein Führer, Artur Mahraun, fordert von seinen Brüdern: »Fort mit der persönlichen Herabwürdigung politischer Gegner! Der echt christliche und deutsche Grundsatz von der Achtung, die man auch dem Feinde schuldig ist, muß mehr denn je unser Handeln bestimmen.« Die von dem Bund herausgegebene Tageszeitung Der Jungdeutsche gehört zu jenen leider so seltenen Organen in Deutschland, die Ritterlichkeit, Sachlichkeit und Kampfwillen mit einander vereinigen. Sein Redakteur schreibt an anderer Stelle:

»An Stelle des Grundsatzes "Der Zweck heiligt die Mittel", setzen wir den Grundsatz "Das hohe Ziel läßt sich nur durch edle Mittel erreichen".« Bei der Stellungnahme zum Staat wendet sich Mahraun gegen die von der nationalen Opposition geübte grundsätzliche reine Verneinung: »Je mehr sich aber auch die marxistischen Parteien der Staatsbejahung zuwenden, muß die nationale Opposition sich von der reinen Verneinung abwenden... Die schöpferische Bejahung muß beginnen.« Sein Mitarbeiter Otto Bornemann schreibt im selben Heft: »Der Staat gehört nicht dem, der ihn kaufen kann, der Staat gehört dem Volk«, das heißt, der Jungdeutsche Orden trennt sich von der "nationalen Plutokratie" und "nationalen Reaktion", mit der er ursprünglich zusammenging. Die 3 Richtungen »wußten nicht wohn, sie wußten nur wogegen« in jenen Januartagen 1919, da der 1890 geborene »damalige Regimentsadjutant Mahraun des Regiments 83 in Kassel seine Kameraden zusammenrief, um aus und mit ihnen den Grundstock der Offizierkompanie Kassel und damit des Jungdeutschen Ordens zu bilden«. Der Geist der dort gepflegten Kameradschaft wurde in den Jungdeutschen Orden hinübergeleitet und findet dort seinen Ausdruck in der Anrede Bruder und Ihr. Mit der Erstarkung der Republik und Auflösung der Freikorps verwandelte Mahraun seine Kampforganisation in einen politischen Bund mit dem Ziel der Sammlung, politischen Schulung und Erziehung der Mitglieder zu verantwortungsbewußten Staatsbürgern. Nur solche seien als qualifizierte Minderheiten in der Lage in der Geschichte den Ausschlag zu geben, nicht die Masse. »Der Jungdeutsche Orden lehnt aus tiefster Überzeugung einen Staat ab, der sich auf den privaten Interessengruppen der Parteien aufbaut... er will den Volksstaat... er baut den Staat auf aus den Nachbarschaften... Aus diesen Grundzellen des Staates heraus muß auch das Führertum des Volkes erwachsen... Wir wollen kein Führertum mehr, welches nur führen kann, wenn es völlig aus der Masse der Geführten herausgestellt, das Sonderleben einer Kaste führt, sondern wir wollen ein Führertum, welches mit den Geführten lebt und trotzdem die Macht seines Führerwillens durchzusetzen weiß. Dies Führertum unterscheidet sich von den Geführten nur durch die höhere Pflichterfüllung und durch die höhere Leistung, nicht aber durch einen äußeren Glanz, der stets eine trü-

gerische Größe sein wird.« Durch Wahl der "Nachbarschaft" also und Bestätigung durch den Staat soll einst das Führertum des jungdeutschen Staates gegen Versteinerung und Demagogie gesichert werden.

Die glatte Ablehnung des "Parteismus" seitens des Jungdeutschen Ordens und auch der anderen nationalen Bünde zeigt, daß in ihrem Lager noch Unklarheiten, wenn nicht Illusionen über die Funktionen und Beziehungen von Parteien, Interessenkämpfen und Parlament zu einander herrschen. Gewiß sind die Parteien Vertreter von Klasseninteressen, aber sie sind auch Vertreter bestimmter politischer Ideale, zu denen sich der einzelne bekennt. Hierin liegt ihre Stärke für die Zukunft, hieraus werden sie ihre besten Kräfte ziehen, sobald es gelingt für den Austrag der Klasseninteressen der verschiedenen Volksschichten einen andern Boden zu schaffen: in einer Kammer der Arbeit, wie sie von den Sozialistischen Monatsheften programmatisch verlangt wird. Parteikämpfe im höhern Sinn (politische, ethische, kulturelle usw.) werden dann nicht mehr wie heute mit Wirtschaftskämpfen verkuppelt werden, während andererseits die Interessenten der Wirtschaft, legitim vertreten durch die besten Sachkenner der einzelnen Gruppen, nicht bestimmt durch Affekte aus andern Quellen, in aller Sachlichkeit sich über ihre Aufgabe die Produktion zu steigern auseinandersetzen können. In der Ablehnung der "Massenherrschaft" und des "Parteismus" zugleich liegt ein Widerspruch; denn die aus Raum, Zahl, individuellen Qualitätsunterschieden usw. entspringende Unmöglichkeit der direkten Massenherrschaft hat in der modernen Partei mit der Festlegung der verschiedenen Rechte und Pflichten einen komplizierten Aufbau mit stark aristokratischen Zügen geschaffen, wie er dem Führungs- und Unterordnungsbedürfnis der meisten Menschen entspricht. Man denke rein äußerlich an die Parteipyramide von Wählern, Parteimitgliedern, Generalversammlungsbesuchern, Funktionären, Vorständen. Das Versagen der statischen starren Aristokratie des alten Obrigkeitstaats brachte das ganze Volk in Gefahr, während das formal-demokratische Prinzip mit seiner Dynamik der immer aufs neue möglichen Auslese diese Gefahr beseitigt und jene Elastizität des Volkskörpers geschaffen hat, wie ihn die Nationen unseres Zeitalters als Lebensnotwendigkeit brauchen. Die grundsätzliche Ablehnung des "Par-

teismus" ist unfruchtbar und wird es dadurch noch mehr, daß sich Menschen von sittlichen und geistigen Qualitäten vom politischen Kampf in der modernen Form des Parteikampfs fernhalten. Die aktive Mitarbeit dieser wertvollen Volksgenossen beim Ausbau der Republik zum Volksstaat und bei der Befriedung des europäischen Kontinents ist auf die Dauer nicht zu entbehren, wie die folgenden Betrachtungen zur Außenpolitik des Jungdeutschen Ordens zeigen.

Deutschland und Frankreich In seiner kleinen Schrift *Der nationale Friede am Rhein* /Berlin, Jungdeutscher Verlag/ setzt sich Artur Mahraun mit der für Europa entscheidenden Frage der deutsch-französischen Beziehungen auseinander. Einige seiner politischen Grundauffassungen seien daraus wiedergegeben: »Provinzen kann man erobern, aber niemals Wirtschaftsgebiete; denn man kann sie nicht von einer Sphäre in die andere mit Waffengewalt verpflanzen. Damit haben Eroberungen nach alter Auffassung ihren Sinn verloren.« »Der moderne Krieg, geführt von 2 industriell hochstehenden Nachbarvölkern, fügt also beiden, dem Sieger wie dem Besiegten, derartige Wunden zu, daß man von einem Sieger im alten Sinne überhaupt nicht mehr sprechen kann. Die für beide Teile entstehenden Verluste sind derartiger Natur, daß sie mit der Abtretung einer Provinz nicht mehr wettgemacht werden können. Je mehr aber die moderne Kriegführung 2 kämpfende Staaten in den Ruin hineintreibt, um so mehr wird ein 3. als Nutznießer den Vorteil aus der Schwächung beider ziehen.« »Für uns Deutsche aber muß maßgebend sein, daß auch in der Frage der nationalen Würde alles das würdevoll ist, was den Zustand der Würdelosigkeit, in dem wir heute auf Grund der Versailler Entmündigung leben, zu beenden vermag.« »Seit Jahrhunderten folgt die englische Politik dem Grundsatz "Balance of power". Stegemann schreibt über diese Politik, daß England seine Macht auf der geschickten Abwägung der vorhandenen Gegensätze am Rhein aufgebaut habe. Es wird daher große Kräfte in der englischen Politik geben, welche ein deutsch-französisches Zusammengehen verhindern wollen.« Auf diesem nur nach sachlichen Gesichtspunkten aufgebauten politischen Fundament bekennt sich Mahraun zur vollkommnen Aussöhnung mit Frankreich, um 1. dem französischen Volk die Sicherheit gegen neue Kriege

mit Deutschland, 2. dem deutschen Volk die Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit zu verschaffen. Das Mittel dazu sieht er in einem engen Bündnis mit Frankreich, als ehemaliger Offizier vor allem auf militärischer Grundlage. »Die angelsächsische Macht, welche heute in jeder Weise, sowohl mit dem Schicksal Deutschlands als auch mit dem Frankreichs spielt, sähe sich einer Front gegenüber, mit der sie nicht mehr spielen kann.« »Neben diesen politischen und militärischen Vorbedingungen eines deutsch-französischen Bündnisses spielen die Verflechtungen der wirtschaftlichen Interessen eine besondere Rolle.« Nachdem durch den Abschluß der Kali- und Stahlgemeinschaft gleichsam eine Bestätigung der Auffassung der Sozialistischen Monatshefte über die Voraussetzungen und den Weg zur deutsch-französischen Arbeitsgemeinschaft erfolgt ist, bekennt sich Mahraun als Mann der Sachlichkeit im vorliegenden Fall zu dem Primat der »unmittelbaren Lebensinteressen im modernen Sinne«, das heißt eben der Wirtschaftsinteressen: »Die Entwicklung wird sich also jetzt nach der Theorie vollziehen müssen, daß die Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen die Lösung des ganzen Problems vom militärischen und politischen Gesichtspunkt aus nach sich ziehen wird.« Diese Vorurteilslosigkeit, mit der der Führer des Jungdeutschen Ordens den Tatsachen ins Gesicht sieht, und der Mut, mit dem er uns altvertraute, im nationalen Lager jedoch völlig neue Folgerungen zieht, muß auch den Sozialisten veranlassen die produktiven Elemente in den nationalen Bündnen richtig einschätzen und achten zu lernen, vor allem aber das Schöpferische auch im Nationalgefühl zu erkennen.

Totenliste

Am 14. Juli starb in Dublin eine Heldin der irischen Freiheitsbewegung: *Constance Georgine Markievicz*, etwas über 60 Jahre alt. Sie war die erste Frau, die von einem irischen Wahlkreis ins Unterhaus gewählt wurde, durfte aber ihr Mandat nicht ausüben, weil Frauen damals noch nicht wählbar waren. Während des Krieges schloß sie sich De Valera an, und sie war es, die während des Osteraufstands in Dublin die Verteidigung der Chirurgischen Klinik leitete; sie wurde damals zum Tod verurteilt, aber begnadigt. Der Irische Freistaat ließ seine tote Vorkämpferin vor der Beisetzung aufbahren und auf Staatskosten begraben.

Anfang August starb in London ein anderer der berühmten irischen Freiheitskämpfer: *John Dillon*, im Alter von 76 Jahren. Er war in seiner Jugend ein begeisterter Anhänger Parnells, wurde später aber dessen erbittertster Feind und trug in der Hauptsache zu seinem Sturz bei. Der Sinnfeindbewegung stand er ablehnend gegenüber.

Am 23. August erlag *Saad Saglul*, der Führer der ägyptischen Nationalisten, im Alter von beinahe 70 Jahren einer otogenen Meningitis. Als Gründer und unbestrittener Führer des Wafd, der nationalen Partei, war er der mächtigste Mann Ägyptens. Ursprünglich unversöhnlicher Gegner Englands, suchte er in den letzten Jahren nach einem der Lage und der Wirtschaft seines Landes entsprechenden Kompromiß.

Kurze Chronik Der Journalisten- und Schriftstellerverein *Concordia* in Wien setzte einen

Preis von 1000 Schilling für den besten Leitartikel über das folgende Thema aus: »Auf welchem Wege könnte der Anschluß Österreichs an Deutschland ohne Gefährdung des europäischen Friedens in naher Zeit ermöglicht werden?« Die Manuskripte müssen bis zum 31. März 1928 eingesandt sein. Der preisgekrönte Artikel soll in den namhaftesten Blättern des In- und Auslands veröffentlicht werden. ◊ Die Berichte der deutschen Linkspresse über den *Stahlhelmtag* am 7. Mai lassen diesen als einen unbedeutenden Rummel erscheinen. Um einen Gegner zu schlagen, ist es aber nötig ihn richtig einzuschätzen. Der Vorwärts schrieb am 8. Mai: »Von Überfüllung des Stadions war nicht's zu merken.« Immerhin wurden über 36 000 Eintrittskarten verkauft, beim letzten Reichsarbeitersporttag am 13. Juni 1926 deren nur 10 500. Die Anzahl der Stahlhelmer bei dem Vorbeimarsch vor ihren Bundesführern wurde von der Roten Fahne auf 40 000, vom Vorwärts auf 80 000 geschätzt, von der Vossischen Zeitung auf 65 000 Mann berechnet, während der Stahlhelm 127 000 Mann nannte. ◊ In Straßburg wurde in einer geschlossenen Versammlung eine Autonomistische Partei für *Elsaß-Lothringen* gegründet. Ob sie in Ausnutzung des klerikalen Kampfs gegen die befürchtete Laisierung Elsaß-Lothringens eine nennenswerte Anhängerschaft gewinnen kann, werden die nächsten Kammerwahlen zeigen. Die politische Vertretung der Arbeiterklasse hat jedenfalls sofort Stellung gegen sie genommen. Auf dem Kongreß der ober-

rheinischen Sozialisten wurde am 9. Oktober eine Resolution gegen den Autonomismus angenommen; in ihr »brandmarkt die Sozialistische Oberrhein föderation auch heute wieder den Autonomismus als ungeheuerliche Verfälschung des elsässischen Willens, als eine Ermütigung gewisser nationalistischer Strömungen in Deutschland, als gefährliche Störung der französisch-deutschen Aussöhnung, die nur dann dauerhaft sein und ihre vollen Früchte tragen wird, wenn auch in Deutschland in der Frage der endgültigen Zugehörigkeit des Elsaß und Lothringens zu Frankreich keinerlei Zweideutigkeit mehr besteht.

Literatur Der Frankfurter Professor Gottfried Salomon hat sich ein Verdienst damit erworben Forscher verschiedener Richtungen in dem 1. Ergänzungsband zum Jahrbuch für Soziologie /Karlsruhe, G. Braun/ über die Probleme von *Nation* und *Nationalität* zu Wort kommen zu lassen. Friedrich Hertz /Wien/ gibt eine aus der Geschichte gewonnene tiefgründige Analyse über Wesen und Werden der Nationen, Sebald R. Steinmetz /Amsterdam/ eine durch Klarheit wie Sachlichkeit ausgezeichnete Studie Die Nationalität und ihr Wille, unter Betonung des großen Reichtums, dessen sich ein künftiges befriedetes Europa gerade durch die »Erhaltung vollebendiger Sondergebilde« erfreuen wird, Max Hildebert Boehm einen Beitrag zur Nationalitätenfrage mit sehr fruchtbaren Anregungen, Gaston Roffenstein /Wien/ noch einige anregende Ausführungen zur Soziologie des Nationalismus, E. von Karman solche zu einer Psychologie des Internationalismus. ◊ Das 6. Heft der Schriftenreihe Deutschland und Ausland /Münster, Aschendorffsche Buchhandlung/ bringt eine soziologische Untersuchung und Kritik *J. Fels'* über Begriff und Wesen der Nation. Unter Darstellung verschiedener Lehrmeinungen (Franz Oppenheimer, Otto Bauer, Alfred Vierkant, Ignaz Seipel, Friedrich Meinecke, Waldemar Mitscherlich) prüft der Verfasser die Merkmale des Begriffs Nation: Abstammung und Rasse, gemeinsame Sprache, Literatur, Kultur, Religion, Bewußtsein und Wille, Wohnsitz und Staat, an den historischen Nationen, um schließlich zu resumieren: »Bei dem Versuche sie zu lösen stellen wir fest, daß die geschichtliche Entwicklung der Nationen und somit auch die ihres Begriffes und Wesens von der Naturgemeinschaft, welcher Rasse, Land

und Volk zugrunde liegt, über die Kulturturnation, die durch gemeinsame Sprache und Gebräuche bedingt ist, zum Nationalstaat ging, der die innige Vereinigung und gegenseitige Durchdringung von Kulturgemeinschaft und Staatsgemeinschaft in einem Volk bedeutet.« ◊ Der Figaroredakteur *Lucien Romier* bringt in kurzem Abstand von seiner *Explication de notre temps* ein ebenso flüssig und geistreich geschriebenes Büchlein *Nation et civilisation* /Paris, Simon Kra/ mit Gedanken über die Beziehungen zwischen moderner Verkehrs-, Wirtschafts-, Geopolitik und Staat, Demokratie und Aristokratie. Er kommt da zu dem Schluß, daß die Wiedergeburt der europäischen Völkerfamilie nur durch eine aristokratische Formen pflegende, uneigennützig aktivistische Jugend erfolgen könne, die den Kern einer neuen Partei darstellen soll, in der die politischen Losungen der Rechten und Linken "Hie Nation, hie soziale Gerechtigkeit" ernst genommen und mit Fleisch und Blut erfüllt werden. ◊ Mit seinem Buch *Engländer* /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/ schenkt uns *Rudolf Kircher* in den Skizzen britischer Staatsmänner, Politiker, Unternehmer und Denker ein Gemälde von größtem Reiz, das das gesamte öffentliche Leben des Inselreichs widerspiegelt: von den Aufgaben alter und neuer britischer Staatskunst bis zur Sportmonomanie der Preiskämpfer. Der aristokratische Scholar Politician Arthur Balfour, in der Antike wurzelnd und daher von dem modernen Zauberer Wissenschaft nicht verzaubert, skeptisch, Philosoph, Staatsmann von Gedanken, aber nicht vom lebendigen Zeitgeist durchströmt und daher dem Leben und dem Volk fremd. Austen Chamberlain, der Erbe seines größern Vaters, ehrlich, gutmütig, treu, vermittelnd. Lord Curzon, der Mann der Würde, der Pflicht, des Fleißes und arroganter Alleswisser; Krücken und Überkompensation körperlichen Krüppeltums? J. H. Thomas von überragender Klugheit, großem Mut und hervorragendem Verhandlungsgeschick, ein Diplomat der Arbeiterschaft, konservativer Taktiker, der typische Vertreter der Gewerkschaftsführer alter Schule. Baldwin, MacDonal, Lloyd George, Churchill, Horne, Birkenhead, Grey, Hodges, Reading, Northcliffe, Russell folgen, um nur die allgemein bekannten Namen zu nennen. Das mit guten Lichtbildern ausgestattete Buch wird jeden fesseln, auch wenn er anders zur englischen Nation als der Autor steht.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Christian Herrmann

Nelson †

Am 30. Oktober starb Leonard Nelson, der Begründer und Führer der neufrissenschaftlichen Schule. Er war 1882 in Berlin geboren; 1904 erwarb er den Doktorgrad in Göttingen, 1909 wurde er dort Privatdozent, 1919 Professor. Schon um den Studenten sammelte sich ein Kreis von Anhängern, die von dem außergewöhnlich scharfsinnigen und von einem hohen ethischen Pathos getragenen jungen Denker auf Fries hingewiesen wurden. Mit diesen Freunden, zu denen viele bedeutende Namen wie der Mathematiker Gerhard Hessenberg und der Marburger Theologe Rudolf Otto gehören, gab er die Neue Folge der Abhandlungen der Friesschen Schule heraus, die von 1904 an bei Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen, leider nicht sehr lange, erschienen. Die große Zahl der von Nelson veröffentlichten Schriften läßt in seinem philosophischen Schaffen 2 Perioden erkennen. Die eine, die bis in den Anfang des Krieges geht, ist vorzugsweise erkenntnistheoretischen Untersuchungen gewidmet. Am bedeutendsten ist aus dieser Zeit sein auf dem Internationalen Kongreß für Philosophie 1911 gehaltener Vortrag über die Unmöglichkeit der Erkenntnistheorie, in dem er darauf ausgeht zu zeigen, daß die Frage nach einem objektiven Kriterium der Erkenntnis unlösbar ist, weil die Untersuchung immer schon das voraussetzen muß, was sie erst ermitteln will. An die Stelle der Erkenntnistheorie habe die Psychologie zu treten, die Erkenntnisse, die nicht unmittelbar bewußt zu sein brauchen, wie zum Beispiel der Satz der Kausalität, durch psychologische Reflexion zum Bewußtsein zu bringen habe. Seit dem Krieg wandte sich Nelson ethischen, rechtsphilosophischen und pädagogischen Fragen zu. Sein bedeutendstes Werk, die Kritik der praktischen Vernunft, unternimmt es mit außerordentlichem Scharfsinn das Dasein eines in der Vernunft angelegten Sittengesetzes zu erweisen und von da aus an den Erscheinungen des politischen, sozialen und moralischen Lebens unserer Zeit schärfste Kritik zu üben. Diese Kritik und auch die von ihm gewiesenen Wege zu einer neuen geistigen Welt waren von einem an die Aufklärung erinnernden Vernunftoptimismus getragen. Seine an anderen Denkern geübte Kritik war stets außerordentlich scharfsinnig und formal genau: manchmal freilich substan-

ziell fehlend, wenn es galt einen Autor nicht nach seinen Argumenten sondern nach seinen bewegenden Absichten zu beurteilen (so in jener noch in seiner Frühzeit geschriebenen Rezension von Hermann Cohens Logik der reinen Erkenntnis), aber jede sich tief sinnig gebärdende Scheingröße der Tagesmode im Kern treffend (so in seiner Schrift gegen den Spenglerspuk: siehe diese Rundschau, 1922 I Seite 189). Nelson war der Philosoph der unerschrockenen Logik. Abhold jedem relativistischen Historismus, vielleicht sogar ohne eigentliches Verständnis für das Wesen der Geschichte, aber dafür von einem starken Wertbewußtsein bestimmt, hat er auf weite Kreise der Jugendbewegung einen sehr bedeutenden Einfluß ausgeübt und sie mit einem hohen Ethos erfüllt. Trotz allen Vorbehalten, die Nelsons Methode der Philosophie gegenüber zu machen sind, und bei aller Kritik an ihrem Inhalt ist festzustellen: Deutschland hat eine seiner bedeutendsten Denkerpersönlichkeiten verloren; mehr noch: einen seiner wenigen unabhängigen Geister, und dies zu einer Zeit, da es deren am meisten bedarf.

Rechtssphärologie

Die große Mannigfaltigkeit der rechtsphilosophischen Anschauungen ist heute nicht nur darin begründet, daß man mit verschiedenen Fragestellungen an die philosophische Untersuchung des Phänomens Recht herangehen kann, daß man nach der Eigenart des Rechtswerts fragen, daß man das Recht unter soziologische Gesichtspunkte rücken, oder daß man transzendentaltheoretisch die Geltungsgrundlagen der Rechtswissenschaft untersuchen kann, sondern darin, daß das Recht selbst vieldeutig ist oder besser gesagt eine vielfältige Struktur hat, die der systematisch-philosophischen Untersuchung immer nur eine Seite zukehrt. Man ahnt die ungeheure Kompliziertheit unserer Kultur nicht nur nach der inhaltlichen Seite in der Durcheinanderflechtung der verschiedensten Kulturideale sondern auch nach der formalen Seite in der strukturellen Komplexion der einzelnen Wertgebiete, wenn man beispielsweise die religions-, kunst- oder rechtsphilosophische Literatur unserer Tage überblickt. Denn man bemerkt, daß mit großem Scharfsinn Untersuchungen vorgenommen werden, deren Ergebnisse von anderen Arbeiten bestritten werden, einfach darum, weil die Untersuchenden etwas ganz anderes vor Augen hatten.

Dieser Sachverhalt wird dem Betrachter der rechtsphilosophischen Literatur bestätigt, wenn er vor allem die Werke der Phänomenologen, soweit sie sich mit rechtsphilosophischen Problemen beschäftigt haben, daraufhin ansieht. Welche Bedeutung die Phänomenologie hat, bleibe hier dahingestellt. Was sie für die Rechtsphilosophie leisten kann, wird noch erörtert werden. Bemerkenswert ist aber, daß in der schon umfangreichen Literatur der phänomenologischen Rechtsphilosophie auf grundlegende Fragen die einander widersprechendsten Antworten gegeben werden, und das bei dem Anspruch der Phänomenologen mittels der Methode der Wesensanschauung sich ein Gegebenes zur deutlichen Einsichtigkeit bringen zu können. Da findet zum Beispiel Joseph Reinach (Die apriorischen Grundlagen des bürgerlichen Rechts / Halle, Max Niemeyer/), das rechtlich Unveränderliche habe die Form des Seinsgesetzes, während gerade entgegengesetzt Felix Kaufmann (Logik und Rechtswissenschaft / Tübingen, J. C. B. Mohr/) meint, Recht sei »ein Inbegriff sanktionierter Normen über menschliches Verhalten«. Während Max Scheler ausführt, daß auch der Inhalt des Rechts zu den »durch unmittelbare evidente Anschauung zugänglichen Wesensbestandteilen der Welt« gehöre, finden Reinach und Kaufmann, daß die Kriterien des Rechts ausschließlich empirisch bestimmbar seien. Man kann sich nach diesen Beispielen denken, wie weit die Anschauungen vom Wesen des Rechts auseinandergehen, wenn innerhalb der selben Philosophenschule unter Anwendung der selben, angeblich Erkenntnis verschaffenden Methode der Wesensschau in prinzipiellen Fragen derartige Meinungsverschiedenheiten entstehen. Denn entsprechend ihrer allgemeinen philosophischen Einstellung müßte man von den Rechtsphänomenologen am ehesten erwarten, daß sie rein auf die Sache gerichtet seien, und daß bei ihnen methodisch am reinsten Untersuchungen, die auf das Wesen eines Sachverhalts gehen, von andersgerichteten Forschungen unterschieden würden. Wenn daher Auffassungsverschiedenheiten wie an den beiden Beispielen sichtbar werden, dann muß die Sache selbst der Einsicht nicht so leicht zugänglich sein wie man annimmt.

Gibt man dies zu, so kann man doch fragen, was denn die phänomenologische Rechtsphilosophie zur Erhellung des Sachverhalts bisher geleistet habe. Sie unterscheidet reines und positives Recht.

Dieses ist durch Willkürakte geschaffen und jederzeit abänderbar. Jenes ist immer und überall das selbe. Wie nun die dogmatische Rechtswissenschaft das positive Recht darstellt und somit eine Erfahrungswissenschaft ist, geht die reine Rechtslehre auf das in jedem positiven Recht enthaltene reine Recht. Die Methode dieser reinen Rechtslehre, die die theoretische Grundlegung zu jeder positiven Rechtswissenschaft zu geben hat, ist nach Kaufmann und Reinach die Wesensanschauung, die apriorische Sätze liefere, die evident einsichtig seien. Daß es aber mit der Evidenz dieser Sätze nicht so weit her sein kann, das haben die beiden obigen Beispiele genügend gezeigt. Man kann auch zeigen, worin der Fehler liegt, der die ganze Rechtsphänomenologie durchzieht. Schon Reinach verwechselt die Grundformen des Rechts mit Begriffen und Sätzen, die der Gesetzgeber nicht willkürlich setzt sondern vorfindet, und so kommt es zu dem Ontologismus, der dem Recht Seinscharakter zuschreibt. Wenn man dagegen Sätze und Gesetze, Normen und Sollsätze betrachtet, dann kommt man zur Lehre, das Recht sei »ein Inbegriff sanktionierter Normen«, wie es Kaufmann tut. Es ist das Verdienst Julius Krafts in einem sehr beachtenswerten Aufsatz Die wissenschaftliche Bedeutung der phänomenologischen Rechtsphilosophie, im 31. Band der Kantstudien / Berlin, Panverlag Rolf Heise/, dies herausgestellt und überhaupt die großen Bedenken, denen die phänomenologische Rechtsphilosophie ausgesetzt ist, deutlich gemacht zu haben. So behandelt Kraft die von Reinach und Kaufmann ausgebildete Lehre vom Rechtssatz, wonach die Form aller Rechtssätze nach Kaufmann etwa die folgende sei: Eine Person A soll ein Verhalten V_1 an den Tag legen; tut sie es nicht, so soll ihr gegenüber ein Verhalten V_2 Platz greifen. Er zeigt mit aller Schärfe, daß in dieser Lehre eine Verwechslung von Rechtsform und Sanktionsform vorliege, und daß ein Rechtssatz mit einem Zwangssatz verwechselt wird. Die Folge dieser verkehrten Rechtssatztheorie ist dann die Gestaltung der Lehre vom subjektiven Recht, der in der ihr von den Phänomenologen gegebenen Fassung Kraft vorwirft, und wohl mit Recht, daß, auf Grund einer falschen Abstraktion, »empirische Tatbestandsmerkmale zu Wesensmerkmalen des subjektiven Rechts erhoben« werden. Kann man also zusammenfassend sagen, daß die Lehre von der Rechtsform auf unzulänglichen Abstraktionen von den

positiven Gesetzen beruht, »die eben deshalb willkürlich ausfallen müssen, weil bei ihrer Vornahme die leitenden Maximen zur Trennung des rechtlich Wesentlichen von dem rechtlich Bedeutungslosen fehlten«, so wird auch die Stellung der Rechtsphänomenologen zu den materialen Fragen von Kraft einer scharfen Kritik unterzogen. Kraft führt in seiner Abhandlung die phänomenologischen Theorien vom Vertrag, vom Eigentum und von der Stellvertretung an, die alle eigentlich in einer »phänomenologischen Umschreibung nichtsagender, rechtsdogmatischer Abstraktionen« bestehen. Kraft findet, daß die Methode, die der phänomenologischen Rechtsphilosophie zugrunde liegt, eine Ableitung von Folgerungen aus Abstraktionen sei, deren Materie an und für sich willkürlich bestimmt ist.

Diese scharfe Kritik an der Rechtsphänomenologie kann aber auch nicht ohne Kritik bleiben. Man kann Kraft zugeben, daß viele Theoreme in der rechtsphänomenologischen Literatur den Tatbestand durchaus unzutreffend erfassen, und daß wirklich verkehrte Abstraktionen vorgenommen werden. Damit ist aber nur gesagt, daß die Anwendung der phänomenologischen Methode unzulänglich, nicht aber, daß sie selbst für die philosophische Erkenntnis unbrauchbar ist. Vielmehr muß betont werden: So wertvoll die phänomenologische Methode in der Ästhetik sich erwiesen hat, so fruchtbar kann sie auch für die Erkenntnis anderer Kulturgebiete werden; sie ist berufen zwischen Spekulation und Empirie zu vermitteln. Doch hängt alles von der Art ihrer Anwendung ab.

Axiomatik Seit David Hilberts bedeutenden Untersuchungen hat die Axiomatik eine gewisse feste Basis bekommen, die sich durch alle nachfolgenden Arbeiten eigentlich nicht verändert hat. Alle Axiome, Definitionen und Postulate, die eine Geometrie begründen, sind bekannt. Aber, und das gilt gerade von Hilbert, man sah nicht recht den Zusammenhang der Axiome, und es fehlte an dem Versuch sie zu begründen. Das unternimmt nun *Moritz Geiger* in seiner hochbedeutenden Systematischen Axiomatik der Euklidischen Geometrie /Augsburg, Benno Filser & Co./ Der Göttinger Philosoph gibt in diesem Werk eine ganz neue und außerordentlich scharfsinnig durchgeführte systematische Begründung der Axiomatik durch die Einordnung der Axiome in eine allgemeine Relations-

theorie und durch den Ausbau einer Wesensaxiomatik. 3 Prinzipien sind es, von denen nach Geiger die Ableitung der Axiome ausgeht: 1. das Prinzip der Korrespondenz des Aufbaus der Gegenstandswelt in der Axiomatik, 2. das Prinzip der Exklusion, wonach es unmöglich ist, daß diese oder jene mathematische Möglichkeit in der qualifizierten Gegenstandswelt realisierbar ist, 3. das Prinzip der mathematischen Systematik der Axiome, wonach die Axiome durch systematische Ordnung der mathematischen Möglichkeiten und durch Prüfung einer jeden solchen Möglichkeit auf ihre Realisierbarkeit innerhalb der qualifizierten Gegenstandswelt aufgesucht werden. Nach dem systematischen Aufsuchen der Axiome unternimmt Geiger deren Deduktion, indem er allgemeine Postulate aufstellt, mittels derer die nach einer allgemeinen Relationstheorie vorhandenen mathematischen Möglichkeiten untersucht werden, die die verschiedenen Relationsgruppen bieten. Im 2. Hauptstück, das von der Wesensaxiomatik handelt, übt Geiger zunächst Kritik an der formallogischen Auffassung der Geometrie, die seiner Meinung nach bisher herrscht. Es sei vielmehr aus verschiedenen Gründen eine inhaltliche Auffassung der Axiomatik geboten, es bestände »die Aufgabe der deduktiven Theorie in logisch systematischer Form die Relationen, die zwischen den Dingen der Gegenstandswelt bestehen, abzubilden, wiederzugeben, die Gegenstandswelt in ihrem Aufbau nachzuzeichnen«. Damit erhält man auch die Möglichkeit zu einer Ordnung der verschiedenen Axiomsysteme; je vollkommener nämlich der Aufbau der Gegenstandswelt von einer deduktiven Theorie dargestellt wird, um so vollkommener ist das zugrunde liegende Axiomsystem. Ein »bevorzugtes« Axiomsystem wäre dieses, daß der Gegenstandswelt am angemessensten ist. Mit ihm befaßt sich die Wesensaxiomatik. Mit diesen beiden Gedanken, der Durchführung einer Wesensaxiomatik und der Einordnung der Axiome in eine allgemeine Relationstheorie, hat Geiger den axiomatischen Forschungen neue Perspektiven eröffnet, die weit über das auf diesem Gebiet bisher Erreichte hinausweisen.

Totenliste Ende April starb in Rostock, im Alter von 55 Jahren, der mathematische Schriftsteller *Wilhelm Ahrens*, der hauptsächlich durch seine Bücher über Unterhaltungsmathematik und seine popu-

lärwissenschaftlichen mathematischen Arbeiten bekannt geworden ist. Er veröffentlichte bei Teubner Mathematische Unterhaltungen und Spiele.

In Nursholm bei Stockholm starb am 7. Juli der bedeutende Mathematiker *Gösta Mittag-Leffler*, 81 Jahre alt. Er hatte sich zuerst in Stockholm habilitiert, ging dann als Professor nach Helsingfors und schließlich nach Stockholm. Sein Arbeitsgebiet war die Funktionentheorie, in der er die Arbeiten Weierstraß' fortbildete. Er begründete die *Acta Mathematica* und im Verein mit seiner Frau eine umfassende Sonderbibliothek für Mathematik bei Stockholm.

Kurze Chronik Die Nietzschegesellschaft stellt 2 *Preisaufgaben*. Die eine soll den Einfluß des französischen Geistes auf die Philosophie Nietzsches darstellen, die andere den Einfluß Nietzsches auf das geistige Frankreich. Beide Themata sind von großer Bedeutung für die Entwicklung des europäischen Geistes der Zukunft. \diamond Zur 200. Wiederkehr des Geburtstags *Moses Mendelssohns* im Jahr 1929 wird eine kritische Gesamtausgabe seiner Werke vorbereitet. Der Professor Julius Guttman in Berlin bittet alle, die Handschriften, seltene Drucke oder Briefe Mendelssohns besitzen, um Nachricht. \diamond Am 7. Juli waren es 50 Jahre, daß *Eugen Dühring* die *venia legendi* an der Berliner Universität entzogen wurde. Wir haben heute genügend historischen Abstand zu diesem Denker, um über die Verbitterung und die daraus folgende Geistesverengung seiner letzten Lebensjahrzehnte hinwegsehen zu können. Es muß daher daran erinnert werden, daß vor 50 Jahren von der Organisation der offiziellen Wissenschaft ein schweres Unrecht an einem der bedeutendsten und selbständigsten Wissenschaftler verübt wurde, über die das geistige Deutschland zu jener Zeit überhaupt verfügte. Dührings *Kritische Geschichte der Mechanik* und die 1. Auflage (allerdings nur diese) seiner *Kritischen Geschichte der Philosophie* sind Werke, die auf das Letzte gehen und die Geistesgeschichte dauernd bereichert haben. (Friedrich Engels' Streitschrift gegen Dühring ging in alledem an der Sache vorbei, konnte daher in diesen Punkten den Angegriffenen überhaupt nicht treffen.) Daß Dühring dann in der Sozialwissenschaft, auf die er seine Arbeit ausdehnte, versagt hat, ist zum Teil wohl auch daraus zu erklären, daß er infolge jener schlimmen Tat der Universität eine Richtung

eingeschlagen hat, die zu fruchtbaren Ergebnissen nicht führen konnte. Die Remotion Dührings war daher nicht nur ein Akt der Ungerechtigkeit, begangen von subalternen Geistern gegen den überragenden, sondern auch ein Vergehen an der Wissenschaft selbst, die sie ungünstig beeinflusst hat. Gerade der Sozialist hat die Pflicht heute, da der aktuelle Kampf, der gegen Dühring geführt werden mußte, seit Jahrzehnten entschieden ist, das Andenken dieses bedeutenden Geistes wiederherzustellen.

Literatur Die Philosophie der Gegenwart hat die Tendenz sich durch immer feinere Ausbildung der mannigfachsten Methoden unüberschaubar auszudehnen. Da ist es ein Verdienst des Verlags R. Oldenbourg in München ein *Handbuch der Philosophie* herauszubringen, das, bearbeitet von einem Stab erlesener Mitarbeiter, das ganze Gebiet der modernen Philosophie darstellt. Herausgeber sind Alfred Baeumler und Manfred Schröter. Die Lieferungen, die bisher herauskamen, befriedigen ungemein. Eine das Wesentliche hervorhebende Darstellung der griechischen Ethik gibt Ernst Howald. Interessant ist der zugrunde gelegte Unterschied zwischen sozialer und Triebethik und die Verwendung des Symbolbegriffs zur Erklärung der ethischen Gebilde und der Gestalten des geistigen Lebens überhaupt. Hans Driesch erörtert die Metaphysik der Natur, und zwar in einem geschichtlichen Abriß, dem man ganz besonders Deutlichkeit und Klarheit nachrühmen kann. Über die katholische Religionsphilosophie schreibt Erich Przywara: eine geistvolle und gedankenreiche Arbeit aus der Welt des modernen, nicht durchaus thomistisch gerichteten Katholizismus. In geradezu klassischer Weise stellt Hermann Weyl die Philosophie der Mathematik dar. Erich Rothacker untersucht die Logik und Systematik der Geisteswissenschaften. Auf diese bedeutende Arbeit wird man noch in anderem Zusammenhang eingehen müssen. Das selbe gilt für Emil Brunners Studie über die Religionsphilosophie evangelischer Theologie. Von großem Tiefsinn und spekulativer Kraft des Denkens ist Emil Wolffs Philosophie des Geistes. Alfred Forke rekonstruiert die Gedankenwelt des chinesischen Kulturkreises in systematischer Anordnung. Eine geistvolle Geschichte der Erkenntnistheorie bietet Friedrich Kuntze. Nach alledem sieht man den weiteren Beiträgen mit höchstem Interesse entgegen.

Biologie / Hans Haustein

Grundlegung »Die gegenwärtige Biologie ist nicht in der Lage die Ergebnisse planmäßiger Forschung im Gefüge der Begriffe zu ordnen und das gesetzmäßige Verhalten, das ihren Gegenständen gemeinsam ist, in allgemeiner Lehre darzustellen. Den Platz theoretischer Wissenschaft nimmt vielmehr eine ungleichartige Mannigfaltigkeit von Sachgebieten, Fragestellungen, Deutungen und Urteilen ein.« Das bekennt Julius Schaxel im 1. Satz seiner Grundzüge der Theoriebildung in der Biologie /Jena, Gustav Fischer/. Zu diesem Zustand, der die Krise in der Biologie offenbart, hat die Tatsache geführt, daß zwar ein ungeheures Material von Einzelbeobachtungen, Einzeltatsachen und experimentellen Kenntnissen und Erfahrungen dauernd produziert wurde und produziert wird, daß aber die Verarbeitung der ungeordnet vor uns liegenden Unsummen von Einzeltatsachen bisher kaum versucht worden ist. »Allzusehr gleicht«, klagt *Ludwig von Bertalanffy* in seinen Studien über theoretische Biologie im 47. Band des Biologischen Zentralblatts, »der heutige Wissenschaftsbetrieb dem eines Bergwerkes, aus welchem fortwährend eine riesige Masse von Rohmaterial herausgearbeitet wird, ohne daß sich jemand die Mühe nimmt daraus das Gold der großen Ideen zu läutern und zu münzen.« Gleichzeitig versucht der Autor durch eine kritische Betrachtung der beiden wichtigen Strömungen in der Biologie diese aus dem unhaltbaren Zustand herauszuführen. Der Gegensatz von Mechanismus und Vitalismus zeigt ja auf das deutlichste schon die Uneinigkeit über die grundlegenden Prinzipien der Biologie als Wissenschaft, läßt ihren ganzen problematischen Zustand erkennen. So geht Bertalanffys Untersuchung der erkenntnistheoretischen Grundlage der Biologie von einer Kritik dieser beiden Strömungen aus. Der ältere, darwinistische Mechanismus ist erledigt. Er ist an den ihm anhaftenden logischen Widersprüchen gescheitert; hat er doch dauernd mit Begriffen gearbeitet, die seiner eigenen Forderung widersprechen, daß für das Organische wie für das Anorganische die gleichen Gesetze gelten. Damit ist dem Lebendigen gegenüber dem Anorganischen eine Sonderstellung eingeräumt, die es jedoch nach dem Forschungsprinzip dieser Richtung nicht haben kann. Dies gilt sogar für die so durchgearbeitete Entwicklungsmechanik.

Die Mechanisten arbeiten doch mit Ausdrücken wie Funktion, Determination, Regeneration, Kompensation, Adaption usw. und vergessen dabei, »welch zweifelhaften erkenntnistheoretischen Charakter alle diese Begriffe haben, und wie sehr sie dem Programme der Mechanistik widersprechen«. Ohne eine Klärung dieser Begriffe kann jedoch die Biologie als Wissenschaft nicht bestehen. Ein Licht auf den heutigen Zustand wirft schon der Begriff Maschine, der als etwas Gegebenes ohne weitere Analyse hingenommen wird. »Aber Loeb und die Mechanisten vergessen, daß der Begriff der Maschine 2 Probleme involviert: 1. den logischen Charakter dieses Begriffs, 2. die Frage nach der Herkunft der Maschine.« Dazu kommt noch, daß die als zweckmäßig hingestellten Reaktionen der Maschine, die das Lebensgeschehen erklären sollen, Mechanismen voraussetzen, die nicht erklärt werden. So legen eben viele Vorgänge und Einrichtungen im Organischen eine teleologische Betrachtungsweise nahe, wie ja überhaupt der Maschinenbegriff die Teleologie schon mit einschließt. Da eine Maschine weder durch Zufall noch durch rein physikalisch-chemisches Geschehen entstanden sein kann, so ist in der Biologie a priori eine von Chemie und Physik verschiedene Betrachtungs- und Erkenntnisweise gegeben. Die Biologie hat mit lebendigen Einheiten, nicht aber mit Gemischen mannigfacher Stoffe zu tun. Deshalb reicht die Begriffsbildung des Chemophysikers nicht für den Biologen aus. Wenn auch die meisten Lebensvorgänge als physikalisch-chemische Vorgänge erklärbar sind, bleibt doch die Eigengesetzlichkeit des Lebens bestehen. Die physikalisch-chemische Lebensklärung mit dem teleologischen Begriff des Mechanismus kennzeichnen zu wollen ist also ein Widerspruch. Ihn zu vermeiden sucht die Gestalttheorie (siehe die Rundschau Psychologie, 1923 Seite 632 und folgende). Sie setzt den Organismus in Parallele mit anorganischen Ganzheiten, die ihre Teile durch das Ganze bestimmen, und die gegenüber den atomistisch zusammengesetzten Einzelteilen (elektrischen Feldern, chemischen Verbindungen, Kristallen) etwas Neues sind. Diese Theorie wendet sich also gegen die Behauptung Hans Driesch', daß Ganzheitsvorgänge in der Physik keine Rolle spielen. Wolfgang Köhler (Die physischen Gestalten in Ruhe und im stationären Zustand /Braunschweig, Friedr. Vieweg & Sohn/ und Gestaltprobleme und Anfänge einer Gestalttheorie, im

Jahresbericht über die gesamte Psychologie 1922) hat solche Ganzheiten, die »physischen Gestalten«, in der Physik in großer Zahl vorgeführt. Nach Adolf Meyer (Das Mechanismus-Vitalismus-Problem im Lichte neuerer logischer Forschung, im Biologischen Zentralblatt 1926) ist dadurch, daß unter dem Gesichtspunkt der Gestalt kein Gegensatz zwischen Anorganischem und Organischem besteht, erwiesen, daß eine Theoriekontingenz zwischen Biologie und Physik nicht existiert. Diese Auffassung, insbesondere die daraus gezogene mechanistische Konsequenz, ist nicht begründet (siehe hierzu auch von Bertalanffy Zur Theorie der organischen Gestalt, im Archiv für Entwicklungsmechanik 1926). Die Betrachtungen über die Zweckmäßigkeit der organischen Maschine zeigen ganz deutlich, daß durch eine physikalisch-chemische Beschreibung das Wesen des Lebendigen nicht erschöpft wird. Es kommt aber noch hinzu, daß Lebensvorgänge beobachtet werden können, wie Umstellungen ursprünglicher Funktionsweisen zu zweckmäßigem Handeln, die sicher nicht Abläufe an einer vorgebildeten Maschine sondern übermechanisch sind. Ein weiterer stichhaltiger Grund gegen den Mechanismus ist die Auffassung der Organismen als historisch entwickelter Wesen; eine Auffassung, die auch von allen Mechanisten anerkannt wird. Damit ist aber ein grundsätzlicher Gegensatz zwischen Physikochemismus und Organismus festgelegt. »Wir sehen also, daß die Forderung die Lebensvorgänge in physikalisch-chemisches Geschehen aufzulösen nicht durchgeführt werden kann. Diesem Tatbestand muß die Biologie Rechnung tragen, wenn sie sich nicht wieder in Selbstwidersprüche verlieren, wenn sie eine reinliche und exakte Wissenschaft sein will.« Bei seiner Kritik des Vitalismus geht Bertalanffy davon aus, daß der Vitalismus vielmehr eine philosophische als eine naturwissenschaftliche Angelegenheit sei. Wissenschaftlich ungeeignet sei das Zurückgreifen auf ein der Forschung unzugängliches nur einzuführendes Lebensprinzip. Die rätselhafte Zweckmäßigkeit in den Lebensvorgängen durch die noch rätselhaftere Entelechie Driesch' erklären zu wollen bedeute doch nur Erklärung eines Unbekannten durch etwas noch Unbekannteres. Driesch' Entelechie wurzle wie jeder Vitalismus letztlich auf der Introjektion des eigenen Seelenlebens in die Gesamtnatur. Selbstverständlich könne niemand gehindert werden die Vorgänge der Organbildung usw. psy-

chistisch aufzufassen. Und man kann diese Vorgänge seelisch bedingt nennen, was metaphysisch höchstwahrscheinlich berechtigt sei. Doch wissenschaftlich verstehe man sie dadurch nicht besser. Damit kommt Bertalanffy zu der Schlußfolgerung, daß sich weder auf einen in sich widerspruchsvollen Mechanismus noch auf einen metaphysischen Mechanismus eine wissenschaftliche Biologie aufbauen lasse. Die Schwierigkeiten im Vitalismus zeigen die Unmöglichkeit die Frage nach dem Wesen des Lebens befriedigend zu beantworten, und die vitalistischen Lehren setzen dort ein, wo die Arbeit des Naturforschers aufhört, die des Metaphysikers beginnt. »Die vitalistische Frage nach den wirkenden Kräften im Organischen ist falsch gestellt, da wir im Sinne der modernen Physik nicht nach wirkenden Kräften zu fragen sondern die Naturvorgänge durch möglichst einfache Begriffe zu beschreiben haben. Diesen positivistischen Geist, und nicht den physikalisch-chemischen Begriffsapparat, hat die Biologie von der Physik zu lernen. Auf der andern Seite hat es keinen Sinn teleologische Begriffe zu gebrauchen und dennoch zu behaupten, man erkläre das Leben physikalisch-chemisch, respektive zu sagen, daß diese physikalisch-chemische Erklärung einmal statthaben werde, und so die gegenwärtige Wissenschaft der zukünftigen gegenüber zu entwerten. Im Gegenteil lehrt die Analyse der Lebensvorgänge, daß der Mechanismus nicht ausreicht. Wenn man eine Anschauung, welche den Selbstwiderspruch im Mechanismus aufdeckt und offen die biologischen Grundbegriffe als teleologische bekennt, auf der andern Seite aber die metaphysische Frage nach dem Wesen des Lebens ablehnt, einen methodologischen Finalismus nennt, so dürfte dieser mit dem positivistischen Geiste der modernen Wissenschaft, wie er in der Physik zu so großen Erfolgen geführt hat, am meisten in Einklang sein.«

Diese Finalität ist für den Naturwissenschaftler ebenso wie die Kausalität nichts weiter als ein Beziehungsbegriff. Finalität ist die gesetzmäßige Beziehung eines gegenwärtigen Vorgangs A mit einem zukünftigen B. Kausalität ist die gesetzmäßige Beziehung eines gegenwärtigen Vorgangs A mit einem vergangenen B. Nur diese funktionelle Beziehung zwischen A und B, nicht aber metaphysische dahintersteckende Probleme (Lebensvorgang, Kraft, Energie), interessieren den Biologen wie den Physiker zur wissenschaftlichen Erfassung der vorliegenden

Zusammenhänge. Von metaphysischen und anthropomorphen Vorstellungen losgelöst ist in dieser Auffassung der Teleologiebegriff wie der der Kausalität ein echtes und wichtiges Forschungsprinzip. Damit wird von diesen Forschern, im Anschluß an Eduard von Hartmann, die Finalität zu den Kategorien gestellt. Um nun zu einem System der Biologie zu gelangen, das allen Lebenserscheinungen gerecht wird, schlägt Bertalanffy vor die Biologie in 3 Hauptteile zu gliedern. Nämlich in einen physikalisch-chemischen, einen teleologischen und einen historischen. Zum 1. Teil, der Physikochemie des Lebens, wird gefordert, daß die physikalisch-chemische Lebensklärung so weit wie möglich durchgeführt werde. Sie hat also die chemischen Eigenschaften der lebendigen Substanz zu untersuchen und ihre physikalischen Kennzeichen zu klären. In ihr Gebiet fallen Stoffwechsel und Wachstum sowie Ontogenie, Bewegung, Fortpflanzung, Vererbung, um nur das Allerwichtigste aufzuzählen. Die physikalisch-chemischen Lebensvorgänge werden also einen Hauptteil der Biologie bilden müssen. Die beiden anderen Teile haben die Aufgabe die physikalisch-chemische Lebensklärung durch einen teleologischen und einen historischen Teil zu überbauen, der die vom Mechanismus nur verschleierte, nicht aber aufgelösten Momente aufnimmt. Durch den 2. Teil (organische Teleologie) wird unsere Erkenntnis fraglos vermehrt, dadurch daß wir neben den physikalisch-chemischen Ursachen körperlicher Einrichtungen auch deren Zweck kennen. »Der Begriff des Organs, der doch wohl auch vom Mechanismus nicht vermieden werden kann, involviert bereits, daß dasselbe ein Werkzeug zu etwas ist.« Die Notwendigkeit dieses Teils ist darin begründet, daß die Ganzheit des Organismus ein physikalisch-chemischer Betrachtungsweise nicht zugängliches Gebiet ist, und weil die teleologische Betrachtung der Organe und Lebensvorgänge wirkliche Erkenntnisse zu eröffnen scheint. Dieser 2. Hauptteil hat sich mit 2 Problemen zu beschäftigen: mit der überphysikalischen, teleologischen Struktur der organischen Maschine (Angepaßtsein) und mit den übermechanischen Vorgängen im Lebendigen (dynamische Teleologie). Damit gliedert er sich in die Anpassungslehre (Ökologie) und die Lehre vom autonomen Organismus. Der 1. Abschnitt hat den Organismus und seine Leistungen zu beschreiben sowie die teleologische Bedeutung

der kausal verursachten Gestalt- und Funktionsänderungen samt der Pathologie; sind doch Begriffe wie Krankheit, Norm, Störung, nur teleologisch zu charakterisieren. Der 2. Abschnitt hat die übermechanischen Geschehnisse in Ontogenese, Physiologie und Bewegungslehre zusammenzufassen und bildet ein Feld unendlich wichtiger künftiger Forschungen. Der 3., historische Teil zerfällt in 2 Abschnitte. Der 1. schildert die tatsächliche Geschichte der organischen Welt im Verlauf der geologischen Formationen. Er wird real nur durch die Paläontologie erfassbar sein. Nicht die Konstruktion darwinistischer mythischer Stammbäume mit Vermengung rezenter und ausgestorbener Formen, sondern die ungezwungene Darstellung der tatsächlichen Abfolge, wie sie Ottomar Abel (Grundzüge der Paläobiologie der Wirbeltiere / Stuttgart, E. Schweizerbart/) anstrebt, ist hier Aufgabe. Der 2. Abschnitt hat die Gesetze dieses historischen Werdens zu behandeln und die Kritik der vorliegenden ungenügenden Entwicklungstheorien zu geben. Eine solche Betrachtung der Organismen als historischer Wesen ist unbedingt notwendig. Wenn auch zugegeben werden muß, daß die angeblichen Beweise der Abstammung auf den verschiedenen Gebieten nur für den etwas beweisen, der an sie glaubt. »Alle jene sogenannten Beweise zeigen nur die Blutsverwandtschaft und das allmähliche Entstehen der organischen Formen auf, nicht aber deren Entstehen aus einander. Aber es ist zu beachten, daß jene Lehre vom Schöpfergott eben für uns unmöglich ist. Die Organismen müssen auf "natürlichem" Wege entstanden sein; das ist aber nur möglich auf Grund der Entwicklung einer Form aus der andern. Wir müssen uns die Frage vorlegen, woher denn eigentlich die Organismen kommen; und wenn wir dies auf natürlichem Wege erklären wollen, so bleibt uns nur die Entwicklungslehre. Wer die Entwicklung also leugnet, muß konsequent zur Theologie zurückkehren.« Wenn nach diesen Ausführungen Ludwig von Bertalanffy den Vitalismus aus der reinen Biologie ausschalten will, ohne jedoch den philosophischen Wert der vitalistischen Theorien zu bestreiten, so ist es doch notwendig die in der biologischen Forschung induktiv gewonnenen Kenntnisse philosophisch-weltanschaulich zu verwerten. Die heutige Zeit ringt um den Ausgleich der Naturwissenschaft und einer noch zu begründenden neuen Naturphilosophie.

Totenliste Am 4. Mai starb *Friedrich Vaupel*, Kustos am Botanischen Museum in Berlin und

Vorsitzender der Deutschen Kakteen-gesellschaft, in seinem 49. Lebensjahr.

Am 25. Juni starb *Heinrich Schenck*, Professor der Botanik und Direktor des Botanischen Gartens in Darmstadt. Er ist 65 Jahre alt geworden.

Am 5. Juli starb, 73 Jahre alt, *Albrecht Kossel* in Heidelberg. Seine Arbeiten beschäftigten sich mit der Biochemie und Physiologie. In seinem Nobelvortrag, im Dezember 1910 in Stockholm, zeigte er die Bedeutung der Ergebnisse seiner Untersuchungen über die chemische Beschaffenheit der Zellkerne für die Zellteilung und Befruchtung. Seine wichtigsten Arbeiten betreffen die Protamine, und eine Monographie über die Protamine und Histone liegt fast druckfertig vor. Bei den Protaminen suchte Kossel nicht nur den rein chemischen Aufbau sondern auch ihre Entstehung zu erklären, die er am Beispiel des Rheinlachs klarlegte. Bedeutend sind auch Kossels Arbeiten über die Abbauprodukte der Nukleinsäure und seine Versuche über die Arginase, ein Harnsäure abspaltendes Ferment verschiedener Organe des tierischen Körpers. Kossel war in Rostock geboren, wurde 1883 Abteilungsvorsteher am Berliner Physiologischen Institut, 1895 ordentlicher Professor in Marburg und war dann von 1901 bis 1923 Universitätslehrer in Heidelberg.

In den ersten Septembertagen starb in Genf, 88 Jahre alt, *Jean Louis Prevost*, früher dort ordentlicher Professor der Physiologie an der Universität.

Kurze Chronik In Steinheim, der Fundgrube *prähistorischer Tiere*, wurde ein besonders schöner Rest eines eiszeitlichen Riesenhirsches geborgen, an dem noch der vollständige Schädel mit den ansitzenden mächtigen Geweihschaukeln sowie auch die Halswirbel unverletzt erhalten waren. Durch diesen Fund wurde die Kenntnis des mitteldiluvialen Riesenhirsches als einer neuen, von dem alt- und jungdiluvialen Riesenhirsch unterschiedenen Form wesentlich gefördert. ◊ Im August wurde in Paris eine *Internationale Gesellschaft für Mikrobiologie* gegründet, die alle mit der Mikrobiologie zusammenhängenden Wissenszweige umfassen soll. Vorsitzender der neuen Gesellschaft wurde Jules Bordet /Brüssel/, Schriftführer Rudolf Kraus /Wien/, Robert Dujarric de la Rivière /Paris/, Martin Gildemeister

/Berlin/ und Alfred Ploetz /Paris/. Der 1. Kongreß der Gesellschaft soll im Oktober 1928 in Paris stattfinden. In Deutschland hat sich unter dem Vorsitz Martin Hahns /Berlin/ ein Landesausschuß zur Vorbereitung der weiteren Arbeiten gebildet. ◊ Der Tübinger Professor *Wilhelm Trendelenburg* folgte dem Ruf auf den Lehrstuhl der Physiologie an der Universität Berlin als Nachfolger Franz Hofmanns. Er ist Mitherausgeber des Zuntz-Loewyschen Lehrbuchs der Physiologie /Leipzig, F. C. W. Vogel/. In Abderhaldens Handbuch schrieb er den Abschnitt über die Methodik der Physiologie des Zentralnervensystems von Wirbeltieren. Auch seine Arbeit über die natürlichen Grundlagen der Kunst des Streichinstrumentspiels wurde sehr bekannt. ◊ Die Privatdozentin für Zoologie an der Universität Berlin, *Paula Hertwig*, wurde zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor ernannt. Sie hat in dem Preisausschreiben der Berliner Gesellschaft für Rassenhygiene über volkstümliche Gestaltung der Vererbungsgesetze im Film, bei dem der 1. Preis nicht verteilt wurde, den 2. Preis erhalten. Hertwigs Forschungen betreffen vor allem die durch Radiumstrahlung verursachte Entwicklung von halbkernigen Triton- und Fischembryonen. Sie entstammt einer berühmten Gelehrtenfamilie; sowohl ihr Vater Oscar wie ihr Onkel Richard Hertwig arbeiteten auf dem Gebiet der vergleichenden Anatomie und Embryologie. ◊ Der Privatdozent *Friedrich Eggers* wurde außerordentlicher Professor der Zoologie an der Universität Kiel. ◊ Der Direktor des Instituts für Pflanzenzüchtung der Preußischen Landwirtschaftlichen Versuchs- und Forschungsanstalten in Landsberg an der Warthe *Gustav Bredemann* wurde Direktor des Hamburger Staatsinstituts für angewandte Botanik.

Literatur Ein Nachschlagewerk über Biologie im weitesten Sinn gab M. G. C. Hirsch in Utrecht in seinem *Index Biologorum* heraus, der etwa 12 000 Biologen und 2000 biologische Institute aufzählt. Anatomie, Physiologie, Biochemie, Zoologie und Botanik sowie alle verwandten Wissenschaften sind in dem Index berücksichtigt. ◊ Im Verlag J. F. Bergmann in München erschien die *Euvalistische Biologie*, ein Buch »zur Grundlegung der Kultur« von *Karl Camillo Schneider*, das unter Berücksichtigung weiter biologischer Gesichtspunkte ins philosophische Gebiet hinüberreicht.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Marx-Engels-Archiv Der 1. Band der Marx-Engels-Gesamtausgabe, dessen Erscheinen D. Rjasanow, der Leiter des Marx-Engels-Archivs, in der vor etwa Jahresfrist veröffentlichten Eröffnungsnummer der Zeitschrift des Marx-Engels-Archivs angekündigt hatte, ist jetzt herausgekommen /Frankfurt, Verlagsgesellschaft Marx-Engels-Archiv/. Das 1. Heft der genannten Zeitschrift, die neben dieser Gesamtausgabe ergänzend einhergehen soll, bringt einen noch ungedruckten Abschnitt des Marxschen Manuskripts über die deutsche Ideologie, der in frappanter Weise zeigt, wie weit damals schon, im Jahr 1844, Marx in der Formulierung seiner neuen Geschichtsauffassung vorgeschritten war, und welche wichtige Rolle die kritische Abrechnung mit der Ideologie des Junghegelianismus in seinem geistigen Entwicklungsprozeß damals spielte. Des weitern werden aus dem Marxschen Nachlaß der Brief, in dem Wjera Sassulitsch ihn 1881 über seine soziale Einschätzung des russischen Mir interpellierte, und Marx' verschiedene Entwürfe zu dessen Beantwortung veröffentlicht. Größere selbständige Abhandlungen, darunter eine eingehende Arbeit Rjasanows über die Entstehung der Internationalen Arbeiterassoziation, füllen 100 Seiten des Hefts. Der Abschnitt Literatur bringt Besprechungen neuer ökonomietheoretischer und geschichtsphilosophischer Schriften wie Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Den Abschluß bildet auf 100 eingedruckten Spalten eine umfassende Bibliographie der seit Kriegsbeginn über Marx, Engels und den Marxismus veröffentlichten Schriften.

Rjasanows Name ist in Deutschland als der des Verfassers des vorzüglichen Sachregisters zu Kautskys Volksausgabe des 1. Bands des Kapitals seit langem bekannt. Schon ein halbes Jahrzehnt vor dem Erscheinen dieser wertvollen Arbeit war er von der Karl-Menger-Bibliothek in Wien mit einem Auftrag zur Herausgabe von Dokumenten zur Geschichte der Internationale betraut worden. 2 Bände davon sind erschienen. Seine historischen Nachforschungen führten ihn zur Entdeckung »einiger hundert noch unbekannter« Marxscher und Engelsscher Artikel, darunter »zahlreicher geradezu glänzenden Arbeiten«. Als er dann 1922 in Rußland die Herausgabe der gesamten Schriften Marx' und Engels' übernahm und zu diesem Zweck

an eine Sammlung auch des handschriftlichen Nachlasses heranging, stieß er beim Einblick in das Material, das er bei Eduard Bernstein und im Berliner Parteiarchiv fand, bereits auf eine solche Fülle neuen Stoffs, daß zu seiner Wiedergabe in den Grenzen der geplanten russischen Ausgabe nicht Raum gewesen wäre. So entstand der Plan einer internationalen Gesamtausgabe, die die Schriften, Briefe und sonstigen Dokumente in der Sprache, in der sie geschrieben waren, also vorwiegend deutsch, zum Abdruck bringen sollte. Die Kosten für dieses auf 42 Bände veranschlagte Riesenwerk, ebenso wie für das in Verbindung damit begründete Marx-Engels-Archiv übernahm die russische Regierung. Die soziale und sozialistische Bibliothek des Instituts zählt nach dem Bericht bereits 175 000 Bände, von denen 13 000 auf die politische Ökonomie, etwa ebenso viele auf den Sozialismus, 18 000 auf die Philosophie, 60 000 auf die Geschichte Deutschlands, Frankreichs und Englands entfallen. Marx' und Engels' Schriften (darunter die Erstausgaben) sind mit 1450 Exemplaren vertreten. Neben der Bibliothek besteht noch ein Marx-Engels-Archiv im engeren Sinn, das in erster Reihe der Vorbereitung der Gesamtausgabe dienen soll und in photographischen Aufnahmen eine Reproduktion der im Berliner Archiv oder sonstwo gefundenen Marx-Engelschen Originalmanuskripte bietet. So sei eine Basis geschaffen, die es ermöglicht »Marx' und Engels' Lebenswerk, ihre theoretischen und praktischen Leistungen, ihre wissenschaftliche und politische Laufbahn historisch kritisch auf einer viel breiteren und positiveren Grundlage zu rekonstruieren als es bisher geschah«. Ferner gibt das Institut früher veröffentlichte Einzelschriften heraus, die der sozialistischen Propaganda und Aufklärung dienen sollen. In den letzten 3 Jahren sind 39 Bände dieser philosophisch-ökonomischen und sozialistischen Bildungsliteratur publiziert worden. Die Marx-Engels-Gesamtausgabe, die 42 Bände umfassen soll, wird sich in 4 Hauptabteilungen gliedern. Die 1., 17 Bände stark, umfaßt, in 13 Bänden, alle von Marx und Engels bis zum Jahr 1862 veröffentlichten Bücher und Broschüren, ihre Briefe sowie unveröffentlichte Arbeiten, woran sich, in 4 Bänden, das Material aus der Zeit der Internationale /1864 bis 1876/, die Aufsätze und Bücher Engels' von 1876 bis zu seinem Tod schließen sollen. Die 2. Abteilung, in 13 Bänden, ist allein dem Kapital und

den dazu im Nachlaß aufgefundenen Vorarbeiten reserviert. Die 3. bringt, im Unterschied zu Eduard Bernsteins Ausgabe, den Briefwechsel zwischen Marx und Engels unverkürzt sowie alle sonstigen Briefe der beiden, die in der 1. Abteilung noch nicht publiziert sind. Ein ausführliches Sach- und Namenregister zur Gesamtausgabe soll in 2 Bänden den Abschluß bilden.

Ob nach Franz Mehrings im Dietzschens Verlag herausgegebenen 3 Bänden des Marx-Engelsschen Nachlasses das auf so gewaltige Dimensionen eingestellte Unternehmen im Bild des geistigen Entwicklungsgangs der beiden noch erhebliche neue Züge aufzudecken vermag, wird abzuwarten sein. Vieles interessante historisch-biographische Detail ist jedenfalls zu erwarten. Nur wird man, wie schon der vorliegende, 712 Seiten umfassende 1. Halbband zeigt, der noch ohne Eingehen auf Engels allein die Marxschen Jugendarbeiten bis einschließlich der Deutsch-Französischen Jahrbücher berücksichtigt, vor einem Überwuchern archivalischer Interessen auf der Hut sein müssen. So ist die von Mehring in der Hauptsache schon publizierte Marxsche Doktorarbeit über die Philosophie des Epikur vom Jahr 1841 nicht nur in extenso abgedruckt, es folgen hier noch 50 Seiten Marxsche Vorarbeiten und Anmerkungen zu dem Thema, die beweisen, was aus der Dissertation selbst schon zur Genüge hervorgeht, wie intensiv der noch ganz unter Hegelschem Einfluß stehende jugendlich geniale Stürmer sich damals in das Studium der griechischen Philosophie versenkte. So auch, wenn auf 60 Seiten das Manuskript dem Leser vorgeführt wird, in dem Marx ein paar Jahre später eine lange Paragraphenreihe der Hegelschen Staatsrechtslehre kritisch erörtert. Bei aller Polemik gegen die Widersprüche, die im Begriff der konstitutionellen Monarchie enthalten seien, tragen Grundauffassung und Sprache auch hier noch durchaus Hegelsches Gepräge. Ein durch geeignete Zitate ergänztes Resümee, das nur einen Bruchteil des Raums in Anspruch nähme, hätte, scheint es, zur Orientierung des Lesers gleiche Dienste tun können. Die Beiträge, die Marx, damals noch ohne jede Fühlungnahme mit dem Sozialismus, als Redakteur der 1842 in Köln gegründeten Rheinischen Zeitung veröffentlichte, gegenüber der Mehring'schen Ausgabe erheblich vervollständigt, nehmen 200 Seiten in Anspruch. Es folgt die Wiedergabe der beiden bedeutenden

und vielzitierten Marxschen Aufsätze in den Deutsch-Französischen Jahrbüchern: Zur Judenfrage und Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in denen sich die große Revolution seines Denkens, die Abstoßung ideologischer Fesseln des Junghegelianismus in machtvoller Weise ankündigt.

Die Einleitung, in der der Herausgeber über die Quellen, die ihm für diesen 1. Halbband zu Gebot standen, eingehend Auskunft gibt, bringt darüber hinaus noch mancherlei sonst Interessierendes. Da liest man zum Beispiel, daß Marx bei seinem Eintritt in die Redaktion, zum Zweck der Selbsterhaltung des Blattes, zunächst alle radikalen Attacken vermieden habe. Er strich da nicht selten in den Artikeln seiner Berliner Korrespondenten, die dem Kreis der Freien angehörten, und kam mit ihnen darum in Konflikt. In einem Schreiben des preussischen Zensurministers an Friedrich Wilhelm IV vom Dezember 1842 fand der Herausgeber sogar die lobende Erwähnung: daß der Ton der Rheinischen Zeitung »besser« geworden sei. Dann aber, als nach einer kurzen Frist der Zurückhaltung die neue Regierung zu um so schärferen Verfolgungen einsetzte, als in Preußen die Leipziger Allgemeine Zeitung und auf Betreiben Preußens Arnold Ruges Deutsche Jahrbücher in Sachsen verboten wurden, tritt Marx mit allem Nachdruck gegen diese Übergriffe in die Schranken, worauf dem Blatt alsobald der Ukas zugeht, daß es vom 1. April ab nicht weiter erscheinen dürfe. Im folgenden Sommer, den Marx, seine Heirat mit Jenny von Westphalen vorbereitend, größtenteils in Kreuznach zubringt, beginnt nach Rjasanow der Prozeß seiner revolutionären Umbildung. In jene Zeit fallen die Vorarbeiten zu den ein Jahr später niedergeschriebenen Kritischen Studien zur Hegelschen Staatstheorie, die erste Konzeption des Aufsatzes Zur Judenfrage und die in den Deutsch-Französischen Jahrbüchern abgedruckten, von äußerstem Radikalismus erfüllten Briefe an Ruge, deren letzter, wie Rjasanow vermutet, nachträglich vertieft und umgeändert, ein Programm der neuen Zeitschrift entwirft, das über Ruges Intentionen weit hinausgeht. Im November 1843 siedelt Marx nach Paris über, das dem stürmischen Tempo seiner geistigen Fortbewegung neue gewaltige Antriebe zuführt. Charakteristisch für die Stimmung, die dort die Berührung mit sozialistischen Arbeiterkreisen in ihm auswirkte, und für die Gedanken-hintergründe, in die er seine Eindrücke

hineinverwob, ist eine von Rjasanow mitgeteilte Notiz aus jener Zeit: »Wenn die kommunistischen Handwerker sich vereinen, so gilt eben zunächst die Lehre, Propaganda etc. als Zweck. Aber zugleich eignen sie sich dadurch ein neues Bedürfnis, das Bedürfnis der Gemeinschaft, an, und was als Mittel erscheint, ist zum Zweck geworden. Diese praktische Bewegung kann man in ihren glänzendsten Resultaten anschauen, wenn man sozialistische französische ouvriers vereinigt sieht, Rauchen, Trinken, Essen etc. sind nicht mehr da als Mittel der Verbindung oder als verbindende Mittel. Die Gesellschaft, der Verein, die Unterhaltung, die wieder die Gesellschaft zum Zweck hat, reicht ihnen hin; die Brüderlichkeit der Menschen ist keine Phrase sondern Wahrheit bei ihnen, und der Adel der Menschheit leuchtet uns aus den von der Arbeit verhärteten Gestalten entgegen.«

Der demnächst zu erwartende 2. Halbband wird die Schriften und Briefe Engels' bis zu dessen Begegnung mit Marx in Paris enthalten.

Marxpopularisierung

Die Gründe, die der Leserzahl des 2. und des 3. Bandes des Kapitals im Ver-

hältnis zu der des 1. enge Grenzen ziehen, liegen nicht in den größeren theoretischen Schwierigkeiten der hier behandelten Probleme, vielmehr in dem Umstand, daß Marx' Zergliederung des kapitalistischen Produktionsprozesses auf Grund seiner Wert- und Mehrwerttheorie, durch eindrucksvollste historische Darstellung ergänzt, dem 1. Band eine unvergleichliche, in der lebendigen Geschichte des Sozialismus überall nachwirkende Bedeutung gibt. Der Konzentration und quellenden Fülle des Marx'schen Denkens, die sich hier entfaltet, entspricht die kraftvoll plastische Gedrungenheit der Sprache, die zugleich mit dem Verstand die Phantasie des Lesers in ihren Bann zieht. So tief sein Denken gräbt, so treffsicher prägnant bleibt überall der Ausdruck. Ein großer Teil dessen, was die aus dem Nachlaß zusammengestellten weiteren 2 Bände oft in großer Breite und mit vielen Wiederholungen ausführen, tritt hier bereits in knappen, aber darum nicht weniger aufschlußreichen Hindeutungen auf. Wer den Gedankengang des 1. Bandes recht begriffen hat, dem ließe sich das Wesentliche der beiden anderen Bände im Rahmen eines knappen Überblicks leicht verständlich machen. Das auf eine Popularisierung des 2. Bandes abzielende wert-

volle Buch Karl Renners Die Wirtschaft als Gesamtprozeß und die Sozialisierung /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/ würde bei starken Kürzungen und Ausmerzungen der aus dem 2. Band herübergenommenen Buchstabenformeln seinem Zweck noch wirksamer dienen. Welche Bedeutung immer einzelne Parteien der Nachlaßbände in der Gesamtstruktur der Marx'schen ökonomischen Theorie haben mögen, das Fehlen einer die einzelnen Abschnitte in organisch lichtvoller Form zusammenfassenden Gesamtdarstellung aus Marx' eigener Feder stellt da den Leser vor schwer zu erfüllende Forderungen. Die Verdeutschung der Fremdwörter und Zitate, auf die sich die jetzt veröffentlichte, von Karl Kautsky besorgte Volksausgabe des 2. Bandes /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/ beschränkt und auch beschränken muß, kann zur Erleichterung des Studiums nur wenig beitragen.

In Kautskys Vorwort, in dem er zunächst über die Arbeiten zu dieser Ausgabe berichtet, wird besonders sein Hinweis darauf interessieren, daß die Sozialdemokratie bei ihrem kraftvollen politischen Aufstieg, ihrem erhöhten Einfluß auf die Regierung speziell auch den Fragen des kapitalistischen »Zirkulationsprozesses« wachsende Aufmerksamkeit werde zuwenden müssen, und daß der 2. und der 3. Band des Kapitals, die wesentlich von diesem Problemkreis handeln, insofern aktuelle Bedeutung auch für politische Maßnahmen erhalten.

Kurze Chronik Der von der Internationalen Kommission für geistige Zusammenarbeit eingesetzte

Ausschuß zur Vorbereitung einer *Bibliographie der Volkswirtschaft*, der am 24. Januar in Paris tagte, beschloß nach einem Referat Friedrich von Gottl-Ottlilienfelds die Zusammenstellung der Bibliographie geeigneten Organen der einzelnen Länder oder Sprachgebiete zu übertragen. Gewählt wurden für Frankreich und Rumänien die Revue de l'Économie Politique, für Deutschland, Holland und die skandinavischen Länder das Weltwirtschaftliche Archiv, für das britische Reich und die übrigen Länder der englischen Sprache außer den Vereinigten Staaten die London School of Economics, für Italien und Griechenland das Giornale degli Economisti, für Spanien und Lateinamerika die Espana Economica y Financiera. Die Bibliographie der Vereinigten Staaten wird im Einvernehmen mit der Amerikanischen Kommission für geistige Zusammenarbeit her-

gestellt werden, die übrigen Länder sollen ihre Bibliographien direkt dem Institut einschicken. ◊ Im September wurde in Breslau eine *Vereinigung schlesischer Nationalökonomien* gegründet, die der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis dienen soll. ◊ In *Heidelberg* wurde Mitte Mai das neue Institut für Zeitungswesen mit einem Festakt in der Universität eröffnet. ◊ Der Privatdozent für Soziologie und Religionswissenschaft in Köln *Paul Honigsheim*, der seit 1920 die Kölner Volkshochschule leitet, wurde dort auch Professor an der Universität. ◊ Der Kieler Privatdozent *Rudolf Stucken* wurde Extraordinarius für Nationalökonomie, Finanzwissenschaft und Statistik an der Universität Erlangen. ◊ Dem Grazer Professor *Eduard Lukas* wurde das Ordinariat für Volkswirtschaftslehre und Statistik an der Universität Tübingen als Nachfolger *Walter Euckens* übertragen. ◊ Als Nachfolger *Julius Landmanns* übernimmt der bisherige außerordentliche Professor in Heidelberg *Edgar Salin* das Ordinariat für Nationalökonomie an der Universität Basel. ◊ An der Universität Frankfurt *habilitierten* sich *Paul Flaskämper* für Statistik und *Hermann Großmann* für Volkswirtschaftslehre, an der Universität Köln *Walter Däbritz* für wirtschaftliche Staatswissenschaften, *Wilhelm Hermanns* in Aachen, der lange Jahre als Redakteur in der rheinischen Presse tätig war, habilitierte sich an der Technischen Hochschule dort für das Fach der Zeitungskunde, *Siegmund Gargas*, der nach dem Münchener Fechenbachprozeß aus Deutschland nach Holland flüchten mußte, habilitierte sich in Amsterdam für Geschichte der Nationalökonomie.

Literatur

Eine eingehende Arbeit *Paul Kellers* in den von *Manuel Saitzew* herausgegebenen *Zürcher Volkswirtschaftlichen Forschungen* /Zürich, Girsberger & Co./ behandelt *Louis Blanc*, besonders seine für die Entwicklungsgeschichte des modernen Sozialismus bedeutungsvolle Schrift *L'organisation du travail*. Das ideologisch moralisierende Moment, das in der Begründung des Blancschen Reformprojekts eine solche Rolle spielt, wie die Unklarheit, die bei ihm über das Verhältnis der von ihm empfohlenen Assoziationen zum Staat waltet, hebt der Autor nachdrücklich hervor; ebenso die weitgehenden Anregungen, die Lassalle für seine Idee der Produktivassoziationen von ihm empfing.

KUNST

Musik / Max Buttling

Elektrische Instrumente In den letzten Monaten sind der breiten Öffentlichkeit 2 neue Musikinstrumente

bekannt geworden, deren Eigentümlichkeit darin besteht, daß sie Töne auf elektrischem Weg erzeugen. Wir kennen bisher nur Instrumente mit fixierbaren Tonhöhen, bei denen der Ton entweder durch Schlagen oder Streichen gespannter Saiten oder durch Anblasen umschlossener Luftsäulen erzeugt wird. Bei diesen beiden neuen Instrumenten werden mittels der Kathodenröhre als Schwingungserreger Töne hervorgebracht. Die beiden Instrumente sind in mancher Beziehung recht verschieden von einander, aber die wenigen gemeinsamen Grundlagen sind es gerade, die unser größtes Interesse wachrufen. Dies Interesse konzentriert sich um die Tatsache, daß es für die neuen Instrumente die Grenzen überhaupt nicht gibt, die bei jedem ältern eine große Rolle spielten. Man kann mit dem neuen Instrument einmal alle Töne hervorrufen, die es überhaupt gibt, ja, noch mehr, man kann noch nicht und nicht mehr erkennbare Töne einstellen. Die Töne können ebenso im kaum wahrnehmbaren Pianissimo wie im allerstärksten Fortissimo erklingen. Innerhalb der höchsten und tiefsten Töne ist eine genaue Einstellung möglich; das Hervorrufen von Viertel-, Drittel-, Sechstelnoten, kurz der kleinsten Intervalle, ist ebenso einfach wie das Spielen in reiner oder irgendeiner temperierten Stimmung. Schließlich sind die Möglichkeiten der Darstellung verschiedener Klangfarben einfach unbegrenzt. Bekanntlich sind Klangfarben abhängig von Zahl und Art der Obertöne; die Gesetze ihres Aufbaus sind bekannt. Es ist lediglich eine Frage der Laboratoriumsarbeit, wann wir vom elektrischen Instrument die Klangfarben aller Orchesterinstrumente zu hören bekommen. Das eine der neuen Instrumente stammt von *Jörg Mager*. Mager, geboren 1880 in Eichstädt, war Volksschullehrer und Kantor. Die Verstimmung der Orgel erweckte sein Interesse für Klangkombinationen und veranlaßte ihn Vierteltonpfeifen und das erste Vierteltonharmonium zu konstruieren. Durch Kenntnis der Untersuchungen *Cahills* kam er zur Verwendung elektrischer Tonmembrane. Dank der Unterstützung der *Heinrich-Hertz-Gesellschaft*, des *Telegraphentechnischen Reichsamts* und des *Reichsrundfunks* konnte er in den letzten Jahren

seine Arbeiten weiterführen. Sein Sphärophon war in seiner ersten Gestalt ein primitives, einstimmig spielendes Instrument. Inzwischen ist aber das Kaleidosphon geschaffen worden. Das Ziel Jörg Magers ist sicher die Herstellung einer Art Orgel, die über unermessliche Möglichkeiten an Klangfarbenmischungen wie an Ton- und Intervalldifferenzierungen verfügen müßte. Es ist bereits gelungen die Spielart in Form unserer Klaviertechnik mit Tastatur in Ganz- und Halbtontasten herzustellen; demnächst sollen Vierteltonstasten hinzugefügt werden.

Das andere Instrument wurde von dem Professor am Staatlichen Physikalischen Institut in Petersburg *Leo Theremin* konstruiert. Dieses, Thereminvox genannt, wirkt dadurch eigenartig, daß die Hand des ausführenden Künstlers als elektrizitätsleitender Körper gleichsam mit zur Apparatur gehört. Die Tonhöhen, Tonstärken, der Ausdruck des Tons werden durch Annähern, Entfernen oder Bewegen der Hand erreicht. Dadurch ist zwar eine außerordentliche Verschmelzung von Spieler und Instrument erreicht, andererseits aber besteht eine Unexaktheit in der Darstellung der Tonhöhen. Dieses Instrument ist einstweilen wohl nur für einstimmige Musik verwendbar.

Es muß vor allem betont werden, daß beide Instrumente gespielt werden müssen. Mit dem, was wir heute unter mechanischer Musik verstehen, hat die Erfindung nichts zu tun. Es sind neue Instrumente entstanden, deren sich unsere Komponisten bei der Darstellung ihrer Werke in Zukunft bedienen können. Ist es nun gerechtfertigt, wenn angesichts dieser Erfindungen eine völlige Umwandlung der Musikausbildung oder gar der Musik selbst prophezeit wird?

Zweifellos sind beide Erfindungen ganz große Taten, denen gegenüber höchste Begeisterung am Platz ist. Die Ingenieure werden aber noch lange und viel arbeiten müssen, ehe die Instrumente zur Reproduktion genügen oder gar zu völlig neuartiger Produktion anregen werden. Es erscheint auch unwahrscheinlich, daß die Entwicklung der Musik als Kunst durch die Erfindung übermäßig beeinflußt werden soll. Wenn die Instrumente wirklich zu dem ausgebaut werden können, was wir auf Grund der Erfindung an sich erwarten, dann werden wir einst über eine gewaltige, heute kaum vorstellbare Orgel verfügen, die übrigens sehr wenig Raum und ebenso wenig elektrische Kraft beansprucht, und über ein Soloinstrument, das in der Lage ist dem differenziertesten Ausdruckswil-

len seines Spielers nachzugeben. Eine solche Orgel ist gewaltiger als unsere heutigen, aber im Grunde ihnen ähnlich. Daß ihre Töne nicht durch Anblasen von Luft sondern mittels einer Kathodenröhre erzeugt werden, hat auf die Kunst keinen Einfluß. Und die Thereminvox kann uns eine Art Geige bedeuten, nur umfangreicher und differenzierter. Zwingend ist die Vorstellung von einer völlig neuen Musik also nicht. Andererseits ist sie nicht unmöglich. Vielleicht kommt eine Zeit, wo der Künstler an der Thereminvox in persönlichster Art vor dem Publikum improvisiert. Die Komponisten schreiben nicht mehr, also gibt es keine Interpreten; Musiker und Instrument verschmelzen und sprechen unmittelbar zum Hörer. Das sind vorerst freilich müßige Prophezeiungen. Und ihre Erfüllung verlangt noch obendrein eine unerhört subjektive und romantische Kunst, eine Kunst, deren größter nur denkbarer Gegensatz die mechanische Musik wäre. Es ist für unsere Tage bezeichnend, daß man sich gleichzeitig für beide Stile begeistern kann. Aber auch schon die viel näherliegenden Möglichkeiten, daß durch eine Orgel im Sinn Magers nur die Viertelöne oder die Klangmischungen herrschende Faktoren einer neuen Musik werden, sind mit Vorsicht zu erwägen. Die ganz überwiegende Mehrzahl unserer jungen Komponisten sieht die stilistische Entwicklung anders, steht dem Melodischen und Polyphonen näher als dem Akkordlichen. Entscheidendes für die weitere Zukunft wird man sicher nicht voraussagen, daher auch nicht angeben können, wann die Entwicklung der Kunst von den (natürlich noch weiterentwickelten) neuen Instrumenten Gebrauch zu machen fordern wird.

Gemeinschaftsmusik - Das Neue Werk betitelt sich eine Sammlung leicht ausführbarer Musikstück-

chen, die in besonderer Hinsicht auf das Musizieren der Musikantengilden geschrieben worden sind. Über die Jugendbewegung und die Musikantengilden wurde bereits im vorigen Jahr in dieser Rundschau (1926 Seite 349 und folgende) berichtet. Inzwischen fand die für die Gilden besonders wichtige Tagung in Baden-Baden statt, die gleichzeitig mit dem Fest der deutschen Kammermusik abgehalten wurde. Zum erstenmal lernten hier die Vorkämpfer für die neue Kunstmusik die Musikantengilden und ihre Arbeit aus eigener Anschauung kennen. Und wenn auch gerade bei einem solchen ersten Kennenlernen die Gegen-

sätze sehr deutlich hervortreten mußten, so konnte andererseits ein gegenseitiges Interesse nicht ausbleiben. Das Problem, das die Komponisten dabei bewegt, ist das, ob es möglich ist den Gilden für ihre Zwecke neue Musik zu schaffen. Die Musik muß technisch leicht spielbar sein, sie muß auf die zur Verfügung stehenden Instrumente Rücksicht nehmen und schließlich in inhaltlicher Beziehung dem Ideenkreis nahe stehen, aus dem die Spielfreudigkeit der Gilden entspringt. Denn wollte man etwas schaffen, was den Gilden nur leicht ausführbare Musik bedeutete, aber gerade in jenem Konzertgeist geschaffen wäre, der ihnen fremd ist, dann wäre der Sache nicht geholfen. Der Weg, der hier möglich ist jungen musikbegeisterten Menschen Musik unserer jungen Komponisten zu geben, ist zweifellos vom kulturellen Gesichtspunkt sehr erfreulich. Aber er wird doch nur Resultate schaffen, wenn beide Seiten einander freiwillig näher kommen. Der Verlag B. Schotts Söhne in Mainz hat mit dem Verlag Georg Kallmeyer in Wolfenbüttel, der seit langem für die Musikantengilden veröffentlicht, den ersten praktischen Versuch in dieser Richtung gewagt. Paul Hindemith, Fritz Jöde und Hans Mersmann sind die Herausgeber dieses neuen Werks der Gemeinschaftsmusik für Jugend und Haus. Erschienen sind bisher Werke von Paul Hindemith und Ludwig Weber. Weber steht seit langem mitten in der Arbeit für die Jugendbewegung. Er hat ihr schon viele Kompositionen, besonders für kleine Chöre, zum Teil mit Begleitung einiger Instrumente, geschrieben. Seine in der genannten Sammlung veröffentlichten Hymnen für gemeinschaftliches Singen und Spielen sind feine Stücke, die seine große Erfahrung verraten. Ihnen nahe stehen Paul Hindemiths 3stimmige Lieder für Singkreise. Besonders interessieren aber die Versuche Hindemiths geeignete Instrumentalmusik zu schaffen. Denn dadurch, daß sie von einem gewissen kultischen Moment frei ist, das besonders den Werken Webers anhaftet, kommt sie durchaus nicht nur für bestimmte gerichtete Gesinnungsgemeinschaften sondern für alle Kreise, für Schule und Haus in Frage. Sind nun die 8 Kanons und die 9 Stücke im wesentlichen Schul- respektive Unterrichtsmusik, so liegen in den anderen 3 Bändchen echte Hindemiths vor, und damit wohl die ersten, für uns alle wichtigeren Lösungen der Frage. Hindemith schrieb 8 Stücke für Streichquartett, einzeln oder chorisch zu besetzen (Opus

44III), und 5 Stücke für Streichorchester (Opus 44IV), beide Werkchen in der ersten Lage für Fortgeschrittenere; außerdem eine Spielmusik für Streichorchester, Flöten und Oboen (Opus 43I). Es ist unbefangene, reizende Musik, die dringend empfohlen werden muß. Freilich nur dort, wo bei aller Musizierfreudigkeit Sinn für eine gewisse Stränge in der Kunst herrscht. Die 3 Sätzchen der Spielmusik vor allem sollten auch erwachsenen Dilettanten Freude machen. Aus diesen ersten Versuchen scheint eins hervorzugehen: Wenn die Komponisten leicht spielbare und dabei gute Musik schaffen sollen, dann müssen sie doch die Möglichkeit haben ihre Eigenart zu bewahren. Wenn die Musikantengilden diese Musik spielen wollen, dann müssen sie bereit sein dem Charakter des Autors entgegenzukommen. Es wäre sicherlich ein großer Gewinn, wenn mehr solche Jugend- und Hausmusik entstünde.

Tagungen Die Staatliche Akademie für Kirchen- und Schulmusik hatte Ende April einen Kongreß einberufen. Er war hauptsächlich katholischer Tonkunst gewidmet. Eine Reihe von Vorträgen beschäftigte sich mit der Ästhetik des Gregorianischen Chorals, dem deutschen Kirchenlied, der Orgel als Kult- und Konzertinstrument und andern. Den Vorträgen folgten Chorkonzerte in Kirchen. Vom 31. Juli bis zum 6. August fand in Frankfurt innerhalb der Ausstellung Musik im Leben der Völker (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 683 und folgende) eine *Arbeitermusikwoche* statt, in der sich die großen Arbeiterchöre in bedeutenden Aufführungen betätigten. Sie schloß mit einem internationalen Volksliederabend, auf dem eine Reihe internationaler Chöre Volkslieder in ihren Sprachen zu Gehör brachten. Im Verlauf der Arbeitermusikwoche hielt der Sozialistische Kulturbund dort eine Konferenz ab, auf der Leo Kestenberg über die Sangsbewegung der Massen sprach. Die Arbeiterschaft lehne sich gegen die artistische Musikkultur auf, wolle Musik als Gemeinbesitz. Mitte August war in Frankfurt im Beethovensaal der Musikausstellung eine *Musikpädagogische Tagung* einberufen worden, die der Reichsverband deutscher Musiklehrer und Tonkünstler veranstaltet hatte. Sie war dem Problem der musikalischen Erziehung gewidmet. Wie der Frankfurter Professor Walter Otto hervorhob, habe die Frankfurter Ausstellung die Musikeinheit Europas bewiesen.

Totenliste

Am 29. April starb der Berliner Musikkritiker *Leopold Schmidt*, im Alter von 67

Jahren. Schmidt war ursprünglich Kapellmeister, promovierte dann und war seit 1897 am Berliner Tageblatt als Kritiker tätig. Abgesehen von seinen Kritiken veröffentlichte er auch Biographien Haydns, Mozarts, Beethovens, Meyerbeers; sowie eigene Kompositionen.

Am 2. Juni starb in Zürich einer der für die Musikentwicklung der Stadt verdienstvollsten Musiker, dessen Name als Chorkomponist in aller Welt bekannt ist: *Friedrich Hegar*. Er war Baseler, studierte in Leipzig Musik, wurde Konzertmeister in Berlin (bei Bülse), dann in Zürich und übernahm in den sechziger Jahren die Führung des Gemischten Chors und des Orchestervereins Zürich. 1876 gründete er eine Musikschule, aus der das heutige Konservatorium hervorgegangen ist. Hegar hat viele Kompositionen veröffentlicht, aber allein seinen Chören ist größerer Erfolg beschieden gewesen. Die Männerchorballaden Totenvolk, Schlafwandel, Kaiser Karl in der Johannisnacht und viele andere rechnen heute noch zu den Glanzstücken der Männerchorliteratur, bis zu der Hymne an die Freundschaft, die der 85jährige Komponist einem 80jährigen Freund 1 Jahr vor seinem Tod widmete.

Nach schwerem Leiden starb am 13. August in Stuttgart während eines Ferienaufenthalts der Ordinarius für Musikwissenschaft an der Universität Berlin *Hermann Abert*, im Alter von 56 Jahren. In früher Jugend war es sein Wunsch gewesen gleich seinem Vater Kapellmeister zu werden. Er mußte ein Brotstudium ergreifen. Aber durch die Philologie kam er zum Studium der antiken Musik, promovierte mit seinem ersten bedeutenden Werk *Die Lehre vom Ethos in der griechischen Musik*, wandte sich als Hallenser Dozent der mittelalterlichen Musik, dann der Musikästhetik des 18. Jahrhunderts zu. Das Hauptwerk Aberts ist die 1919 veröffentlichte *Mozartbiographie*. Sie gilt als eines jener seltenen biographischen Werke, die grundlegend für die Erforschung einer ganzen Kulturepoche bleiben. Er faßte Mozart in neuer Art auf.

Der frühere Dirigent des Berliner Lehrgesangsvereins *Felix Schmidt* wurde am 3. September auf einem Spaziergang in Berlin vom Tod ereilt. Schmidt ist 79 Jahre alt geworden. Er war ursprünglich Sänger. Unter seiner Leitung wurde der Berliner Lehrgesangsverein einer der besten deutschen Männerchöre.

Kurze Chronik Ein *Preisausschreiben* für moderne Hausmusik veranstaltet der Musikalienverlag Friedrich Hofmeister in Leipzig. Preise sind für je 1 Trio, 1 Duo und 1 Klavierstück ausgesetzt. Die eingereichten Werke sollen leicht spielbar sein, da sie hauptsächlich der privaten Musikpflege dienen sollen. ◊ Die Pianofortefabrik C. Bechstein in Berlin hat einen *Fonds* von 30 000 Mark zur Förderung bedürftiger musikalischer Talente gestiftet. ◊ Der Pariser Musikverlag Choudens brachte kürzlich eine Orchestersuite *Claude Debussys* *Der Triumph des Bacchus* heraus, die sich unter Debussys nachgelassenen Manuskripten vorfindet. Auch einige fertige Orchesterwerke befanden sich noch in diesem Nachlaß. ◊ Dostojewskijs *Memoiren* aus einem Totenhaus vertonte *Leos Janacek* zu einer 3aktigen Oper, zu der er selbst das Buch schrieb. ◊ Eine Komödie für Orchester schrieb *Ernst Toch*. Sie wird von Wilhelm Furtwängler uraufgeführt. ◊ *Libero Bonio* und *Edmondo Rossini* dichteten eine *Hymne der Arbeit*, die *Pietro Mascagni* in Musik setzte. Sie soll Bundeslied aller fascistischen Arbeiterorganisationen werden. ◊ In Berlin hat sich eine *Gesellschaft für phonetische Kritik* konstituiert. Gründer sind Guido Bagier, Rudolf Lothar, Klaus Pringsheim, Richard H. Stein, Frank Warschauer und Karl Westemeier. ◊ In München bildete sich eine *Vereinigung für zeitgenössische Musik*, die ein Winterprogramm mit Werken von Alban Berg, Max Butting, Paul Hindemith, Philipp Jarnach, Ernst Krenek und noch anderen ankündigt. ◊ Im Anschluß an die Tagung für Orgelkunst in Freiberg in Sachsen, die Anfang Oktober stattfand, ist unter dem Vorsitz Karl Straubes ein *Orgelrat* für Deutschland gegründet worden. ◊ Ein großes Musik- und Konzerthaus wurde in Paris erbaut. Es enthält einen Saal mit 3000 Plätzen, von dem durch bestimmte Vorrichtungen ein kleinerer für nur 1300 Plätze abgetrennt werden kann. Für Kammermusik sind 2 Säle für 500 und 200 Plätze vorhanden. 58 besondere Studienräume, die phonetisch untereinander abgeschlossen sind, sollen Proben für Solisten und Kammermusikensembles dienen. ◊ Ein bisher unbekanntes *Mozartporträt*, in einem farbigen Wachsmedaillon, wurde von Felix Stössinger angekauft. Es stellt Mozart in seinen letzten Jahren, mit schon krankem Gesichtsausdruck dar.

Literatur

Was an *Hans Mersmanns* Werk *Angewandte Musik-ästhetik* / Berlin, Max Hesse/ anfangs sympathisch, im Lauf des Studiums immer stärker wirkt und schließlich zu aufrichtiger Bewunderung zwingt, ist seine Klarheit. Restlos klar zu sein ist allerdings schon der Sinn jener Methode, die Mersmann wählt; aber die beherrschte Durchführung, die Selbstdisziplin des Autors ist, abgesehen vom Inhalt selbst, ein selten starker Eindruck für den Leser. Die Untersuchung konzentriert sich streng auf das selbstgegebene Kunstwerk und vermeidet es ebenso streng auf Eigenschaften des Werks einzugehen, die es erst in der Beziehung zum rezipierenden Menschen erhalten könnte. Dadurch entfällt die Erörterung psychologischer, physiologischer, metaphysischer und historischer Fragen. Die Erkenntnis der Faktorenreihe und Gesetzmäßigkeiten, die dem absoluten musikalischen Kunstwerk wesentlich sind, wird allein durchgeführt. Durch diese Methode rücken die musiktheoretischen Fragen stark in den Vordergrund. Ihre gründliche, nie ausweichende Bearbeitung war wohl nur einem Mann möglich, der in weitgehendem Maß Musiker und Wissenschaftler zugleich ist. Zweifellos sind diese Darlegungen für jeden der Musik Nahestehenden darum von besonderem Interesse. Die Konzentration (nicht etwa Begrenzung) auf das Kunstwerk selbst läßt die Probleme in neuem klaren Licht erscheinen, und eine wichtige Folgeerscheinung dieser Konzentration wie der Methodik ist die wahrhaft objektive Erfassung der Bedeutung des Details. Es wird überall geklärt, erkannt, nicht gedeutet. So nur war es möglich den überhistorischen Standpunkt dem gesamten Entwicklungsstoff gegenüber durchzuführen. Und eine weitere Folge ist die echt wissenschaftliche Toleranz; das Buch dient der Erkenntnis, nicht einer Lehre. Wie man auch zu den Einzelheiten aus dem reichen Inhalt des Werkes stehen mag, es ist an jeder Stelle wichtig. Die Untersuchungen über das Thema, den Stil, den Inhalt usw. sind auch gerade für unsere Tage von größtem Wert. Und wir haben allen Grund für das Erscheinen des Buchs dankbar zu sein; denn nicht nur entspricht seine Methodik der Form, die all unserm Schaffen von Tag zu Tag selbstverständlicher wird, sondern die objektive, ruhige Klärung der Wesenheit des Kunstwerks kann uns viel mehr helfen als der heftigste Streit der Meinungen.

Bühnenkunst / Gerhart Scherler

Modernes Vor- Die Taten, deren es wäh-
kriegsdrama rend der vergangenen Saison so viele im Berliner Staatstheater gab, lassen diesmal sehr auf sich warten. Als deren Ankündigung kann man die Aufführung des Schauspiels Else Lasker-Schülers *Die Wupper* nehmen. Das Werk ist schon fast 20 Jahre alt, und es war hohe, ja höchste Zeit, daß die Bühne des republikanischen Deutschlands sich auf ihre Pflicht besann. Mit der Inszenierung dieses Stücks fand Jürgen Fehling sein Eigentümliches und Bestes wieder, wie er es vollendet damals in Ernst Barlachs *Armen Vetter* schuf. Diese Stimmungsmomente verdichtet heute kein anderer Regisseur so auf der Bühne wie er. Man merkte es der Inszenierung an, mit welcher Freude der Regisseur am Werk war. Als seine Entdeckung konnte Fehling die alte, wundervolle Schauspielerin Alexandra Schmitt, die ein enttäuschungsreiches Künstlerleben hinter sich und hoffentlich nun ein um so reicheres und glücklicheres noch vor sich hat, endlich in der beachtenswerten Rolle der Mutter Pius herausstellen und ihr damit zu lange vorenthaltenem Erfolg und Ruhm verhelfen. In einer kleinern Rolle leuchtete Lucie Höllichs reifes Können auf. Die herbe Art Günther Hadanks gefiel sehr, und für Albert Florath war der alte Großvater Wallbrecker eine gute Rolle, er war lange nicht so gesammelt wie diesmal. Lucie Mannheim gab das mißhandelte Proletarierkind, ein triebhaftes Wesen mit der zarten Seele einer Elfe; es war ihr schönster Abend, solange wir sie auf der Bühne kennen.

Modernes Theaterstück Einen netten Beitrag für das moderne Theater lieferte Felix Joachimson mit seiner Komödie *5 von der Jazzband*, die das Berliner Staatstheater im Schillertheater auführen ließ. Der Vorteil dieses Stücks, das allerdings mit seinem bescheidenen Inhalt literarisch nicht besonders hoch zu werten ist, besteht in einigen hübschen theatralischen Einfällen. Wir lassen uns solch gut konstruiertes Libretto für die Schauspieler gern gefallen, wenn das Theater, wie hier das Schauspielhaus, in der glücklichen Lage ist uns mit einem, bis aufs kleinste vollkommenen Ensemble und einem wirklich einfallreichen Regisseur, Erich Engel, zu kommen. Die 4 fahrenden Musikanten, die 4 von der Jazzband, 3 Weiße und 1 Neger, innigst verbunden unter ein-

ander wie Blutsgesellen, erfahren, als sie ihrem Ensemble ein 5. Mitglied, eine charmante, hoffnungslos unmusikalische Frau hinzufügen wollen, daß dieses einzige weibliche Wesen die Gemeinschaft der 4 Männer ins Wanken bringt und damit die Existenz jedes einzelnen zu vernichten droht. Wie die Männer schließlich zu der Einsicht kommen, daß 4 hier mehr sind als 5, zeigt uns das Stück durch eine Reihe komischer Erlebnisse hindurch. Der Saxophonist, das Oberhaupt, ist Walter Franck, der mit dieser Rolle bewies, daß er ebenso viel Humor hat wie er uns als tragischer Held zu erschüttern weiß. Der Geiger Paul Bildt ist einfach großartig; wie er da einen leidenschaftlichen "Stehgeiger" mit einer zarten Ironie auf die Bretter stellt, das zeugt für eine außerordentliche Beobachtungsgabe. Franz Weber, der Pianist, ist inzwischen zu einem der besten Chargenspieler herangereift, und Veit Harlan als poetischer Nigger macht seine Sache, wie immer, gut. Außerdem ist noch die Frau: Maria Paudler. Wir sind schon lange von ihrem Charme entzückt, sie braucht nur auf der Bühne zu sein, um uns zu fesseln. Es lohnt sich solch Ensemble zu sehen. Eins nur ist nach dieser Aufführung als bedauerlich festzustellen: daß der Bühnenmaler Caspar Neher, der hier wieder so duftige, bewegte Bilder schuf, daß sich seinetwegen allein schon der Gang ins Theater lohnte, den Abschied genommen hat, weil man ihm in Berlin nicht die Position verschaffen konnte, die er beanspruchen darf.

Was Kurt Götz mit seinem *Hokuspokus* für das Berliner Komödienhaus schuf, ist aber schon mehr als eine witzige wirkungsvolle Theaterkomödie, ist die gefällige Zeitsatire eines scharf beobachtenden Mannes mit einer anständigen wahrheitsliebenden Gesinnung. Götz liebt es wie Shaw seine Pfeile auf ein ahnungslos sich amüsierendes Publikum abzuschießen, und er nimmt es mit all den pointierten Späßen und Dingen im Grunde genommen so ernst wie der Ire (die Rede des Verteidigers). Wenn man übrigens einen Vergleich heraufbeschört, wäre es vielleicht richtiger Götz mit Molière als mit Shaw zu vergleichen, denn seine Ironie, so ätzend sie oft ist, ist nicht so aggressiv wie bei dem Puritaner Shaw sondern mehr vom Herzen ausgehend und menschlich umfassend wie bei Molière, mit dem er auch das Theaterblut gemein hat (ohne natürlich an Größe und Bedeutung ihm nahezu-kommen). Götz ist auch sein eigener

Regisseur und Schauspieler, jedes gleich meisterhaft, unterstützt von Hermann Vallentin (Theaterdirektor und Verteidiger) als ebenbürtigem Partner, so daß auch eine flotte und erfolgreiche Aufführung zustande kam.

Shakespeare-drama Übermäßig lange hat man uns *Troilus und Cressida* vorenthalten. Jetzt, da es endlich in Berlin im Deutschen Theater unter der Regie Heinz Hilperts wiedererstand, wagt niemand mehr an der Berechtigung dieser "Ausgrabung" zu zweifeln, und ein täglich volles Haus bringt den besten Beweis für die Aktualität des Schauspiels. Es ist für unsere Tage unerhört lebendig. Aber nicht etwa als Gegenstück zum Homerischen Epos, als das es in der Regel gesehen wird. Es hat mit jenem Trojanischen Krieg im Grunde wenig zu tun. Es ist etwas, was immer wahr ist, von Shakespeare über die stofflich-historische Bedingtheit hinaus zu einem gewaltigen Menschheitsgemälde geschaffen. Die Fülle der Gestalten wirkt bei solcher vollendeten Durcharbeitung fast erdrückend, und wir vermögen das Ganze kaum zu überschauen, da es Nebenfiguren nicht zu geben scheint, jede Gestalt für sich unser ganzes Interesse in Anspruch nimmt. Und doch sind alle die Menschen, die vor uns treten, deren weisester (allein die Rede über die auctoritas) Ulysses, deren unser Mitleid am tiefsten bewegender Hector, deren aller böses Gewissen die Kröte (aus Zwang) Thersites ist, diese vielen Charaktere, und mit ihnen das zauberische Weib Helena, der Kuppler Pandarus und der Ehemann Menelaus, sind doch nur der Hintergrund des Gemäldes für den Helden des Stücks: Troilus, der ebenso gut Gegenstand des Spottes wie der Bewunderung sein kann: es kommt auf die Schebene des Betrachters an. Was Shakespeare gibt, ist die Entwicklung eines reinen und mutigen jungen Menschen. Das Liebeserlebnis oder besser der treulose Verrat der Cressida läßt den Jüngling zum Mann reifen. Er ist tapfer wie Hector, doch klüger und größer fast, denn er ist frei von Sentiments, wo die Tat allein gilt. Ulysses spricht es aus: »Mannhaft wie Hector, doch gefährlicher. Denn Hector, in des Zornes Glut, verschont Gefallne; während dieser, kampfbegeistert, blutdürst'ger trifft als eifersücht'ge Liebe. Man nennt ihn Troilus, und baut auf ihn die zweite Hoffnung, stark, wie Hector selbst.« Daß Matthias Wiemann den Troilus weich und tölpelhaft spielte,

war sehr verkehrt. Der Regisseur, der zwar eine geschlossene Vorstellung herausbrachte, war wie der Bühnenmaler nicht besonders erfindungsreich; von anfänglich guten Ansätzen blieb zum Schluß nur ein dürftiges Gerippe. Es war auch nicht richtig mit dem (erschütternden) Tod Hectors zu schließen und dem Pandarus den Schluß zu nehmen. Bei diesem Stück darf man in keinem Punkt konventionell fühlen. Vor dem übrigen Ensemble kann man sich nur respektvoll verneigen, man sah selten so viele künstlerische Persönlichkeiten im Einklang; Jakob Tiedtke als Pandarus, Hans Rehmann als Hector, Paul Otto als Ulysses, die anderen Männer aber nicht minder gut. Bei den Frauen enttäuschte etwas Margarethe Köppke als Cressida. Schön war die Helena der Gräfin Esterhazy, sehr schön. Blandine Ebinger war als Cassandra nicht recht am Platz.

Die Aufführung des *Heinrich IV* im Berliner Lessingtheater, unter Karl Heinz Martin, rückte den Prinzen Heinrich in den Mittelpunkt. Für unsere Zeit wohl mit Recht. Denn solche Helden können wir heute brauchen. Wir bekennen uns zu dieser Entschlossenheit zu Ruhm und Größe, die es sich erlauben kann zu leben in Sumpf, Skandal, Faulenzerei und dergleichen mehr, Sinn hat für Spaß und Rüpeleien und nicht untergeht bei all dem wüsten Treiben. Die gigantischste Szene ist der Kampf um Leben und Tod, um die Macht der beiden Edelsten im Volk: Percy und Prinz Heinrich. Welch eine Gesinnung verkündet sich hier: Heinrich zum sterbenden Percy: »Leb wohl und nimm dein Lob mit dir zum Himmel, es schlaf im Grabe deine Schmach mit dir und sei in deiner Grabschrift nicht erwähnt.« Um dieser einen Szene willen müßte man schon dieses Königsdrama auf die moderne Bühne bringen, und es war das wesentlichste Verdienst Martins aus dem Stück den für uns gültigen Inhalt herausgezogen zu haben. (Die menschlich tiefere Gestalt des Falstaff wurde hier beiseite geschoben. In anderen Zeiten, in denen die aktuelle Aufbauarbeit nicht so drängt, werden die leiseren Schwingungen des Vergehens und Verkommens wieder an unsere Sinne rühren können.) Vom Schauspielerischen her war die Lösung nicht immer glücklich. Was fehlte, war Atmosphäre. Eugen Klöpfers Falstaff war in seinem Humor reichlich forciert, mimisch am besten in den tragischen Momenten der Rolle. Ernst Deutsch gab dem Prinzen Heinrich eine

stolze königliche Haltung, als lustiger Kumpen Falstaffs war er viel zu steif. Paul Wegener als alter König weise und milde. Eine auffallende Leistung bot Johannes Riemann als Percy Heißsporn. Der Bühnenmaler Caspar Neher bewältigte seine Aufgabe mit Hilfe der Drehbühne in eindrucksvollen Bildern.

Totenliste Genau 81 Jahre alt, starb im Mai *Adolf Ernst*, dessen Name als origineller Komiker allen Berliner Theaterbesuchern vertraut ist. Er hatte in Berlin, nachdem er als Possenschauspieler bekannt geworden war, das Adolf-Ernst-Theater gegründet, in dem er neue, bedeutende komische Talente heranzog, so namentlich Guido Thielscher.

Ein trauriges Lebensschicksal spielte sich in dem Dasein des bedeutenden Sängers *Max Garrison* ab, der Anfang August im Schöneberger Krankenhaus in Berlin starb. Längst schon war seine abenteuerliche Existenz vernichtet, da er vor fast 2 Jahrzehnten wegen angeblichen Meineids zu Zuchthaus verurteilt worden war. Er stammte aus einem armen Haus; seine Eltern suchten sich in Amerika und Berlin durch ein Schneidergeschäft mühselig zu ernähren, und viele Jahre lang arbeitete auch Max Garrison als Zuschneider. Durch Zufall entdeckte ein italienischer Professor seine Gesangsgaben. Er wurde ausgebildet und machte rasch Karriere. An der Wiener Hofoper kreierte er den Tonio. Als Mahler die Leitung übernahm, kündigte er indes Garrison, und von da an verlor der Sänger den festen Halt. Er versuchte sich als Theaterdirektor in Berlin, bis infolge irgendwelcher Geschäftsmanipulationen die Katastrophe über ihn hereinbrach, die ihn vernichtete.

Am 4. September starb, 64 Jahre alt, in Berlin der Schauspieler *Josef Klein*, der seit 1900 an Berliner Bühnen tätig war. Er spielte klassische und moderne Rollen, unter anderm Fiesco, Henschel, Cyrano. Den Mitgliedern der Freien Volksbühne wird er durch manche hervorragenden Leistungen (so in Mongrès Vorkriegsgroteske *Der Arzt seiner Ehre*) in guter Erinnerung sein.

In den letzten Septembertagen starb in Breslau der einstmals berühmte Tenor der Dresdener Oper *Anton Erl*, 82 Jahre alt. Er war bereits seit 1912 in den Ruhestand getreten, nachdem er 42 Jahre lang als Sänger tätig gewesen war und eine unabsehbare Reihe von Tenorrollen verkörpert hatte. Er war vor allem als italienisch gebildeter Sänger ausgezeich-

net; seine Stimme trug bis in die höchsten Register. Er war einer der wenigen, die auch Koloraturen singen konnten; als Beppo im Fra Diavolo sang er der Zerline der Erika Wedekind mühe-los und vollendet ihre Koloraturen nach (wie außer ihm dies nur noch Julius Lieban vermochte, der in der gleichen Partie mit dem Gesang einer Emilie Herzog wetteiferte).

Kurze Chronik Firmin Gémier veranlaßte die Veranstaltung musikalischer Festspiele des *Welt-theaterbunds*. Für Mai 1928 ist die Auf-führung mehrerer Mozartopern unter der Leitung Bruno Walters und der Regie Ernst Reinhardts in Paris beschlossen worden. ◊ Das *Wiesbadener Staats-theater* konnte bei dem Weggang seines Intendanten Carl Hagemann, der seit 1920 Leiter der Wiesbadener Bühnen war, und seines Kapellmeisters Otto Klemperer auf eine glanzvolle Periode seiner Geschichte zurückblicken. Hage-mann hatte das Theater durch seine unermüdliche Arbeit, die Einstudierung von Werken des neuen Schaffens (so Hindemiths *Cardillac*) und alten unbe-kannten (so Verdis *Don Carlos*), den Geschmack seiner Inszenierungen und endlich durch die Berufung Klemperers als Dirigenten zu einer der hervor-ra-gendsten Bühnen Deutschlands gemacht. Auch das Haus wurde unter ihm nach dem Brand der Oper im Jahr 1923 mo-dern wieder aufgebaut, und das Resi-denztheater als besonderes Kleines Haus der Oper angegliedert. An seine Stelle trat Paul Bekker aus Kassel, an Klem-perers Joseph Rosenstock aus Darm-stadt. ◊ Das *Pariser Conservatoire*, die einst berühmteste Schauspielerschule, die fast sämtliche Schauspieler für die *Comédie Française* ausgebildet hat, mußte in den letzten Jahren zugunsten privater Ausbildungsschulen zurücktreten, da es den alten Stil der Schauspielkunst bei-behielt. Herriot, dem das Institut un-tersteht, will es jetzt durch Einsetzung eines neuen Direktors wiederbeleben, hat aber vorläufig noch mit dem Wider-stand der alten Lehrkräfte zu kämpfen. ◊ Ein von Baldwin, MacDonald, Lord Oxford und Thomas Hardy unterzeich-neter Aufruf zur Sammlung eines Fonds für den Wiederaufbau des im März 1926 abgebrannten *Shakespeare-Gedächtnis-Theaters* in Stratford on Avon hatte einen so großen Erfolg, daß der Bau gesichert ist. Mehr als die Hälfte der hierzu notwendigen Summe ist in Ame-rika aufgebracht worden.

KULTUR

Landwirtschaft / Hans Wilbrandt

Agrarenquete Als 1. Veröffentlichung brachte der Unterausschuß für Landwirtschaft der deutschen Wirtschaftsenquete einen Band mit nahezu 3000 Buchführungsergeb-nissen der Jahre 1924 bis 1926 und zirka 300 vergleichbaren Abschlüssen der Vorkriegsjahre 1912 bis 1914 heraus. Zur Methode, von der hier schon früher gesprochen wurde (siehe diese Rund-schau, 1926 Seite 657, 888, 1927 I Seite 246 und folgende), nur wenige Worte: Von 15 000 buchführenden Betrieben wurden 3000 zur statistischen Verarbei-tung besonders geeignete ausgesucht; die nach einem bestimmten Frageschema von den Buchstellen im Reich einge-sandten Zahlen wurden nach genauer Prüfung verarbeitet. Um den so außer-ordentlich verschiedenen Verhältnissen in der deutschen Landwirtschaft Rech-nung zu tragen, war es nötig 8 Wirt-schaftsgebiete zu bilden. In diesen Wirt-schaftsgebieten wurden die Betriebe dann noch nach Betriebsgröße, Boden-qualität und nach ihrer besondern Eigen-art in Getreide-, Zuckerrüben-, Kar-toffel-, Futterbau und Weidewirtschaf-ten unterteilt. Von den Ergebnissen der mühevollen Untersuchungen interessieren vor allem die wirtschaftlichen Abschlüsse. Im gan-zen haben im Wirtschaftsjahr 1924-1925 49 % der untersuchten Betriebe mit Reinertrag, 51 % mit Verlust abgeschlos-sen. Relativ günstig waren die Ab-schlüsse aus Mitteldeutschland, ungün-stig dagegen besonders die aus Ostpreu-ßen. Selbst wenn man in Rechnung zieht, daß die landwirtschaftliche Buchführung sich in der Nachkriegszeit hauptsächlich aus steuerlichen Gründen sehr stark ver-breitet hat, und daß deswegen die Be-triebsergebnisse vielleicht ein ungünsti-geres Bild der Lage der untersuchten Betriebe geben als der Wirklichkeit ent-spricht, kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß die wirtschaftliche Lage dieser Betriebe in der Nachkriegszeit wesentlich schlechter war als vor dem Krieg. Das Wirtschaftsjahr 1925-1926 läßt jedoch schon eine gewisse Besse-rung erkennen. In diesem Jahr haben nur 41 % der Betriebe mit Verlust, 59 % aber mit Reinertrag abgeschlossen. Be-merkenswert ist die große Streuung der Betriebsergebnisse von oft mehr als 100 Mark Reinertrag bis mehr als 100 Mark Verlust pro Hektar. Es scheint sich hier wieder einmal die Meinung Friedrich

Aereboes zu bestätigen, daß früher ein Gutsbesitzer, wenn er gut wirtschaftete, 20 000 Mark Gewinn, wenn er schlecht wirtschaftete, 10 000 Mark Gewinn erzielte, während er heute bei guter Wirtschaft mit 50 000 Mark Gewinn, bei schlechter Wirtschaft mit 50 000 Mark Verlust abschließt. Allerdings mögen in den letzten Jahren oft mehr die kaufmännischen Fähigkeiten des Betriebsleiters auf die Wirtschaftsergebnisse eingewirkt haben als das betriebswirtschaftliche Können. Es wird eine besondere Aufgabe des Enqueteausschusses sein die hier vorliegenden Buchführungsmaterialien nach der volkswirtschaftlichen und der betriebswirtschaftlichen Seite auszuwerten; hierbei soll versucht werden festzustellen, wieweit Preisveränderungen der Produktionsmittel und der Produkte, Steuern und Kreditlage, und wieweit betriebswirtschaftliche Maßnahmen des einzelnen Landwirts zu den festgestellten Ergebnissen beigetragen haben. Selbstverständlich drängt sich die Frage auf, ob und wieweit die Ergebnisse der 3000 untersuchten Betriebe typisch sind. Der Enquetebericht trennt hier Groß- und Kleinbetrieb. Die Lage der Großbetriebe, die heute wohl allgemein buchführen, dürfte in den letzten beiden Jahren ähnlich gewesen sein wie die der untersuchten Wirtschaften; dagegen ist es wahrscheinlich, daß die Betriebe, von denen auch Vorkriegsabschlüsse vorliegen, damals rationeller bewirtschaftet wurden als der Durchschnitt der Großbetriebe. Das bedeutete, daß die Verschlechterung der Lage der Großbetriebe im allgemeinen geringer wäre als es nach dem Buchführungsmaterial erscheint. In noch viel stärkerem Maß trifft das für die Kleinbetriebe zu, von denen für die Vorkriegszeit gar keine Materialien vorliegen; auch heute führt nur ein Bruchteil der kleineren Wirtschaften Bücher. In Anbetracht der gerade in den Kleinbetrieben enorm gesteigerten Maschinenverwendung, der verbesserten Düngungs- und Saattechnik, überhaupt der erst in der Nachkriegszeit in weite bäuerliche Kreise eindringenden technischen Errungenschaften ist die Annahme, daß die Lage der Kleinbetriebe sich gegen die Vorkriegszeit kaum verschlechtert, ja vielleicht teilweise verbessert hat, nicht ungerechtfertigt. Zur Beurteilung der bäuerlichen Wirtschaftslage, zu der die Buchführungsergebnisse nur sehr wenig beitragen können, ist man hauptsächlich auf die ebenfalls von der Enquete eingeleiteten Betriebserhebungen in allen deutschen Landkreisen angewiesen.

Deutschland Im letzten Wirtschaftsjahr, für das bisher noch keine Buchführungsuntersuchungen vorliegen, hat sich die Lage der deutschen Landwirtschaft weiter wesentlich gebessert. Zwar fiel die Ernte gegenüber der Rekordernte des Jahres 1925 bedeutend schlechter aus. Besonders bei Roggen und Kartoffeln brachte das Jahr 1926 eine ausgesprochene Mißernte. Die durchschnittlichen Hektarerträge fielen bei Roggen von 17,1 Doppelzentner auf 13,5, bei Kartoffeln von 148 auf 109 Doppelzentner. Insgesamt bedeutet das gegen das Vorjahr einen Ernteausfall von 1,6 Millionen Tonnen Roggen und fast 12 Millionen Tonnen Kartoffeln. Diese Minderernte bedingte ganz andere Dispositionen der Landwirtschaft als die hohen Ernten des Vorjahrs. Einmal standen nur viel geringere Mengen Roggen und Kartoffeln zu Futterzwecken zur Verfügung. Diese Lücke mußte durch verstärkte Gersten- und Maiseinfuhr ausgefüllt werden; zum erstenmal nach dem Krieg übertraf denn auch die Futtergersten- und Maiseinfuhr im 1. Halbjahr 1927 die Vorkriegseinfuhr. Trotzdem erschöpften sich die Roggenvorräte erschreckend schnell. Über die Abnahme der Getreidevorräte in der Hand des Landwirts unterrichtete eine vom Deutschen Landwirtschaftsrat in diesem Jahr begonnene und monatlich veröffentlichte Vorratsstatistik, die auf Angaben von einigen tausend Landwirten fußt. Danach waren bereits Mitte Januar 1927 nur noch 17 % der Roggenernte zum Verkauf verfügbar. In den letzten Monaten des Wirtschaftsjahrs stieg daher die Roggenimportgewaltig an. Dieses schnelle Zusammenschmelzen der Vorräte konnte nicht ohne Einwirkung auf die Preise bleiben. Die Getreidepreiskurve zeigt seit der Ernte 1926 bis in den Juni 1927 hinein einen fast ununterbrochenen Anstieg. Im Juni lagen die Preise für eine Tonne Roggen mit 280 Mark um zirka 80 Mark höher als im Herbst des letzten Jahres. Der Ernteausfall wurde durch die Preissteigerung nicht nur ausgeglichen sondern sogar so stark überkompensiert, daß der Wert der gesamten Roggenernte 1926 trotz dem schlechten Ertrag höher war als der der viel größeren Roggenernte im Jahr 1925. Nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung betrug der Wert des auf einem Hektar erzeugten Roggens im Jahr 1925 288 Mark, im Jahr 1926 324 Mark. Ähnlich liegen die Dinge bei den meisten anderen Feldfrüchten. Auch die Preise für Vieh

und Viehprodukte haben sich im letzten Jahr mit Ausnahme der Schweinepreise für die Landwirtschaft sehr günstig entwickelt. Wohl im Zusammenhang mit der verminderten Arbeitslosigkeit und der dadurch gesteigerten Konsumfähigkeit hat der Fleischverbrauch im 1. Halbjahr 1927 den Vorkriegsstand erreicht. Mit dieser Konsumausweitung war ein Steigen der Rinderpreise verbunden. Eine entgegengesetzte Bewegung zeigten nur die Schweinepreise seit Anfang 1927, doch wurde die Rentabilitätsgrenze nur für kurze Zeit unterschritten.

Dieser Preissteigerung für Agrarprodukte steht keine oder nur eine ganz geringe Verteuerung der Produktionsmittel gegenüber. Kunstdünger, besonders Stickstoff, wurde sogar noch weiter verbilligt. Auch der Index der landwirtschaftlichen Maschinen fiel etwas.

Noch von einer 3. Seite her ist die Landwirtschaft in diesem Jahr sehr begünstigt worden. Mit der allgemeinen wirtschaftlichen Depression waren die Zinssätze wesentlich gesunken, und die landwirtschaftliche Kreditgewährung konnte weitgehend gesteigert werden. Allein an landschaftlichen Goldpfandbriefen wurden im Wirtschaftsjahr 1926-1927 212 Millionen neu emittiert und fast ebenso viele 10prozentige in 8prozentige Pfandbriefe konvertiert. Die gesamten Kredite der Landwirtschaft sind im Jahr 1926 und im 1. Halbjahr 1927 um zirka 1750 Millionen gestiegen. Auch die Spareinlagen der landwirtschaftlichen Genossenschaften haben viel stärker zugenommen als die Einlagen der anderen Sparkassen. Mit der Erleichterung der Kreditlage hängt es zusammen, daß die Getreidelombardaktion im letzten Herbst, die einen Preissturz, wie wir ihn im Herbst 1925 erlebt haben, verhindern sollte, so gut wie gar nicht ausgenutzt wurde, und auch die Rückzahlung der 2. 300-Millionen-Rate der Rentenbankschulden im November 1926 ohne Schwierigkeiten vor sich ging.

Alle diese Faktoren haben zu einem Mehraufwand für Produktionsmittel, insbesondere Kunstdünger, geführt. Auch der Absatz an Landmaschinen hat sich gegenüber dem Vorjahr geradezu sprunghaft gesteigert. Andere Aufwendungen für Saatgut, Beizmittel, Zuchtvieh usw. dürften in ähnlichem Maß gestiegen sein. Wenn auch alle diese ertragsteigernden Faktoren sich erst im Lauf der Jahre voll auswirken können, so ist doch sicher ein Teil der guten Ernte dieses Jahres schon auf den erhöhten Aufwand der letzten Jahre zurückzuführen.

Tagungen Während des *Internationalen Kongresses für Bodenkunde*, der im August in Washington abgehalten wurde, wurde eine Internationale Gesellschaft für Moorforschung begründet, die im Verein mit privaten und behördlichen Stellen die Moorforschung fördern und entwickeln will. Als deutsches Mitglied des Organisationsausschusses wurde der Direktor der Preußischen Moorversuchstation Bruno Tacke gewählt. Die *Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft* tagte dieses Jahr vom 25. bis zum 30. September in Magdeburg. Fritz Beckmann hielt dort ein Referat über betriebswirtschaftliche Fragen des landwirtschaftlichen Kredits. Er wies darauf hin, daß die Höhe der heute zu zahlenden Zinsen sehr häufig über der in der Landwirtschaft zu erreichenden Verzinsung liege, und warnte, wie schon seit Jahren, vor unüberlegter Kreditaufnahme. Er hält heute eine Kreditaufnahme nur für sogenannte letzte Aufwendungen für richtig, unter denen er die letzte Aufwandseinheit, die noch zu einer optimalen Betriebsorganisation nötig ist, versteht. Neben diesem Hinweis auf das allen Landwirten bekannte, allerdings häufig nicht befolgte Gesetz vom Minimum hätte er aber auf das Gesetz vom abnehmenden Bodenrertrag hinweisen sollen. Nach diesem Gesetz ist es falsch, wie Beckmann es verlangt, lieber die Hälfte der Felder voll zu düngen, die andere Hälfte ungedüngt zu lassen oder der Hälfte des Milchviehs Krautfutter zu geben, der andern nicht, wenn die Betriebsmittel nur den Kauf des nötigsten Kunstdüngers oder Krautfutters erlauben. Immer die erste Aufwendung bringt den höchsten Ertrag in der Landwirtschaft. Je mehr erste Aufwendungen, desto höher der Reinertrag, desto höher können also auch die Zinsen sein, die der Landwirt für diese Aufwendungen wirtschaftlicher Weise noch aufwenden darf. An den Vortrag Beckmanns anknüpfend sprach Hans Schlange /Schönningen/ über Rationalisierungsmöglichkeiten im Landbau. In der Kolonialabteilung wurde unter anderem über die heutige Lage der Farmwirtschaft in Südwafrika referiert.

Totenliste In der 2. Hälfte des März starb in Halle der ordentliche Professor *Ernst Gutzeit*, im Alter von 63 Jahren. Er hat sich große Verdienste um die Erforschung der Pflanzenkrankheiten und um die Milchwirtschaft erworben.

Im Mai starb in Halle *Carl Mommsen*, der Tierzuchtdirektor der Provinz Sachsen. Ihm vor allem ist der mustergültige Ausbau der sächsischen Kaltblutzucht zu verdanken; doch war er durch seine unermüdliche Tätigkeit weit über die Provinz hinaus bekannt.

Auf seinem Lehrgut Bollhagen starb *Alexander Backhaus* nach reicher Lebensarbeit (siehe die Rundschau Innenkolonisation, in diesem Band Seite 599). Er wurde bekannt durch ein nach ihm benanntes Milchpräparat, das er als Professor in Göttingen erfand. Anfang des Jahrhunderts leitete er die Berliner Rieselgüter und wurde dann an die Universität Montevideo berufen. Während des Krieges war er eine Zeitlang Ernährungsreferent im Kriegsministerium. Seit 1919 lebte er ganz seinen landwirtschaftlichen Versuchen und seinen Schülern in Bollhagen. Die Landwirtschaft verlor durch seinen Tod einen bedeutenden Wissenschaftler und Praktiker und einen ihrer besten Pädagogen.

Kurze Chronik Im Auftrag des Reichsernährungsministeriums werden den auf zahlreichen Gütern Norddeutschlands die verschiedenen modernen Methoden der *Zuckerrübenrodung* vorgeführt, um die Einführung rationeller arbeitssparender Erntemethoden in der Landwirtschaft zu fördern. ◊ Die Interessengemeinschaft Farbenindustrie stellt neuerdings außer den beiden bestehenden *Mischdüngern* Mitrophoska I und II noch ein Mitrophoska III her, in dem die Phosphorsäure besonders betont ist; es soll 16,5 % Stickstoff, 16,5 % Phosphorsäure und 20,0 % Kali enthalten. Es bestehen also jetzt Mischdünger mit je besonders starkem Stickstoff-, Kali- und Phosphorsäuregehalt. ◊ Das am 31. Juli beendete *Zollprovisorium* für Deutschland wurde bis zum 31. Juli 1929 verlängert. Die Schweinefleischzölle wurden von 21 auf 32 Mark, der Kartoffelzoll von 0,50 auf 1 Mark, der Zuckerzoll von 10 auf 15 Mark erhöht. Die Zuckersteuer wurde dagegen von 21 Mark auf 10,50 Mark pro Doppelzentner herabgesetzt, der Zoll für Futtermais im deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag von 3,20 auf 2,50 Mark. ◊ Die Reichsmonopolverwaltung erhöhte für das Brennjahr 1927-1928 das *Brennrecht* von 65 auf 100 % und setzte die Übernahmepreise von durchschnittlich 54 Mark auf 61 Mark pro Hektoliter Weingeist herauf. ◊ Der Geschäftsführer der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft *Berthold Sagawe* folgte einem Ruf an

die Universität Kiel als Nachfolger Emil Langs auf den Lehrstuhl der landwirtschaftlichen Betriebslehre. ◊ Der Direktor des Instituts für Meliorationswesen und Moorkultur in Landsberg an der Warthe *Wilhelm Freckmann* erhielt die Professur für Kulturtechnik an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin. ◊ Als Nachfolger Johannes Buchwalds wurde der Privatdozent an der Technischen Hochschule Darmstadt *Karl Mohs* Professor an der Berliner Forschungsanstalt für Getreideverarbeitung und Futtermittelveredelung und Direktor des Instituts für Müllerei.

Literatur Die 1923 veröffentlichte Agrarpolitik *August Skalweit's* erschien bereits Ende 1924 in 2., veränderter und erweiterter Auflage /Berlin, Walter de Gruyter & Co./, Zwischen den beiden Auflagen liegt die Stabilisierung, wodurch mancherlei Änderungen nötig wurden. Außerdem hat der Verfasser den den Absatzzfragen gewidmeten Teil erheblich ausgestaltet und einen neuen Abschnitt über die berufliche und wirtschaftspolitische Zusammenschlußbewegung in der Landwirtschaft abgeschlossen. Skalweit verzichtet darauf einzelne Fragen der Landwirtschaft bis ins Letzte theoretisch zu vertiefen, er hat sich vielmehr die Aufgabe gestellt die historische Entwicklung der Landwirtschaft, der Bodenfrage, des Produktions-, Absatz- und Kreditproblems in möglichst kurzen, aber alles Wichtige enthaltenden Kapiteln darzustellen. Wenn auch mancher Abschnitt infolge der Überstürzung der Ereignisse bereits heute einer Ergänzung bedarf, und zum Beispiel so brennende agrarpolitische Fragen wie die der bauerlichen Ausbildung und Produktionsförderung gar nicht oder nur ganz nebenbei erwähnt sind, so gibt es doch kaum ein zweites agrarpolitisches Werk, das wie dieses, auf knapp 500 Seiten, alle wichtigen Agrarfragen berührt. ◊ Nicht so umfassend ist *Carl Johannes Fuchs' Deutsche Agrarpolitik* vor und nach dem Kriege /Stuttgart, W. Kohlhammer/. Es beschränkt sich hauptsächlich auf die Siedlungs- und Landarbeiterfrage, in der der Verfasser das vor und nach dem Krieg ungelöste Grundproblem der deutschen Agrarpolitik sieht. In einzelnen seiner Darlegungen kann man anderer Ansicht sein als Fuchs, seiner programmatischen Forderung nach Besiedelung des deutschen Ostens wird man jedoch unbedingt zustimmen müssen.

Innenkolonisation / Otto Karutz

Gesetzgebung In *Deutschland* wurde nach sehr langen Beratungen im Beamtenausschuß des Reichstags das Gesetz über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau (siehe diese Rundschau, 1927 I Seite 170) angenommen. Damit ist die bereits lange von den verschiedenen Beamtenorganisationen unter der Führung Johannes Lubahns vertretene Forderung erfüllt den Beamten, Geistlichen und Berufssoldaten auf die Dauer eine ähnliche Ansiedlungsmöglichkeit zu geben, wie sie den abgebauten Beamten in der Beamtsiedelungsverordnung vom 11. Februar 1924 geboten war.

Am 27. Juni wurde die Reichspachtenschutzordnung vom 23. Juli 1925 wiederum um 2 Jahre, bis zum 30. September 1929, verlängert. Es gelang dabei einige Verbesserungen in das Gesetz zu bringen. So wurde eine Bestimmung eingefügt, wonach aus der Arbeitsverweigerung der Frau eines Heuermannes gegen diesen kein Kündigungsgrund hergeleitet werden kann, wenn sie die Arbeit wegen Erfüllung ihrer Mutterpflichten, wegen Krankheit von Familienangehörigen oder wegen sonstiger dringender Verhinderungen nicht geleistet hat. Weiter wurde nach dem 1924 begonnenen Abbau der Pachtenschutzordnung diesmal der erste Schritt zu ihrem Wiederauf- und -ausbau getan, indem für die in der pachtchutzfreien Zeit vom 1. März 1924 bis zum 30. September 1925 neu abgeschlossenen Verträge der wirtschaftliche Pachtchutz, das heißt die Möglichkeit der Pachtpreiskorrektur durch die Pacht-einigungsämter wiedereingeführt wurde. Die von den Sozialdemokraten erstrebte gleichzeitige Wiedereinführung des Kündigungsschutzes und der Möglichkeit der Pachtverlängerung durch Pachteinigungsamtsbeschlüsse für diese Verträge war noch nicht durchzusetzen. Die Umkehr in der Tendenz der Behandlung der Pachtchutzfrage im Reichstag stärkt die Hoffnung, daß es während der Geltungsdauer der neuen Pachtchutzordnung gelingen wird das gesamte deutsche Pachtrecht neu zu regeln.

Als Initiativantrag fast aller Parteien des Reichstags wurde am 5. Juli ein Gesetzentwurf betreffend Reichsbürgschaften für Ansiedlung eingebracht. In 3 Tagen hatte er den Siedelungs- und den Haushaltsausschuß passiert und wurde bereits am 8. Juli im Plenum unverändert angenommen. Das Gesetz ermächtigt den Reichsarbeitsminister im

Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedelung Bürgschaften bis zum Gesamtbetrag von 70 Millionen Mark zu übernehmen. Sie dürfen nur für solche Hypotheken- und Rentendarlehen oder Anleihen inländischer Anstalten öffentlichen Rechts übernommen werden, die zur Gewährung von Dauerkredit an kriegsverdrängte Ansiedler dienen, die neu angesetzt sind oder angesetzt werden sollen.

Das Reichsgesetz vom 2. Juni 1927 zur Abänderung des Gesetzes über die Förderung des Kleinwohnungsbaus legalisierte gewisse Maßnahmen der Reichsregierung, so die Bevorschussung von Hauszinssteuerhypotheken, die Gewährung von Zwischenkrediten auf 1. Hypotheken und die Beteiligung an der Kapitalerhöhung der Deutschen Bau- und Bodenbank; zu dieser verlangte der Reichsrat unter bayrischer Führung eine Versicherung der Reichsregierung, daß die Deutsche Bau- und Bodenbank weder auf dem Gebiet des ländlichen Siedelungswesens tätig sein noch an weiteren Plätzen des Reiches neue eigene Filialen oder solche ihrer Tochtergesellschaft, der Wohnstättenhypothekenbank, einrichten werde. Durch besondere Resolution des Reichstags wurden von dem zur Verfügung stehenden Gesamtfonds von 200 Millionen Mark 10 Millionen abgezweigt und dem sogenannten Typenausschuß zur Durchführung von Versuchsbauten zur Verfügung gestellt.

In *Preußen* wurden dem Staatsministerium durch Gesetze vom 2. Mai 1927 1 Million Mark zur Ausführung von Bodenverbesserungen auf staatlichen Domänenvorwerken und anderen domänenfiskalischen Grundstücken und 2,3 Millionen Mark zur Vermehrung und Verbesserung der Arbeiterwohnungen nebst Zubehör auf den staatlichen Domänenvorwerken zur Verfügung gestellt. Ein Gesetz vom 9. Mai 1927 brachte endlich die Bereitstellung von 15,5 Millionen Mark zur Urbarmachung von staatlichen Mooren in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen. Alle bewilligten Mittel soll der Finanzminister durch Kredit flüssig machen, und es sollen jährlich 1,9% des aufgenommenen Kapitals und die ersparten Zinsen zur Tilgung der gesamten Staatsschuld oder zur Verrechnung auf bewilligte Kredite verwandt werden; im Fall des Gesetzes vom 9. Mai 1927 sind Erlöse aus dem Verkauf der urbar gemachten Ländereien vorweg zur verstärkten Tilgung von Anleihen zu verwenden.

Steuerrückstände und Siedelung

In Mecklenburg - Schwerin ist man auf einen sehr beachtlichen und in den anderen Ländern nachahmenswerten Weg verfallen landwirtschaftliche Steuerrückstände durch Abgabe von Siedelungsland abzugelten. Das Finanzministerium schlug dort bei der Aufforderung zur Begleichung gestundeter Steuerbeiträge einzelnen Landwirten vor jetzt und auch in den kommenden Jahren verkehrsgünstig gelegenes und zur bäuerlichen Besiedelung geeignetes Land an den Staat zu verkaufen und Kaufpreis und Steuer gegen einander aufzurechnen. Das Land sollen die Landwirte zunächst in Pacht weiter bewirtschaften, bis es der Staat nach vierteljähriger Kündigung zur Besiedelung anfordert; auf diese Weise soll verhindert werden, daß die verkauften Flächen bis zur Besiedelung etwa der Erzeugung entzogen werden. Der Vorteil eines solchen Verfahrens ist die verhältnismäßig reibungslose und billige Beschaffung eines größeren Landfonds für Siedelungszwecke, aus dem je nach den Finanzierungsmöglichkeiten schnell geeignetes Land in entsprechendem Umfang abgerufen werden kann. Dem landwirtschaftlichen Großgrundbesitz wird gleichzeitig die Möglichkeit gegeben sich ohne große Belastungen von drückenden Steuerschulden zu befreien und dazu den Betrieb auf eine widerstandsfähigere und gesündere Basis zu stellen; hat sich doch gezeigt, daß die kleineren und mittleren Landwirtschaftsbetriebe viel krisenfester sind als große. Der Mecklenburgische Landbund ist gegen den Regierungsvorschlag aufgetreten.

Tagungen

Auf der Tagung des *Reichsverbandes der Wohnungsfürsorgegesellschaften*, Mitte Mai in München, wurde eine Resolution angenommen, die mindestens für die Dauer von 5 Jahren die Sicherstellung eines bestimmten ausreichenden Betrags aus öffentlichen Mitteln zum Bau von Kleinvohnungen fordert.

Am 30. und 31. Juli tagte in Frankfurt der *Reichsverband der Kleingartenvereine*. Mit der Tagung war eine Schreber gewidmete Ausstellung verbunden, die die Einwirkungen des Kleingartenwesens auf geistige und körperliche Gesundheit der Großstadtmassen zeigte.

Der *Bund deutscher Bodanreformer* hatte zum 3. und 4. September zu einer Grenzmarkttagung nach Liegnitz geladen, auf der die Not der Ostmark, Siedelungswille und Siedelungswege erörtert

werden sollten. Nach längeren Vorträgen Pischkes, Knorrs, Koebisch' und Damaschkes über die agrarischen und industriellen Ostmarkprobleme wurde eine Resolution angenommen, die die Einsetzung eines besondern Staatskommissars für die Ostsiedelung fordert.

In Stuttgart fand Anfang September unter starker Beteiligung aus allen Teilen des Reichs eine Tagung der *Kommunalen Vereinigung für Wohnungswesen* statt. Unter anderem wurde das Gesamtproblem der Wohnungspolitik und Wohnungsbauwirtschaft in einem Vortrag des Ministerialrats Schmidt vom Reichsarbeitsministerium eingehend behandelt.

Kurze Chronik Die *Landbank* scheint nun doch trotz allen günstigen Prozeßaussichten den Weg

der Liquidation gehen zu sollen, gegen den sich die Ausführungen in dieser Rundschau (1927 I Seite 169 und folgende) wenden. Man hat zwar die Besiedelung einiger noch in Händen der Bank befindlicher Güter in Angriff genommen oder fortgeführt, dabei aber ausdrücklich kundgetan, daß neue Objekte nicht übernommen würden. Gleichzeitig ist die mit der Landbank teilweise in Personalunion stehende Siedelungsgesellschaft Grenzmark Posen-Westpreußen durch Erlaß des preußischen Landwirtschaftsministers vom 3. Mai 1927 als gemeinnützig im Sinn des Reichssiedelungsgesetzes anerkannt worden. Als Ansiedlungsbezirk nach § 1 Absatz 1 Satz 2 des Reichssiedelungsgesetzes ist ihr die Grenzmark Posen-Westpreußen zugewiesen worden, die auch der Ansiedlungsbezirk der Landbank ist. \diamond Eine stärkere Berücksichtigung des Landes bei der Verteilung der Hauszinssteuermittel für Neubauzwecke wird im Interesse der *Verhinderung der Landflucht* in einer Eingabe der Landesdirektorenkonferenz des Verbandes der preußischen Provinzen an das Wohlfahrtsministerium gefordert. \diamond Für planmäßige umfangreiche Innensiedelung im Interesse des *schlesischen Grenzlands* spricht sich die Kommunale Arbeitsgemeinschaft des rechten Oderufers in Mittelschlesien in einer Resolution von Mitte Mai aus; sie stellt sich in dieser auf den Boden der Kundgebung wirtschaftlicher Spitzenverbände von Mitte Februar 1927 (siehe diese Rundschau, 1927 I Seite 418 und folgende). \diamond Der Kulturratsvorsteher Wolf von Zanthier macht in der Greifswalder Zeitung vom 29. Mai 1927 beachtenswerte Vorschläge für eine umfassende Besiede-

lung des umfangreichen städtischen und akademischen Grundbesitzes in *Vorpommern*, besonders auf dem Weg der billigen Pachtsiedelung, eventuell mit Kaufanwartschaft. ◊ Die *Entwässerung der Zuidersee* ist so weit gediehen, daß der 1. Arbeitsabschnitt beendet ist. Der Hauptdeich, der die Insel Wieringen mit der Provinz Nordholland verbindet, ist fertig. In der Nähe von Medemblik begann man mit dem Bau eines Deichs, der den Teil der See nördlich von Medemblik und südlich der Insel Wieringen eindämmen soll. Auf der Ostseite der Insel Wieringen werden die Schleusentore konstruiert, die den Haupteingang vom Meer zum Kanalsystem der Zuidersee bilden werden. Auf der Nordostseite der Zuidersee baut man bereits den Hauptdeich, der dann Friesland und Wieringen verbindet. ◊ Der Präsident des Landeskulturamts für die Provinzen Brandenburg und Pommern Petersen schied am 1. April wegen Erreichung der Altersgrenze aus. Zu seinem Nachfolger wurde der bisherige Landeskulturdirektor *Heinrich Pagenkopf* in Frankfurt an der Oder ernannt. Damit ist zum erstenmal ein Landwirt zum Landeskulturamtspräsidenten bestellt worden.

Literatur

Den mecklenburg-schwerinschen Vorschlägen für die Abtretung von Siedelungsland zur Steuerbegleichung ähnliche Siedelungsvorschläge macht *Johannes Freiherr von König* in seiner Broschüre *Die Sanierung der Landwirtschaft ohne Kredite* /Berlin, Hugo Steinitz/. Der Verfasser sucht seine Vorschläge auch rechnerisch zu fundieren; doch scheinen seine Kostenansätze vielfach zu gering zu sein. ◊ *Siedelung und Kleingarten* ist der Titel eines Schriftchens *Hans Kampffmeyers* /Wien, Julius Springer/, in dem alle volkswirtschaftlichen, verwaltungsmäßigen, technischen und sozialen Fragen moderner Wohn- und Gartensiedelung erörtert werden; auch Fragen der ländlichen Siedelung werden kurz berührt. Die erläuternden und teilweise auch programmatischen Ausführungen Kampffmeyers verdienen ihrer Klarheit und Allgemeinverständlichkeit wegen über die Grenzen Wiens und Österreichs, deren Verhältnisse vorzugsweise behandelt sind, hinaus Beachtung. Wertvoll sind die eingedruckten Bilder und Planskizzen, ebenso die im Anhang wiedergegebene Siedlergenossenschaftsordnung. Man vermißt ein näheres Eingehen auf die *Miggischen* Ideen von der rationalen Gartenwirtschaft.

Außenkolonisation / Herman Kranold

Bananenkultur Die Kultur der Bananen ist heute schon als der wirtschaftliche Eckpfeiler einer

Reihe tropischer und subtropischer Gebiete anzusehen. So exportierte die Insel Jamaica im Jahr 1925 15 Millionen Büschel Bananen, die aber nur einen Teil der Erzeugung darstellen, weil eine sehr erhebliche Menge im Land selbst verbraucht, und außerdem ein nicht unbedeutender Teil zu sogenannten Bananenfeigen verarbeitet, das heißt getrocknet und in dieser Gestalt versandt wird. Eine besonders wichtige Rolle spielt die Bananenkultur auf den kleinen westindischen Inseln. Auf einigen, wie Santa Lucia, wird die Bananenkultur neuerdings gepflegt. Hier tritt die Banane immer mehr an Stelle der nicht mehr in nennenswertem Maß ausdehnungsfähigen Zuckerrohr- und Kakao-kultur. Erst vor einigen Jahren ist Bananenkultur in größerem Umfang eingeführt worden, und im Jahr 1925 fand die erste Verschiffung von Bananen nach den Vereinigten Staaten statt. In dem Jahresbericht der Kolonie für 1925 wird aber schon in diesem Anfangsstadium darauf hingewiesen, daß der Plan eine umfangreiche Bananenkultur anzulegen davon abhängt, daß man Krankheiten zu verhüten vermag. Auf der britisch-westindischen Insel Dominica (nicht zu verwechseln mit der Insel San Domingo oder der auf dieser liegenden Dominikanischen Republik) kämpft die Bananenkultur mit erheblichen Schwierigkeiten, weil auch dort Krankheiten sie bedrohen. Auf Jamaica haben sich die Fälle von Panamaerkrankung in den Bananenkulturen von 1924 bis 1925 von 3011 auf 7703 erhöht. Ähnlich liegen die Verhältnisse in anderen englischen Tropenkolonien. Das Colonial Research Committee hat daher 1924 und 1925 den Nachforschungen nach der Panamaerkrankung besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Nach seinem Geschäftsbericht /London, H. M. Stationary Office/ werden jetzt auf der Insel Trinidad im dort belegenden Reichsinstitut für tropische Landwirtschaft Züchtungsversuche angestellt, um eine der Krankheit widerstehende Bananenrasse herauszufinden. Dabei will man durch Kreuzung besonders die Festigkeit der Sorte Giant Fig mit dem überaus großen Ertragsreichtum der gegen die Krankheit ganz widerstandsunfähigen Sorte Gros Michel verbinden. Außerdem wurden Bananensorten aus allen Weltteilen gesammelt,

namentlich Gros-Michel-Stämme, von denen man hofft, daß darunter auch krankheitsfeste Spielarten zu finden sein werden. Der wichtigste Schritt war aber, daß der Mitarbeiter des Instituts Harland 1925 auf eine Weltreise geschickt wurde, um an Ort und Stelle die gegen die Panamakrankheit immunen Bananensorten zu studieren. Er erstattete darüber einen ausführlichen Bericht, der in dem angeführten Heft abgedruckt ist. Zunächst wurde Panama besucht, das der Krankheit den Namen gegeben hat, und wo die jährliche Produktion infolge ihrer Ausbreitung von 5 auf 2½ Millionen Büschel zurückgegangen ist. Dort hat sich eine von den Philippinen stammende Sorte mit dem Namen Lacatan als bester Ersatz für die widerstandsunfähige Sorte Gros Michel ergeben. Die von dieser Art hervorgebrachte Banane braucht aber längere Zeit zum Nachreifen als die Gros Michel. Sie muß daher um 5 bis 6 Tage früher vor der Verschiffung geerntet und mit allerlei Vorsichtsmaßregeln gelagert werden; das erfordert natürlich erhöhte Anlagekosten für die Produzenten. Außerdem erfolgt das Nachreifen ungleichmäßiger, so daß sich mehr Ausschußware ergibt. Die Giant Fig soll erst versucht werden. Mit der Lacatan werden jetzt 300 Acres für einen Versuch im großen angebaut. Der darauf folgende Besuch in Californien ergab für die Bananenpflege nichts. Ebenso wenig der von Hawaii. Dagegen brachte eine kleine japanische Insel die Kenntnis einer neuen Sorte namens Hokuchu, die unempfindlich gegen die Krankheit zu sein scheint und die Insel instand setzt den ganzen japanischen Bedarf zu decken und die Märkte in Korea und Shanghai zu versorgen. Der Besuch auf den Philippinen bestätigte die Erfahrungen mit Lacatan in Panama. Von dort ging es nach Britisch Malaya, wo Gros-Michel-Sorten gefunden wurden, die aber ebenfalls von der Panamakrankheit ergriffen werden. Ebenso war der Befund in Burma und auf Ceylon. Immerhin fand man, daß die Gros Michel offenbar ihre Heimat in Südostasien hat, so daß die Suche nach immunen Spielarten dort wahrscheinlich am meisten Aussicht auf Erfolg haben wird. Harland hofft, daß die Einführung hinterindischer Typen von Gros Michel zur Entdeckung einiger Sorten führen kann, die gegen die Panamakrankheit entweder immun oder jedenfalls in hohem Grad widerstandsfähig sind. Diese neuen Sorten sollten seiner Meinung nach zu Kreuzungsver-

suchen in Westindien herangezogen werden. Im ganzen ist das Ergebnis der Reise also nicht sehr positiv. Ihre Bedeutung für diejenigen, die an kolonialen Fragen Interesse nehmen, beruht in erster Linie darauf, daß einmal an einem praktischen Beispiel gezeigt wurde, wie die Engländer mit systematischer Konsequenz dabei sind die produktive Kraft ihrer Kolonien zu entwickeln.

Forschungen Man ist bei uns geneigt allzusehr die Tätigkeit der Engländer nur in Einzelfragen wie der Förderung der Baumwollkultur zu beachten. Der Bericht des im vorigen Abschnitt genannten Forschungsinstituts erzählt auch weitläufig und interessant über die Forschungen zur Förderung der Badeschwammzucht auf den Bahamainseln. Harland hat auf seiner Reise ferner noch Forschungen über den Kampf gegen eine Krankheit der Zitrusarten (Zitronen, Orange, Grape Fruit) angestellt, die zu einer Austrocknung des Vegetationskegels und damit zum Tod der Pflanze führt und großen Schaden in den tropischen Zitruskulturen angerichtet hat. Alle diese Forschungen zeigen, was unter rühriger Arbeit für die Entfaltung der Produktivkraft kolonialer Gebiete erreicht werden kann. Im frühern Deutsch Ostafrika wurden 40 000 Mark jährlich von dem Komitee für die Wiederaufnahme des Betriebs der frühern deutschen landwirtschaftlichen Versuchsstation ausgegeben. In Britisch Nyassaland wurden die Bohrungen nach Kohle mit Erfolg fortgesetzt, in Sierra Leone die der Landwirtschaft gefährlichen Insekten erforscht, in Britisch Honduras, allerdings bisher ohne ausgesprochenen Erfolg, nach Gold, Silber und Zinnerz gesucht. Im ganzen gab das Komitee im Jahr 1924 80 000 Mark aus eigenen Mitteln aus und im Jahr 1925 rund 60 000 Mark. Die ganze Arbeit kostete aber viel mehr. An der Aufbringung der Kosten beteiligten sich die in Frage kommenden Verwaltungen neben dem Komitee in großzügigster Weise. Die Mittel stammen in der Hauptsache aus dem Budget der englischen Regierung, die jährlich 40 000 Mark zuschießt. Die ganze Arbeit wird in den deutschen Kolonialzeitschriften recht wenig beachtet. Diese deklamieren vorwiegend in unendlichen Wiederholungen gegen die "koloniale Schuldlüge" und treiben in manchmal recht wenig sachverständiger Weise Kolonialpolitik, äugeln mit Englands angeblichem Wohlwollen gegenüber einer künftigen kolo-

nialen Betätigung Deutschlands, hacken mit Vorliebe auf Frankreichs Kolonialarbeit herum usw. Kein Wunder, daß der Mann der Linken, der von der eigentlichen produktiven Leistung der europäischen Kolonialarbeit da sehr wenig erfährt, nicht gerade zum Kolonialfreund wird, wenn er nur solche Meinungen zu hören bekommt.

Portugiesisch Ostafrika

Der Bericht des britischen Generalkonsuls in Lourenço Marques J. Pyke

über die wirtschaftliche Lage in Portugiesisch Ostafrika an das Londoner Reichsamt für Überseehandel vom März 1927 ermöglicht einen Überblick über diese viel umstrittene Kolonie, die so oft Deutschland von England "angeboten" sein soll, und von der manche Kolonialfreunde in Deutschland hoffen, daß sie einmal Deutschland als Gebiet künftiger kolonialer Betätigung ganz oder teilweise zufallen könnte. Das Gebiet hat eine Größe von ungefähr 765 000 Quadratkilometer, ist also um mehr als die Hälfte größer als Deutschland. Die Einwohnerzahl wird mit 20- bis 25 000 Weißen und 3 650 000 Andersfarbigen angegeben. Im nördlichen Teil ist das Klima tropisch, im südlichen subtropisch. Der Regenfall ist sehr unregelmäßig, insbesondere im südlichen Teil. Das Gebiet wird begrenzt im Norden von Tanganjika (dem frühern Deutsch Ostafrika), im Süden von Natal und Swaziland, im Westen von Transvaal, Süd- und Nordrhodesien und Nyassaland, ist also ringsum von britischem Gebiet umschlossen und stößt nirgends unmittelbar an das belgische Kongogebiet; im Osten bildet der Indische Ozean die Grenze. Eine Reihe von Westen nach Osten fließender, zum Teil großer Flüsse, mit erheblichen so gut wie unerschlossenen Wasserkraften durchströmt das Land und ergießt sich in den Ozean. Ein sehr großer Teil des Landes steht nicht unter der Verwaltung der Regierung sondern unter der von Kolonialgesellschaften, von denen die Chartered Companhia de Moçambique mit ungefähr 90 000 Quadratkilometer und die Chartered Companhia do Niassa mit ungefähr 120 000 Quadratkilometer hervorzuheben sind. In dem Gebiet der beiden Gesellschaften wohnen ungefähr 800 000 Menschen. Auch in den übrigen vom Staat verwalteten Gebieten sind zum Teil Kolonialgesellschaften als Konzessionäre zwischen die Regierungsstellen und die Bevölkerung geschaltet. In diesen Gebieten wird von den Konzessionären eine

nach der Anzahl der Eingeborenen berechnete Rente an den Staat abgeführt, und die Konzessionäre halten sich durch eine Kopfsteuer, die sogenannte Hüttensteuer, dafür schadlos; wenn sie nicht bezahlt werden kann, muß sie abgearbeitet werden, und der Bericht sagt, daß diese Unterstellung der Eingeborenen unter die direkte Kontrolle des privaten Konzessionärs zwar reichlich Eingeborenenarbeit verfügbar macht, zweifellos aber Gelegenheit zu Mißbräuchen bietet. Damit dürfte der Tatbestand noch sehr milde bezeichnet sein. Begreiflicherweise. Denn ähnliche Verhältnisse bestehen auch in manchem britischen Kolonialgebiet und dürfen daher in amtlichen englischen Expektionen nur mit Vorsicht kritisiert werden. Nun hat allerdings die neuere Gesetzgebung rekrutierte oder erzwungene Arbeit bereits verboten, und das Verbot ist schon zu Anfang dieses Jahres in dem Gebiet der Konzessionsgesellschaften in Kraft getreten. Wenn aber der Berichtersteller sagt, dies deute darauf hin daß in Zukunft weniger von solchem Mißbrauch der Autorität gehört werden würde, so liegt der Nachdruck wohl auf *gehört*, zumal an anderer Stelle des Berichts dargelegt wird, daß ein nicht unerheblicher Arbeitermangel trotz der für afrikanische Verhältnisse zum Teil dichten Bevölkerung des Gebiets droht. Der Eingeborene wird nämlich durch die neue Lage des Gesetzes mehr als bisher instand gesetzt seine Arbeitskraft an jeden beliebigen Arbeitgeber zu verkaufen. Südlich des 22. Breitengrads hat die Bergwerksindustrie des Witwatersrand im benachbarten Transvaal das Recht Arbeiter für die Bergwerke anzuwerben. Sie bezahlt Löhne, die für die Verhältnisse von Moçambique hoch sind, und behandelt die Arbeitskräfte vergleichsweise sehr gut. Schon jetzt arbeiten daher etwa 90 000 Moçambiquer in den Bergwerken von Transvaal. Von der völligen Freistellung der Arbeit ist also wohl eine erhebliche Zunahme dieses Auswanderungsstroms zu erwarten. Charakteristisch ist übrigens, daß Pyke die zu erwartende zukünftige Entwicklung mit der Bemerkung glossiert, es sei fraglich, ob »nach europäischen Begriffen gestaltete Arbeitsfreiheit die Wohlfahrt des Eingeborenen selbst steigern oder den Fortschritt des tropischen Afrika fördern« werde; denn die Erfahrung in Portugiesisch Ostafrika liefere Beweise dafür, daß »die Bedürfnisse der Eingeborenen nicht immer im selben Verhältnis wie ein gesteigertes Lohneinkommen

wachsen«. Dem ist einmal entgegenzuhalten, daß die Steigerung des Absatzes englischer Exportwaren nicht ohne weiteres mit einer Verbesserung der Wohlfahrt der Eingeborenen und einem Fortschritt des tropischen Afrikas gleichgesetzt werden darf. Im übrigen lehrt die koloniale Erfahrung in vielen Ländern und auch in Afrika, daß, nach einer gewissen Übergangszeit, in der die Leute lieber weniger arbeiten, bei Beibehaltung ihrer Lebensweise, statt mehr zu verdienen und ihren Güterverbrauch zu erhöhen, doch das Beispiel der europäischen Lebensweise allmählich auf sie wirkt, ihre Ansprüche an den Güterverbrauch erhöht und dadurch zu jener Steigerung der »Wohlfahrt« führt, die Pyke hier offenbar im Auge hat.

Von den Haupterwerbsquellen des Landes ist zunächst einmal die Ausbeutung von *Kokospalmen* zu nennen; sie geschieht nördlich des 22. Grades südlicher Breite, längs der Meeresküste. 1925 wurde die immerhin beträchtliche Menge von 17 000 Tonnen Kopra exportiert. Ein Teil dieses Materials wird intensivem, ein Teil aber auch in sehr extensivem Betrieb gewonnen. Zur letzten Gruppe gehören außer einigen europäischen Pflanzungen vor allen Dingen die Eingeborenenbetriebe, denen es an Kapital zur intensiven Bewirtschaftung fehlt. Wirtschaftlich mindestens ebenso bedeutend ist der Anbau der *Sisalagave*. Das Fasergerüst ihrer Blätter liefert einen industriell wertvollen Hanf, der praktisch in jeder beliebigen Menge auf dem Weltmarkt Absatz finden kann. Die Zambesia Company hat mit 7 Millionen Agavepflanzen die größte derartige Pflanzung in der Welt. Die Agave wächst am besten auf den höheren und trockneren Flächen des Innern. Der Boden der guten Anbaugelände besteht aus stark kieselsäurehaltigem Ton; Kalkgehalt ist entbehrlich. Bisher zeigten die Eingeborenen sich der Arbeit in Sisalagavepflanzen sehr abgeneigt. Denn die Blätter sind mit langen Dornen besetzt, die, wenn die Pflanzen sehr dicht bei einander stehen, beim Abernten der Blätter häufige, im tropischen Klima oft zu üblen Folgen führende Verletzungen namentlich der Beine bewirken. Infolgedessen geht man jetzt dazu über die Pflanzen etwa in Abständen von 2 Meter nach allen Seiten von einander zu setzen, und außerdem ist es gelungen Sorten zu züchten, die keine Dornen an den Blättern haben. Jede der beiden Methoden wirkt dahin, daß die Arbeit ihre Schrecken für die Eingeborenen verliert.

Die Lebensdauer der Pflanze ist nur 6 bis 8 Jahre, wovon sie die letzten 3 bis 5 Jahre einen Ertrag bringt. Das Schneiden der Blätter beginnt im 3. oder 4. Jahr. Im 1. Jahr werden Stecklinge abgenommen, durch die neue Pflanzen im wesentlichen gewonnen werden; die Zucht aus Samen spielt eine untergeordnete Rolle. Die geernteten Blätter werden in Wagen, die mit Ochsen- oder Menschenkraft gezogen werden, bis zu den Pflanzungsbahnen und von dort mit Lokomotiven zu den Verarbeitungsstätten geführt. Dort werden die Blätter zunächst entrinde, das heißt von dem zwischen den faserhaltigen Rippen sitzenden Zellgewebe befreit. Dann wird die Faser in laufendem Wasser gewaschen, man läßt sie auf Gerüsten aus Draht, Bambus oder Sisalschnur im Freien bleichen und 24 Stunden lang trocknen. Hierauf wird die Fasermasse mit Hand oder Maschine gebürstet, nach der Länge und Farbe sortiert und hydraulisch in Ballen gepreßt. Der Wergabfall beim Bürsten, der ungefähr 8 % der Fasermasse ausmacht, wird ebenfalls in besonderen Ballen zusammengepreßt. In diesen Ballen, die 2 bis 5 Zentner wiegen, erfolgt dann der Export. Eine weitere, recht wichtige Kultur ist *Zuckerrohr*. Aber bisher hat der Anbau sehr unter den wiederholt im Anbaugelände auftretenden Überschwemmungen gelitten. Daneben ist auch der *Baumwollbau*, bisher nur mit mäßigem Erfolg, versucht worden; einem Gedeihen dieser Pflanze steht die Unregelmäßigkeit des Regensfalls und das starke Vorkommen von Pflanzenkrankheiten entgegen. Im Tal des Limpopo will man durch umfangreiche Bewässerungsanlagen dem ersten dieser Fehler entgegenzutreten. Von Mineralien ist in erster Linie *Steinkohle* zu erwähnen, die in dem Gebiet von Tete, zwischen Nyassaland und Rhodesien, gefunden worden ist. Das leicht zugängliche Vorkommen soll 100 Millionen Tonnen übersteigen. Der Flöz ist 3,90 bis 5 Meter dick, und die Qualität soll sehr gut sein, wenn es auch noch fraglich ist, ob sich die Kohle als Bunkerkohle eignet. Außerdem wird aus geologischen Erwägungen angenommen, daß die neuerdings entdeckten *Platinvorkommen* Rhodesiens sich auch bis in das Mozambiquegebiet erstrecken. *Zinn* ist an einzelnen Stellen gefunden worden, nach *Petroleum* wird noch gesucht. Ein sehr großer Teil des Landes ist mit Wäldungen bedeckt, die zum Teil sehr wertvolle *Hölzer* in großen Mengen ent-

halten. Bemerkenswert ist, daß im Gebiet der Nyassagesellschaft der größte Teil der mit Kokospalmen bepflanzten Fläche in deutscher Hand ist.

Im ganzen ergibt sich also das Bild einer an produktiven Möglichkeiten reichen Kolonie, zu deren Entwicklung viel Menschen mit kolonialer Erfahrung und große Kapitalien gehören.

Informationsmittel

Einen ausführlichen Führer durch die Kolonisation in Togo: Guide de la colonisation au Togo, gab das Kommissariat der Französischen Republik in Togo heraus /Paris, Emile Larose/. Zahlreiche Abbildungen ergänzen in diesem Buch das außerordentlich ausführliche Zahlenmaterial und die in großem Umfang abgedruckten gesetzlichen Bestimmungen; durch einen Nachtrag ist das Material noch auf den letzten Stand von Ende 1926 gebracht worden.

Sehr interessantes und ausführliches Zahlenmaterial, landeskundliche Mitteilungen usw. über den Sudan enthält der vom britischen Staatsverlag, dem H. M. Stationary Office, in London herausgegebene Sudan Almanac für 1927.

Totenliste

Ende Juli starb der englische Kolonialpolitiker Sir Harry Johnston, in seinem 70. Lebensjahr. Er war ursprünglich ein Mitarbeiter Stanleys. Im Jahr 1889 begründete er das britische Protektorat über Zentralafrika. Nachdem er verschiedene koloniale Posten bekleidet hatte, wurde er Generalkonsul von Uganda unter Cecil Rhodes und vertrat nach dessen Tod vor allen anderen jene britische Afrikapolitik, die einen zusammenhängenden Landbesitz vom Kap bis Kairo forderte. Er war es auch vornehmlich, der während des Weltkriegs die kolonialen Annexionsziele Englands aufgestellt hat (siehe die Artikel Blochs Wo stehen wir jetzt? und Quessels Die britischen Annexionspläne, in den Sozialistischen Monatsheften 1915 II Seite 793, 868 und folgende).

Anfang August starb in Boston Leonard Wood, im Alter von 67 Jahren. Er hatte in den Indianerkriegen der achtziger Jahre mitgekämpft, bildete im Spanisch-Amerikanischen Krieg das Rauhereiterregiment und trat schließlich in den aktiven Militärdienst über. 1920 war er aussichtsvoller Kandidat für die Präsidentschaft. 1921 ernannte ihn Harding zum Generalgouverneur der Philippinen. Er war ein Gegner der philippinischen Unabhängigkeitsbewegung.

Kurze Chronik Die Sachverständigenkommission des Internationalen Arbeitsamts beantragte, daß über die Zwangsarbeit in den Kolonien auf einer der nächsten internationalen Arbeitskonferenzen verhandelt werden soll; sie hat dabei allerdings nur die Beseitigung von »Mißbräuchen«, nicht des Systems selbst (das im britischen Kolonialgebiet noch stark verbreitet ist) im Auge. Auf der Berliner Konferenz im Oktober wurde dem Antrag zunächst nicht stattgegeben. \diamond Belgien ist für die Kongokolonie der Genfer Konvention über die Sklaverei und die Zwangsarbeit beigetreten. \diamond Nach einer Verordnung der Regierung Palästinas trat nunmehr das Ruthenbergprojekt für die Energieversorgung und Bewässerung Palästinas (siehe die Rundschau Staatssozialismus, in diesem Band Seite 841) in Kraft. Die Gesellschaft erhält auf 70 Jahre das Recht zur Ausnutzung der Wasserkräfte des Jordans und seiner Zuflüsse. Die Bau- und Vorbereitungsarbeiten müssen in 5 Jahren vollendet sein. \diamond In Britisch Somaliland wurde ein gutes Kohlevorkommen 19 Kilometer südlich des Ortes Aukor entdeckt.

Literatur

Einen rechtsgeschichtlichen Beitrag zur baulichen Ausdehnung der Städte im Kolonisationsgebiet der Vereinigten Staaten gibt die Schrift Helen Margaret Werners The Constitutionality of Zoning Regulations, die in den von der University of Illinois herausgegebenen Studies in the Social Sciences erschien. Für deutsche Kolonialinteressenten ist sie nicht sehr ergiebig. \diamond Dagegen ist das eingehende Studium der Arbeit Avery Odelle Cravens Soil Exhaustion as a Factor in the Agricultural History of Virginia and Maryland 1606 until 1860, in der selben Serie, um so mehr zu empfehlen. Hier haben wir eine Kulturgeschichte des Raubbaus in 2 besonders wichtigen landwirtschaftlichen Gebieten der Vereinigten Staaten vor uns. Die Materialien sind mit großer Sorgfalt zusammengetragen und liefern eine ausgiebige Erklärung dafür, weshalb bei den früheren landwirtschaftlichen Arbeitsmethoden mit einer engeren Besiedelung und einem stärkern kommerziellen Anschluß an den Weltmarkt sich gewöhnlich ein so ausgiebiger Niedergang der landwirtschaftlichen Produktivkraft kolonialer Gebiete einstellte. Das Material reicht bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts und läßt im Schlußkapitel erkennen, wie namentlich unter

dem Einfluß europäischer landwirtschaftlicher Erfahrungen nach und nach systematische Düngung zum Ersatz der dem Boden entzogenen Pflanzennährstoffe in jene Gebiete vordrang. Wichtig ist auch das Ergebnis, daß Sklaverei keinen wesentlichen Einfluß auf den ganzen Vorgang gehabt hat, wenn man sie mit freier Negerarbeit vergleicht. Namentlich die Beschränkung der Kolonisationsunternehmungen auf eine einzelne Kulturart (Methode der Monokultur) ergab den größten unmittelbaren Gewinn, und solange neues Land zur Verfügung stand, ließ man das ausgesogene einfach liegen und nahm neues in Angriff; denn Land stand sehr viel reichlicher zur Verfügung als Kapital oder Arbeitskräfte. Solche Verhältnisse bestehen in anderen Kolonisationsgebieten noch heute. Darum ist die Untersuchung sehr zu beachten.

EINZELNES

Neuerscheinungen

Tanzspiele Hans Flemming gibt Tanzbeschreibungen *oberbayrischer Schuhplattler* heraus (Berlin, Margarete Flemming/, und der Verlag Carl Merseburger in Leipzig 8 Tanzspiele, die im Haleschen Turnlehrerinnenseminar nach den Kompositionen *Martin Freys* entstanden sind. Die Melodien mögen noch so hübsch sein, aber Tänze und auch Tanzmusik können durch solche Beschreibungen bestenfalls in Schulen gelehrt werden. Es ist merkwürdig, wie wenig sich solche Dinge einführen lassen, und wie die Phantasie der Kinder durch Beschreibungen und auch durch allerhand andere Anregungen nicht in Schwung zu bringen ist. Spiele, die die frühere Generation mit Fanatismus spielte, sind für die folgende zum Teil tot. Wenn ein Spiel wieder in Gang kommen soll, dann hilft einzig Übertragung wieder durch Kinder, die es spielen. Und wenn das Spiel auch ganz blöde sein mag, der Eifer, mit dem es gespielt wird, springt wie ein Fünkchen über und schafft das Wunder. Die Kinder wollen ja auch gerade immer das haben, was die anderen spielen, die Sachen, die eben noch warm sind vom Spielen; stehen sie erst lange im Schrank, ist es nicht so leicht sie wieder lebendig werden zu lassen. So wird es auch mit den Tanzspielen sein. So nett sie sind, sie werden sich doch kaum durchsetzen. Vielleicht innerhalb des Kindergartens oder der Schule. Aber da bleiben sie eben meist doch nur Fremdkörper im Leben des Kindes. Lisbeth Stern

Kinderleben Das Buch *Olga Meyers Anneli kämpft um Sonne und Freiheit, mit Zeichnungen von Hans Witzig* (Zürich, Rascher & Cie.) erinnert sehr an die Geschichten der Spyrri; aber sie sind vielleicht wahrer in der Schilderung der Kinderseele. Olga Meyer kennt offenbar das Milieu des armen Schweizer Industriedorfs besonders gut. Aber all den Schilderungen von der Armut und der Abhängigkeit der Einwohner liegt ein sehr warmer, beinahe ein frommer Ton zugrunde. Man kann die Geschichte wohl als eine Art Predigt nehmen, wie sie den Schweizern, man denke an Jeremias Gotthelf, besonders gut zu liegen scheint. Eine Neuausgabe von *John Habbertons Helenens Kinderchen*, mit sehr lustigen Bildern von *K. M. Schultheiß* erschieen jetzt bei K. Thienemann in Stuttgart. Jeder kennt die komischen Schandtaten der beiden Kinder und des Onkels Wehlosigkeit, überhaupt die ganze spaßige, freilich nicht eigentlich kindliche Art dieses Buches. Lisbeth Stern

Jugendbücher Der Verlag Johannes Herrmann in Zwickau gibt eine *Serie Ludwig-Richter-Hefte* mit je 12 Blatt (Zwölfbilderhefte) heraus. Richter war fraglos ein sehr guter Künstler. Seine Bilder sind durchweg so gut erzählt, daß sie sich gerade dadurch besonders für Kinder eignen. Aber die Art, wie er die Welt sah, ist auch für die Kinder himmelweit fern geworden. Es wird sich zeigen, ob er bei ihnen heute noch Boden finden kann. Der Musarionverlag in München brachte 3 Märchen *Theodor Storms* mit Federzeichnungen *Rolf von Hoerschelmanns* heraus. Alle 3 Geschichten sind sehr romantisch, gruselig und auch stark in der Wirkung; die Zeichnungen sind in ihrer ganzen Art dem Stil Storms durchaus entsprechend. Die alten Indianergeschichten behalten ihren Reiz. So ist man gespannt wie früher, liest man die Erzählung *Die Jagd des weißen Rosses*, nach dem Kapitän *Mayne-Reid* für die Jugend neubearbeitet von Richard Hummel (Stuttgart, K. Thienemann/. Man zittert um den Unschuldigen und bewundert wie früher den Edelmut in der rauhen Schale. Es hat auch sicher irgendeinen tiefern Zusammenhang, daß diese Dinge wirklich nicht alt und altmodisch zu werden scheinen. Die farbigen Illustrationen von *E. Winkler* sind auch gut. Sie bieten der Phantasie der Kinder allerhand große Hintergründe. Lisbeth Stern